

# **WAS GELINGT DER PDS?**

Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, vereinte Fraktion?  
Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der  
Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der  
WASG und der Linkspartei.PDS

Dissertation zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie im  
Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg

vorgelegt von

**Philipp Hiller**

aus Hamburg

Hamburg, April 2009

WAS Gelingt der PDS?

Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, vereinte Fraktion?

Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der WASG und der Linkspartei.PDS

Dissertation zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie  
im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg

vorgelegt von  
Philipp Hiller  
aus Hamburg

2010

Erstgutachter: Prof. Dr. Peter Raschke

Zweitgutachter: Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber

Tag der Disputation: 8. Juli 2009

Meinen Großeltern

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>2. Zwei Quellen, eine Strömung, gleiche Wellenlänge?</b>	
<b>Zur Geschichte der PDS und WASG</b> .....	<b>8</b>
2.1. Die Geschichte der (SED-)PDS von 1989 bis 2005 .....	8
2.1.1. Auferstanden aus Ruinen. Die Wandlung der staatstragenden SED zur oppositionellen PDS.....	9
2.1.2. Von der isolierten Oppositionspartei zur Volkspartei mit Regierungsverantwortung. Die PDS in Ostdeutschland.....	17
2.1.3. Die gefallene Mauer als unüberwindbare Hürde. Die PDS in Westdeutschland .....	37
2.2. Die kurze Geschichte der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Die Wahlalternative“ (WASG).....	42
2.2.1. Gelegenheit macht Parteien. Vom Protest zur organisierten Bewegung.....	42
2.2.2. Die Entstehung der „Wahlalternative“ .....	44
2.2.3. Die Entstehung der „Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ .....	46
2.2.4. Die Gründung von Verein und Partei.....	47
2.2.5. Ein halber Erfolg als Anfang vom Ende. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.....	49
2.3. Die Fusion von WASG und PDS zur Partei Die Linke .....	50
2.3.1. Keine Wahl. Der Kooperationszwang im Zeichen der Neuwahl .....	50
2.3.2. Mit Links in den Bundestag. Der Wahlerfolg im Jahr 2005.....	52
2.3.3. Gewählter Vereinigungsdruck. Die Fusionsverhandlungen nach der Bundestagswahl .....	54
2.3.4. Kapitaler Streit. Differenzen mit den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern .....	55
2.3.5. Die Linke stimmt sich ein. Urabstimmungen und Gründungsparteitage.....	57

<b>3. Zwei Parteien, eine Fraktion, null Differenzen?</b>	
<b>Die parlamentarische Arbeit der Linken im Bundestag .....</b>	<b>61</b>
3.1. Die Methode der quantitativen Drucksachenanalyse .....	61
3.2. Interfraktionelle Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag .....	65
3.3. Parlamentsaktivitäten von PDS-, WASG- und parteilosen Abgeordneten .....	67
3.4. Parlamentsfunktionen und Drucksachentypen der Regierungs- und Oppositionsfraktionen .....	68
3.5. Politikebenen in den Drucksachen der Linksfraktion .....	71
3.6. Politikfelder in den Drucksachen der Linksfraktion .....	73
3.6.1. Politikfeld „Innere Sicherheit“ .....	76
3.6.2. Politikfeld „Internationales“ .....	79
3.6.3. Politikfeld „Arbeitsmarkt“ .....	82
3.6.4. Politikfeld „Soziales“ .....	83
3.7. Bezugnahmen zu speziellen Interessenschwerpunkten .....	87
3.7.1. Interessenschwerpunkt „Ost-West-Gegensatz“ .....	87
3.7.2. Interessenschwerpunkt „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ .....	89
3.7.3. Interessenschwerpunkt „soziale Bewegungen“ .....	90
3.7.4. Interessenschwerpunkt „Friedenspolitik“ .....	91
3.7.5. Interessenschwerpunkt „Benachteiligung als nicht etablierte Partei“ .....	92
3.8. Besondere Zielgruppen .....	94
3.9. Populistische Argumentationen .....	96
3.10. Hauptsächliche politische Intentionen .....	99
3.11. Zusammenarbeit in der Fraktion zwischen den Abgeordneten .....	101
<b>4. Zwei Basislager, eine Expedition, gleiche Motivation? Zur Einstellung der Mitglieder von PDS und WASG.....</b>	<b>108</b>
4.1. Methodisches Vorgehen bei der Mitgliederbefragung .....	108
4.2. Soziodemographische Verteilung der Stichprobe .....	111
4.3. Einstellungen der Mitglieder zur Fusion .....	118

4.4.	Einstellungen und Kontakte der Mitgliedschaften zueinander .....	127
4.5.	Bewertung von Politikbereichen und programmatischer Schwerpunktsetzung .....	130
4.6.	Einstellungen zu aktuellen politischen Fragen und historischen Entwicklungen .....	141
4.7.	Bewertung von Spitzenpolitikern der Partei.....	152
4.8.	Regierungsbeteiligungen und Oppositionsverständnis .....	161
4.9.	Bedeutung einzelner Aspekte in der Parteiarbeit .....	173
4.10.	Die Bedeutung der Politikebenen .....	180
4.11.	Motivation zur Mitgliedschaft in der Partei.....	183
4.12.	Aktivität der Mitgliedschaft.....	189
<b>5.</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>195</b>
<b>6.</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>199</b>
<b>7.</b>	<b>Drucksachenverzeichnis .....</b>	<b>210</b>
<b>8.</b>	<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>217</b>
<b>9.</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>221</b>
9.1.	Datenmatrix: Durchschnittliche Beteiligung von Abgeordneten an mit eingebrachten Drucksachen anderer Abgeordneter .....	222
9.2.	Fragebogen der Mitgliederbefragung .....	223

## 1. Einleitung

Zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution des Jahres 1989 steht die offizielle Nach-Nachfolgerin der SED kurz davor, bei der Bundestagswahl 2009 zum zweiten Mal in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag einzuziehen und damit die deutsche Parteienlandschaft in ein Fünf- bzw. – bei Berücksichtigung – der CSU Sechsparteiensystem zu verwandeln. Die Frage „WAS Gelingt der PDS?“ kann somit schon zu einem Teil als beantwortet gelten. Wie nachhaltig dieser Durchbruch jedoch sein wird, ist derzeit noch nicht auszumachen. Der Aufstieg ist der PDS nämlich, wie das Scheitern an der 5%-Hürde und der Direktmandatsklausel 2002 verdeutlichen, nicht durch einen langfristigen Aufstieg, sondern erst durch die Zusammenarbeit mit der neuen Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) gelungen. Wie nachhaltig der Erfolg sein wird, hängt zu einem wesentlichen Teil auch davon ab, wie die zwei Mitgliedschaften zu einer gemeinsamen Gruppierung zusammenwachsen oder auf absehbare Zeit getrennt bleiben werden.

Die bisherige Literatur zur PDS kann im Vergleich zu den Publikationen über andere kleine Parteien als relativ umfangreich bezeichnet werden. Dies ergibt sich einerseits aus der Lage der PDS am linken Rand des Parteienspektrums. Eine nicht unwesentliche Anzahl beschäftigt sich nämlich mit der Frage der Verfassungskonformität der Partei und ist zumeist durch die Konrad-Adenauer- oder Hans-Seidel-Stiftung und/oder ihr nahestehende Autoren, wie Patrick Moreau oder Viola Neu, veröffentlicht worden. Andererseits ist auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung eifrig mit der Analyse mit der ihr verbundenen Partei beschäftigt. Vor allem die Brüder André und Michael Brie veröffentlichen zahlreiche Bücher und Aufsätze. Die Publikationen aus diesen beiden Richtungen liefern mitunter interessante Erkenntnisse, müssen aber wegen der offensichtlich fehlenden Objektivität mit Skepsis betrachtet werden. Während die Schriften der einen Seite oft der programmatischen Parteiwerbung nach außen oder der innerparteilichen Positionierung nach innen dienen, sieht sich die andere Seite primär der Extremismusforschung verpflichtet und vernachlässigt darüber hinaus andere wesentliche Aspekte. Im Rahmen dieser Untersuchung wird auf die extremismustheoretische Perspektive weitgehend verzichtet, was jedoch keineswegs bedeutet, dass es in der Partei oder vielmehr in einzelnen Gruppen keine Bestrebungen gäbe, die im Grenzbereich des verfassungsmäßig Zulässigen operieren würden. Zum einen ist aber vor dem beschriebenen Hintergrund nicht zu befürchten, dass diese wissenschaftlich zu wenig Beachtung finden würden, und zum anderen ist nicht zu erwarten, dass diese radikalen Positionen innerhalb der Linken in den nächsten Jahren eine dominierende Stellung

einnehmen können.

Wesentlich interessanter erscheinen die – durch die Fusion einer vornehmend in den alten (WASG) und einer weit überwiegend in den neuen Bundesländern (PDS) beheimateten Partei – sich ergebenden großen Unterschiede in der Mitgliedschaft. Die Differenz bezieht sich jedoch nicht nur auf die geographische Herkunft. Die Mitglieder der WASG sind im Gegensatz zu den neuen Parteigenossen aus der PDS im Durchschnitt erheblich jünger, überwiegend männlichen Geschlechts und häufig gewerkschaftlich organisiert. Auch im biographischen Hintergrund bestehen entscheidende Unterschiede. Während schätzungsweise 80-90% der Mitglieder der PDS auch schon in der SED waren und somit nicht nur die Erfahrungen als Bürger in dem „real existierenden Sozialismus“, sondern auch die als Mitglied in einer zentralistisch geführten Staatspartei mit in die neue Partei einbringen, haben viele WASG-Anhänger Erfahrungen als Mitglieder in der SPD, bei den Grünen, der DKP und/oder diversen K-Gruppen gesammelt.

Nach der Theorie der „Three Faces of Party Organization“ von Richard Katz und Peter Mair (1993) lassen sich Parteien grundsätzlich in drei Funktionsbereiche – nämlich die „Party in Public Office“, also die Abgeordneten in Parlamenten und Mitglieder der Exekutive, die „Party on the Ground“, also die Mitglieder der Parteibasis und die „Party in Central Office“, also die Parteiführung – ausdifferenzieren. Die „Party in Public Office“ und die „Party on the Ground“ werden im Rahmen dieser Untersuchung anhand von empirischen Studien untersucht werden. Die Positionen und Handlungen der Parteiführung lassen sich zum Teil aus der Darstellung der Parteiengeschichte entnehmen, werden aber in dieser Studie nicht separat analysiert. Abgesehen von der besonderen Situation in den Jahren nach 1989 sind Parteifusionen in Deutschland sehr selten und daher kein wesentlicher Gegenstand der deutschen Politikwissenschaft. Entsprechende Theorien und Studien aus anderen Ländern sind wegen der unterschiedlichen Parteiensysteme nur sehr bedingt übertragbar. Die vorliegende Arbeit hat daher in erster Linie einen explorativen als streng theoriegeleiteten Charakter, wobei in den entsprechenden Zusammenhängen auf allgemeine Erkenntnisse der Parlaments- und Parteienforschung zurückgegriffen werden wird.

Die gemeinsame Bundestagsfraktion bildete nach dem erfolgreichen Wahlkampf der WASG und Linkspartei.PDS im Jahre 2005 die erste Basis der neuen Partei. Folglich lassen sich anhand der Arbeit in der Fraktion erste Erkenntnisse über die Qualität der Zusammenarbeit der Mitglieder aus den beiden Quellparteien gewinnen. Die konkreten Fragestellungen diesbezüglich lauten:

Findet in der Bundestagsfraktion Die Linke eine parteiübergreifende Arbeit statt, oder



agieren die Abgeordneten (noch) weitgehend im Kontext ihrer alten Parteigenossen? Werden bestimmte Themenfelder durch die WASG, PDS oder die in der Fraktion auch zahlreich vertretenen Parteilosen besonders besetzt bzw. ignoriert? Werden unterschiedliche Zielgruppen besonders häufig angesprochen, oder wird direkt oder indirekt im Rahmen der parlamentarischen Vorgänge auf besondere Aspekte, beispielsweise den Ost-West-Gegensatz oder die Bekämpfung des Rechtsextremismus, Bezug genommen? Inwieweit lassen sich populistische Argumentationen in den eingebrachten Drucksachen ausmachen? Welche Drucksachentypen werden für die parlamentarische Arbeit gewählt, und welche politischen Intentionen werden damit verfolgt?

Neben den Bundestagsabgeordneten als wesentlicher Teil der „Party in Public Office“ der neuen Partei sind im Rahmen dieser Untersuchung die Einstellungen der Mitglieder in den Kreisverbänden, der „Party on the Ground“, analysiert worden. Hierbei stellt sich die zentrale Frage, wie die weitgehend als Top-Down-Prozess gestaltete Fusion von den Mitgliedern insgesamt und bezüglich einzelner Aspekte bewertet wird. Neben der rückwärtsgewandten Betrachtung des Fusionsverlaufs ist auch von besonderem Interesse, welche zukünftige programmatische Entwicklung der Partei angestrebt wird, also welche Themenschwerpunkte von den Mitgliedern präferiert werden. Wird zudem von der Basis eher eine Regierungs- oder Oppositionsrolle postuliert? Welche Aspekte haben in der – mit Ausnahme von Berlin – derzeit überall ausgeübten Oppositionsfunktion eine besondere Bedeutung? Wie werden die Führungspersonen der Partei bewertet? Vor dem Hintergrund, dass die Partei angesichts der SED-Vergangenheit wesentlich öfter als andere Parteien in (innerparteiliche) Geschichtsdebatten verstrickt ist, stellt sich auch die Frage, wie gewisse historische Ereignisse von der Mitgliedschaft bewertet werden. Diese aufgeworfenen Fragenkomplexe interessieren nicht nur absolut, sondern gerade auch im Vergleich zwischen WASG- und PDS-Mitgliedern und/oder zwischen Anhängern aus den alten und neuen Bundesländern. Des Weiteren dürfte für die weitere Entwicklung der Partei auch von besonderer Bedeutung sein, wie die Einstellung zu dem jeweils anderen Parteiteil ist und ob diesem Vertrauen entgegengebracht wird. Welche Motive bestehen darüber hinaus für die Mitgliedschaft und wie aktiv wird diese ausgeübt?

Da die Vergangenheit der PDS und ihrer Mitglieder zum einen nicht selten vom politischen Gegner zum Angriff genutzt wird, zum anderen aber auch in parteiinternen Flügelkämpfen historische Bewertungen im Vergleich zu anderen Parteien eine besonders hohe Bedeutung haben, liegt die Vermutung nahe, dass die weitere Entwicklung der Partei nicht unwesentlich von der (Vor-)Geschichte der PDS bzw. dem Umgang der neuen Partei mit dieser bestimmt sein wird.

Im Rahmen dieser Arbeit wird daher im Kapitel 2.1 zunächst ein Orientierung bietender Überblick über die Entstehung der PDS aus der SED und deren weitere Entwicklung seit 1990 gegeben. Ein besonderer Fokus richtet sich hierbei auf deren weitgehend als gescheitert anzusehende Ausdehnung auf die alten Bundesländer, da diese als eine der Voraussetzungen des dort späteren Erfolges der WASG gesehen werden kann. Die Entstehung der WASG aus zwei parallel entstandenen Protestorganisationen gegen die Agenda 2010 und der Aufstieg dieser nur kurze Zeit bestehenden Partei wird unter 2.2. dargestellt. Im Kapitel 2.3. erfolgt die Analyse des Fusionsprozesses und der hierbei aufgetretenen Schwierigkeiten und Erfolge im Anschluss an die Ankündigung von Neuwahlen zum Bundestag im Mai 2005.

Im dritten Kapitel wird die Arbeit der Bundestagsfraktion als erster empirischer Schwerpunkt dieser Untersuchung betrachtet. Zur Analyse wurden alle 1221 in der ersten Hälfte (10.2005 bis 10.2007) der 16. Wahlperiode durch Die Linke eingebrachten Drucksachen bezüglich der oben aufgeworfenen Fragestellungen anhand eines von Peter Raschke und Jens Kalke (Raschke 1992; Kalke/Raschke 1994) entworfenen, aber grundlegend überarbeiteten Codierungsschemas analysiert. Im vierten Teil der Arbeit wird die Einstellung an der Parteibasis betrachtet. Diese wurde anhand einer Befragung von 1446 Mitgliedern in 102 Kreisverbänden erhoben. Damit generiert diese Untersuchung erstmals empirisches Datenmaterial zur Fusion von WASG und PDS zur Partei Die Linke, wertet dieses aus und unterscheidet sich damit grundlegend von weitgehend normativen Arbeiten zur Linkspartei.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Beispielhaft hierfür ist Knabes 2009 erschienenes Buch „Honeckers Erben. Die Wahrheit über die Linke“.

## **2. Zwei Quellen, eine Strömung, gleiche Wellenlänge? Zur Geschichte der PDS und WASG**

### **2.1. Die Geschichte der (SED-)PDS von 1989 bis 2005**

Viele der aktuellen und jüngsten Entwicklungen der Partei Die Linke können nicht losgelöst von der Geschichte der Vorgängerparteien, vor allem der (SED- bzw. Linkspartei.)PDS gesehen werden. Bei keiner anderen deutschen Partei spielt die (Aufarbeitung der) Geschichte in politischen Auseinandersetzungen mit und innerhalb der Partei eine so bedeutende Rolle. Vor diesem Hintergrund erfolgt zu Beginn dieses Kapitels ein kurzer Überblick über die Parteigeschichte der PDS.

Auch wenn eine Analyse der letzten Jahre der SED und vor allem des ereignisreichen Jahres 1989 mit einer erstarkenden Bürgerrechtsbewegung, Überprüfung der Kommunalwahlen, Montags-Demos, einem weiteren Reformdruck aus der Sowjetunion und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten, einer zunehmenden Fluchtbewegung und teilweise damit zusammenhängend bzw. verschärfend wirtschaftlich kritischen Entwicklung, spannende Einblicke in die Schwierigkeiten der SED liefern könnten, soll im Rahmen dieser Untersuchung die Betrachtung kurz vor dem in mehrfacher Hinsicht außerordentlichen Parteitag der SED am 8./9. und 16./17.12.1989 begonnen werden. Für diesen Startpunkt spricht unter anderem auch die Tatsache, dass auf diesem Parteitag bzw. den vorbereitenden Tagen einige Persönlichkeiten an entscheidenden Stellen in Erscheinung traten, die die Geschicke der Partei bis heute – beispielsweise als Partei- und Fraktionsvorsitzende – wesentlich prägen. Nach der Betrachtung der Umwandlung der SED in die PDS vor dem Hintergrund der Deutschen Wiedervereinigung werden jeweils in einzelnen Unterkapiteln die Entwicklungen der Partei von 1991 bis 2005 in den neuen und alten Bundesländern analysiert. Die Darstellung der Bundespartei erfolgt dabei in dem ersten Unterkapitel, da deren Entwicklung weit mehr vom Osten als vom Westen abhing. Diese geteilte Darstellungsweise wurde gewählt, da es sich organisatorisch, personell, geschichtlich, programmatisch und von der Position sowie dem Erfolg im Parteienwettbewerb um zwei sehr unterschiedliche Parteiteile handelt. Wie die im Kapitel 4 erfolgende Darstellung der Befragung aufzeigen wird, besteht diese Differenz auch im Jahre 2007 auf Mitgliederebene noch in nicht unerheblichem Ausmaß. Des Weiteren kann auch gerade die Schwäche der PDS in den alten Bundesländern als eine der Erfolgsbedingungen der WASG gesehen werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die der Bedeutung in der Partei nicht ganz entsprechende hohe Beachtung der Westteile im Rahmen dieses Kapitels zu sehen.

### 2.1.1. *Auferstanden aus Ruinen. Die Wandlung der staatstragenden SED zur oppositionellen PDS*

Legendenbildungen, die etwa davon ausgehen, dass die SED-Mitglieder eine treibende Kraft in der Revolution des Herbstes von 1989 gewesen seien, sind keineswegs zu bestätigen.<sup>2</sup> Fokussiert man den Blick jedoch auf die Entwicklung der Partei, so ist eine entscheidende Bedeutung der „Emanzipation‘ der SED-Basis“ (Gerner 1994, 71) nicht zu bestreiten. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages erfolgte im Wesentlichen aufgrund des Drucks der 150.000 SED-Mitglieder auf der Demonstration am 10.11.1989 im Berliner Lustgarten (Bortfeldt 1992, 110). Trotz des formal noch bis zum Parteitag geltenden Fraktionsverbots gründeten sich im Herbst 1989 diverse reformorientierte Gruppierungen in der SED, zum Beispiel die Plattform WF, die bekannteste und in dieser Zeit wohl als einflussreichste Gruppe gelten kann.<sup>3</sup> Trotz oder gerade wegen des immer weiteren Nachgebens der Parteiführung sah sich das Politbüro und Zentralkomitee am 03.12.1989 zum Rücktritt gezwungen. Die Leitung der Partei und vor allem die Vorbereitung des Parteitages wurden einem 26-köpfigen „Arbeitsausschuss“ übertragen. In diesem waren unter anderem mit Gysi, Lothar Bisky und Roland Claus Personen vertreten, die die Geschicke der Partei bis in die Gegenwart wesentlich mitgestalten sollten.

Auf dem Parteitag stand zunächst die Frage im Raum, ob es die Partei überhaupt weiterhin geben sollte, oder ob nicht eine Auflösung und Neugründung der bessere Weg wäre. In dem folgenden Redeausschnitt erläuterte der designierte neue Parteivorsitzende Gregor Gysi die gegen die Auflösung sprechenden Argumente: „Die Auflösung der Partei und ihre Neugründung wäre meines Erachtens eine Katastrophe für die Partei. (Beifall) All jene, die sich in den letzten Wochen im ganzen Land so engagiert haben für die Erneuerung ihrer Partei, würden wir enttäuschen. Sie wollen doch unsere und nicht irgendeine Partei retten. Mit welchem Recht sollten wir uns alle einer politischen Heimat berauben? (Beifall) Außerdem entstünde in unserem Lande ein politisches Vakuum, das niemand ausfüllen kann und das die Krise mit unabsehbaren Folgen verschärfen würde. Darüber hinaus muss ich einfach auf rechtliche Folgen hinweisen. Mit einer Auflösungsentscheidung sind sämtliche Mitarbeiter des Apparats arbeitslos und die soziale Existenz der Mitarbeiter der parteieigenen Betriebe und Einrichtun-

---

<sup>2</sup> Vielmehr ist Jürgen P. Lang zuzustimmen, wenn er schreibt: „Der Versuch der Reformer, die Entstehung der PDS als Teil des demokratischen Aufbruchs in der DDR umzuinterpretieren ist eine Lebenslüge der Partei“ (Lang 2003, 963).

<sup>3</sup> Die Plattform WF fand ihren Ursprung und Namen in einer Versammlung von ca. 150 SED-Mitgliedern am 30.11.1989 in dem Berliner Werk für Fernsehelektronik (WF). Das interessante Zeitdokument der Gründungserklärung der Plattform WF findet sich bei Herbst/Stephan/Winkler (1997, 825).

gen wäre erheblich gefährdet. Das Eigentum der Partei wäre zunächst herrenlos. Anschließend würden sich sicherlich mehrere Parteien gründen, die in einen juristischen Streit um die Rechtsnachfolge träten“ (Gysi, zitiert nach Hornbogen/Nakath/Stephan 1999, 61). Auch Hans Modrow warnte in der Nacht vom 8. auf den 09.12.1989 vor den negativen Auswirkungen einer Parteiauflösung: „Wenn bei der Schärfe der Angriffe auf unser Land dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der DDR keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht!“ (Modrow, zitiert nach Hornbogen/Nakath/Stephan 1999, 95).

Die Delegierten folgten diesen Argumenten und lösten die Partei nicht auf. Aus Sicht der provisorischen Parteiführung war damit ein erstes Etappenziel erreicht. Auch bei der Wahl des Parteivorsitzenden (Gregor Gysi mit 95,3%; ebd. 446) und seiner Stellvertreter (Wolfgang Berghofer mit 98,3%, Hans Modrow mit 99,4% und Wolfgang Pohl mit 89,1%; ebd. 446ff) konnte sich die Parteitagsregie durchsetzen. Was die Besetzung des weiteren neuen 100-köpfigen Vorstandes anbelangte, so bestand zum Teil ein gewisses Chaos, welches Gysi und Falkner folgendermaßen beschreiben: „Neue Vorschläge kamen von irgendwem, irgendjemand lehnte ab, schob seinen Nebenmann vor. Für Fragen war keine Zeit. Es gab auch gar kein Bedürfnis dafür, willkürlich schob man Bauern vor, stellte einen Trupp von Parteisoldaten zusammen. (...) Lediglich der Form war Genüge getan, mehr ging nicht, mehr wollte in dieser Nachtstunde kaum jemand. Antreten, abtreten. Die Zinnsoldaten zogen auf. Ohne Marschbefehl, ohne Kompass, ohne Karte“ (Falkner/Gysi 1990, 107).

Neben dieser personellen Erneuerung stand vor allem die Veränderung des Parteistatus auf der Agenda. Im Vorfeld des Parteitages waren hierzu bereits mehrere Entwürfe/Ideen an die Parteiführung herangetragen oder veröffentlicht worden. Ein Einblick in die Diversität der Änderungsvorstellungen der Parteientwicklung findet sich in der Briefe- und Dokumentensammlung von Behrend und Meier 1990, 203ff. Zur letztendlich verabschiedeten Parteiordnung schreibt Moreau: „Das beschlossene Statut schien mit fast allen leninistischen Traditionen einer straff organisierten Kaderpartei zu brechen. Der demokratische Zentralismus wurde, zumindest auf dem Papier, als ‚repressiver bürokratischer Zentralismus‘ abgelehnt und aufgegeben; die innerparteiliche Demokratie durch eine erhebliche Aufwertung und Stärkung der Rechte der Mitglieder und Grundorganisationen gesichert. Die Mitgliederversammlung der Grundorganisationen wählte ab sofort ihre Leitung in geheimer Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit (§ 11); alle Wahlen mussten geheim erfolgen; der Parteivorsitzende selbst konnte abgewählt werden, wenn ihm der Parteivorstand mit absoluter Mehrheit das Misstrauen

aus sprach (III, §27). Alle Wahlfunktionen waren auf die Dauer von zehn Jahren begrenzt (III, §29)“ (Moreau 1992, 47).

Eine weitere entscheidende Frage, die der Parteitag zu klären hatte, war die der Umbenennung bzw. Beibehaltung des Parteinamens. Auch in diesem Punkt war die Veranstaltung gespalten. Letztlich einigte man sich auf die Kompromissformel „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)“. Zur Bewertung des gesamten Parteitages und der Namensgebung stellt Gerner fest: „halbherzig‘ und teilweise wenig überzeugend. Hierfür symbolischen Wert hatte dabei schon der Kompromiss bezüglich des neuen Parteinamens ‚SED-PDS‘. Widersprüchlicher konnte der Versuch einer wirklichen Erneuerung kaum ausfallen“ (Gerner 1994, 75).

Dieser Kritik ist zweifelsohne zuzustimmen. Es stellt sich jedoch die hypothetische Frage, was unter Berücksichtigung der spezifischen Umstände zu diesem Zeitpunkt an radikaleren Reformschritten umsetzbar gewesen wäre. Immerhin gelang es der neuen Führung um Gysi, Modrow und Berghofer die Partei am Leben zu halten und halbwegs handlungsfähig zu machen.

Im Jahre 1990 behielt der Reform- und darauf folgende Vereinigungsprozess jedoch sein Tempo bei und stellte die (SED-) PDS vor erhebliche Probleme. Zu Beginn des Jahres 1990 gehörte zu den größten Problemen der DDR-Regierung und der Parteiführung die Auflösungs- bzw. Nachfolgefrage für das Ministerium für Staatssicherheit.<sup>4</sup> Die bis vor kurzem alles bestimmende Staatspartei konnte nur noch reagieren, aber nicht mehr agieren. Moreau beschreibt dies folgendermaßen: „Die politischen und sozialen Prozesse, die das Land veränderten, konnte sie nur noch als Betrachter registrieren, aber nicht als Akteur mitbestimmen. Dieser Zustand politischer Ohnmacht führte dazu, dass die Mitglieder an der Basis (...) in Scharen aus der SED-PDS austraten“ (Moreau 1992, 49f).

Die Mitgliederaustritte nahmen in der Tat dramatische Ausmaße an. Waren im Sommer 1989 noch 2,3 Millionen DDR-Bürger Mitglied der Partei so betrug die Mitgliederzahl im Februar 1990 nur noch 700.000 und halbierte sich bis Ende April 1990 nochmal auf 350.000 (Welzel 1992, 86). Am 21.01.1990 trat mit Wolfgang Berghofer sogar ein erst sechs Wochen zuvor gewählter stellvertretender Vorsitzender aus der Partei aus. Zusammen mit den ebenfalls austretenden Dresdner Funktionären begründete er dies mit der fehlenden „politische(n) Kraft dieser Partei, sich grundsätzlich zu verändern und die tiefe Krise in unserem Land an der Seite der demokratischen Kräfte mit zu überwin-

---

<sup>4</sup> Eine Darstellung der diesbezüglichen Kontroversen zwischen der Regierung und den Oppositionsgruppen am Runden Tisch findet sich bei Moreau (1992, 59ff).

den“. Des Weiteren stellten sie die „dringliche Forderung, die SED-PDS aufzulösen“ (zit. n. Moreau 1992, 70). Die verbliebene Parteiführung versuchte nichtsdestotrotz zu retten, was noch zu retten war. Am 04.02 beschloss der Parteivorstand den alten, beschädigten Teil des Parteinamens wegzulassen und nur noch als PDS aufzutreten. Des Weiteren wurde als Termin für den nächsten (Wahl)Parteitag der 24./25.02.1990 festgelegt (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 17).

Auf diesem Parteitag mit dem Motto „PDS – die Neue – produktiv, progressiv, pro DDR“ wurden die Vorbereitungen für die auf den 18. März vorverlegten Volkskammerwahlen getroffen. So wurde sowohl ein neues Partei- als auch Wahlprogramm verabschiedet. Im Parteiprogramm wurden wesentliche Änderungen festgeschrieben. Zum einen wandelte sich die PDS von einer Weltanschauungs- zu einer Strömungspartei (Behrend/Meier 1991, 386). Zum anderen erkannte sie die Marktwirtschaft als überlegenes wirtschaftliches Ordnungsmodell an, wobei diese mit „einem hohen Maß an sozialer und ökologischer Sicherheit, Chancengleichheit und persönlicher Freiheit für alle Mitglieder der Gesellschaft“ (ebd. 388) verbunden sein sollte. Der Ökologie wurde auch durch die Festschreibung der „Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen“ als einer der 7 Werte eine zentrale Stelle eingeräumt. Im Wahlprogramm standen die Themen soziale Sicherheit, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit und die Reform der Wirtschaft im Mittelpunkt. Die Wiedervereinigungsfrage wurde in einen langfristigen, europäischen Kontext gestellt und sollte auf absehbare Zeit allenfalls durch einen Staatenbund zweier souveräner Länder erfolgen. Neben der Erklärung zur Bereitschaft der Änderung der DDR wurden auch grundlegende Reformen in der Bundesrepublik verlangt. Im Original lautete dies „Wir wollen keine Massenarbeitslosigkeit und Existenzangst, keine Ellenbogengesellschaft, keine Berufsverbote, kein KPD-Verbot, kein Recht auf Aussperrung, keinen Paragraphen 218, keine Spekulation mit Wohnungen, Grund und Boden, keine Beseitigung der Bodenreform, keine Zulassung neofaschistischer Gruppierungen, keinerlei Zweifel an der Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze und kein Leben auf Kosten anderer Völker“ (zitiert nach Behrend/Meier 1991, 368). Neben diesem aktuellen Horrorbild des anderen Deutschlands wurde auf dem Wahlparteitag auch die Heraufbeschwörung von möglichen negativen Folgen einer übereilten Vereinigung genutzt. Gysi stellte mit Blick auf das Agieren von westdeutschen Politikern zugunsten der Wiedervereinigung sogar die Frage: „Soll nun im Eiltempo ein Viertes Reich entstehen, nachdem drei untergegangen sind?“ (Gysi 1990, 3). Die PDS positionierte sich somit deutlich und als einzige der größeren zur Volkskammerwahl antretende Gruppierungen als Pro-DDR und Anti-BRD-Partei. Hans Modrow ließ sich zwar vor und auf dem Parteitag zur Spitzenkandidatur überreden und wurde dafür ein-

stimmig mit dem Ehrenvorsitz bedacht (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 20). In den nächsten Wochen war es aber vor allem Gysi, der im Wahlkampf als Zugpferd für die Partei im Einsatz war. In dieser nicht sonderlich einfachen Aufgabe machte er vor allem aufgrund seines rhetorischen Talents eine gute Figur. Bortfeld schreibt zu der auch heute noch zu beobachtenden Methode: „Bei Gysi wurde die Politik zur Unterhaltung. Der Aufbau von Argumentationsketten mit einer oftmals eigenwilligen Logik, ein verschmitztes Lächeln, schlagfertiger Humor, gepaart mit Witz und Charme, entwaffneten nicht nur den politischen Gegner, sondern verblüfften auch die eigenen Genossinnen und Genossen“ (Bortfeld 1992, 186). Der Wahlkampf der Partei war nicht nur auf die Person Gysi zugeschnitten, sondern wie der Wahlslogan „Don`t worry – take Gysi“ verdeutlicht, locker jugendlich inszeniert (Micus 2005, 270). Bei den Volkskammerwahlen erreichte die PDS 16,4% der Stimmen, was bei der hohen Wahlbeteiligung von 93,4% fast 1,9 Millionen Wählerstimmen und nach der CDU (40,8%) und SPD (21,9%) den dritten Platz bedeutete. Dieser relative Wahlsieg für die seit Monaten mit zumeist selbst zu verantwortenden Problemen kämpfende Partei war für die meisten Beobachter recht überraschend. Neugebauer und Stöss erklären das hohe Abschneiden mit dem zeitlichen Drängen der Union auf eine schnelle Wiedervereinigung, welches der PDS die Möglichkeit eröffnete, sich mit wie aufgezeigt Schüren von Ängsten vor dem Zustand in der Bundesrepublik, die Zustimmung der an der DDR-Identität hängenden Bürger zu sichern (Neugebauer/Stöss 1996, 165f). Geographisch lässt sich ein klares Nord-Süd-Gefälle bei der Volkskammerwahl ausmachen, nach dem die CDU bzw. die mit ihr lose verbundenen DSU und DA<sup>5</sup> im Süden und die PDS im Norden und vor allem Ost-Berlin überdurchschnittlich erfolgreich war. Zumindest für die Hauptstadt, in der die PDS fast ein Drittel (30,2%) der Stimmen erzielte, lässt sich dieser regionale Erfolg mit den von der Forschungsgruppe Wahlen ermittelten Werten für die sozialen Gruppen in Verbindung bringen. Es zeigt sich nämlich, dass die Partei weit überdurchschnittlich von höher gestellten Berufsgruppen gewählt wurde, die man auch als politische Klasse der DDR bezeichnen kann und die in der Hauptstadt einen nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung ausmachten. Neben der ideologischen und/oder parteilichen Verbundenheit dieser Gruppe erscheint auch die von Roth (1990, 379) aufgeworfene Vermutung, dass die besonders privilegierte Situation Berlins bei der Mittelvergabe und Versorgungslage ein angenehmeres Leben ermöglichte, welches die DDR als weniger bedrückend als in anderen Teilen der Republik erscheinen ließ, sehr plausibel.

---

<sup>5</sup> Zu den zur Volkskammerwahlen angetretenen Parteien: Bürgerbewegung Demokratischer Aufbruch (DA) und Deutsche Soziale Union (DSU) siehe Schulze (2007, 188f.) bzw. Schulze (2007, 248ff). Zu dem Wählerbündnis „Allianz für Deutschland“ siehe Jäger/Walter (1998).



Das Ergebnis der Volkskammerwahlen sollte das beste für die PDS bei den vier Wahlgängen in der DDR bzw. den neuen Bundesländern im Jahre 1990 bleiben. Bei den sechs Wochen später stattfindenden Kommunalwahlen erreichte sie landesweit nur 14,6%<sup>6</sup>, konnte aber immerhin 305 Bürgermeister stellen (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 23). Mit diesen Ergebnissen konnte sich die PDS zwar auf der elektoralen Ebene als Oppositionspartei halbwegs stabilisieren, aber auf der Mitgliederebene blieb die Austrittswelle ungebrochen.<sup>7</sup> Als kleiner positiver Nebeneffekt dieser Entwicklung kann aus Sicht der Reformer in der Partei wohl gesehen werden, dass die Auflösungsforderungen zumindest nicht mehr von Mitgliedern massiv vertreten wurden, da diejenigen die keine Erneuerungspotenziale in der SED sahen, diese inzwischen verlassen hatten. Ein neues existenzielles Problem entwuchs der Partei neben dem drohenden Verlust des eigenen Staates durch die Wiedervereinigung allerdings im Bereich der Finanzen. Die neue Volkskammernmehrheit beschloss nämlich am 31.05.1990 ein Gesetz zur Einrichtung der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“. Obwohl der DSU-Fraktionsvorsitzende Walter zur Begründung des Gesetzes äußerte, dass „die eigenständige politische Arbeit der Parteien nicht beeinträchtigt werden durfte“ ging in der PDS die Angst vor der kompletten Enteignung um (Falkner/Huber 1994, 138). In der Parteiführung war die Sorge vor dem Verlust des gesamten oder eines Großteils des Vermögens bereits einige Monate früher aufgetaucht. So wurde bereits im Dezember 1989 eine „Arbeitsgruppe zum Schutz des Vermögens der SED/PDS“ gebildet, die ihre Ziele auch auf illegalem Wege zu erreichen suchte. Als die „Putnik-Affäre“<sup>8</sup> durch Ermittlungen des BKA am 18.10.1990 bekannt wurde, kostete dies die Partei weit mehr als die verlorenen Gelder. Nicht nur, dass sich einige Parteimitglieder, die an eine konsequente Erneuerung der SED geglaubt hatten, hierdurch schwer enttäuscht sahen; der Vorfall sollte die PDS und deren Nachfolgerin noch lange belasten.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Hierbei ist zu beachten, dass Wahlergebnisse auf verschiedenen Politikebenen nur bedingt miteinander zu vergleichen sind.

<sup>7</sup> Nach Angaben des Parteivorstandes waren am 16.08.1990 noch 345 569 Personen Mitglied in der PDS (Bortfeld, 215).

<sup>8</sup> „Die in Moskau domizilierende Firma Putnik stellte fingierte Rechnungen über 107 Mio. DM aus, die seitens der PDS in zwei Teilbeträgen im September und Oktober bezahlt wurden. Die verantwortlich Handelnden wurden letztlich vom Vorwurf der Untreue (zu Lasten der PDS) freigesprochen, da davon auszugehen sei, dass die Mitglieder in Vorstand und Präsidium der Partei über den Vorgang zumindest in groben Zügen unterrichtet gewesen seien“ (Renken/Jenke 2001, 29). Zu Einzelheiten im Fall Putnik und anderen Geldtransaktionen der Partei siehe auch Myritz (1990, 38ff).

<sup>9</sup> Wie zum Beispiel an dem Cicero-Titelthema „Gregor Gysi und die SED-Millionen. Auf den Spuren der Operation Putnik“, welches im März 2008 die Ausführungen von Hubertus Knabe (2007, 37ff) in Kopie veröffentlichte, deutlich wurde.

Der Vorfall lieferte den anderen Parteien aber auch eine optimale Wahlkampfmunition für die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen. Die PDS konnte noch von Glück sprechen, dass diese Transaktionen wenige Tage nach und nicht vor den Landtagswahlen bekannt wurden.

Aufgrund der gegen den Widerstand der SED in der Volkskammer beschlossenen Wiedervereinigung über den Beitritt der DDR zu der BRD nach Artikel 23 GG, mussten in der DDR Bundesländer geschaffen werden. In diesen wurden am 14.10. Landtage, die zugleich als verfassungsgebende Versammlungen fungieren sollten, gewählt. Bei diesem dritten Urnengang der DDR-Bürger innerhalb weniger Monate erreichte die PDS mit 11,6% noch etwas weniger Stimmen als bei der Volkskammer- und Kommunalwahl.<sup>10</sup> Das Nord-Süd-Gefälle der Volkskammerwahlen blieb bestehen. So erreichte die PDS ihre besten Ergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern mit 15,7% und Brandenburg mit 13,4%. In dem in der Mitte liegenden Sachsen-Anhalt erreichte die Partei 12,0% während die Zustimmung weiterhin Richtung Süden in Sachsen (10,2%) und Thüringen (9,7%) weiter abnimmt.

Als sich im Sommer 1990 abzeichnete, dass die Wiedervereinigung und darauf folgend gesamtdeutsche Bundestagswahlen bald erfolgen würden, begann die PDS über eine Westausdehnung nachzudenken. Die diesbezüglichen Überlegungen und Probleme werden im Kapitel 2.1.3 analysiert werden. Trotz gewisser Erwartungen an Wahlerfolge im Westen schien der Einzug der PDS in den Bundestag bei einer einheitlichen 5%-Hürde in Deutschland sehr unwahrscheinlich. In dieser Situation kam der Partei das „Wunder von Karlsruhe“ (Moreau 1992, 115) zu Hilfe. Neben den Grünen und den Republikanern hatte auch die PDS beim Verfassungsgericht Beschwerde eingelegt, um bei der besonderen Situation der ersten gemeinsamen Bundestagswahl die 5%-Hürde außer Kraft zu setzen. Das Bundesverfassungsgericht hob in seinem Urteil vom 29.09.1990 die 5%-Hürde zwar nicht auf, ordnete aber an, dass eine Einzugshürde in gleicher Höhe in beiden Gebieten getrennt zu gelten habe, also bereits das Erreichen der gesetzten 5%-Hürde der Zweitstimmen in einem Teil für den Einzug in den Bundestag ausreichen sollte (BVerfG 82, 322).<sup>11</sup> Einen besonders für die PDS strukturell bedeutsamen Nebeneffekt lieferte das Urteil mit seinem Verbot von Listenverbindungen zwischen Ost und Westdeutschland aber der Ermöglichung von Listenverbindun-

---

<sup>10</sup> Wobei man für diesen wie angesprochen nicht ganz unproblematischen Vergleich von Wahlergebnissen auf verschiedenen Ebenen die Werte ohne Berlin berechnen muss. Nach Neugebauer/Stöss erreichte die PDS bei der Volkskammerwahl 15,2% und bei den Kommunalwahlen 13,3% der Stimmen in den fünf neuen Bundesländern.

<sup>11</sup> Das Urteil findet man auch unter [www.servat.unibe.ch/dfr/bv082322.html](http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv082322.html) (zuletzt: 03.04.09) Eine Beschreibung der institutionellen Rahmenbedingungen zur Bundestagswahl 1990 liefert Jesse (1994).

gen in dem Gebiet der ehemaligen DDR. Während ersteres dazu führte, dass die Partei im Westen ordentliche Landesverbände aufbauen musste, (Kapitel 2.1.3) ermöglichte die Listenverbindung im Osten, die vom Verfassungsgericht eigentlich als Nachteilsausgleich für die neuen Parteien gegenüber der logistisch stärkeren SED-Nachfolgepartei gedacht war, der PDS in einigen Bundesländern durch Listenverbindungen neugegründete Abspaltungen wie Die Nelken und Vereinigte Linke<sup>12</sup> wieder zu integrieren (Neugebauer/Stöss 1996, 178). Für die Taktik der PDS bedeutete die geteilte Sperrklausel, dass sie sich im Bundestagswahlkampf auf ihre Heimatregion konzentrieren konnte.<sup>13</sup>

Wie bereits bei den vorigen Wahlkämpfen des Jahres versuchte die PDS sich durch einen frechen, modernen und jugendlichen Wahlkampf als neue Partei zu inszenieren. Kaiser beschreibt deren Auftritt: „Als wolle sie alle anderen Parteien an Modernität überbieten, bedient sich die PDS der aktuellsten musikalischen Mittel. Nicht anders bei der Plakatierung an den Litfaßsäulen“ (Kaiser 1990).

Inhaltlich stellte sie sich vor allem als Vertreterin der Interessen der Ostdeutschen dar und versuchte nebenbei mit einigen gesamtdeutschen Anliegen, wie einer neuen durch Volksentscheid bestätigten Verfassung, der Streichung des § 218 und der Abschaffung der Wehrpflicht linke, feministische und pazifistische Bürger Westdeutschlands anzusprechen (Bortfeld 1992, 246). Letzteres, wie sich zeigen sollte, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. In den alten Bundesländern erreichte die Partei nämlich nur 0,3% der Zweitstimmen (Kapitel 2.1.3). Im Osten verlor sie im Vergleich zu den Volkskammer- und Landtagswahlen zwar leicht an Zuspruch, konnte mit 11,1% aber den Einzug in den Bundestag sicherstellen. Bundesweit entsprachen diese Werte 2,4%. Dass die Partei diesen (partiellen) Erfolg zu nicht unwesentlichen Teilen einem einzigen Mann zu verdanken hatte, zeigte sich an den Ergebnissen des Wahlkreises Berlin Marzahn-Hellersdorf. In diesem gelang es Gregor Gysi mit 31,7% der Erststimmen nämlich sogar ein Direktmandat zu gewinnen. Sowohl, was die geographische Verteilung mit den Hochburgen im Norden und Berlin und geringerem Zuspruch in den südlichen neuen Bundesländern als auch die Wählerstruktur ausmachte, zeigten sich die Ergebnisse der vier Wahlen im Jahre 1990 relativ stabil. Insgesamt überraschte das im Rahmen der Wiedervereinigung stabile und mit Ausnahme der PDS nahezu mit dem westdeut-

---

<sup>12</sup> Die Nelken gründeten sich am 13.01.1990 als marxistische Partei. Die Vereinigte Linke entstand bereits im Herbst 1989. Unter [www.ddr89.de](http://www.ddr89.de) (zuletzt: 03.04.09) finden sich interessante Originaldokumente dieser beiden und weiterer Gruppierungen aus dieser Zeit.

<sup>13</sup> Spekulativ ließe sich fragen, ob diese durch das Bundesverfassungsgericht ermöglichte Ostfokussierung auch einer der ursächlichen Gründe für die bis zur Vereinigung mit der WASG andauernde Schwäche der Partei in den alten Bundesländern gewesen ist und ein bundesweit bei der Bundestagswahl 1990 gescheiterte PDS sich schon früher zu einer gesamtdeutschen Partei hätte entwickeln können.

schen identische Parteiensystem in den neuen Bundesländern. Am plausibelsten erscheint die These, wonach die DDR-Bürger aufgrund der Westmedien, vor allem des nahezu überall empfangbaren Westfernsehens, schon vor der Wiedervereinigung eine Einstellung zu den Parteien hatten und somit auch Teilnahme an freien Wahlen so etwas wie Parteibindungen aufwiesen (Schmitt 1992, 231).

Die PDS hatte Ende 1990 nach den wohl mit Abstand zwei bewegendsten Jahren ihrer Parteigeschichte zwar abgesehen von einigen Ausnahmen auf der kommunalen Ebene alle Ämter, fast 90% ihrer Mitglieder<sup>14</sup>, den Großteil ihres Vermögens und eine klare politische Vision verloren. Auf der anderen Seite hatte sie es geschafft sich personell an der Führungsspitze und zumindest formal auch strukturell weitgehend neu aufzustellen und abgesehen von den alten Bundesländern in allen Parlamenten vertreten zu sein.

#### 2.1.2. *Von der isolierten Oppositionspartei zur Volkspartei mit Regierungsverantwortung. Die PDS in Ostdeutschland*

In diesem Kapitel wird in überblicksartiger Form die Entwicklung der PDS in den neuen Bundesländern von 1991 bis zu Beginn der sich abzeichnenden Fusion mit der WASG im Jahre 2005 dargestellt. Die PDS kam, wie im vorigen Kapitel gezeigt, sehr geschwächt und mit diversen Problemen belastet im wiedervereinigten Deutschland an. Den Tiefpunkt hatte sie damit aber noch nicht erreicht. Der Mitgliederschwund hielt weiter an. Dieser blieb nicht allein auf einfache Mitglieder beschränkt. Dies zeigen unter anderem die Tatsachen an, dass von den 305 gewählten Bürgermeistern mittlerweile nur noch 180 der Partei angehörten (Neugebauer/Stöss 1996, 49) und der erst im Februar gewählte 101-köpfige Vorstand auf sieben Mitglieder dezimiert war (Bortfeldt 1992, 267).

Der 2. Parteitag der PDS wurde wiederum auf Drängen der Parteibasis – diesmal wegen der Finanzkrise – vorverlegt bzw. in eine 1. Tagung am 26./27.01., eine zweite Sitzung 21.-23.06. und einen dritten Teil am 14./15.12.1991 aufgeteilt (ebd., 260). Der ausgebrochene Irakkrieg ermöglichte es der Parteiführung aber den Finanzskandal und das katastrophale Abschneiden bei der Bundestagswahl in den alten Bundesländern (0,3%) eher nebenbei zu behandeln und stattdessen den Fokus auf die neue Friedenspositionierung der Partei zu legen. Taktisch gesehen war diese Vorgehens-

---

<sup>14</sup> Ende 1990 gehörten der PDS nach Niedermayer (2008, 381) noch 280.882 Mitglieder an. Wobei es diesbezüglich auch deutlich niedrigere Zahlen beispielsweise 200.000 (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 39) finden lassen. Aufgrund der damaligen Organisationsdefizite ist eine exakte Zahl zu einem bestimmten Zeitpunkt wohl nicht mehr zu bestimmen, die negative Dynamik in ihrer Tendenz aber unbestreitbar.

weise nicht ganz ungeschickt, da in der Ablehnung eines von den USA geführten Krieges in der gesamten Partei eine weitgehende Übereinstimmung zu erwarten war. Anders sah es hingegen bei der programmatischen Positionierung der Partei aus. Inwieweit die Partei die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland reformieren, schrittweise überwinden oder revolutionär beseitigen sollte, gab es bei den Delegierten die unterschiedlichsten Vorstellungen oder die gleiche Ratlosigkeit. Diese Frage blieb auf diesem Parteitag ungeklärt und sollte die Partei noch lange, mit einigen Abstrichen bis heute, beschäftigen. Die Finanzen der Partei wurden angesichts ihrer Bedeutung nur am Rande und weniger aus Sicht der eigenen Schuld als vielmehr angesichts der schon an den Staat abgegebenen Mittel und der entsprechend der Mitgliederzahl gesunkenen Beiträge problematisch werdenden Finanzlage thematisiert. Der arg dezimierte Vorstand wurde durch Neuwahlen ergänzt, wobei ein Drittel durch Mitglieder aus den alten Bundesländern besetzt wurde, was angesichts des Mitgliederanteils im Promillebereich eine erhebliche Überrepräsentation bedeutete und als Anzeichen der Hoffnung gesehen werden kann, dass der Partei trotz der schlechten Bundestagswahl die Westausdehnung gelingen könnte (Kapitel 2.1.3).

In der Zeit bis zur zweiten Tagung des Parteitages nahmen die innerparteilichen Kämpfe derart zu, dass Gregor Gysi sich gezwungen sah mit seinem Rücktritt zu drohen (Bortfeldt 1992, 277). Des Weiteren erhitze die Aufdeckung der zunächst geleugneten MfS-Tätigkeit des Berliner PDS-Vorsitzenden Wolfram Adolphi die Gemüter.<sup>15</sup> Auf dem Parteitag beschlossen die Delegierten zwar, dass PDS-Abgeordnete gegebenenfalls ihre MfS-Mitarbeit bekannt machen sollten, verwarfen sich aber zugleich gegenüber einer pauschalen Verurteilung und Ausgrenzung (ebd., 284). Diese unentschiedene „Sowohl-als-auch-Taktik“ zeigte sich auch bezüglich des Programmwurfes. Anstatt klare Entscheidungen zu treffen, wurde vereinbart, die drei unterschiedlichen Programmwürfe von der Grundsatzkommission, von der Kommunistischen Plattform und von Klaus Höpcke weiter zu diskutieren und erst auf einem späteren Parteitag ein neues Parteiprogramm zu beschließen (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 58).

Insgesamt stand die Partei im Jahre 1991 noch ganz im Schatten ihrer Geschichte. Bortfeldt beschreibt dies passend: „Die PDS befand sich in der komplizierten Situation, ständig Vergangenheit ‚bewältigen‘ zu müssen. Sie war damit gezwungen, sich immer wieder mit sich selbst zu beschäftigen. Gleichzeitig aber waren konstruktive Politikan-

---

<sup>15</sup> Ein Landesparteitag sprach ihm dennoch mit 68,4% das Vertrauen aus. Nachdem Adolphi also zunächst im Amt bleiben konnte, erklärte er wenige Tage später zur Erleichterung vieler Mitglieder, im Oktober nicht erneut kandidieren zu wollen (Bortfeldt 1992, 273ff). Bis dahin konnte er sich aber nicht mehr im Amt halten und trat am 20.08.1991 als Vorsitzender zurück und legte sein Abgeordnetenmandat nieder (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 62).

gebote unerlässlich, um aus dieser Defensivposition herauszukommen. Diesen Spagat zu meistern, überforderte offenbar die Kraft der Partei“ (Bortfeldt 1992, 263).

Das Jahr 1992 kann zum Teil als erste Kehrtwende vom Niedergang der Partei zum erneuten Aufstieg gesehen werden. Der Mitgliederschwund setzte sich zwar weiter fort, aber bei den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen am 24.05.1992 konnte die Partei ihren Abwärtstrend beenden und im Vergleich zu der Abgeordnetenhauswahl von 1990 (9,2%) ihr Ergebnis mit 11,3% sogar deutlich steigern. Im Ostteil der Stadt erreichte sie mit 29,7% fast ein Drittel der Stimmen. Der Landesverband Berlin brachte aber im Jahre 1992 nicht nur gute Nachrichten für die Partei. Nachdem schon sein Vorgänger wegen MfS-Mitarbeit zurückgetreten war, musste André Brie im Oktober 1992 aus demselben Grund zurücktreten und verlor auch seinen Vizevorsitz in der Gesamtpartei.<sup>16</sup> Die Mitwisserschaft um die MfS-Tätigkeit seines Stellvertreters wurde auch als einer der Gründe für den im November bekannt gegebenen Verzicht Gysis auf die Wiederwahl zum Parteivorsitzenden auf dem 3. Parteitag im Januar 1993 bezeichnet (Bortfeldt 1993, 279). Darüber, inwieweit dies wirklich eine entscheidende Rolle spielte, ob Gysi selber nur aus der Schusslinie bezüglich eigener Stasivorwürfe wollte, oder der Rückzug darin motiviert lag, sich zukünftig ganz auf die Bundestagsgruppenführung konzentrieren zu können, kann nur spekuliert werden.

Neben den pragmatischen Organisations- und Personalfragen der Partei beschäftigte sie sich auch weiterhin mit der Verarbeitung ihrer Geschichte. Als eine der aufsehenerregendsten Äußerungen hierzu kann ein Aufsatz von Sahra Wagenknecht gelten, indem sie schreibt: „Und was immer man - berechtigt oder unberechtigt - gegen die Stalin-Zeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums“ (Wagenknecht 1992, 13). Der Parteivorstand stellte die in dem Aufsatz dargestellten Äußerungen zwar als „unvereinbar mit den Positionen der PDS“ (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 108) dar, aber der Vorfall verdeutlichte die mittlerweile immense Bandbreite der innerhalb der Partei vorhandenen historischen und programmatischen Vorstellungen. Vor diesem Hintergrund musste es fast überraschen, dass dem 3. Parteitag Ende Januar 1993 mit 90,5% Zustimmung die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms gelang. Dieses konnte natürlich nicht mehr als einen Kompromiss darstellen, der die programmatischen Differenzen über den zukünftigen Weg der Partei

---

<sup>16</sup> Eine ausführliche Schilderung der Person Brie und seiner MfS-Verstrickung findet sich bei Sturm (2000, 51).

keineswegs beendete.<sup>17</sup> Des Weiteren wurde Lothar Bisky mit 92,2% zum neuen Vorsitzenden gewählt. Bortfeldt beschreibt die Person und die Entscheidung folgendermaßen „Mit der redlichen und integrativen Vaterfigur Bisky kann das verunsicherte, der vielen Streitigkeiten und programmatischen Diskurse längst müde Parteivolk gut leben“ (Bortfeldt 1993, 282).

Zum Ende des Jahres 1993 zeigte sich bei den Kommunalwahlen in Brandenburg, dass der Wahlerfolg im vorigen Jahr in Berlin keine Ausnahme darstellte, sondern dass die positive Tendenz sogar noch zunahm. Mit 21,2% erreichte sie nämlich fast 5%-Punkte mehr als bei der letzten Kommunalwahl und konnte das Ergebnis der Bundestagswahl von 1990 in diesem Bundesland (11,0%) sogar fast verdoppeln. Besonders interessant war hierbei der Wahlkampf in Potsdam, bei dem der Bürgermeisterkandidat der PDS Rolf Kutzmutz die kurz vor der Wahl bekanntgewordene Stasimitarbeit unter dem Motto „Meine Biographie beginnt nicht erst 1989“ sogar positiv zu nutzen wusste und beim ersten Wahlgang mit 43,5% vor dem SPD-Amtsinhaber lag (Sturm 2000, 87ff). Neben den Enttäuschungen der Bürger der neuen Bundesländer, dass nicht alle Versprechungen im Rahmen der Wiedervereinigung eingelöst werden konnten – als Stichwort genügen wohl die von Helmut Kohl in Aussicht gestellten „blühenden Landschaften“ – kam der PDS somit auch eine zunehmende Ostidentität zugute. Insgesamt konnte die Partei somit relativ zuversichtlich in das Superwahljahr 1994 blicken.

Den Auftakt der für die PDS entscheidenden Wahlen machten die Europawahlen am 12. Juni. Bei diesen erreichte die Partei bundesweit 4,7% der Stimmen und verfehlte somit nur knapp die 5%-Hürde. Bei den parallel stattfindenden Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern (24,3%), Sachsen-Anhalt (18,2%) und Thüringen (15,7%) konnte die Partei ihre Ergebnisse gegenüber den letzten Kommunal- und Landtagswahlen im Jahre 1990 deutlich verbessern. Nur in Sachsen (11,6%) legte sie im Vergleich zu den Landtagswahlen mit 1,4% nur leicht zu und lag sogar minimal (0,1%) hinter den Kommunalwahlen zurück. Die Aufschlüsselung der Europawahlergebnisse nach West- (0,6%) und Ostdeutschland (20,6%) zeigte aber auch, dass neben den Erfolgen in den neuen Bundesländern die Partei im Westen nicht Fuß fassen konnte.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26.06.1994 bescherten der PDS mit 19,9% nicht nur einen wiederum deutlichen Zugewinn, sondern können auch als das Ende der absoluten Isolation der PDS im Parteiensystem gesehen werden. Trotz überwiegend kritischer Kommentierung in den Medien und deutlichen Vorbehalten aus der SPD-Zentrale in Bonn bildete der Spitzenkandidat der SPD, Reinhard Höppner nämlich eine

---

<sup>17</sup> Eine Darstellung des Parteiprogramms und des 3. Parteitages findet sich bei Behrend (2006, 45ff).

rot-grüne Minderheitsregierung mit Tolerierung durch die PDS. Das sogenannte „Magdeburger Modell“ führte dazu, dass die CDU eine „Rote Socken-Kampagne“ startete, mit der sie vor einem möglichen Rot-Rot-Grünen Bündnis- oder Tolerierungsmodell auf Bundesebene warnte. Für die PDS stellte sich diese Negativ-Kampagne als Geschenk heraus. Sie erhielt damit nämlich „ein Medienecho, das sie weder hätte selbst organisieren noch bezahlen können. Die ‚Rote-Socken‘-Kampagne erleichterte es der PDS, Argumente und Angriffe gegen sie selbst auf die Bürger Ostdeutschlands, auf ihre Befindlichkeiten und Mentalitäten umzulenken“ (Neugebauer/Stöss 1996, 66).

Die Landtagswahlen am 11.09.1994 in Brandenburg und Sachsen mit 18,7% und 16,5% bestätigten den hohen Zuspruch zur PDS im Osten. Vor dem Hintergrund der nach der Europawahl und aktuellen Umfragen jedoch sehr unsicheren Überwindung der 5%-Hürde nahm die Bedeutung der Erzielung von Direktmandaten – im Bundestagswahlkampf deutlich zu. Nach Neugebauer und Stöss fanden in Berlin, wo am realistischsten Direktmandate für die PDS zu erwarten waren, 530 Wahlveranstaltungen statt (Neugebauer/Stöss 1996, 65). Wie schon 1990 fuhr die Partei einen modernen, auch besonders auf junge Wähler ausgerichteten Bundestagswahlkampf. So zeigte ein Wahlplakat ein sich küssendes Paar und titelte hierzu: „Das erste Mal - Beim Küssen Augen zu - Beim Wählen Augen auf - PDS“. Allgemein zu künstlerischen Aspekten des Wahlkampfes siehe Woderich (1995). Des Weiteren setzte die Partei auf die Mobilisierungswirkung durch das Öffnen ihrer Liste und besetzte sogar einen nicht unerheblichen Teil der aussichtsreichen Listenplätze bzw. Wahlkreise mit Parteilosen (Moreau/Neu/Lang 1994, 73f.).

Mit 4,4% (19,8% im Osten und 1,0% im Westen) gelang es zwar nicht die Sperrklausel zu überwinden, aber durch vier Direktmandate von Gregor Gysi, Stefan Heym, Christa Luft und Manfred Müller in Berlin konnte die PDS mit 30 Abgeordneten gestärkt in den Bundestag einziehen. Ausführliche Analysen des PDS-Erfolges bei der Bundestagswahl 1994 finden sich bei Falter/Klein 1994 und Klein/Caballero 1996. Allgemein wurden bezüglich der für die allermeisten Politikwissenschaftler überraschend kommenden Wahlerfolge in den Jahren 1992 bis 1994 verschiedene Theorien aufgestellt. Eine gute Übersicht der Erklärungsansätze liefert Gerth, der diese in Bindungs-, Output-, Medien-, Cleavage-, Lücken- und Kulturthese gliedert (Gerth 2003, 27-59). Anders zusammengestellt kann man das Wahlverhalten der PDS auch mit Vereinigungsverlierer-, Gefallene Eliten- und Ideologie-Hypothesen (Klein/Caballero 1996, 232ff) analysieren.

Im November des Jahres 1994 erreichte die PDS noch eine vorerst negative Nachricht, nämlich die Rückforderung von Steuerschulden aus dem Jahre 1990 in Höhe von über



67 Mio. DM (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 202). Aufgrund der Weigerung der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR die Steuerschulden aus dem Altvermögen der Partei zu bestreiten, treten Lothar Byski, Gregor Gysi, Dietmar Bartsch und André Brie und andere am 30.11. nach Besetzung des Kommissionsgebäudes medienwirksam in den Hungerstreik. Diesen beenden sie nach einer Woche, nachdem das Berliner Verwaltungsgericht die Zahlung der Steuerschuld aus dem Altvermögen beschließt. Die Aktionen der PDS werden von diversen Demonstrationen mit mehr als 30.000 Teilnehmern und Solidaritätserklärungen begleitet (ebd., 207ff).<sup>18</sup> Die PDS, die nach eigener Aussage „ihrem Ende noch nie so nahe wie im Herbst 1994“ war, konnte somit aus dieser finanziellen Forderung politischen Profit schlagen und Hunderte neue Mitglieder gewinnen (ebd., 213). Die Mitgliederzahlen insgesamt waren zwar weiterhin deutlich rückläufig, aber mit -5,8% verlor die Partei nach den Daten von Niedermayer (2008, 381) auf Jahressicht erstmals weniger als 10% ihrer Anhänger. Angesichts des hohen Alters vieler Mitglieder verlagerte sich zudem der Schwerpunkt der Abgänge von Ausritten zu Todesfällen.

Da in den Jahren 1995 bis 1997 so gut wie keine für die PDS besonders wichtigen bzw. erfolgversprechenden Wahlen anstanden<sup>19</sup>, konzentrierte sich die Partei wieder mehr auf die internen Auseinandersetzungen. Als die wesentlichsten Pole in dieser Zeit können die Kommunistische Plattform mit ihrer wegen der radikalen Positionen auch in der weiteren Öffentlichkeit bekannt gewordenen Sahra Wagenknecht und die Reformer um die Parteispitze mit Lothar Bisky und Gregor Gysi gesehen werden.<sup>20</sup> Auf dem 4. Parteitag zu Beginn des Jahres 1995 gelang es der Parteispitze erstmals nicht die Delegierten vollständig von ihrer Linie zu überzeugen. Die vor allem von Gysi geforderte Nichtwahl von Wagenknecht in den Vorstand konnte noch knapp verhindert werden<sup>21</sup>, bei der Wahl zum Bundesgeschäftsführer wählte der Parteitag aber statt des Wunschkandidaten der Parteiführung, André Brie, den bisherigen Amtsinhaber Martin Harnack. Der Bruder des Unterlegenen führt das erstarkende Selbstbewusstsein der Parteibasis auch auf die seit dem Wiedereinzug in den Bundestag nicht mehr bestehende Exis-

---

<sup>18</sup> Lothar Bisky veröffentlichte zu den Vorgängen sogar ein eigenes Buch mit dem Titel „Wut im Bauch“ (Bisky 1995).

<sup>19</sup> Bei der Abgeordnetenhauswahl 1995 in Berlin erreichte die PDS insgesamt 14,6%. Im Westteil 2,3% und im Osten wurde sie mit 36,3% mit Abstand die stärkste Partei. Nach dem Erfolg der Partei bei den Bundestagswahlen 1994 mit 4 Direktmandaten (s.o.) kam dies aber nicht sonderlich überraschend. Zu den Wahlen in den alten Bundesländern siehe Kapitel 2.1.3

<sup>20</sup> Differenziertere Analyse der damaligen Gruppierungen in der Partei liefern Neugebauer und Stöss (1996, 136ff) sowie Brie (1995, 28ff).

<sup>21</sup> „Gysi drohte den Delegierten des nächsten Parteitages mit Verzicht auf seine Kandidatur zum Parteivorstand, falls Wagenknecht nicht daraus verschwinden würde“ (Behrend 2006,71).

tenzsorge zurück. Er analysiert: „Der Parteitag im Januar hat deutlich gemacht, dass die Grenzen einer Politik erreicht sind, bei der die PDS durch ein unkoordiniertes Nebeneinander der genannten Positionen bei nach außen gesicherter Hegemonie der SED-Reformer erfolgreich sein konnte“ (Brie 1995, 30). In der Tat sollten sich die parteiinternen Auseinandersetzungen im Laufe des Jahres noch verschärfen. In dem Aufruf „In großer Sorge“ mahnten 38 Parteimitglieder<sup>22</sup> in einer Anzeige im Neuen Deutschland am 18.05.1995 grundlegend falsche Entwicklungen in der Partei an. Die Kernaussage war: „Der Grundkonsens der Partei wurde in drei Fragen aufgeündigt: Aufweichung des Oppositionsverständnisses, Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines Gesellschaftsvertrages; Absage an SED und DDR in Gestalt des Stalinismusverdikts und Einschränkung des Pluralismus in der Partei. Die sozialistische Zielstellung verwandelt sich in eine unverbindliche Vision“ (zit. n. Ditfurth 1998, 52ff). Die Reaktion des integrativen Parteivorsitzenden Lothar Bisky kann, wie der folgende Ausschnitt zeigt, als für seine Verhältnisse relativ heftig angesehen werden: „Wenn irgend etwas dieser Partei den Todesstoß versetzen kann, dann ist es die historische Wiederbelebung dieser Art von Denunziation und politischem Rufmord, bei dem weder Roß noch Reiter genannt werden“ Auch 22 der 30 Bundestagsabgeordneten wiesen die Vorwürfe in einer Erklärung zurück. Nach Behrend nahm die Auseinandersetzung „mit Erklärungen und Gegenerklärungen Prominenter zeitweise Züge eines Glaubenskrieges an“ (Behrend 2006, 75). Die Initiatoren des Aufrufes und weitere Unterstützer schlossen sich im Juni als „Marxistisches Forum“ zu einer neuen Plattform innerhalb der PDS zusammen.

Die Richtungskämpfe innerhalb der Partei speisten sich nicht nur aus unausgetragenen Konflikten der letzten Jahre sondern bedingten sich zum Teil auch durch die neuen Herausforderungen und Möglichkeiten, denen sich vor allem die Kommunalpolitiker im Osten gegenübersehen. Die daraus folgende pragmatische Entwicklung einiger Kommunalpolitiker wurde außerhalb der Partei zumeist begrüßt, stieß aber bei parteinahen Beobachtern und Mitgliedern der Partei auf teilweise große Skepsis. So schreibt Behrend: „Am weitesten in der Treue zum neuen System gingen Kommunalpolitiker der PDS. Aus mehr oder minder freien Stücken schlugen sie einen bürgerlich-staatskonformen, mitunter gar rechten Kurs ein“ (Behrend 2006, 66). Die stellvertretende Parteivorsitzende Angela Marquardt äußerte in der jungen Welt vom 20.11.1995 sogar die Befürchtung: „Wenn wir nicht aufpassen, wird die Kommunalpolitik zum Einfallstor der Reaktion“ (ebd. 2006, 67).

---

<sup>22</sup> Darunter waren die Bundestagsabgeordneten Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf. Eine Darstellung eines Teils der Unterzeichner findet sich bei von Ditfurth (1998, 56ff).

Christine Ostrowski eine frühere stellvertretende Parteivorsitzende und Ronald Weckesser aus Dresden sorgten am 07.05.1996 mit ihrem „Brief aus Sachsen“ für die nächste große interne Auseinandersetzung über die zukünftige Entwicklung der Partei. Mit Blick auf die bisherigen Versuche der Westausdehnung (Kapitel 2.1.3) stellten sie diese als gescheitert und auch in Zukunft nicht erfolgversprechend dar. Wie der folgende Auszug zeigt, formulierten sie dies in relativ deutlichen Worten: „Für den weiteren Ausbau der Volkspartei PDS in den neuen Bundesländern und Berlin ist das Buhlen um versprengte West-Linke eher hemmend“ (Ostrowski/Weckesser 1996, 10). Sie empfahlen daher die konsequente Fokussierung auf den Osten, während sich linke Kräfte in den alten Bundesländern bei möglichen Koalitionspartnern engagieren sollten. Neben diesen an sich schon provokanten Thesen richteten sich die beiden Autoren auch gegen eine zu unkritische Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, denn: „Wer in pseudorevolutionärer Aufwallung das Auto seines Nachbarn anzündet oder Bahngleise zerlegt, um so seine Meinung zur Kernenergie zu bekunden, ist ein ‚Fall‘ für die Polizei, nicht aber für linke Solidarität“ (ebd.). Zudem wurde noch eine stärkere Fokussierung auf den Mittelstand gefordert und Kritik an einer unmoralischen und unredlichen Asylpolitik geäußert.

Bezüglich der Ostfokussierung waren die Überlegungen in der damaligen Situation strategisch vielleicht nicht ganz uninteressant. Aber angesichts der vor allem bezüglich der Ausländerpolitik und des Bewegungsscharakters innerhalb der PDS weit rechts bzw. außerhalb der bisher vertretenen gemachten Aussagen, fiel die Reaktion entsprechend heftig aus. Jürgen Elsässer warnte in Anspielung auf die damals in einigen Bundesländern erfolgreichen Republikaner vor der „Rep-tilisierung der PDS“ und Martin Dornis meinte: „Wir kriechen den beiden nicht hinterher in den Arsch eines gesunden Volksempfindens. Deshalb unser Rat für Leute wie Euch, die in der PDS ihr Unwesen treiben: Tretet aus der PDS aus und gründet Eure Zonen-CSU!“ (Behrend 2006, 69).

Zu Beginn des Jahres 1997 sorgte die „Erfurter Erklärung“ vom 09.01., in der 37 prominente Künstler, Schriftsteller, Gewerkschafter und Politiker<sup>23</sup>: „Bis hierher und nicht

---

<sup>23</sup> Die alphabetisch mit ihren Funktionen aufgeführten Erstunterzeichner waren: Prof. Dr. Elmar Altvater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; Prof. Heinrich Fink, Komitee für Gerechtigkeit; Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Physiker; Günter Grass, Schriftsteller; Max von der Grün, Schriftsteller; Stefan Heym, Schriftsteller; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Prof. Dr. Walter Jens, Präsident der Akademie der schönen Künste; Dr. Inge Jens, Literaturwissenschaftlerin; Dieter Keip, Pfarrer; Toni Krahl, Rockmusiker; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke, Pfarrer; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Heiko Liez, Pfarrer; Prof. Dr. Peter von Oertzen; Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf, Schriftsteller; Bodo Ramelow, HBV-Vorsitzender Thüringen; Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker; Dr. Erika Runge,

weiter Verantwortung für die soziale Demokratie“ forderten, für große Aufmerksamkeit. Neben grundlegenden linken politischen Forderungen stand im Punkt 6 die zu überwindende Ausgrenzung der PDS im Vordergrund. Im Wortlaut lautete dies: „Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang“<sup>24</sup> Zum Ende wird die Forderung nach einer potenziellen Zusammenarbeit von SPD, Grünen und PDS noch einmal wiederholt: „An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird“ (ebd.). Vor allem richtete sich dieser Aspekt der Erfurter Erklärung gegen in der SPD bestehende Vorbehalte vor einer Zusammenarbeit mit der PDS. Von Ditfurth analysiert die diesbezüglichen Probleme der Sozialdemokraten folgendermaßen: „Fürchtet die West-SPD eher die Attacken der Union, wenn sie sich mit der PDS einlässt, so haben Vertreter der Ost-SPD oft prinzipielle Schwierigkeiten mit einer Partei, die sich selbst als Nachfolgerin der bei Bürgerbewegten verhassten SED bezeichnet“ (von Ditfurth 1998, 219).

Die Erklärung hatte in ihren Auswirkungen sicherlich für keine Partei einen größeren Nutzen als für die PDS. Wie Bergmann (2002, 87) überzeugend darlegt, kann diese aber nicht - wie von der Konrad Adenauer Stiftung und diesen nahestehenden Wissenschaftlern unterstellt - nur als durch die PDS initiiert bezeichnet werden.

Dennoch fiel dieser Aufruf in eine Zeit, in der die Parteiführung versuchte auch die eigene skeptische Mitgliederbasis allmählich für das Ansinnen einer Regierungsbeteiligung zu gewinnen. Vor allem Gregor Gysi und André Brie waren besonders bemüht, die Perspektiven der PDS in Koalitionen mit der SPD aufzuzeigen (Jesse/Lang 2008, 52f.) Aufgrund der Bemühungen des SPD-Landesvorsitzenden Harald Ringstorff in diese Richtung bereits nach den Landtagswahlen 1994 und der Tatsache, dass die PDS in Mecklenburg-Vorpommern besonders hohe Wahlergebnisse erreicht hatte, schienen das nordöstliche Bundesland am ehesten dafür geeignet zu sein. Dies erkannte und beförderte auch der Landesvorsitzende Helmut Holter. Auf der 1. Tagung

---

Schriftstellerin und Psychoanalytikerin; Herbert Schirmer, Kulturminister a.D.; Gisbert Schlemmer, Vorsitzender Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmitthener, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall, Friedrich Schorlemmer, Theologe und Publizist; Prof. Dr. Dorothee Sölle; Frank Spieth, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo, Journalist; Prof. Dr. Uwe Wesel; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, MdB.

<sup>24</sup> Siehe <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/erfurt.htm> (zuletzt: 03.04.09).

des 5. Bundesparteitages der zudem passender Weise vom 17. bis 19.01. in Schwerin stattfand, wurde die Hürde gegenüber Regierungsbeteiligungen weiter gesenkt und die Entscheidung über das zukünftige Eingehen von Tolerierungen und Koalitionen den Landesparteien überlassen. Besonders euphorisch nahm diese Entscheidung Holter in seiner Rede vor den Delegierten auf. „Strotzend vor Selbstbewusstsein hat Holter seinen Parteigenossen erklärt, die PDS habe in Magdeburg ihre Lehrjahre absolviert, in Schwerin werde sie 1998 ihre Gesellenprüfung ablegen, und das Meisterstück folge dann in Bonn“ (Möller 1997, 3).

Neben diesen sich eröffnenden Perspektiven der Isolationsüberwindung im deutschen Parteiensystem brachte das Jahr 1997, nach Aussagen des neuen Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch, mit 1500 Eintritten so viele neue Mitglieder wie in keinem Jahr zuvor (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 544). Insgesamt reichte diese Entwicklung allerdings nicht aus, um die Verluste von Ausgetretenen oder Verstorbenen zu kompensieren, so dass die Mitgliederzahl erstmals am Jahresende 1997 knapp unter 100.000 lag (Niedermayer 2008, 381).

Zu Beginn des Jahres 1998 äußerte Gysi in Interviews, dass auch auf Bundesebene ein Machtwechsel nicht an den Stimmen von PDS-Abgeordneten scheitern würde (Moreau 1998, 42). Auch wenn dieses Angebot von Lafontaine zurückgewiesen wurde und nach dem Wahlergebnis auch nicht notwendig werden sollte, so offenbarte dieses Angebot doch sowohl ein gestiegenes Selbstbewusstsein als auch eine strategische Neuausrichtung der Partei. Auf der 2. Tagung des 5. Parteitages vom 03. bis 05.04. in Rostock wurde das Bundestagswahlprogramm verabschiedet. Die Tatsache, dass nach der 1. Tagung in Schwerin auch diese Veranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern stattfand, lag in der Hoffnung begründet, in dem aussichtsreichen Wahlkreis in Rostock durch Wolfgang Methling ein Direktmandat zu gewinnen (Modrow 1998, 2). Aufgrund der durch Umfragen und schlechte Landtagswahlergebnisse bekannten geringen Erfolgsaussichten der PDS in den alten Bundesländern lag der Schwerpunkt im Wahlkampf auf den neuen Bundesländern. In dem Wahlprogramm „Für den politischen Richtungswechsel! Sozial und solidarisch - für eine gerechte Republik!“ nahmen die Arbeits- und Sozialpolitik den größten Rahmen ein. Aus dem weiteren Programm, fallen diverse Vorstellungen zur demokratischeren Gestaltung der Bundesrepublik und die Ablehnung des Euro auf. Die Interessen der Ostdeutschen zogen sich zwar quer durch viele Politikfelder, aber da die spezielle Beschäftigung mit der Situation in den neuen Bundesländern nur auf zwei der 58 Seiten thematisiert wurde, formulierten die Direktkandidaten Luft und Methling noch ein „Rostocker Manifest für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik“, um die wahltaktische Fokussierung auf den

Osten zusätzlich zu verstärken. Dass dieses vom Parteitag nicht beschlossen wurde, lag nicht an der inhaltlichen Aussage, sondern darin, dass dieses Dokument überraschend vorgestellt wurde und sich die Delegierten übergangen fühlten.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26.04.1998 erreichte die PDS mit 19,6% bis auf 0,3% das gleiche Ergebnis wie 4 Jahre zuvor. Die Tolerierung der rot-grünen Minderheitsregierung unter Höppner schien ihr also nicht wesentlich geschadet zu haben. Wobei im Vergleich zu den anderen Landtagswahlen in den neuen Bundesländern Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland bleiben sollte, bei dem die Partei nicht zulegen konnte. Von einer „Entzauberung“ der PDS durch die indirekte Beteiligung an der Regierungsverantwortung konnte angesichts der Wahlergebnisse aber nicht gesprochen werden. Deswegen fiel es der Partei auch nicht schwer, die Tolerierung fortzusetzen, zumal sie dies gestärkt tun konnte, da die Grünen an der 5%-Hürde gescheitert waren und somit ein Partner weniger mit am Tisch saß. Die erste Legislaturperiode hatte sich die PDS als verlässliche Partnerin bewährt, was angesichts der dabei einzugehenden Kompromisse wiederum nicht alle in der Partei begrüßten. Von Ditzfurth stellt fest: „In Sachsen-Anhalt entpuppt sich die PDS vielmehr als eine realpolitische linkssozialdemokratische Partei, sehr zum Ärger von KPF und Marxistisches Forum“ (von Ditzfurth 1998, 222).

Nach einem nicht ganz problemlosen, aber offenbar erfolgreichen Bundestagswahlkampf<sup>25</sup> erreichte die PDS am 27.09.1998 5,1% Zweitstimmen und konnte somit erstmals als Fraktion in den Deutschen Bundestag einziehen.<sup>26</sup>

Mit 21,6% der Zweitstimmen in den neuen und 1,2% in den alten Bundesländern blieb die Partei mit leichten Zugewinnen in beiden Teilen eine primär ostdeutsche Partei. Wahlanalysen des zwar aufgrund von Wahlumfragen in den letzten Monaten nicht mehr überraschenden aber vier Jahre zuvor nur von den wenigsten Beobachtern erwarteten Erfolges finden sich Moreau/Schorpp-Grabiak (2002). Neben den schon bekannten Erklärungsmustern für die Wahl der PDS liefern Neugebauer und Stöss (1999, 132ff) mit der Abwägung zwischen „Milieu-“ und „Vakuum-These“, nach der die Zugewinne auf die politisch in die Mitte wandernde SPD und das damit entstehende und zu füllende Vakuum zurückgehen, ein vor allem auch im Rückblick nach der weiteren Entwicklung eine interessante Perspektive.

Die Partei konnte auch bei den parallel stattfindenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern mit 24,4% leicht zulegen. Wie sich im Vorfeld schon abgezeichnet

---

<sup>25</sup> Eine ausführliche Analyse des Bundestagswahlkampfes liefert Bergmann (2002, 206-223).

<sup>26</sup> Die bisherigen Vertretungen der PDS im Bundestag, die dort aufgrund von Sonderregeln (1990 geteilte 5%-Hürde; 1994 Direktmandatsklausel s.o.) saßen, hatten nur einen Gruppenstatus.

hatte, gingen SPD und PDS in diesem Bundesland erstmalig das Wagnis einer Koalition ein. Die Koalitionsverhandlungen verliefen relativ reibungslos, verlangten aber auf beiden Seiten naturgemäß die Bereitschaft zu Kompromissen<sup>27</sup>. Aus Sicht der PDS bestand das größte Zugeständnis neben der deutlichen Beschneidung ihres geplanten, öffentlichen geförderten Beschäftigungssektors (vorerst nur 500 der geplanten 5000 Stellen, weitere 2500 unter Finanzierungsvorbehalt) in der klaren Anerkennung der Schuld der SED in der Präambel<sup>28</sup>. Die Annahme des Koalitionsvertrages auf dem Landesparteitag erfolgte mit 88% (Heinrich 2002, 223) jedoch sehr deutlich. Aus den Reihen der PDS wurde Helmut Holter Minister für Arbeit und Bau und stellvertretender Ministerpräsident, Martina Bunge Sozialministerin und Wolfgang Methling Umweltminister.

Auch das Jahr 1999 sollte für die PDS ganz im Zeichen zumindest im Osten und bundesweit (zu den Wahlen in den alten Bundesländern s. Kapitel 2.1.3) erfolgreicher Wahlgänge stehen. Den Auftakt machte die Europawahl am 13.06., zu der die PDS mit einem Euro- und teilweise auch EU-skeptischen Programm angetreten war. Mit 5,8% (23,0% in den neuen und 1,3% in den alten Bundesländern) erzielte sie wenige Monate nach den Bundestagswahlen erneut das beste jemals bundesweit erreichte Ergebnis. Zu diesem Zuwachs dürften auch erste Enttäuschungen über die rot-grüne Bundesregierung, vor allem im außenpolitischen Bereich (Kosovo-Einsatz) beigetragen haben<sup>29</sup>. Bei den im September in den neuen Bundesländern stattfindenden Landtagswahlen konnte die PDS ihre Ergebnisse jeweils um die 5%-Prozentpunkte verbessern. In Brandenburg erreichte sie 23,3% (+4,6%), in Thüringen 21,3% (+4,7%) und in Sachsen 22,2% (+5,7%). Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 10.10.1999 wurde ein etwas geringerer Zugewinn (3,1%) auf 17,7% erreicht. Neugebauer und Stöss ist zuzustimmen, wenn sie zu den Wahlergebnissen in dieser Zeit feststellen: „Die Ursachen für die Erfolge der PDS lagen im wesentlichen in der Krise der SPD“ (Neugebauer/Stöss 2003, 127).

Nach den Erfolgen bei den Wahlen der Jahre 1998/1999 stand die weitere Entwicklung ganz im Zeichen und, wie sich zeigen sollte, Schatten der Ausarbeitung eines neuen

---

<sup>27</sup> Zu der Vorgeschichte der Koalition und den Koalitionsverhandlungen siehe Heinrich (2002, 216ff) und Schwebs (2005, 84ff).

<sup>28</sup> In der Präambel des Koalitionsvertrages heißt es: „Die PDS bekennt sich dazu, dass die SED für politisches Unrecht in der DDR verantwortlich war“ (<http://www.trend.infopartisan.net/trd1198/t061198.html>; zuletzt 07.03.09)

<sup>29</sup> Auch in der vorigen und folgenden Europawahl lag das Ergebnis für die PDS über dem, welches sie bei den entsprechenden Bundestagswahlen erreichen konnte. Es kann vermutet werden, dass hierbei neben dem Einfluss der geringeren Wahlbeteiligungen auch der Effekt, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament trotz der zunehmenden Bedeutung der EU vom Bürger häufig als „Nebenwahlen“ angesehen werden und diese eher für eine Protestwahl, die auch ein Motiv für die PDS-Wahl darstellen kann, genutzt werden.

Parteiprogramms. Während die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum weitgehend an dem orthodoxen 1993er Programm festhalten wollten, drängte die Führungsspitze auf ein modernes Parteiprogramm.

Wie die folgende Feststellung Behrends verdeutlicht, bestanden aber in Teilen der Partei immense Vorbehalte gegen die als Anpassung empfundene Entwicklung: „Doch übte in einer Reihe von Fragen auch bei ihr spätbürgerlicher Parlamentarismus seine korrumpierende Wirkung aus. Kader an der Spitze und im Apparat, die auf das endgültige ‚Ankommen‘ in der BRD, auf Posten und Karrieren erpicht waren, passten sich verstärkt dem herrschenden System und den Denk- und Verhaltensweisen altbundesdeutscher Parteien, vor allem der SPD, an“ (Behrend 2006, 89). Die krisenhafte innerparteiliche Situation der aufbrechenden Flügelkämpfe stand somit ganz im Widerspruch zu der bei Wahlen erfolgreichen Partei. Wobei Gysi (2002, 293) auch gerade in der elektoralen Stabilisierung der Partei die Ursache für die heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen sah, da diese nun ohne Gefahr für die Existenz der Partei erfolgen könnten. Als Bisky und Gysi merkten, dass sie sich in der Partei mit ihren weiteren Erneuerungsvorstellungen nicht durchsetzen konnten, gaben sie den Partei- bzw. Fraktionsvorsitz auf. Besonders deutlich wurde die Ablehnung dieses Weges auf der 3. Tagung des 6. Parteitages in Münster vom 07. bis 09.04.2000, auf dem der Antrag des Parteivorstands, UN-Einsätze nicht grundsätzlich abzulehnen, heftig diskutiert und mit 219 zu 126 Stimmen deutlich abgelehnt wurde (Behrend 2006, 100).

Für den bis dahin in der Partei führungsstarken Gysi „stellte die Niederlage des Parteivorstands und damit auch von Lothar Bisky und mir beim UN-Beschluss des Parteitages der PDS in Münster im April 2000 eine Zäsur dar. Denn zum ersten Mal stimmte hier eine große Mehrheit der Delegierten gegen einen Grundsatzantrag des Parteivorstands“ (Gysi 2002, 293). Das Abstimmungsverhalten des Parteitages dürfte auf individuell sehr unterschiedliche Motive (u.a. pazifistische Einstellungen, Unzufriedenheit mit Führungspersönlichkeiten, Kritik an Regierungsbeteiligungen) zurückzuführen sein. Vor dem Hintergrund der damaligen Diskussionen bei Bündnis 90/Die Grünen liegt aber die Vermutung nahe, dass die Parteibasis angesichts ihrer eigenen Anpassungsprozesse der letzten Jahre Sorge vor einer ähnlichen realpolitischen Entwicklung wie bei den Grünen hatte und der Parteiführung somit ein klares Stoppsignal setzen wollte. Befürchtungen bzw. Hoffnungen, dass die PDS-Delegierten nachhaltig ihre rebellische Seele entdeckt hätten, bestätigten sich jedoch nicht. Denn schon beim nächsten Parteitag in Cottbus wurde wieder großer Zusammenhalt inszeniert. Peter Christian Segall und Rita Schorpp-Grabiak berichten: „Im Gegensatz zu Münster, wo auf jedes neue Moment der Parteitagsdramaturgie ein neues Desaster folgte, gelang es der PDS die-



ses Mal, sich in das richtige Bild zu setzen und die Herzen ihrer Delegierten zu gewinnen“ (Segall/Schorpp-Grabiak 2000, 96).

Diese Harmonie ist wohl auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass man der designierten Parteivorsitzenden Gabi Zimmer einen möglichst guten Auftakt gönnen wollte. Dies spiegelte sich auch in ihrem Wahlergebnis wider, welches mit 93,3% über den Werten ihres Vorgängers lag. Mit den Worten: „Wir können nicht zur Wahl antreten und erklären: Wählt uns, damit wir es den Regierenden zeigen – aber gebt uns bitte nicht den Auftrag mitregieren zu müssen. Wir möchten Opposition bleiben – am besten mit 99 Prozent aller abgegebenen Stimmen. So läuft das nicht“ (Zimmer zitiert nach Schulz 2000, 885) machte die neue Vorsitzende in ihrer Rede deutlich, dass sie den Kurs der bisherigen Führung weitergehen wollte.

Eine zumindest zu diesem frühen Zeitpunkt unerwartete Chance sich in einem weiteren Bundesland an einer Regierung zu beteiligen tat sich 2001 in Berlin auf. Aufgrund des Berliner Bankenskandals und der darin verwickelten Landes-CDU wurde der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in einem konstruktiven Misstrauensvotum durch eine durch die PDS tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung unter Klaus Wowereit abgelöst und noch für Oktober des Jahres 2001 Neuwahlen angesetzt. Bevor diese allerdings stattfanden, wirkten sich die Ereignisse des 11.09.2001, wie Neugebauer und Stöss beschreiben, auch auf das Vorgehen der PDS aus: „Indem die PDS-Führung nun das Friedensthema und damit auch die globalen politischen und ökonomischen Ursachen des Terrorismus zum zentralen Gegenstand auf ihrer Agenda machte, entsprach sie durchaus der veränderten politischen Situation in Deutschland und in der Welt. Mit dem Themenwechsel bot sich zugleich auch die Chance, einem als unkalkulierbar erscheinenden innerparteilichen Konflikt über die Programmfrage auszuweichen und sich stattdessen einer Problematik zu widmen, die innerparteilich kaum umstritten war“ (Neugebauer/Stöss 2003, 130). Bei den vorgezogenen Wahlen in Berlin konnte die PDS auf 22,6% zulegen und lag damit nur 1,2%-Punkte hinter der für den Bankenskandal abgestraften CDU. Besonders interessant waren bei dieser Wahl auch die Ergebnisse in dem früheren Ost- und Westteil der Stadt. Während die Partei im Westen mit 6,9% erstmals über 5% erzielte, erhielt sie im Osten mit 47,6% mehr Stimmen als alle anderen vier etablierten Parteien zusammen, so dass sie, wäre Ost-Berlin ein eigenes Bundesland, sogar eine Alleinregierung hätte stellen können. Die Spitzenkandidatur des weit über die eigene Partei hinaus Sympathie genießenden Gregor Gysis trug nicht unwesentlich zu diesem gutem Ergebnis bei. Nach dem kurzen Versuch der Bildung einer Ampelkoalition einigten sich SPD und PDS auf eine Koalition, bei der die PDS mit Gregor Gysi (Wirtschaft, Arbeit und Frauen), Heidi Knacke-

Werner (Gesundheit, Sozialwesen und Verbraucherschutz) und Thomas Flierl (Wissenschaft, Forschung und Kultur) drei Senatoren stellte. Vor dem Hintergrund des Kampfes innerhalb der Partei um das Geschichtsbild der DDR legte die PDS ein erstaunlich umfassendes Schuldgeständnis ab. In der Präambel zum Koalitionsvertrag heißt es: „Für die Verfolgung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen Teilen der demokratischen Opposition, für deren Inhaftierung unter menschenunwürdigen Bedingungen bis hin zum Tod und für die Hinrichtungen Andersdenkender trägt die SED eine bleibende Schuld. Zusammen mit den damaligen Entscheidungsträgern in der Sowjetunion ist sie verantwortlich für die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953, den Mauerbau und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, mithin für das Fehlen grundlegender demokratischer und Freiheitsrechte in der DDR“ (SPD/PDS 2002, 3).<sup>30</sup>

Mit dem Eintritt in ihre zweite Regierungsbeteiligung begann das Jahr 2002 somit relativ verheißungsvoll für die PDS. Auf der 3. Tagung des 7. Parteitags am 16. und 17.03.2002 in Rostock verabschiedete die PDS ihr Bundestagswahlprogramm mit dem Titel „Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft“. Taktisch wurde in dem Programm zum einen versucht die enttäuschten Erwartungen nach dem rot-grünen Machtwechsel anzusprechen und zum anderen sich als einzige Alternative anzubieten, da alle anderen Parteien nur „Nuancen der gleichen Politik“ bieten würden. Inhaltlich stand vor dem Hintergrund des nicht gehaltenen Halbierungsversprechens von Gerhard Schröder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Die Sozialpolitik und die besondere Situation in Ostdeutschland nahmen wie in bisherigen Wahlprogrammen einen großen Raum ein. Zugenommen hatten vor dem Hintergrund der Ereignisse am und nach dem 11.09.2001 und dem drohenden Irakkrieg die Bedeutung der außenpolitischen Fragen.

Personell stellte sich die Partei mit einer Viererspitze auf, der neben der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer und dem Fraktionsvorsitzenden Roland Claus auch Petra Pau und Dietmar Bartsch angehörten. Organisatorisch hoffte man ähnlich dem Vorbild der erfolgreichen SPD-Kampa von 1998 mit einem ausgelagerten „Wahlquartier“ in Berlin-Mitte den Wahlkampf nach Zimmers Worten „transparenter, offener und bürgernäher“ (Fraude 2002, 379) zu gestalten.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 21.04. hatten aus Sicht der PDS eine gute und eine schlechte Seite. Auf der negativen (für einen Teil der PDS-Mitglieder wohl auch positiven) Seite stand, dass die Partei aufgrund des massiven Einbruchs der SPD

---

<sup>30</sup> Zur genaueren Untersuchung der Abgeordnetenhauswahl und der Koalitionsbildung in Berlin siehe Niedermayer und Stöss (2002).

die Möglichkeit verlor eine SPD-Regierung zu tolerieren. Auf der positiven Seite konnte sie selbst mit 20,4% ihr Ergebnis leicht steigern und sogar knapp vor der SPD (20,0%) zweitstärkste Partei werden. Fünf Monate vor der Bundestagswahl sprachen dieses stabile Ergebnis und auch die meisten Umfragen für einen klaren Wiedereinzug der PDS in den Bundestag.

Im Sommer 2002 lief jedoch für die PDS fast alles schief, was schief laufen konnte. Zuerst trat Gregor Gysi wegen dienstlich erworbenen, aber privat genutzten Bonusmeilen am 31.07. von seinem Senatoren- und stellvertretenden Bürgermeisterposten in Berlin zurück. Die Tatsache, dass sich zudem das Gerücht hielt, dass dem Senator die Möglichkeit des Rückzugs sehr gelegen kam, verdoppelte das Desaster noch, da damit die zumindest in Wahlkämpfen wohl wichtigste Person der PDS nicht nur unter dem Vorwurf der privaten Bereicherung sondern auch dem der Politikunfähigkeit stand. Nur wenige Tage später setzte der Kanzler in einer Wahlkampfreden in Hannover gezielt auf die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Beteiligung bei einem Irak-Einsatz. Wörtlich sagte Schröder: „Druck auf Saddam Hussein ja, aber Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention – davor kann ich nur warnen. Das ist mit uns nicht zu machen“ (Schröder zitiert nach Geyer/Kurbjuweit/Schnibben 2005, 203). Nach dieser Antikriegspositionierung des Kanzlers konnte die PDS das Friedensthema nicht mehr in demselben Maß ausspielen wie zuvor. Zum dritten begann ziemlich genau zur selben Zeit das Elbehochwasser. Diese Naturkatastrophe ermöglichte es dem Medienkanzler Schröder sich als Krisenmanager in den neuen Bundesländern in Szene zu setzen. Des Weiteren bewirkte die „Jahrhundertflut“ eine Solidarisierung zwischen alten und neuen Bundesländern, die einer Partei, die gerade auch von den Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland zu profitieren weiß, nicht entgegenkam.

Bei der Bundestagswahl am 22.09.2002 erreichte die PDS nur 4,0% der Zweitstimmen und konnte auch nur zwei Direktmandate in Berlin erzielen. Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung war die Partei damit, abgesehen von den Abgeordneten Petra Pau und Gesine Löttsch, nicht im Bundestag vertreten. Mit 1,1% (-0,1%) der Wählerstimmen in den alten und 16,9% (-4,7%) in den neuen Bundesländern kann aufgrund der großen Verluste im Osten die Wahl als dort verloren gegangen gelten. Wie Infratest dimap (2002, 81f) anhand der Wechselwähleranalyse herausgearbeitet hat, spielte für die in der Gruppe von der PDS zur SPD gewechselten Wählern die Außenpolitik eine größere Rolle als bei den Noch-PDS-Wählern, was die These unterstützt, dass die Irak-Positionierung Schröders der PDS Stimmen gekostet hat. Aber auch die personelle Situation dürfte mit für das Ergebnis verantwortlich sein. Während 1998 noch 21% der Wähler befanden, die Partei „hat besonders fähige Politiker an der Spitze“, waren

dies 2002 nur noch 12%. Zudem weist die Parteivorsitzende Zimmer unter allen abgefragten Spitzenpolitikern nicht nur die geringste Zustimmung (14%) aus, sondern ist auch die am häufigsten nicht bewertete/unbekannte Person (36%) (ebd., 115f). Neugebauer und Stöss formulieren in ihrer Wahlanalyse nach Würdigung der Fähigkeiten von Bisky, Gysi und Brie zum Führungswechsel: „Daher grenzte es fast schon an Selbstmord, dass die PDS dieses Erfolgstrio im Jahre 2000 abservierte“ (Neugebauer/Stöss 2003, 150). Zu guter Letzt scheinen aber auch die Regierungsbeteiligungen bzw. -tolerierungen eine Rolle zu spielen. Betrachtet man nämlich die Verluste in den einzelnen Bundesländern, so fällt auf, dass diese in den Ländern, in denen die Partei in der Regierung ist bzw. diese bis vor kurzem toleriert hatte (Mecklenburg-Vorpommern -7,3% und Sachsen-Anhalt -6,3%), deutlich höher ausfallen als in den Ländern, in denen sie in der Opposition war (Brandenburg -3,1%, Sachsen -3,8% und Thüringen -4,3%).

Diese Unzufriedenheit mit den in Koalitionen einzugehenden Kompromissen zeigte sich auch bei der parallel stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, bei der die Partei mit 16,4% (-8,0%) ein Drittel (bzw. angesichts der rund 10%-Punkte gefallenen Wahlbeteiligung sogar noch etwas mehr) ihrer Wählerschaft verloren hatte. Dennoch entschied sich die PDS die Regierungsbeteiligung fortzusetzen.<sup>31</sup>

Nachdem die Parteivorsitzende am Wahlabend nicht, wie eventuell hätte erwartet werden können, zurücktrat, brach in der PDS ein Kampf um die Führung aus. Vor allem die Reformer um Dietmar Bartsch, Helmut Holter, Roland Claus und Petra Pau drängten auf eine Ablösung der Parteivorsitzenden Zimmer. Diese verstand es jedoch, auf der 1. Tagung des 8. Parteitages in Gera durch ein Bündnis mit der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Forum und einer die Stimmung der Basis treffenden Rede mit fast 70% wiedergewählt zu werden (Küchenmeister 2002, 928f). Auch der neu gewählte Vorstand setzte sich vorwiegend mit Anhängern Zimmers zusammen, so dass in den Tagen nach dem Parteitag sogar Gerüchte über eine geplante Neugründung aufkamen (ebd., 930).

Am Ende des Jahres 2002 stand die Partei angesichts der gescheiterten Westausdehnung, eines nach wie vor ausstehenden Programmkompromisses zwischen den Parteiflügeln und einer schwachen und zudem zerstrittenen Parteiführung desolat dar. Viele Parteien- und Wahlforscher sahen – einige nicht zum ersten Mal – nun das Sterbeglöckchen der (bundesweiten) Partei läuten. Siehe beispielsweise Neugebauer und Stöss (2003, 153ff) oder in der Tendenz noch eindeutiger Roth und Jung (2002, 17) sowie Bortfeldt (2003, 751).

---

<sup>31</sup> Zu diesen Wahlen und den Koalitionsverhandlungen siehe Werz/Schmidt (2003).

In der ersten Hälfte des Jahres 2003 schien sich der Niedergang der Partei in der Tat fortzusetzen. In Umfragen sackte die Partei weiter auf bis zu 2% ab<sup>32</sup> und verschärft durch die Wachbuchaffäre<sup>33</sup> nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Orthodoxen zu. Da Gabi Zimmer zunehmend auch Differenzen mit Teilen des Vorstands hatte und wohl feststellen musste, dass sie die Partei nicht würde aus der Krise führen können, stellte sie ihr Amt zur Verfügung. Ihr Vorgänger Lothar Bisky erklärte sich unter der Bedingung, einen großen Einfluss auf die Zusammenstellung des Vorstands zu haben, nach eigener Aussage als „Notlösung“ (Bisky 2003) zur Wiederwahl bereit. Auf dem Parteitag am 28. und 29.06. wählten ihn 78% erneut zum Vorsitzenden und folgten auch weitgehend den durch ihn gemachten Personalvorschlägen, wobei er mit der von ihm nicht gewünschten Wiederwahl von Sahra Wagenknecht in den Parteivorstand leben musste (Bortfeldt 2003a, 747). Thematisch wurde auf dem Parteitag vor allem über die Regierungsbeteiligungen, insbesondere die mitgetragenen Sparmaßnahmen in Berlin diskutiert. Obwohl Wagenknecht mit ihrer Rede gegen die aktuelle Berliner Landespolitik als „langsamstem Segler im neoliberalen Strom“ (Frielinghaus 2003, 5) viel Zuspruch erhielt, fand ein Antrag der Kommunistischen Plattform, der die Ablehnung des Berliner Haushaltes von den PDS-Abgeordneten forderte, keine Mehrheit. Somit wurde auch inhaltlich eine Gegenbewegung gegen den auf dem Geraer Parteitag vorherrschenden Kurs eingeleitet.

Als erster großer Erfolg des neuen/alten Vorsitzenden kann die Verabschiedung eines Parteiprogramms am 25./26.10.2003 in Chemnitz gelten. Dieses musste jahrelang wegen nicht zu überbrückender gegensätzlicher Vorstellungen der Parteiflügel vorschoben werden (Bortfeldt 2003b, 938ff). Zu der innerparteilichen Problematik kam noch der externe Erwartungs- und Beobachtungsdruck hinzu. Volkens beschreibt dies mit den Worten: „Was von ‚außen‘ als Botschaft erwartet wird, um antikommunistische Vorurteile abzubauen, wird von ‚innen‘ in hohem Maße als ‚Verrat‘ gekennzeichnet“ (Volkens 2000, 117). Ein Großteil der inhaltlichen Vorarbeit leisteten Dieter Klein, André und Mathias Brie in ihrem viel diskutierten 2001 erstellten Entwurf. Zu Beginn des Jahres 2003 überarbeiteten die Autoren diesen mit der Vorsitzenden Gabi Zimmer und kamen dabei den orthodoxen Kräften in Teilen entgegen. Die Leistung Biskys an der Annahme des neuen Programms dürfte primär in dem - zwar nicht geäußerten aber explizit im Raume gestanden habenden - drohenden Abgang bei einem erneuten

---

<sup>32</sup> Siehe Politbarometer Februar II/2003 ([http://www.bankenverband.de/pic/artikelpic/0220\\_03/PB\\_BZ210203.pdf](http://www.bankenverband.de/pic/artikelpic/0220_03/PB_BZ210203.pdf); zuletzt: 03.04.09).

<sup>33</sup> Dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Dieter Dehm wurde vorgeworfen nach dem Parteitag in Gera dem Wachschutz in der Parteizentrale angewiesen zu haben Dieter Bartsch beim Verlassen des Gebäudes auf das Mitnehmen von Unterlagen zu kontrollieren. Zum Vorgang und den Reaktionen s. Behrend 2003. Der Vorgang konnte niemals endgültig geklärt werden.

Scheitern gelegen haben. Am Ende stimmte mit 77,8% zwar keine überwältigende, aber angesichts der jahrelangen Debatten akzeptable Mehrheit der Partei für das neue Programm, welches sich vor allem bezüglich einiger historischer Neubewertungen, der positiveren Bewertung der Marktwirtschaft und der Anerkennung von Regierungsbeteiligungen vom 1993er Programm unterschied.<sup>34</sup>

Nach der Erneuerung der Führungsspitze<sup>35</sup> und des Parteiprogramms im Jahre 2003 standen im Jahr 2004 für die Partei besonders wichtige Wahlen an. Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2002 galt es, keinen Abwärtstrend entstehen zu lassen, sondern sowohl der Öffentlichkeit als auch der eigenen Mitgliedschaft dieses durch neue Wahlerfolge als einmalige und zudem externen Ursachen geschuldete Ausnahme erscheinen zu lassen. Das am 31.01./01.02.2004 auf einem Europaparteitag verabschiedete Wahlprogramm stellte wieder einen Balanceakt aus allgemein europafreundlichen und konkret EU-kritischen Positionen dar. Vor allem die Auseinandersetzung mit dem „Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa“ des Europäischen Konvents stand hierbei im Vordergrund. Trotz Würdigung der allgemeinen Verfassungsidee und einiger Einzelteile, an der nicht zuletzt die Europaabgeordnete der PDS Sylvia-Yvonne Kaufmann als Vertreterin für das Europäische Parlament beteiligt war, wurde dieser abgelehnt, da „die Mitgliedsstaaten der EU zur Aufrüstung verpflichtet werden sollen und neoliberale Politik Verfassungsrang erhalten soll“ (PDS 2004, 2). Da die Partei fünf Jahre zuvor mit ihrer relativierten EU-Kritik sehr erfolgreich war, stellte diese programmatische Aufstellung keine große Überraschung dar. Besonders interessant wurde auf dem Parteitag aber die Kandidatenaufstellung. Für den Listenplatz 3, für den nach dem Vorschlag des Parteivorstandes Gabi Zimmer vorgesehen war, kandidierte nämlich auch Sahra Wagenknecht und unterlag mit 148 zu 158 Stimmen nur knapp. Beim Kampf um den Listenplatz 5 gewann sie aber gegen die gesetzte Evrim Baba und vier andere Bewerber. Zur Einschätzung dieses Ergebnisses schreiben Hohlt und Bortfeldt: „Damit hatte sich Wagenknecht, das enfant terrible, gegen den Widerstand der Parteispitze durchgesetzt. Das war umso erstaunlicher, da sie weder dem Europaprogramm der PDS vom Vortage noch dem neuen Parteiprogramm auf dem Chemnitzer Parteitag zugestimmt hatte. Mehr noch, sie gehört zu den schärfsten Kritikern der PDS-Regierungsbeteiligungen. Dass sie trotzdem soviel Zuspruch mit ihrer Fundamentalkritik am Kapitalismus bekam, ist auch Ausdruck der inneren

---

<sup>34</sup> Zur detaillierten Analyse des Parteiprogramms und der Erstellung im Vorfeld und auf dem Parteitag siehe Bortfeldt (2003b).

<sup>35</sup> Wie beschrieben stellte die Reaktivierung des alten Vorsitzenden eine Art „Notlösung“ dar. Matthias Micus (2005, 278ff) beschreibt aber anschaulich, dass der Vorsitzende Bisky ab 2003 ein anderer, konfliktfreudigerer war, als der rückwirkend auch nach eigener Analyse etwas zu tolerante Bisky in seiner ersten Amtszeit.

Zerrissenheit der PDS“ (Hohlt/Bortfeldt 2004, 198). Trotz der Niederlagen, die die Anhänger der Kommunistischen Plattform und der ihr nahestehenden Gruppen im Jahr 2003 erlitten hatten, bildeten sie somit noch immer eine ernst zu nehmende Kraft innerhalb der Partei. Im Europawahlkampf setzte die Partei vor dem Hintergrund der zunehmenden Unzufriedenheit mit der Agenda 2010 auf soziale Gerechtigkeit, welches durch das Motto „sozial wählen“ angesprochen wurde und auf allgemeinen Protest, der durch den Plakattext: „Es reicht! Für eine bessere Politik“ thematisiert wurde (zitiert nach Niedermayer 2005a, 8).

Am 13.06. erreichte die PDS mit 6,1% (+0,3%) ihr bestes jemals bei bundesweiten Wahlen erzieltetes Ergebnis. Interessant ist hierbei, dass die Partei abgesehen von Hamburg (-0,5%) in allen Bundesländern, in denen sie in der Opposition bzw. gar nicht im Parlament vertreten war, zulegen konnte und nur in den beiden mitregierenden Bundesländern relativ deutlich (Berlin -2,4%; Mecklenburg-Vorpommern -2,6%) an Stimmen verlor. Auch nach der im Vergleich zu den Bundestagswahlen zeitlich etwas längeren Perspektive wirken sich die Regierungsbeteiligungen negativ auf die Wahlergebnisse aus.

Bei den parallel stattfindenden Landtagswahlen in Thüringen konnte die PDS mit 26,1% (+4,7%) ebenfalls deutlich zulegen. Der positive Trend setzte sich auch bei den Landtagswahlen am 19.09.2004 in Sachsen mit 23,6% (+1,4%) und Brandenburg mit 28,0% (+4,7%) fort. In Sachsen ist bemerkenswert, dass sie dieses relativ gute Ergebnis erzielen konnte, obwohl dem Spitzenkandidaten Peter Porsch wenige Wochen vor der Wahl eine IM-Tätigkeit nachgewiesen werden konnte (Jesse 2005, 84). Das Ergebnis in Brandenburg war das beste, was die PDS je bei einer Landtagswahl erringen konnte. Zudem lag sie nur 3,9%-Punkte hinter der SPD und hatte in den Umfragen im Wahlkampf sogar erstmalig kurz die Nase vorn. In beiden Bundesländern kam der PDS die Stimmung in der Bevölkerung gegen die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung entgegen, die sie mit Plakaten mit der Aufschrift „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ für sich zu nutzen wusste (Niedermayer 2005b, 67f; Jesse 2005, 83). In Brandenburg führte der aggressive Anti-SPD-Wahlkampf jedoch auch dazu, dass bei den Sozialdemokraten die Bereitschaft zu einer rot-roten Koalition etwas abnahm. Wie Niedermayer zutreffend analysiert, dürfte aber auch auf Seiten der PDS eine dritte „rot-rote Sozialabbau-Koalition“ ,die „nicht nur der Brandenburger PDS schaden, sondern auch 2006 den Wiedereinzug in den Bundestag gefährden“ (Niedermayer 2005b, 76) könnte, nicht im Interesse der (Bundes)Partei gewesen sein.

Die Prognosen, dass die Partei nach dem Verlust bei den Bundestagswahlen relativ schnell in der Bedeutungslosigkeit versinken würde, waren damit zwei Jahre später

weitestgehend widerlegt. Auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren weiterhin stark rückläufig waren, so konnte die Partei mit 61.385 Mitgliedern per 31.12.2004 auf eine starke Basis aufbauen, was allerdings wie im folgenden Kapitel dargelegt werden wird, nur sehr bedingt für die alten Bundesländer zutraf. Wie in den späteren Kapiteln 2.2 und 2.3 noch ausgeführt werden wird, stand ab dem Frühjahr des Jahres 2005 angesichts der starken Zulauf genießenden WASG die Frage der Positionierung gegenüber dieser neuen Partei im Vordergrund.

### 2.1.3. *Die gefallene Mauer als unüberwindbare Hürde. Die PDS in Westdeutschland*

Mit der sich zu Beginn des Jahres 1990 abzeichnenden Wiedervereinigung stellte sich in der für die (SED-)PDS schwierigen Phase auch die Frage der Westausdehnung. Da damals weder mit der sicheren Erreichung von drei Direktmandaten noch eines so großen Zuspruchs bei den Wählern im Osten, der alleine für das Überspringen der 5%-Hürde ausgereicht hätte, zu rechnen war, schien die Präsenz in Westdeutschland ohne Alternative, wenn die Partei eine relevante Größe in der deutschen Politik bleiben wollte. Als sich bei den Planungen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl zunächst die Zulassung von Listenverbindungen abzeichnete, plante die Partei in den alten Bundesländern mit einer offen gehaltenen Liste anzutreten. Nach Neugebauer und Stöss bestand „das Raffinierte an dem Plan darin, das Organisationsproblem und das Wahlproblem voneinander zu trennen“ (1996, 176). Dieses Vorgehen lag darin begründet, dass „der PDS-Führung das Sammelsurium von westdeutschen Kommunisten, Sozialisten und sektiererischen Linksintellektuellen, die über keine erkennbare soziale Basis verfügten und sich in ihrer Mentalität von den ostdeutschen Genossen unterschieden, wie Feuer und Wasser, nicht ganz geheuer“ (ebd.) war. Wie sich in den folgenden Jahren noch zeigen sollte, bestanden die Befürchtungen gegenüber dem „Sektierertum“ nicht ganz zu unrecht.

Auf einer Konferenz in Köln am 28./29.07.1990 beschlossen 550 versammelte Personen aus verschiedenen linken Strömungen eine Listenverbindung mit der PDS einzugehen und im Westen unter „Linke Liste/PDS“ zu kandidieren (Eckhoff 2005). Am 12.08.1990 erfolgte die offizielle, bundesweite Gründung und in den folgenden Wochen bildeten sich die einzelnen Landesverbände (Meuche-Mäker 2005, 15).

Das von der Partei selbst erstrittene Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29.09.1990, welches zwei getrennte Sperrklauseln für die Bundestagswahl anordnete (Kapitel 2.1.1) verhinderte jedoch das Antreten von Listenverbindungen. Dies hatte zum einen zur Folge, dass die Partei in kürzester Zeit ordentliche Parteiverbände in den alten Bundesländern aufstellen musste, was in der Form geschah, dass die „Linke



Liste/PDS“-Verbände aufgefordert wurden, sich unter dem Namen „PDS/Linke Liste/Landesverband der PDS“ neu zu gründen. Zum anderen nahm das Urteil den Erfolgsdruck, da der Einzug in den Bundestag bereits durch die Stärke in den neuen Bundesländern gesichert war. Von den Unterstützern war denn auch ein Teil „nicht bereit, den Weg von einer Bündnisorganisation mit der PDS hin zur PDS-Organisation mitzugehen“ (Meuche-Mäker 2005, 16).

Die Bundestagswahlen am 02.12.1990 brachten bezüglich der Westausdehnung für die Partei eine große Enttäuschung. Nur 0,3% der Wähler machten ihr Kreuz bei der PDS. In den westdeutschen Flächenstaaten gab es dabei mit Werten zwischen 0,2% und 0,4% auf Länderebene keine positiven Einzelergebnisse. Selbst in den aufgrund der Wahlhistorie und der Sozialstrukturen vielversprechenden Stadtstaaten Hamburg und Bremen kam die Partei nur auf 1,1%. Dass die Partei trotz einer wesentlich höheren medialen Aufmerksamkeit und eines charismatischen Bundesvorsitzenden nicht mehr Stimmen als die DKP bei Bundestagswahlen üblicherweise erreichte, dürfte selbst die pessimistischen Erwartungen innerhalb der Partei untertroffen haben. Ende des Jahres 1990 schien dieser Misserfolg aber noch relativ plausibel mit den besonderen Faktoren bei dieser Bundestagswahl, vor allem der geringen Zeitspanne zwischen der Gründung der Landesverbände und dem Wahltermin erklärbar zu sein. Bei der sechs Monate später stattfindenden Bürgerschaftswahl in Hamburg konnte diese Begründung nur noch sehr bedingt geltend gemacht werden. Mit 0,5% erreichte die PDS sogar ein noch niedrigeres Ergebnis in dem Stadtstaat als bei der Bundestagswahl. Die Parteiführung beschloss daraufhin, an weiteren aussichtslosen Landtagswahlen, deren 0,x% Ergebnisse mehr schaden als nützen würden, vorerst nicht mehr anzutreten. Wie noch dargestellt werden wird, konnte sie sich gegenüber einigen Landesverbänden damit aber nicht durchsetzen.

Der Fokus richtete sich in den alten Bundesländern auf das Gewinnen neuer Mitglieder und den Aufbau von Parteistrukturen. Die Mitgliederzahlen konnten Anfang der 90er Jahre zwar von Jahr zu Jahr deutlich gesteigert werden und von einer niedrigen Ausgangsbasis von Ende 1992 mit 617 bis Ende 1994 mit 1871 sogar verdreifacht werden, stiegen in den Jahren 1995, 1996 und 1997 aber nur leicht an und konnten erst im Bundestagswahljahr 1998 von 2074 auf 2917 deutlich zulegen (Meuche-Mäker 2005, 35). Nichtsdestotrotz waren dies im Vergleich zu den anderen kleinen Parteien noch relativ wenig Mitglieder (Niedermayer 2008, 382). Hinzu kommt, dass die Entwicklung keinesfalls gleichmäßig verlief und einige Landesverbände auch aufgrund von Austrittswellen in einigen Jahren Mitgliederrückgänge zu verzeichnen hatten. Des Weiteren waren die Motive für die Mitgliedschaft sehr unterschiedlich, was an sich ja noch kein

Problem bedeuten muss. Es kann aber vermutet werden, dass auch darin eine der Ursachen für die besonders heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen in den westlichen Landesverbänden gesehen werden kann. Martin F. aus Dinslaken schreibt in einem Brief an die Bundespartei vom 23.03.1995: „Heterogen‘ bezeichnet die Mitglieder- und SympathisantInnenenschaft noch euphemistisch. Die Motivationen, sich in der PDS zu engagieren, könnten unterschiedlicher nicht sein und reichen von der Hoffnung ehemaliger DKP-Mitglieder, nun mal endlich Politik machen zu können, bis zu dem in Jugendkreisen ultracoolen und imageträchtigen ‚Ich bin bei der PDS‘ “ (zitiert nach Zessin/Schwertner/Schumann 2000, 191). Die Heterogenität belastete nicht nur die internen Auseinandersetzungen in den Landesverbänden sondern auch die Beziehungen zu dem Bundesvorstand. Am weitestgehenden waren die Auseinandersetzungen mit dem Landesverband Hamburg. Zum ersten Mal traten die Hamburger 1993 entgegen dem Wunsch des Bundesvorstandes zusammen mit anderen linken Splitterparteien im Bündnis „Linke Alternative – wehrt Euch“ zur Bürgerschaftswahl an und erreichten nur 0,5%. Ebenso sprach sich die Bundespartei 1997 gegen ein Antreten in Hamburg aus, da man wie auch 1993 in einem zu erwartenden schlechten Landtagswahlergebnis ein Jahr vor der Bundestagswahl mehr negative als positive Konsequenzen sah. Die Landesversammlung am 23.03.1997 lehnte trotz Bitten des Bundesvorstandes und der Bundestagsgruppe eine Nicht-Kandidatur jedoch ab (Zessin/Schwertner/Schumann 1998, 468). Das Ergebnis war dabei mit 26 zu 23 Stimmen sehr knapp und offenbarte, dass in dieser Frage die Frontlinien nicht nur zwischen Bund- und Landesverbänden verliefen sondern auch mitten durch die Landesverbände. Bei dem nur halbherzig engagierten Landesverband überraschte es nicht, dass die Partei mit 0,7% ein sehr mageres Ergebnis erreichte. Die Skepsis der Bundespartei bestand vor dem Hintergrund, dass man zwei Jahre zuvor in Bremen mit aller Macht versucht hatte in ein Landesparlament in den alten Bundesländern zu gelangen. Nach der Bundestagswahl 1994, bei der die Bremer Sozialisten immerhin 2,7% erreicht hatten, schien mit besonderer Fokussierung auf dieses kleine Bundesland ein Überspringen der Sperrminorität potenziell erreichbar. Bei der Bürgerschaftswahl 1995 erreichte die Partei trotz eines großen materiellen und personellen Einsatzes jedoch nur die Erwartungen der Partei enttäuschende und den Parlamentseinzug deutlich verfehlende 2,4% (Roth 1996, 276).

In Hamburg spitzte sich die Situation bezüglich der Bürgerschaftswahl 2001 noch einmal zu, so dass André Brie zu dem Schluss kam: "Mit dem derzeitigen Hamburger Landesverband kann man keine zukunftsfähige linke Politik machen" (Meyer-Wellmann 2001, 14). Gregor Gysi trat sogar für die Grünen-Abspaltung Regenbogen, auf deren

Liste auch PDS-Kandidaten standen, im Wahlkampf auf. Mit 0,4% lag denn auch die PDS hinter dem Regenbogen, der 1,7% erreichte.

Die Differenzen in und mit einem Landesverband beschränkten sich aber keineswegs auf Hamburg. In den meisten westlichen Bundesländern gab es erhebliche innerparteiliche Querelen. Nicht selten wurden die politischen Gegner innerhalb der Partei stärker bekämpft als die außerhalb.<sup>36</sup> Falkner und Huber beschreiben die Situation in den westlichen Landesverbänden in den ersten Jahren mit den Worten: „Viele der im Verhältnis zu ihrer tatsächlichen politischen Befähigung meist überproportional selbstbewusst daherkommenden Bundesgenossen aus dem Westen wollten zwar kräftig an der finanziellen und organisatorischen Stärke der SED-Erben partizipieren, aber ansonsten eher weiter auf den alten sektiererischen linksradikalen Pfaden wandeln; mit dem unseligen Hang, die (meist theoretische) Fehde vor allem im ‚eigenen Laden‘ anzuzetteln“ (Falkner/Huber 1994, 236).

Auch wenn die Heftigkeit der parteiinternen Streitigkeiten nicht in allen Bundesländern extreme Ausmaße annahm, so waren die selbst zugefügten Blockaden doch stark genug, um große Erfolge zu verhindern. Zu den meisten Landtagswahlen trat die Partei, teilweise auf ausdrücklichen Wunsch der Bundespartei, nicht an und erreichte bei Wahlteilnahmen – abgesehen von Bremen (s.o.) – Werte unter oder um die 1%. Lediglich auf kommunaler Ebene konnte die Partei vereinzelt Wahlerfolge erzielen und aufgrund der zumeist geringeren Sperrklausel einige Mandate erreichen. Die größte Zustimmung erreichte die Partei in den Universitätsstädten Marburg (1997 6,2% und 2001 6,4%) und Tübingen (1999 6,9%). Diese Ergebnisse korrelieren zum einen mit der Tatsache, dass PDS nahen Hochschulgruppen bereits zuvor bei Studierendenparlamentswahlen erste Erfolge gelungen waren (Meuche-Mäker 2005, 25) und zum anderen damit, dass ein Großteil der neuen Mitglieder der Altersgruppe (Chrapa/Wittich 2001) angehört.

Betrachtet man das Verhältnis von Mitgliedern aus den alten und neuen Bundesländern bei den Vorstandsposten und den Delegiertenzahlen auf Parteitag, so fällt auf, dass die westlichen Landesverbände in Bezug auf die Mitgliederzahlen- und Wählerstimmen weit überdurchschnittlich häufig vertreten sind. Auch unter den Bundestagsabgeordneten waren die Westdeutschen mit 24% 1990, 30% 1994 und 22% 1998 (Neu 2004, 46) in allen Legislaturperioden deutlich überrepräsentiert. Neben den strukturel-

---

<sup>36</sup> Ein illustres Beispiel aus Baden-Württemberg schildert von Ditfurth (1998, 264). Eine Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern Christian Fortmann und Anton Brenner gipfelte darin, dass sich letzterer lieber Frieder Birzele (SPD) oder Thomas Schäuble (CDU) als Innenminister wünschte als seinen Parteigenossen.

len, personellen und materiellen<sup>37</sup> Unterstützungen für die Westverbände wurde auch programmatisch versucht, deren Situation zu verbessern. Am offensichtlichsten geschah dies bei der Vorstellung des weitgehend eigenständig von Gregor Gysi entwickelten „Ingolstädter Manifestes. Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag“ (Gysi 1994). Im Februar des Europa- und Bundestagswahljahres 1994 stellte Gysi in Ingolstadt ein Manifest vor, welches neben weitreichenden inhaltlichen Reformvorstellungen mit einer dritten Stimme bei Wahlen für nichtstaatliche Organisationen, einer entsprechenden 3. Kammer und Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene auch ein grundlegend anderes politisches System enthielt. Nicht nur der Ort der Vorstellung bringen Neugebauer und Stöss dazu, dieses als „primär als Grundlage für die programmatische Selbstdarstellung der PDS in den westdeutschen Bundesländern“ (Neugebauer/Stöss 1996, 97) zu analysieren. Eine ausführliche Kommentierung des Manifestes liefert Sturm 2000, 196. Trotz all dieser Bemühungen erreichte die PDS bei den bundesweiten Wahlen in den alten Bundesländern 1994 nur 1,0% (Bundestag) und 0,6% (Europaparlament). Auch bei den Wahlgängen 1998 (1,2%), 1999 (1,3%), 2002 (1,1%) und 2004 (1,7%) waren die Wahlergebnisse enttäuschend. Zusammengenommen mit den Landtagswahlen, den nur sehr begrenzten Einzelerfolgen bei den Kommunalwahlen und den nur leicht angestiegenen Mitgliederzahlen<sup>38</sup> musste zu Beginn des Jahres 2005 die Westausdehnung der Partei als gescheitert angesehen werden. So stellt auch Meuche-Mäker in seiner Studie zur West-PDS fest: es ist „nicht gelungen, die Partei in den westdeutschen Bundesländern in dem notwendigen Umfang aufzubauen, dass sie aus sich selbst heraus existenzfähig gewesen wäre. Sie ist in der Gesellschaft weitgehend nicht akzeptiert und hat keinen ausreichenden elektoralen Zuspruch erhalten“ (Meuche-Mäker 2005, 7).

Der Misserfolg der Partei diesbezüglich war so eindeutig, dass selbst Spitzenpolitiker der PDS, die von Berufswegen nicht dafür bekannt sind, die Entwicklungen ihrer Partei übertrieben negativ darzustellen, das Scheitern des Westausbaus unumwunden zugaben. Gregor Gysi räumte in einem Interview im Mai 2005 wenige Tage vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen ein: „Ich mache mir keine Illusionen mehr: Absehbar werden wir im Westen keine ausreichende Bedeutung haben“ (Gysi 2005, 4).

Inwieweit dieses Scheitern hauptsächlich auf die aufgezeigten Querelen innerhalb der Landesverbände zurückzuführen ist, sprich mit anderen Personen vor Ort und einem größeren Druck durch die Bundespartei hätte verhindert werden können, oder ob - wie

---

<sup>37</sup> Die westlichen Landesverbände der PDS werden durch einen parteiinternen Finanzausgleich stark von den größeren Verbänden in den neuen Bundesländern unterstützt.

<sup>38</sup> Zum 31.12.2004 waren in den alten Bundesländern (ohne West-Berlin) 4473 Personen Mitglied der PDS (Meuche-Mäker 2005, 35).

es die Analyse von Meuche-Mäker (2006, 127) nahelegt – der Erfolg der Partei in den neuen Bundesländern quasi zwangsläufig durch einen Verzicht auf Zugewinne im Westen erkaufte wurde, muss im Rahmen dieser Studie unbeantwortet bleiben. Zweifellos ermöglichte aber die ausbleibende Etablierung der PDS in den alten Bundesländern erst einer anderen neugegründeten Partei einen der rasantesten Aufstiege in der bundesdeutschen Parteiengeschichte (Kapitel 2.2).

## **2.2. Die kurze Geschichte der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Die Wahlalternative“ (WASG)**

### *2.2.1. Gelegenheit macht Parteien. Vom Protest zur organisierten Bewegung*

Wenn es neuen Parteien gelingt in ein etabliertes Parteiensystem vorzudringen, so liegt dies systembedingt immer auch zu Teilen am Unvermögen der bisher in den Parlamenten vertretenen Parteien. Denn auch, wenn man der diesbezüglich radikalsten Theorie der Kartellparteien<sup>39</sup> (Katz/Mair 1995) nicht zustimmt, so ist es doch unzweifelhaft, dass Akteure in einem umkämpften Markt über neue Mitbewerber nur selten erfreut sind<sup>40</sup>. Das Ausmaß indem die anderen Parteien, vor allem die SPD aber für den raschen Aufstieg der WASG im Jahre 2004 verantwortlich gemacht werden können, ist dann aber doch erstaunlich. Als wesentliche Vorgeschichte der Parteigründung muss die viele Mitglieder und Wähler enttäuschende rot-grüne Regierung seit 1998 gesehen werden. Neben den bei Regierungswechseln allgemein nur selten zu erfüllenden hohen Erwartungen kamen einige Paradigmenwechsel hinzu, die ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft nicht nachvollziehen konnte oder wollte. Dass es ausgerechnet ein sozialdemokratischer Kanzler sein musste der Deutschland erstmals an einem nicht durch ein UN-Mandat gedeckten Nato-Einsatz beteiligte, war im Jahre 1999 ein erster Schock (Kapitel 2.1.2). Auch in der Finanzpolitik waren einige Maßnahmen nicht gerade typisch sozialdemokratisch, wie schon der Titel des Aufsatzes „Shareholder Partei Deutschlands“ (Funke 1999, 1163-1165) verdeutlicht. Noch wesentlicher schmerzhafter für die sozialdemokratische Seele war aber die Agenda 2010, da diese für die seit

---

<sup>39</sup> Die Kartellparteiendese besagt, dass sich die Parteien aufgrund von zurückgehenden Finanzierungsmöglichkeiten durch Mitglieder und gesellschaftlichen Gruppierungen dem Staat zuwenden und die durch diesen erhaltenen Mittel, einem Kartell gleich, gegen neue Mitbewerber verteidigen.

<sup>40</sup> Als eine dieser Ausnahmen aus taktischen Überlegungen kann beispielsweise das Verhalten der Hamburger CDU im Jahre 2001 gelten. Da sich durch den Erfolg der Partei Rechtsstaatlicher Offensive des Richters Schill durch dessen populistische Ansprache die Erfolgchancen der Machtübernahme der jahrzehntelangen SPD-Hochburg für die CDU vergrößerte, leistete sie keine große Gegenwehr (Hiller 2005).

Jahrzehnten für den Ausbau des Sozialstaates kämpfende Partei eine 180-Gradwende bedeute, wobei die Begründung, dass dies zu seinem Erhalt notwendig sei, das Unbehagen vieler Genossen kaum zu lindern vermochte<sup>41</sup>. Der Parteienforscher Raschke bringt es mit einem Vergleich auf den Punkt: „Programmatisch und diskursiv völlig unvorbereitet, war die Agenda ein Tabubruch in einem zentralen Identitätsbereich der SPD, vergleichbar einer Empfehlung der Union für den Schwangerschaftsabbruch“ (Raschke 2004, 27).

Die Arbeitsmarktreformen führten nicht nur indirekt zur Schwächung der Gewerkschaften, dadurch dass mit der Verkürzung der Zahlung des ALG I die Konfliktbereitschaft der Arbeiter aus Angst vor Arbeitsplatzverlust abnahm (Nachtwey/Spier 2007, 47), sondern stellte sie auch vor das Problem, dass deren Funktionäre die Politik der SPD kaum noch vermitteln konnten. So klagt Werner Bastian, IG Metall-Delegierter auf dem Gewerkschaftstag im Sommer 2003: „Wir haben denen immer gesagt: Wählt SPD. Irgendwann kommen die dran und dann wird alles gut. (...) Dann haben wir SPD gewählt und kaum etwas wurde gut“ (Bastian zitiert nach Hübner/Strohschneider 2007, 129).

Der Unmut in der Bevölkerung nahm im Verlaufe des Jahres 2003 weiter und in unerwartetem Ausmaß zu, so dass am 1. November statt der erwarteten 25.000 mehr als 100.000 Teilnehmer<sup>42</sup> (Nachtwey/Spier 2007, 47) zu der „seit langem größten Demonstration gegen die Regierungspolitik, die ‚von unten‘ organisiert wurde“ kamen (Hübner/Strohschneider 2007, 130). Die Demonstrationen sollten im nächsten Jahr noch zunehmen und mit dem Begriff „Montagsdemos“ Anlehnung an die Geschehnisse von 1989 nehmen. Wieso konnte aber diese Bewegung die Grundlage bzw. stützende Flankierung der Bildung einer neuen, erfolgreichen Partei werden? Während auf der Hand lag, dass die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP wegen ihrer Positionierung im Parteiensystem aber auch wegen der Zustimmung im Bundesrat für die Gewerkschaften und linke Kritiker keine Alternative bieten konnten, stellt sich noch die Frage warum es der PDS nicht in größerem Ausmaß<sup>43</sup> - vor allem auch im Westen – gelang, die Bewegung gegen Hartz IV zu absorbieren und für sich zu nutzen. Neben der im Kapitel 2.1.2 dargelegten strukturellen Schwäche der PDS in den alten Bundesländern, dürfte dies vor allem daran gelegen haben, dass sie mit der Beteiligung an zwei Landesregierungen nicht mit einer ganz blütenweißen Weste gegen die Agenda

---

<sup>41</sup> Zur unglücklichen Kommunikation der Agenda siehe Wiesendahl (2004, 22f).

<sup>42</sup> Die genannten Teilnehmerzahlen, gehen wie bei Großdemonstrationen nicht ungewöhnlich etwas auseinander. Hübner und Strohschneider (2007, 130) sprechen von „fast 100.000 Menschen“.

<sup>43</sup> Wie im Kapitel 2.1.2 aufgezeigt, sollte sie bei der Europa- und noch mehr bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen deutlich von der Kritik an der Agenda 2010 profitieren.

2010 angehen konnte. Wolff stellt zu den Regierungsbeteiligungen fest: „Die Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben die PDS viele Stimmen und Mitglieder gekostet. Sie haben die PDS als sozialistische Partei und als echte Opposition gegen Hartz IV für viele unglaublich gemacht, weil die PDS zu Hartz IV im Bund Nein und im Land Ja sagte“ (Wolff 2005, 24). Nachtwey und Spier kommen anhand von empirischen Daten zu der Schlussfolgerung: „Durch den Rückgang der Bindungen an die SPD bei gleichzeitiger Persistenz wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen öffnet sich im deutschen Parteiensystem eine elektorale Nische, die prinzipiell von einer anderen Partei, die die ‚soziale Frage‘ adressiert, ausgefüllt werden kann“ (Nachtwey/Spier 2007, 18).

Im Herbst 2003 fingen zunächst getrennt voneinander zwei Gruppen an, sich Gedanken über eine organisatorische Formierung gegen die Agendapolitik zu machen. Diese beiden Entwicklungsströme, die später zur Bildung einer Partei führten, werden in den folgenden Unterkapiteln einzeln dargestellt werden.

#### 2.2.2. *Die Entstehung der „Wahlalternative“*

„Die Wahlalternative war ein Sammelbecken gewerkschaftsorientierter Linksintellektueller, Wissenschaftler und Publizisten mit Parteierfahrungen aus den Grünen, der SPD und der PDS“ (Meves 2005, 24). Mit diesen Worten beschreibt einer der Aktivisten der ersten Stunden die personelle Zusammensetzung einer der Ursprungsgruppen der WASG. Als Initiator kann jedoch primär ein einzelner Gewerkschaftsfunktionär, der bei Verdi beim Bundesvorstand in Berlin für Wirtschaftspolitik zuständige Ralf Krämer gelten. Zum Ende des Jahres 2003 schrieb dieser ein Positions- und Strategiepapier mit dem Titel „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“, in welchem er darlegte, dass die Protestbewegung gegen die Agenda 2010 eine neue parlamentarische, oppositionelle Vertretung benötigen würde. Diese Bewegung sollte als breit gefasstes Bündnis operieren. Das Papier wurde per E-Mail mit der Bemerkung zur Weiterleitung „an Leute des Vertrauens“ verbreitet und fand sehr schnelle große Beachtung. „Axel Troost sprach im Interview davon, vom Papier ‚wachgeküsst‘ worden zu sein und Krämer sofort den vollständigen Einsatz seines Engagements angeboten zu haben“ (Nachtwey 2007, 171). Axel Troost ist seit 1981 Geschäftsführer der „Arbeitsgruppe Alternativer Wirtschaftspolitik“, welche nach dem alljährlich seit 1977 herausgegebenen Memorandum auch „Memorandumgruppe“ genannt wird und quasi ein „linkes Gegengutachten“ zu dem Bericht des „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (5 Wirtschaftsweisen) erstellt. Weiterhin großen Zuspruch fand das Dokument bei Herausgebern und Redakteuren der Zeitschrift Sozialismus, u.a. bei Joa-

chim Bischoff, der bis von 1990 bis Ende 2004 in der PDS, phasenweise auch in dessen Bundesvorstand, war.

Des Weiteren großen Zuspruch erhielt die Bewegung aus Kreisen von Verdi und der PDS nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, was beides nicht zuletzt auf beruflichen/persönlichen Kontakten von Ralf Krämer zu Personen in diesem Bereich zurückzuführen sein dürfte. Geographisch verteilten sich die meisten Unterstützer auf den Norden (Sitz der Memorandumgruppe um Axel Troost an der Uni Bremen), Berlin (aktueller Arbeitsplatz von Ralf Krämer in der DGB-Zentrale) und Nordrhein-Westfalen. Ein erstes „Geheim-Treffen“ mit um die 30 Personen fand am 05.03.2004 im Haus des DGB in Berlin statt. Ob den Initiatoren wirklich an Geheimhaltung gelegen war, wie Ralf Krämer im Nachhinein äußert oder, ob nicht gerade der von ihm beschriebene Effekt der Erhöhung des Interesses bewusst angestrebt wurde, kann nicht geklärt werden. „Plötzlich stand in den Zeitungen, die Gewerkschaften würden versuchen eine eigene Partei aufzumachen. Dabei war das eine Privataktion von mir. Doch je mehr wir uns bemüht haben, das ganze intern zu halten, umso spannender wurde es für die Presse“ (zitiert nach Hübner/ Strohschneider 2007, 132). Die Berichte in der Presse waren aber sicherlich auch einer der wesentlichen Gründe für den immensen Zuwachs an Interessenten. Eine andere unerwartete Unterstützung erhielt die Initiative von der SPD. Anfang März schrieb der Generalsekretär Olaf Scholz nämlich einen Brief an die Kreis- und Bezirksfunktionäre, in dem dieser zunächst auf die stets erfolglosen Versuche von Abspaltungen in der Vergangenheit hinwies, dann aber doch in deutlich drohendem und die Angst der Parteispitze zeigenden Ton fortfuhr: „Trotzdem bitten wir euch, uns darüber zu informieren, falls sich in euren Unterbezirken und Kreisverbänden solche Initiativen bilden sollten. Klar ist: Wer sich an diesen Aktivitäten beteiligt, schließt sich selbst aus der SPD aus“ (zitiert nach Hübner/Strohschneider 2007, 132). Aus der Perspektive der SPD wäre es nach der Festlegung, auf die inhaltlichen Forderungen nach einer Kurskorrektur nicht einzugehen, wohl vorteilhafter gewesen die sich formierenden Gruppen weitgehend zu ignorieren, als mit indirekten Parteiausschlussdrohungen und einzelnen durchgeführten Parteiausschlüssen (s.u.) die Publicity dieser damals noch relativ kleinen Organisationen weiter zu erhöhen. Welche Faktoren auch immer zu der großen Aufmerksamkeit geführt haben, die Wahlalternative konnte jedenfalls in ihrer ersten Rundmail mitteilen: „Über 1.500 Interessentinnen und Interessenten haben sich in der letzten Woche in das Newsletter-Bestellformular auf unserer Website eingetragen und täglich werden es mehr“ (Wahlalternative 2004). Wie dem ersten Newsletter ebenfalls zu entnehmen war, sollten die Ziele „zusammen mit den Genossinnen und Genossen von <http://www.initiative-asg.de/> (zuletzt: 03.04.09) in Bayern,



die ähnliche Ziele und Positionen verfolgen wie wir und denen wir solidarisch verbunden sind“ (ebd.) erreicht werden. Auch wenn die beiden Initiativen unabhängig voneinander entstanden waren, so wurde doch sehr schnell und relativ unproblematisch die Verbindung von beiden Seiten gesucht. Bevor aber im Kapitel 2.2.3 das Zusammengehen und die weitere Entwicklung der WASG im Fokus steht, wird im folgenden Unterkapitel die Gründung der anderen Quelle der WASG beleuchtet.

### 2.2.3. *Die Entstehung der „Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“*

Trotz ähnlichen Motivationen und politischen Einstellungen lassen sich die Gründer der „Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) in einigen Punkten von denen der Wahlalternative unterscheiden. Zum einen kamen sie fast ausschließlich aus Baden-Württemberg und Bayern<sup>44</sup> und zum anderen war die Gewerkschaftsnähe noch etwas größer und bezog sich primär auf die IG-Metall. So waren mit Klaus Ernst und Thomas Händel zwei der wesentlichsten Akteure 1. Bevollmächtigte der IG-Metall in ihrer Stadt und mit Gerd Lobboda und Günther Schachner gehörten auch zwei Mitglieder des IG-Metall-Vorstandes der Bewegung an (Nachtwey 2007, 167).

Den Gründungsaufwurf verschickten die Initiatoren am 10.03.2004 per E-Mail an etwa 200 Personen (ebd.). Inhaltlich forderten sie ebenso, wenn auch noch nicht ganz so ausgefeilt wie die Wahlalternative eine Abkehr von der Agendapolitik. Während sich die andere Bewegung auch mit ihrem Namen bereits weitgehend festgelegt hat, gegen die SPD (und die anderen Parteien) anzutreten, heißt es bei der ASG noch: „Wir treten für ein Bündnis mit allen politischen Kräften und Personen ein, die sich für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaats und für ein sozial gerecht finanziertes Gemeinwesen einsetzen. Aus diesem Bündnis könnte eine bei der nächsten Bundestagswahl wählbare soziale Alternative entstehen. Diese mögliche Entwicklung schließen wir ausdrücklich ein“ (Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit 2004).

Es kann bezweifelt werden, dass die ASG-Gründer zu diesem Zeitpunkt noch eine realistische Chance sahen, ihre Ziele innerhalb der SPD zu erreichen. Die Taktik schien aber zu sein, den Aufruf auch als Ultimatum an die SPD darzustellen, um die Parteigründung dann nicht als aktive Spaltung sondern „erzwungene“ Reaktion auf die nicht erfolgte Änderung der Partei erscheinen lassen zu können.<sup>45</sup> Die SPD reagierte mit der im Kapitel zur Wahlalternative-Gründung beschriebenen Strategie und leitete ein Parteiausschlussverfahren gegen die sechs Mitglieder ein, die den Aufruf unterzeichneten

---

<sup>44</sup> Die prominente Ausnahme bildet Prof. Herbert Schui aus Hamburg.

<sup>45</sup> So wird ein namentlich nicht genannter Sprecher der Initiative in der FAZ vom 17.03.2004 mit den Worten zitiert: „Es wird nicht unwesentlich vom weiteren Verhalten der SPD abhängen, ob wir eine Partei gründen“ (Löwenstein/Soldt 2004, 1).

hatten. Das Interesse auch der ASG gegenüber war immens. Die E-Mail- und Fax-Flut soll nach Nachtwey (2007, 168) sogar so groß gewesen sein, dass kurzfristig die „Kommunikationsstruktur zusammenbrach“. Für den 19.03. berief man eine viel beachtete Pressekonferenz ein, die dazu führte, dass man drei Wochen später im zweiten Rundbrief von 2.000 Unterstützern und 280.000 Homepagezugriffen berichten konnte (ebd., 169).

Helge Meves, einer der Wahlalternative-Gründer schreibt zur Bedeutung der neuen elektronischen Medien bei der Parteigründung: „Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine politische Initiative weitgehend ohne eine Face-to-Face-Kommunikation der Initiatoren und eine entsprechende ‚irdische‘ Struktur und fast ausschließlich über die Nutzung der Medien, des Internets und eines E-Mail-Verteilers aufgebaut“ (Meves 2005, 27). Die Bedeutung des Internets für die Wahlalternative- und die ASG-Gründung ist sicherlich vor allem auch in Bezug auf das Gewinnen neuer Mitglieder nicht zu unterschätzen (Kleinsteuber 2008, 20). Es sollte aber nicht ganz außer Acht gelassen werden, dass auch bei diesen neuen Kommunikationswegen ein nicht unerheblicher Aufwand im Erstellen der Internetseiten, vor allem aber im Beantworten der ebenso schnell ein- wie ausgehenden E-Mails liegt. Ohne die zumeist inoffiziell geleistete logistische Unterstützung (Arbeitszeit, Büroräume, Material und Kommunikationsmittel) durch Gewerkschafter hätte die Gründungsphase nicht so erfolgreich verlaufen können. Aus Sicht der Gewerkschaften waren die Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen im politischen Raum jedoch sicherlich gut investiert. Die Zusammenführung der beiden Initiativen zur WASG wird im folgenden Unterkapitel beschrieben.

#### 2.2.4. *Die Gründung von Verein und Partei*

Die beiden gegen die Agendapolitik der rot-grünen Regierung gegründeten Bewegungen entstanden weitgehend parallel zueinander, auch wenn Klaus Ernst und Thomas Händel von der ASG auf dem Gründungstreffen der Wahlalternative anwesend waren und über die Memorandumgruppe auch Kontakte zwischen Initiatoren der beiden Bewegungen (u.a. Herbert Schui und Axel Troost) bestanden.

Die trotz gleicher grundsätzlicher Zielsetzung in ihrer Ausrichtung und personellen Zusammensetzung unterschiedlichen Gruppen entschieden sich jedoch bereits kurze Zeit nach ihren Gründungen für ein gemeinsames Vorgehen und eine baldige Vereinigung. Hierfür sprachen im Wesentlichen drei Gründe. Erstens konnte gemeinsam schneller eine aktionsfähige Organisationsgröße erreicht werden. Zweitens ergänzten sich sowohl regional (Nord-Süd) als auch von der Milieuherkunft her (Gewerkschaften und

SPD versus Intellektuelle und soziale Bewegungen) die beiden Organisationen optimal. Drittens sprach bei einer angestrebten „Wahlalternative“ für die damals in 2006 vorgesehenen Bundestagswahlen die 5%-Hürde gegen ein getrenntes Agieren.

Im Mai beschlossen die beiden Bewegungen den weiteren organisatorischen Ausbau gemeinsam vorzunehmen, zukünftig unter dem Namen „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ aufzutreten und einen Verein zu gründen. Ob dieser sich in eine Partei umwandelt, sollten die Mitglieder in einer Urabstimmung festlegen (Heunemann 2006, 15). Die 10.000 Empfänger des Newsletters im Juni 2004 (Meves 2005, 27) verdeutlichten das weiterhin große Interesse. Die offizielle Gründung des Vereins erfolgte am 3. und 4. Juli 2004. In diesen traten bis zur ersten Bundesdelegiertenkonferenz am 21.11 in November über 5.000 Mitglieder, hauptsächlich aus den alten Bundesländern, ein. In den geschäftsführenden Vorstand wurden Klaus Ernst und Thomas Händel aus der ASG und Sabine Lösing und Axel Troost von der Wahlalternative gewählt. In der im Dezember 2004 durchgeführten Urabstimmung stimmten 96% der Vereinsmitglieder für die Umwandlung in eine Partei, so dass am 22.01.2005 der Länderrat in Göttingen die Gründung der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)“ beschließen konnte. Der offizielle Gründungsparteitag fand vom 06.-08.05.2005 in Dortmund statt.

Das Parteiprogramm hat dem Parteinamen entsprechend einen großen Schwerpunkt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Andere Themenfelder werden zwar auch behandelt, aber verhältnismäßig sehr kurz gehalten. So werden die Vorstellungen zu den internationalen Beziehungen (inkl. der EU) insgesamt auf zwei Seiten dargestellt. Sowohl an der inhaltlichen Ausrichtung als auch durch die Verwendung von bestimmten Begriffen wie „mehr Demokratie wagen“ wird deutlich, dass sich das Programm vor allem an enttäuschte sozialdemokratische Wähler richtet. Wirtschaftlich der Memorandumgruppe folgend stellt es keynesianistisch die Nachfrageerhöhung in den Vordergrund. Interessant ist, dass der Begriff „Sozialismus“ überhaupt nicht auftaucht und auch keine anderen gesellschaftlichen Endziele verfolgt werden (WASG 2005). Nachwey stellt diesbezüglich zu dem Parteiprogramm fest: „Es kümmert sich nicht um den jenseitigen Sozialismus, sondern um den diesseitigen Abbau des Sozialstaates“ (Nachwey 2007, 180).

Innerhalb eines Jahres gelang es den Initiatoren der Wahlalternative und der ASG eine handlungsfähige Partei links von der Sozialdemokratie aufzubauen. In den alten Bundesländern war diese organisatorisch und von der Mitgliederstärke her teilweise bereits besser aufgestellt als die seit 15 Jahren um Mitgliederzuwachs bemühte PDS (Kapitel 2.1.3). Auch der Zuspruch in der Bevölkerung erreichte phasenweise immense Aus-

maße. So gaben in einer Umfrage von Infratest dimap im Juli 2004 6% an sich sicher und 37% vielleicht vorstellen zu können eine neue Linkspartei zu wählen.<sup>46</sup>

Die erste Bewährungsprobe für die neue Partei stellte die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen dar, die im folgenden Unterkapitel näher betrachtet werden soll.

### 2.2.5. *Ein halber Erfolg als Anfang vom Ende. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen*

Der Länderrat der WASG im Januar in Göttingen hatte beschlossen, dass die Partei bei der Landtagswahl am 22.05.2005 in Nordrhein-Westfalen antreten sollte. Dieser Entscheidung ging eine auch schon im November 2004 auf der Bundesdelegiertenversammlung geführte Debatte voraus, ob eine Teilnahme an Wahlen in diesem frühen Stadium der Partei schon sinnvoll sei. Gegen die frühe Wahlteilnahme in dem bevölkerungsreichsten Bundesland sprach sich zunächst auch Klaus Ernst aus, da ein Ressourcen verschlingender Wahlkampf und ein drohender Misserfolg die Wahlchancen bei der Bundestagswahl gefährden könne. Dem gegenüber bestand die Auffassung, dass es gerade zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl vonnöten sei, Erfahrungen in einem Wahlkampf zu machen. Zudem bestand bei nicht wenigen WASG-Anhängern aufgrund der anhaltenden dynamischen Mitgliederentwicklung und euphorisch stimmender Umfrageergebnisse die Hoffnung tatsächlich die 5%-Hürde überwinden zu können. Nordrhein-Westfalen wurde zudem sozialstrukturell für eine Arbeiter- und Gewerkschaftsnahe Partei als besonders gut geeignet angesehen. Auf der anderen Seite sind die gesetzlichen Wahlvorschriften in NRW nicht gerade besonders förderlich für neue Parteien. Das Wahlrecht in Nordrhein-Westfalen, mit nur einer Stimme für Direktkandidaten und Partei, erfordert nämlich das Aufstellen von Kandidaten in möglichst jedem der 128 Wahlkreise, da in Wahlkreisen, wo kein Kandidat aufgestellt ist, die Partei nicht wählbar ist und somit dort keine Stimmen zum Überwinden der 5%-Hürde gesammelt werden können. Eine besondere Hürde für kleinere Parteien stellt zudem dar, dass von nicht im Bundestag oder Landtag vertretenen Parteien in jedem Wahlkreis für die Kandidatur 100 Unterschriften gesammelt werden müssen (§19 Landeswahlgesetz).

Die Tatsache, dass es der WASG im Gegensatz zu anderen Kleinparteien<sup>47</sup> gelang, in allen 128 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, kann als nicht unerhebliche logistische

---

<sup>46</sup> Auch wenn diese Umfrage aufgrund der sehr weichen Formulierung „Könnten Sie sich prinzipiell vorstellen“ mit großer Vorsicht zu genießen ist, so offenbarte sich doch ein wesentlich größeres Potenzial einer neuen Linkspartei im Vergleich zur PDS, bei der sich nur 7% sicher und 13% vielleicht vorstellen konnten, diese zu wählen.

Leistung der jungen Partei angesehen werden. Mit Jürgen Klute, einem Sozialpfarrer aus Herne, als Spitzenkandidat zog die WASG mit einem relativ geringen Wahlerfolg<sup>48</sup> in den Wahlkampf. Unter dem Slogan „Eine andere Politik ist möglich“ warben sie auf Plakaten für die Einführung einer Vermögenssteuer oder der „Verhütung“ einer großen Koalition. Die im Vorfeld der Wahl durchgeführten Umfragen ergaben für die WASG Werte um die 2%<sup>49</sup>.

Die bei den Wahlen am 22.05. letztlich erreichten 2,2% konnten daher nicht überraschen, auch wenn sicherlich einige WASG-Anhänger nach den erfolgreichen letzten Monaten für die Partei etwas enttäuscht gewesen sein dürften. Gerade auch in Bezug auf die sich überschlagenden Ereignisse des Tages (insbesondere die Ankündigung von Neuwahlen durch Gerhard Schröder und Franz Müntefering) war aber ein anderer Aspekt noch bedeutender als die absolute Zahl der 181.988 erreichten Stimmen oder das deutliche Verfehlen der 5%-Hürde. Im Vergleich zu der PDS (0,9%) hatte die WASG nämlich mehr als doppelt so viele Wähler für sich gewonnen und da sie mittlerweile auch in den alten Bundesländern mehr Mitglieder als die PDS besaß, damit ihre Dominanz im Parteienspektrum links von SPD und Grünen im Westen bestätigt. Dieses Kräfteverhältnis sollte für die anstehenden und unter 2.3. beschriebenen Kooperations- und Fusionsverhandlungen nicht unerheblich bleiben.

### **2.3. Die Fusion von WASG und PDS zur Partei Die Linke**

#### *2.3.1. Keine Wahl. Der Kooperationszwang im Zeichen der Neuwahl*

Die überraschende Neuwahlankündigung Schröders am Abend des 22.05.2005 veränderte für die PDS und die WASG die Situation grundlegend. Hegten die einen vorher noch die Hoffnung in anderthalb Jahren die neue Partei weiter auszubauen und aktive Mitglieder und Gelder für einen erfolgreichen Wahlkampf gewinnen zu können, rechnete die etabliertere Partei bis dahin mit dem Entzaubern des neuen aufstrebenden Konkurrenten. Beiden Parteiführungen war nach dem Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen jedoch klar, dass bei einem parallelen Wahlantritt bei einer vorgezogenen Bundestagswahl in vier Monaten der Einzug in den Bundestag eher unwahrscheinlich (WASG) bzw. stark gefährdet (PDS) war. Trotz der positiven Dynamik ist die

---

<sup>47</sup> So konnte laut Festlegung des Landeswahlausschusses vom 22.04.2005 die PDS nur in 116, die NPd in 109 und die ödp in 78 Wahlkreisen zur Wahl antreten ([http://www.im.nrw.de/pe/pm2001/pm2001/news\\_1390.htm](http://www.im.nrw.de/pe/pm2001/pm2001/news_1390.htm), zuletzt: 07.03.09).

<sup>48</sup> Nach Aussage des Pressesprechers Führböck gegenüber der Zeit betrug dieser mit 200.000 Euro nur ein Drittel von dem der PDS (<http://www.zeit.de/2005/19/wasg>, zuletzt: 07.03.09).

<sup>49</sup> Siehe <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm> (zuletzt: 07.03.09)

damalige Position der neueren Partei noch etwas schwächer einzuschätzen. Zum einen konnte sie im Gegensatz zur PDS auch vor dem Hintergrund, dass sich die Stimmen in Nordrhein-Westfalen relativ gleichmäßig, mit nur leicht höheren Werten in Ballungsräumen (Feist/Hoffman 2006, 179) verteilen, nicht im Entferntesten auf drei Direktmandate hoffen. Zum anderen hatte sich die Partei bereits für die Landtagswahlen hoch verschulden müssen und wie innerhalb weniger Wochen ausreichend Mittel für einen bundesweiten Wahlkampf gewonnen werden sollten, war nicht absehbar. Auf der Seite der PDS war trotz der Erfolge bei der Europawahl und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern noch die Erinnerung an das Scheitern bei der Bundestagswahl 2002 präsent (Kapitel 2.1.3). Es sprach somit sehr viel für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien. Überlegungen zu einer strategischen Allianz standen schon lange vor dem Mai 2005 im Raum. Bereits 2003 hatte Michael Brie in dem viel beachteten und aus heutiger Betrachtung weitsichtigen Aufsatz „Ist die PDS noch zu retten“ das Konzept einer „PDS Plus“ vorgeschlagen. Neben der Verankerung der PDS als Volkspartei in den neuen Bundesländern sollte in einem Bündnis mit „linken GewerkschaftlerInnen, der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Bewegung“ die gesamtdeutsche Schwäche der PDS überwunden werden (Brie 2003). Auch in Bezug auf die Gründung der WASG im Jahre 2004 wurden diese Überlegungen, beispielsweise von seinem Bruder, dem Europaabgeordneten André Brie (Brie 2005) wieder aufgenommen.<sup>50</sup> Eine realistische Perspektive gewannen die Zusammenarbeitsüberlegungen aber erst durch den externen Druck. So schreibt Nachtwey: „Die Logik des politischen Systems in Deutschland zwang die WASG die Kooperation mit jener Partei auf, in der sie keine Zukunft für die Linke sah“ (Nachtwey 184). Auch wenn die Ausgangslage den beiden Parteien kaum eine Alternative ließ, so dauerte es nach den Landtagswahlen doch noch einige Zeit bis ein gemeinsames Antreten definitiv wurde. Einen wesentlichen Anteil an der Brechung letzter parteiinterner Widerstände dürfte Oskar Lafontaine gehabt haben.

Am 24.05.2005 kündigte er an aus der SPD auszutreten und für ein gemeinsames Projekt, da nur dieses eine realistische Chance hätte, Wahlkampf führen zu wollen. Nachdem Gregor Gysi sich ebenfalls zur Unterstützung eines gemeinsamen Wahlkampfes bereit erklärt hatte, war ein Verzicht auf das vielversprechende Politiker-Duo für keine der beiden Parteiführungen mehr eine ernst zunehmende Option. So schreibt auch Gohde: „Darüber entfachten die Medien einen so starken Druck, dass die Unterhändler auf beiden Seiten kein Scheitern mehr riskieren konnten“ (Gohde 2006, 138).

---

<sup>50</sup> Diesbezüglich von Hubertus Knabe (2009, 222) angestellte Verschwörungstheorien, nach denen einzelne personelle Aktivitäten darauf hindeuten würden, dass die WASG als „verdeckte Parteigründung“ der PDS anzusehen ist, lassen sich jedoch keinesfalls bestätigen.

Das exakte Procedere des Wahlantritts musste aufgrund der in Deutschland vom Wahlrecht her nicht zulässigen einfachen Listenverbindung jedoch erst noch zwischen den Parteispitzen verhandelt werden. Die Bundesvorstände der beiden Parteien trafen sich bereits eine Woche nach den Landtagswahlen zu ersten Verhandlungen. Nach langen Debatten und der Einholung von externen Gutachten erwies sich als praktikabelster Weg, das Kandidieren von WASG-Mitgliedern auf offenen Listen der PDS, wobei sich diese zur Verdeutlichung des gemeinsamen neuen Projektes umbenennen und innerhalb von zwei Jahren ein Zusammengehen angestrebt werden sollte. Diese Mitte Juni von den Parteivorständen beschlossenen Lösungen wurden im Juli durch eine Urabstimmung in der WASG (81,8% Zustimmung zur Kandidatur auf den PDS-Listen und 85,3% Zustimmung zu ergebnisoffenen Fusionsverhandlungen) und einen Parteitag der PDS (74,6% Zustimmung zur Umbenennung in Linkspartei.PDS) bestätigt (Meves 2005, 32). Die Umfragewerte der neuen Linkspartei erreichten im Juni/Juli bei mehreren Umfrageinstituten erstmals zweistellige Werte.<sup>51</sup>

Angesichts der Querelen, die im weiteren Verlauf des Fusionsprozesses, noch auftreten sollten, erscheint die Aussage: „Seit dem Mai 2005, so könnte später einmal rückblickend konstatiert werden, war der Zusammenschluss zu einer gemeinsamen Partei faktisch beschlossen, letztlich unrevidierbar eingeleitet und insgesamt nicht mehr gefährdet“ (Micus 2007, 191), doch aus Sicht der Linkspartei etwas zu euphemistisch. Zweifelsohne aber standen die beiden Parteien, die in zunehmendem Maß in dem Blick der Bürger bereits als schon so gut wie vereint galten, im Sommer 2005 besonders gut dar.

### 2.3.2. *Mit Links in den Bundestag. Der Wahlerfolg im Jahr 2005*

Da offiziell nur die Linkspartei(.PDS)<sup>52</sup> zur Wahl antrat, lag die Aufstellung der Kandidatenlisten in den Bundesländern und die Verabschiedung allein bei den PDS-Mitgliedern, wobei inoffiziell natürlich eine Reihe von Absprachen vor allem zur Platzierung von WASG-Politikern auf erfolgreichen Listenplätzen getroffen wurde. Berücksichtigt man, dass der parteiinterne Kampf um aussichtsreiche Listenplätze nicht selten in allen Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen führt, kann die Listenaufstellung der Linkspartei.PDS nicht als über die Maßen konfliktreich angesehen werden, sondern ist eher mit den Worten „schnell und relativ reibungslos“ (Lang 2006, 212) gut umschrieben. Das Wahlprogramm stellt unter der Überschrift „Für eine neue soziale Idee“

---

<sup>51</sup> Eine gute Übersicht der Umfragen im Zeitverlauf liefert die Seite [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de).

<sup>52</sup> Es wurde der Entscheidung der Landesverbände überlassen, ob sie mit oder ohne den Zusatz PDS auf den Stimmzetteln auftreten wollten.

(Linkspartei.PDS 2005) zwar entsprechend der WASG-Prioritäten die Themen Arbeit und Soziales an den Anfang bzw. Mittelpunkt, unterscheidet sich darin aber nicht grundlegend von dem 2002er Wahlprogramm der PDS. Im Wahlkampf standen vor allem die Zugpferde Gysi (hauptsächlich in den neuen) und Lafontaine (vorwiegend in den alten Bundesländern) im Rampenlicht. Daneben war die parteiinterne Integrationsfunktion von Bisky und die organisatorische Disziplinierung von Ramelow von großer Bedeutung. Nach Butzlaff fügten sich „die Mitglieder der ‚gefühlten Führungsmannschaft‘ der Linkspartei in eine kollektive Wahlstrategie ein, und jeder einzelne spielte hier seine Rolle, vermittelte Eindrücke, die halfen, jeweils gänzlich verschiedene Wählersegmente anzusprechen“ (Butzlaff 2007, 257). Mit über vier Millionen Euro investierte die Linkspartei.PDS mehr in den Wahlkampf als die Grünen und Liberalen, wobei zu beachten ist, dass die Linkspartei aufgrund der Namensänderung vorhandene Werbeartikel nur bedingt verwenden konnte (ebd., 263). Auch wenn die Linkspartei am 18.09.2005 mit 8,7% nicht ganz die Spitzenwerte in den Umfragen des Sommers<sup>53</sup> erreichen konnte, so stellte das Ergebnis doch einen sensationellen Erfolg dar. Im Vergleich zu den PDS-Zahlen von 2002 konnte sie ihren Stimmenanteil insgesamt mehr als verdoppeln und in den alten Bundesländern (4,9%) sogar mehr als vervierfachen. In den neuen Bundesländern (incl. Ost-Berlin) konnte sie ebenfalls auf 25,3% deutlich zulegen und erhielt nur 1.289 Stimmen weniger als die CDU.

Nach Berechnung der Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap waren vor allem frühere SPD-Wähler für den Stimmenzugewinn verantwortlich. Rund 1,2 Mio. der insgesamt 4,1 Mio. Wähler der Linkspartei hatten drei Jahre zuvor noch die SPD gewählt. Auch aus dem Bereich der Nichtwähler konnte sie mit einem Zustrom von 530.000 Stimmen vergleichsweise (FDP 300.000; Grüne 220.000) viele Wähler für sich gewinnen und war die einzige Partei die einen positiven (+430.000) Saldo (Zustrom - Abstrom) gegenüber der Gruppe der Nichtwähler aufweisen konnte (Infratest dimap 2005, 37ff). Den größten Zuspruch (11%) und auch den größten Zuwachs (+7%) erhielt die Linkspartei in der Altersgruppe der 45-59Jährigen. Bei den über 60Jährigen war sowohl der Anteil (7%) als auch der Zuwachs (+3%) am geringsten. Von den Frauen wählten 8% und von den Männer 9% die Partei (ebd., 83). Überdurchschnittlich häufig wurde die Linkspartei von Arbeitern (12%), Arbeitslosen (24%), Gewerkschaftsmitgliedern (13%) und Konfessionslosen (19%)<sup>54</sup> gewählt (ebd., 86).

---

<sup>53</sup> Eine Befragung von Emnid Anfang August hatte sogar 13% prognostiziert und bei Allensbach, Emnid, Forsa und Infratest dimap erreichte die Partei jeweils in mehreren Umfragen im Sommer 2005 zweistellige Werte ([www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de); zuletzt: 03.04.09).

<sup>54</sup> Der hohe Anteil bei den Konfessionslosen beruht zu einem Teil auf deren größerer Präsenz in den neuen Bundesländern. Aber auch in der getrennten Betrachtung nach Ost (31%) und West



Für die Parteifusion stellte der Erfolg bei der Bundestagswahl eine deutliche Beförderung dar. Denn, wie Lang feststellt, ist es offensichtlich, dass „ein Gutteil der Bürger, die der Kraft links von der SPD ihre Stimme gaben, nicht die ‚PDS‘ gewählt haben, sondern eine Partei, die es als solche noch gar nicht gibt“ (Lang 2006, 208).

Die Fusionsbefürworter der beiden Parteien bemühten in den in folgenden Unterkapiteln dargestellten Auseinandersetzungen deshalb auch nicht selten das Argument, dass man es nicht zuletzt den 4,1 Mio. Wählern schuldig sei, eine neue Partei zu bilden.

### 2.3.3. *Gewählter Vereinigungsdruck. Die Fusionsverhandlungen nach der Bundestagswahl*

Wie die Einstellung der Mitglieder zur Fusion zu verschiedenen Zeitpunkten und in den einzelnen Parteiteilen aussah, wird im Rahmen dieser Arbeit noch ausführlich im Kapitel 4 empirisch untersucht werden. Ohne zu viel vorweg zu nehmen kann aber bereits festgestellt werden, dass die Zustimmung zur Fusion nach der erfolgreichen Bundestagswahl insgesamt gestiegen, aber in den Parteiteilen unterschiedlich stark ausfiel. Zum Verständnis des weiteren Fusionsverlaufs reicht an dieser Stelle die Beschreibung der Situation einer Insiderin: „Es gibt Regionen, da würden die Parteien lieber heute als morgen fusionieren, sie wählen im Überschwang schon gemeinsame Vorstände; in bestimmten Kreisverbänden in NRW treten Mitglieder der WASG in die Linkspartei ein, um ihren eigenen Fusionspartner zu stärken, in Sachsen werden dem kleineren Partner Büros finanziert und mancherorts selbst internste Informationen zur Verfügung gestellt. Anderswo steht man dagegen schon fast vor Gericht, es wurde und wird erbittert um Listenplätze gestritten, man kommuniziert über ‚Offene Briefe‘ oder überhaupt nicht“ (Gohde 2006, 139).

Während an der Parteibasis also noch ein gemischtes Bild vorherrschte, bestand in den Parteiführungen weitgehend Einigkeit darüber, auf klarem Fusionskurs bleiben zu wollen. Nach mehreren Verhandlungen im Herbst 2005 unterzeichneten am 06.12. Lothar Bisky, Bodo Ramelow, Klaus Ernst und Thomas Händel jeweils für ihre Parteien das „Kooperationsabkommen III“, welches „bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei“ (Linkspartei.PDS/WASG 2005) vorsah. Zur weiteren Vorbereitung der Fusion wurde durch dieses Abkommen eine Steuerungsgruppe und vier Fachgruppen zu den Themen: Programmatik und politischen Strategie, statutarisch-organisatorischen Frage,

---

(10%) zeigt sich der höhere Zuspruch dieser Bevölkerungsgruppe im Vergleich zu den kirchlich gebundenen Wählern.

finanziell-materielle und rechtliche Fragen und internationale Parteibeziehungen, gebildet, die jeweils paritätisch besetzt wurden. Des Weiteren sollten beide Parteien Doppelmitgliedschaften ermöglichen und die letztendliche Entscheidung über eine Fusion jeweils durch Parteitage und Urabstimmungen erfolgen. Für die meisten Probleme sollte aber die Festlegung sorgen, dass WASG und Linkspartei.PDS zukünftig auf keiner Ebene mehr bei Wahlen gegeneinander antreten würden.

Die Linkspartei.PDS-Landesverbände in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die angesichts des anhaltend großen Mitgliederzustroms zur WASG mittlerweile dort deutlich schwächer vertreten waren, folgten diesem Beschluss, so dass bei den Landtagswahlen am 26.03. dort nur die Wahlalternative antrat. Das deutliche Scheitern an der 5%-Hürde (Baden-Württemberg 3,1%; Rheinland-Pfalz 2,6%) und zudem die geringeren Wahlergebnisse im Vergleich zu den Bundestagswahlstimmen der Schwesterpartei (Baden-Württemberg -0,7%; Rheinland-Pfalz -3,0%) dürften weitere WASG-Mitglieder davon überzeugt haben, dass die Partei alleine keine große Zukunft vor sich haben würde. Bei den parallel stattfindenden Wahlen in Sachsen-Anhalt trat nur die Linkspartei.PDS an und erreichte mit 24,1% (+3,7% im Vergleich zur letzten Landtagswahl und -2,5% im Vergleich zur Bundestagswahl) ein akzeptables Ergebnis. Bezüglich der Landtagswahlen im Herbst 2006 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wäre es nach Beschlusslage der Bundesparteien, zur Revanche für den Verzicht der Linkspartei.PDS im Westen und angesichts nur geringer Aussichten der WASG in den neuen Bundesländern neben einer starken PDS-Struktur die 5%-Hürde zu überwinden, ebenfalls an der WASG gewesen, auf eine Kandidatur zu verzichten. Warum dies nicht erfolgte und die Konflikte mit den dortigen WASG-Landesverbänden zur größten Bewährungsprobe im Fusionsprozess wurden, wird im nächsten Unterkapitel analysiert.

#### 2.3.4. *Kapitaler Streit. Differenzen mit den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern*

Nicht zufällig fanden die größten parteiinternen Auseinandersetzungen bezüglich der Fusion in der WASG mit und innerhalb der Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern und Berlin statt. In diesen beiden Bundesländern hatte sich die PDS erstmals an Landesregierungen beteiligt (Kapitel 2.1.2). Aufgrund von mitgetragenen, sozialen Kürzungen bzw. ausbleibenden Verbesserungen waren diese Regierungen parteiintern von Anfang an heftig umstritten (Felfe/Kischerl/Kroh 2005, Brombacher/Schulz 2005; Reißig 2005). Ein Teil der WASG-Mitglieder war dementsprechend auch nicht vor all zu langer Zeit enttäuscht aus der PDS aus- und voller neuer Hoffnungen in die WASG eingetreten. Nach den Vorstellungen der Bundesparteien sollte nicht nur auf das Antre-

ten bei den Landtagswahlen verzichtet, sondern auch für die aus Sicht der WASG-Mitglieder unsozial regierende Linkspartei.PDS Wahlkampf gemacht werden. Von der Entwicklung her verliefen die Prozesse in den beiden Bundesländern im wesentlichen parallel, so dass es zum Verständnis ausreicht den Vorfall in Berlin der „Hochburg in Sachen Streit und Bruderzwist“ (Butzlaff 2007, 260) ausführlicher zu betrachten.

Entgegen der Vereinbarung im Kooperationsabkommen III nicht gegeneinander bei Wahlen anzutreten, führte der Landesverband in Berlin eine Urabstimmung zur Frage der Wahlteilnahme bei den Abgeordnetenhauswahlen im September 2006 durch. Mit der extrem knappen Mehrheit von 51,6% (272 zu 245 Stimmen, bei 10 Enthaltungen) entscheiden sich die Berliner WASG-Mitglieder für eine elektorale Herausforderung der mitregierenden Linkspartei.PDS. Neben dem Unmut der Bundesparteführungen, die den weiteren Fusionsprozess gefährdet sahen, wurde auch die Existenz der Bundestagsfraktion als gefährdet angesehen, da laut § 10 der Geschäftsordnung des Bundestages nur Parteien eine Fraktion bilden dürfen, die „in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen“. Der Landesvorstand reichte jedoch trotz der Aufforderung, die Entscheidung eines Bundesparteitages abzuwarten, beim Landeswahlleiter die Wahllisten ein, womit nur schwer umkehrbare Fakten geschaffen wurden, da diese Anmeldung nur durch den Berliner Landesverband, nicht aber die Bundespartei, zurückgezogen werden konnte. Auf dem Bundesparteitag der WASG in Ludwigshafen am 29./30.04.2006 wurde diesbezüglich ein Antrag beschlossen, der das Vorgehen des Landesvorstands missbilligte und diesen aufforderte die Wahlanmeldung zurückzuziehen. Für den Fall, dass dies nicht geschieht, wurde der Bundesvorstand ermächtigt: „alle Maßnahmen zu prüfen und ggfs. zu ergreifen, um dem Willen des Bundesparteitages Geltung zu verschaffen“ (WASG 2006a), wobei auf Parteiausschlüsse und die Auflösung des Landesverbandes verzichtet werden sollte. Die designierte WASG-Spitzenkandidatin Lucy Redler kündigte auf dem Parteitag aber an, weiterhin eine Wahlbeteiligung anzustreben. Der Fusionsprozess insgesamt wurde auf dem Parteitag mit 186 zu 107 Stimmen bestätigt (ebd.).

Da sich im Konflikt um den Wahlantritt in Berlin beide Seiten durch eine ordnungsgemäße Legitimation durch die Basis (Urabstimmung vs. Bundesparteitagsvotum) bestätigt sehen konnten und zudem für ein größeres Ziel (Alternative zum Sozialabbau vs. Vereinigung der Linken) zu kämpfen vorgaben, waren die Fronten entsprechend verhärtet und ein Kompromiss nicht erreichbar.

Am 14.05.2006 teilte der Bundesvorstand in einer Pressemitteilung mit: „Nach Abwägung aller juristischen und politischen Risiken und Möglichkeiten beschloss der Bundesvorstand, die Vorstände beider Länder ihres Amtes zu entheben und durch Beauf-

tragte zu ersetzen, die namens der Landesvorstände die bereits eingereichten Wahlbeteiligungsanzeigen zurückziehen. Für Berlin sind Hüseyin Aydin, stellvertretend Peter Vetter, für Mecklenburg-Vorpommern Volker Schneider, stellvertretend Werner Dreibus eingesetzt. Mit der Umsetzung dieses Beschlusses werden gleichzeitig Parteiausschlüsse und eine Auflösung der Landesverbände in der WASG vermieden“ (WASG 2006b). Die Landesverbände setzten sich gegen diese Entscheidung erfolgreich juristisch zur Wehr, so dass in beiden Bundesländern sowohl die Linkspartei.PDS als auch die WASG bei den Landtagswahlen antrat. In Mecklenburg-Vorpommern erreichte die WASG mit 0,5% das Ergebnis einer unbedeutenden Splitterpartei. In Berlin zog die Partei jedoch mit der mittlerweile bundesweit bekannten, attraktiven und wortgewandten Lucy Redler unter dem Motto „100% sozial“ und Wahlplakaten wie, „Sozialabbau? Privatisierung? Nicht mit uns!“ in den Wahlkampf. Der Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus wurde mit 2,9% zwar verfehlt, aber bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen konnte sie aufgrund der geringeren 3%-Hürde Abgeordnete in 7 Bezirkparlamente entsenden. Die Linkspartei.PDS musste mit 13,4% (-9,2%) einen erheblichen Rückgang hinnehmen, konnte aber, da Klaus Wowereit eine Fortführung des rot-roten Senats einer ebenfalls möglichen rot-grünen Koalition vorzog, weiterhin mitregieren. Im weiteren Verlauf der sich abzeichnenden Fusion gründeten Teile der Berliner WASG um Redler, die jedoch schnell bedeutungslos werdende „Berliner Alternative für Solidarität & Gegenwehr“.<sup>55</sup> Die von der Berliner WASG-Kandidatur in den Blickpunkt gerückte Kritik an rot-roten Regierungen ist mit deren Scheitern aber keinesfalls beendet. Zum einen bestand wie unter 2.1.2 gezeigt auch innerhalb der PDS selbst bei nicht unerheblichen Teilen von Anfang an eine skeptische Einstellung zu Regierungsbeteiligungen. Zum anderen erfährt wie die Auswertung der Mitgliederbefragung im Kapitel 4 noch zeigen wird Lucy Redler als Person aber auch die von ihr vertretenen senatskritischen Positionen in Teilen der fusionierten Partei eine weitgehende Zustimmung.

### 2.3.5. *Die Linke stimmt sich ein. Urabstimmungen und Gründungsparteitage*

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Beteiligung an Landtagswahlen, die im Fokus des öffentlichen Interesses standen, gingen die Verhandlungen zur Parteifusion nichtsdestotrotz weiter. Neben den Querelen in den beiden östlichen Landesverbänden gab es auch im Westen teilweise erhebliche Widerstände. Die Hintergründe der Vor-

---

<sup>55</sup> Ende des Jahres 2008 beantragte Lucy Redler und andere Mitglieder der SAV die Aufnahme in die Linke, was zu parteiinternen, derzeit noch andauernden Prozessen vor den Schiedsgerichten der Partei führte.

behalte skizziert Gohde folgendermaßen: „Im Westen wurden die kleinen Verbände der Linkspartei im Wahlkampf mit einem Schlag bedeutend, weil sie auf einmal Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen konnten, die eine gute Chance auf Einzug in den Bundestag hatten. Die Bedeutung müssen sie nun im Zusammengehen mit der WASG teilen. Die WASG hingegen hatte als Partei einen geradezu kometenhaften Aufstieg - gerade wenn man das mit der PDS-Entwicklung im Westen vergleicht. Nun möchte sie nicht in der personell viel stärkeren Linkspartei aufgesogen werden“ (Gohde 2006, 139). Insgesamt blieben die kritischen Positionen jedoch deutlich in der Minderheit, zumal den Fusionsgegnern eine klare Perspektive fehlte, in welcher Form ihre jeweilige Partei alleine erfolgreich agieren könnte.

Um mögliche Stolpersteine auf dem Weg zu einer gemeinsamen Partei zu vermeiden entschied man sich programmatisch für einen Minimalkonsens, der den Anforderungen des Parteienrechts genügte, aber die Ausarbeitung eines ausgefeilten Parteiprogramms auf die Zeit nach der Fusion in die neue Partei verlagerte. Dieses Vorgehen ist auch vor dem Hintergrund der bereits schwierigen Programmverhandlungen in der PDS vor dem Jahre 2003 zu sehen (Kapitel 2.1.2). In den entwickelten „Programmatischen Eckpunkten“ stand denn auch am Anfang, dass es „noch kein geschlossenes Parteiprogramm“ sei aber ein „ausreichend stabiles Fundament, um darauf eine neue Partei der Linken zu begründen“ (Die Linke 2007, 1). Nach allgemeinen Grundsätzen zur Geschichte und gesellschaftlichen Zielvorstellungen werden zu den Themenfeldern: Arbeit, Wirtschaft und Umwelt, Sozialsysteme, Demokratieausbau, Geschlechtergerechtigkeit sowie Wissenschaft und Bildung konkretere Forderungen dargestellt.<sup>56</sup> Unter dem Bereich „Nachbemerkung“ werden aber noch eine ganze Reihe offener Punkte aufgeführt. Interessant ist, dass an deren Ende als letzter Satz die für die fusionierte Partei schicksalshafte Frage steht „Unter welchen Bedingungen kann sich eine linke Partei an einer Regierung auf Landes- bzw. Bundesebene beteiligen?“ (ebd, 18). Im November 2006 veranstalteten die Linkspartei.PDS und die WASG gemeinsame Regionalkonferenzen zur Vorstellung und Debatte der Gründungsdokumente.

Dem Vorschlag des Rechtsgutachten von Prof. Dr. Martin Morlock (2006) folgend, wandelten sich zur organisatorischen Vorbereitung der Fusion die beiden Parteien Ende des Jahres 2006 in eingetragene Vereine um, da nur für diese eine rechtssichere Fusion möglich sei. Fast genau ein Jahr nach der Verabschiedung des Kooperationsabkommen III beschließen die Parteivorstände am 10.12.2006 auf einer gemeinsamen Sitzung mit den Programmatischen Eckpunkten, der Satzung sowie der Schieds- und Finanzordnung die Gründungsdokumente der neuen Partei. Auf räumlich parallel statt-

---

<sup>56</sup> Zur Bewertung der „Programmatischen Eckpunkte“ siehe Neugebauer/Stöss (2008, 184ff).

finden Parteitag wurden diese am 24./25.03.2007 von der Linkspartei.PDS (96,9%) und der WASG (87,7%) verabschiedet.<sup>57</sup>

Wenige Tage später begannen die letztendlich entscheidenden und bis Mitte Mai laufenden Urabstimmungen über die Parteifusion. Mit 96,9% war die Zustimmung und die Beteiligung (82,6%) innerhalb der PDS wesentlich größer als in der WASG, in der sich zwar mit 83,9% ebenfalls die klare Mehrheit für den Beitritt zur umbenannten Linkspartei.PDS aussprach, aber nur die Hälfte (49,8%) der Mitglieder an der Urabstimmung teilgenommen hatte.

Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 13.05.2007 gelang es mit der Linkspartei.PDS (8,4%) erstmals einer der beiden Parteien in den alten Bundesländern die 5%-Hürde zu überspringen. Dieses Ergebnis wurde in Zusammenarbeit der Mitglieder der beiden Parteien erreicht. Dabei gaben sich die Bremer unter dem Motto „Hier ist die Linke“ im Wahlkampf bereits als fusionierte, neue Partei aus (Hüttner/Scherpers 2007, Hoecker 2008).

Auf dem Gründungsparteitag am 16.06.2007, wurde in einer „fast schon theatralischen Inszenierung“ (Jesse/Lang 2008, 95) die abgeschlossene Parteifusion gefeiert. Zu den gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Lothar Bisky 83,6% und Oskar Lafontaine 87,9% gewählt. Vor allem letzterer verstand es, die Parteitagsdelegierten zu begeistern. Wie die Mitgliederbefragung im Kapitel zeigen wird, besteht auch an der Basis ein relativ großer Zuspruch zu dem gebildeten Führungsduo.

Genau genommen handelte es sich bei dem als Fusion oder Parteineugründung dargestellten Prozess um die Aufnahme der WASG durch die PDS. Dieses Vorgehen wurde gewählt, da nur dadurch die Wahlkampfkostenerstattung und die Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung weiterhin gesichert werden konnte. Eine rechtswissenschaftliche Betrachtung der Parteifusion liefert Limpert (2009).

Insgesamt kann der Fusionsprozess aus Sicht der beteiligten Parteien als großer Erfolg gelten. Zwar verlief dieser nicht immer ohne Probleme und wie Meuche-Mäker anonym einen Spitzenpolitiker der PDS zitiert war die Fusionsbestrebung auch teilweise „kurz vorm Scheitern“ und gab es eine Situation „wo wir nicht einmal mehr an dem berühmten seidenen Faden hingen, da waren wir im freien Fall“ (Meuche-Mäker 2007, 47). Letztendlich konnte aber der Zeitplan, innerhalb von zwei Jahren nach den Bundestagswahlen eine fusionierte Partei zu schaffen, eingehalten und abgesehen von der kleinen, unbedeutenden BASG in Berlin die Abspaltung einer neuen Partei verhindert werden.

---

<sup>57</sup> Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,473770,00.html> (zuletzt: 07.03.09)

Auch die Entwicklung der Partei nach dem 16.06.2007, die hier nicht ausführlicher dargestellt werden kann, zeigt, dass entgegen weit verbreiteter Erwartungen nicht etwa der Niedergang der Partei einsetzte, sondern mit erstmaligen Parlamentseinzügen in Hessen (5,1% bzw. 5,4% bei der Neuwahl), Niedersachsen (7,1%), Hamburg (6,4%) und einem nur knappen Scheitern an der 5%-Hürde in Bayern (4,3%) die Linke weiterhin großen Zuspruch in der Bevölkerung findet. Auch bei den bundesweiten Umfragen erreichte die Partei zumeist Werte die dem Ergebnis der Bundestagswahl entsprachen oder dieses sogar noch übertrafen.<sup>58</sup> Es kann unterstellt werden, dass die positive Entwicklung der Partei auch auf eine zumindest die Erwartungen der Bürger nicht groß enttäuschende Arbeit der Bundestagsfraktion zurückzuführen ist. Wie sich die Zusammenarbeit der Abgeordneten der gemischten Bundestagsfraktion in der ersten Hälfte der Legislaturperiode gestaltete wird im nächsten Kapitel dargestellt werden.

---

<sup>58</sup> Eine Auflistung der Umfragen der großen Wahl- und Meinungsforschungsinstitute findet sich unter [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de) (zuletzt: 03.04.09). Bei der bundesweiten Betrachtung muss allerdings beachtet werden, dass alle kleineren Parteien in ihren Werten von der großen Koalition profitieren.

### **3. Zwei Parteien, eine Fraktion, null Differenzen? Die parlamentarische Arbeit der Linken im Bundestag**

#### **3.1. Die Methode der quantitativen Drucksachenanalyse**

Im Gegensatz zu anderen Parteien, bei denen der Einzug in das höchste Parlament des Staates in gewisser Weise als ein Abschluss der Parteibildung gesehen werden kann, stand die gemeinsame Linksfraktion nach dem kurzen gemeinsamen Bundestagswahlkampf und ersten Beschlüssen zur Aufnahme von Vereinigungsverhandlungen (s.o.) relativ am Anfang der neuen Partei. Der Bundestagsfraktion fiel damit die Aufgabe zu, die erste Bewährungsprobe zu bestehen und aus Sicht der Partei im günstigsten Fall eine zusätzliche Integrationsfunktion zu erfüllen. Es ist daher naheliegend, neben der Untersuchung der Einstellung der Mitglieder an der Parteibasis eine Analyse der Aktivitäten der Bundestagsfraktion vorzunehmen.

Um ein möglichst umfassendes Bild der Parlamentsaktivitäten der Fraktion zur Bewertung der Zusammenarbeit, inhaltlichen Übereinstimmungen und Differenzen der PDS-, WASG- und parteilosen Abgeordneten zu gewinnen, ist die Methode einer quantitativen Analyse der Bundestagsdrucksachen gewählt worden. Der Vorteil dieser Herangehensweise gegenüber Interviews mit Abgeordneten oder deren Mitarbeitern besteht darin, dass die Analyse der vorliegenden Dokumente ohne Einflüsse der beteiligten Akteure vorgenommen werden kann.<sup>59</sup>

Abgesehen von einigen Überblickdarstellungen zumeist von den Bundes- bzw. Landtagsverwaltungen (u.a. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Deutscher Bundestag 2005) spielt die systematische Analyse von parlamentarischen Aktivitäten in der deutschen Politikwissenschaft bislang kaum eine nennenswerte Rolle. Im Geleitwort zu einem der bemerkenswerten Ausnahmen „Innovative Landtage. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Drogenpolitik“ beschreibt Patzelt die „systematische, quantitative Inhaltsanalyse parlamentarischer Drucksachen“ als „einen bislang recht vernachlässigten Zweig empirischer Parlamentarismusforschung“ (Patzelt in Kalke 2001, 10). Jens Kalke hatte sich zusammen mit Peter Raschke schon einige Jahre zuvor mit quantitativen Parlamentsanalysen beschäftigt (Raschke 1992, Kalke/Raschke 1994).

---

<sup>59</sup> Vor dem Hintergrund des zum Analysezeitpunkt laufenden Parteibildungsprozesses wäre das allgemeine Problem der Zuverlässigkeit von Aussagen von Politikern zur eigenen Arbeit vermutlich noch vergrößert worden. Konkreter ausgedrückt wären von den Fraktionsmitgliedern oder deren Arbeitsumfeld kaum kritische Aussagen zu Differenzen zwischen WASG- und PDS-Abgeordneten zu erhalten gewesen.



Neben diesen Arbeiten konnte der Verfasser der vorliegenden Studie auch auf eigene Erfahrungen in der Drucksachenanalyse (Hiller 2005) zurückgreifen. Die dort entwickelte, auf den erwähnten Arbeiten von Raschke und Kalke basierende Codierungsmethode wurde den Fragestellungen entsprechend angepasst und erweitert. Das erstellte Codierungsschema lässt sich in zwei unterschiedliche Kategorien aufteilen: Zum einen Teil sind dies definitiv feststehende Daten, wie Drucksachenummer, Datum, Dokumententyp, beteiligte Fraktionen, Anzahl und Namen aller einbringenden Abgeordneten<sup>60</sup> und der Seitenumfang der Dokumente. Zum anderen Teil werden inhaltliche Aspekte der parlamentarischen Initiativen erfasst, die ein unterschiedlich hohes Maß an Interpretation bedürfen. Die Politikebene<sup>61</sup>, auf die sich das angesprochene Thema primär bezieht, dürfte hierbei noch die am wenigsten diskutabile Codierung sein. Für das Thema der Drucksachen wurde das Verfahren einer offenen Codierungsliste gewählt. Das bedeutet, dass lediglich 18 Oberkategorien<sup>62</sup> zur Vorgruppierung bei der Analyse festgelegt wurden, deren Auswahl und Zuschnitt im Ergebnisteil (3.6) noch näher erläutert werden. Innerhalb dieser wurde jedes neu aufgeworfene Thema mit einer neuen Codierung versehen und erst später nach Bedarf wieder zu größeren Unterkategorien zusammengefasst. Dieses feingliedrige Erfassungssystem ermöglicht auch spätere, nach speziellen Kriterien, auch über Oberkategorien hinweg, zu gestaltende Auswertungen.

Neben den primär angesprochen Themen ist zudem interessant, ob bestimmte Aspekte peripher bzw. zwischen den Zeilen in den parlamentarischen Drucksachen thematisiert werden. Hierzu sind sechs für die Linkspartei.PDS und/oder WASG besonders relevante Bereiche codiert worden. Hierbei handelt es sich um (i) den Hinweis auf Differenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern, (ii) die Thematisierung des Rechtsextremismus, (iii) die Beziehung zu Gewerkschaften und (neuen) sozialen Bewegungen, (iv) die friedensorientierten bzw. pazifistischen Positionen und (v) die Darstellung von Diskriminierungen gegenüber der Partei. Des Weiteren wurde erfasst, ob (vi) in den parlamentarischen Vorgängen populistisch argumentiert wurde. Die Codie-

---

<sup>60</sup> Da in den oben aufgeführten Untersuchungen die innerfraktionelle Zusammenarbeit der Abgeordneten keine entscheidende Rolle spielte, sind dort jeweils nur die erstgenannte einbringende Person codiert worden. Wie noch ausführlicher bei der Darstellung der Ergebnisse erläutert werden wird, war es zur Untersuchung der Strukturen in der Fraktion jedoch notwendig alle an einem parlamentarischen Vorgang beteiligten Abgeordneten einzubeziehen.

<sup>61</sup> Als Politikebenen werden hier folgende Ebenen verstanden: (i) die internationale Ebene, (ii) die europäische Ebene, (iii) die deutsche Bundesebene, (iv) andere Nationen und (v) die Kommunalebene (Bundesländer, Städte und Gemeinden); siehe auch Diagramm 3.4.

<sup>62</sup> Die Oberkategorien lauten: Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Finanzpolitik, Gesundheitspolitik, Innere Sicherheit, Verteidigungspolitik, Energiepolitik, Internationales (inkl. Entwicklungs- und EU-Politik), Umweltpolitik, Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik, Verkehrs- und Baupolitik, Ausländerpolitik, Verbraucherschutz- und Agrarpolitik, Familien-, Sport-, Kinder- und Jugendpolitik, Verfassungspolitik (incl. Bundestagsinterna) und Allgemeines.

rungen konnten hierbei jeweils als „direkt“ oder „indirekt“ vorgenommen werden. Besondere Zielgruppen und die vermutete politische Intention wurden in weiteren Kategorien erfasst. Durch die Tatsache, dass alle Codierungen allein vom Verfasser vorgenommen worden sind, ist eine für diese Untersuchung relevante Vergleichbarkeit zwischen einzelnen Untergruppen gegeben.<sup>63</sup> Die auch auf indirekte politische Anspielungen, die grundsätzlich in jedem Satz der Drucksachen erwartet werden mussten, eingehende Codierung machte eine zeitaufwendige komplette Lektüre der Drucksachen notwendig. Im Rahmen dieser Untersuchung werden unter Drucksachen Gesetzesentwürfe, Anträge (incl. Änderungs- und Entschließungsanträgen), Kleine Anfragen, Große Anfragen und Wahlvorschläge verstanden, also alle eigenständigen Dokumente, die von den Abgeordneten bzw. Fraktionen ausgehen. Nicht enthalten sind von Ausschüssen ausgehende Berichte oder Beschlussempfehlungen, da diese auch bei Ausführung von Abgeordneten der Linken weniger als politische Aussage, denn mehr als Verwaltungstätigkeit gesehen werden müssen. Des Weiteren unbeachtet blieben die von einzelnen Abgeordneten gestellten schriftlichen Anfragen, da diese wochenweise gesammelt in einer Drucksache veröffentlicht werden und sowohl von der Form als auch Länge nicht mit den anderen Drucksachen vergleichbar sind.

Als Untersuchungszeitraum wurde der Zweijahreszeitraum zwischen dem 18.10.2005 und dem 17.10.2007, also die erste Hälfte der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, gewählt. Dieser Zeitrahmen ermöglicht zum einen die Untersuchung der Parlamentsaktivitäten parallel zum Parteibildungsprozess und zum anderen einen von Jahreszeiteffekten befreiten Vergleich zweier kompletter Parlamentsjahre.

In diesem Zeitraum sind von den Mitgliedern der Fraktion 1221 Drucksachen in einem Gesamtumfang von 3331 Seiten eingebracht worden, die im Folgenden die Grundlage der Analyse darstellen. Trotz einiger kleiner Fehler<sup>64</sup> stellen die Internetseiten der Parlamentsdokumentation des Bundestages einen zuverlässigen und relativ benutzerfreundlichen und schnellen Zugang zu den Bundestagsdrucksachen sicher.<sup>65</sup>

Im Rahmen dieser Studie liegt der Fokus auf der Untersuchung der Unterschiede und

---

<sup>63</sup> Auf Probleme und Beispiele der Codierung dieser Variablen wird im Ergebnisteil noch näher eingegangen werden.

<sup>64</sup> So ist dort bei einzelnen Drucksachen (beispielsweise 16/6289) Die Linke als Urheber codiert, obwohl die Einbringer offensichtlich aus anderen Fraktionen (hier Bündnis 90/Die Grünen) stammen. Bei anderen Beispielen stimmt das codierte Datum (beispielsweise 16/3889) nicht mit dem tatsächlichen überein (hier 2005 statt 2006). Des Weiteren sind die Zuordnungen von parlamentarischen Vorgängen zu den beteiligten Abgeordneten nicht immer vollständig. Während einige Datenbankfehler im Laufe der Zeit korrigiert wurden, lagen die beiden zitierten Fälle auch noch am 06.04.2009 vor. Insgesamt lagen die Fehler aber im Promillebereich.

<sup>65</sup> Diese sind online recherchiert- und abrufbar über das so genannte Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (DIP) des Deutschen Bundestages über <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt> (zuletzt: 06.04.2009).

Gemeinsamkeiten der Fusionspartner. Besondere Aufmerksamkeit erfahren daher die Abgeordneten als Einbringer der Drucksachen, da diese als einzelne oder gruppierte Akteure verschiedenen Parteiteilen zuzuordnen sind. Im Gegensatz zu der Mitgliederbefragung, in der, wie noch gezeigt werden wird, die Parteilosen bzw. erst nach der Fusion Beigetreten nur einen sehr geringen Anteil haben (4,9 %), bilden die zum Zeitpunkt des Einzugs in den Bundestag Parteilosen<sup>66</sup> mit elf Abgeordneten eine relevante Gruppe, die im Ergebnisteil auch als separate Gruppe betrachtet werden wird.<sup>67</sup>

Nach gängiger Praxis wird in Fraktionen bei der Ausarbeitung parlamentarischer Drucksachen der federführende Abgeordnete zuerst genannt. Anhand dieser Personennennung ist eine Zuordnung von Parlamentsdrucksachen in die drei Abgeordnetengruppen (PDS, WASG, Parteilose) möglich. Neben der federführenden Ausarbeitung besitzt aber auch die Mitarbeit<sup>68</sup> und/oder Unterstützung eines Vorgangs eine Aussagekraft. Anhand der Erfassung von allen namentlich aufgeführten Abgeordneten lassen sich zudem Analysen entlang der Parteigruppen auf der breiteren Einbringerebene durchführen. Es stehen somit mehrere Auswertungsstrategien zur Verfügung, die gerade auch im Zusammenspiel ein differenziertes Bild der Arbeit in der Linksfraktion ermöglichen.

Bei der Bewertung der Ergebnisse wird noch einmal darauf zurückzukommen sein, aber auch an dieser Stelle soll bereits auf einige Einschränkungen der Aussagekraft der gewählten Analysemethoden hingewiesen werden: Zum einen wird durch die Beschränkung auf die schriftlich eingebrachten Drucksachen nur ein, wenn auch wesentlicher, Teil der parlamentarischen Arbeit beleuchtet. Die Aktivitäten in Ausschüssen, bei Plenardebatten und auf anderen Ebenen des Bundestages bleiben somit unberücksichtigt. Hinzu kommt, dass die Arbeit der Abgeordneten sich nicht allein auf die

---

<sup>66</sup> Im Rahmen dieser Untersuchung werden als Parteilose auch Mitglieder verstanden, die aufgrund der sich abzeichnenden Parteineubildung erst einige Monate vor oder nach der Bundestagswahl in eine der Parteien eingetreten sind. Dieses Vorgehen liegt darin begründet, dass weniger der formale Status als die persönliche Identifizierung der Abgeordneten von Interesse ist. Konkret bezieht sich der Parteistatus der Bundestagsabgeordneten auf den Stand per 31.12.2004.

<sup>67</sup> Das Prinzip der offenen Listen, welches Nicht-Mitgliedern die Kandidatur ermöglicht, hat bei der PDS traditionell eine besondere Bedeutung. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung sollten damit vor allem in den alten Bundesländern (Kapitel 2.1.3) potenzielle Kandidaten, für die ein Eintritt in die gerade erst aus der SED umgewandelte Partei nicht akzeptabel erschien, gewonnen werden. Zudem ist durch das Öffnen der Listen auch versucht worden, die Verbindung der Partei zu den sozialen Bewegungen und den Charakter der Partei als ebenfalls außerparlamentarische Kraft zu stärken.

<sup>68</sup> Inwieweit die direkt nach dem Erstgenannten aufgeführten Abgeordneten ebenfalls als aktive Initiatoren der Drucksachen gelten können oder diese nur passiv unterstützen, kann nur anhand der Dokumentenanalyse nicht geklärt werden. Ein Indiz für die Mitarbeit liegt vor, wenn die bei später aufgeführten Abgeordneten alphabetische Reihenfolge bei den an zweiter oder dritter Stelle Genannten nicht befolgt wird. Da aber bei Parlamentariern, die im Alphabet relativ weit vorne stehen, mit Sicherheit nicht festgelegt werden kann, ob diese aus inhaltlichen oder formalen Gründen weiter vorne stehen, ist dieses Erkenntnis nicht operationalisierbar.

formalisierten Parlamentsabläufe beschränkt und eine besondere Aktivität/Passivität in diesen an sich noch keine Aussage über die Gesamtarbeit des einzelnen Parlamentariers zulässt. Aufgrund der zentralen Funktion der Drucksachen in den Prozessabläufen der Bundestagsarbeit und der breiten empirischen Basis dieser Arbeit, kann jedoch unterstellt werden, dass die folgenden Analysen ein realistisches Bild der Situation in der Fraktion Die Linke abbilden.

### **3.2. Interfraktionelle Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag**

In der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode des Bundestages (18.10.2005 – 17.10.2007) war die Linksfraktion bzw. deren Mitglieder an der Einbringung von 1221 Drucksachen<sup>69</sup> beteiligt. 1184 (97,0%) hiervon brachte die Linkspartei ohne Beteiligung anderer Fraktionen oder deren Abgeordnete ein. 26 (2,1%) der Vorgänge wurden von allen im Bundestag vertretenen Fraktionen gemeinsam eingereicht und elf Drucksachen (0,9%) wiesen andere Akteurskonstellationen auf. Auf den ersten Blick könnte man die Fraktion aufgrund der fast alleinigen Ausfertigung von Drucksachen für relativ isoliert halten. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man beachtet, dass es sich bei dem überwiegenden Teil der interfraktionellen Initiativen um formale Beschlüsse zur Funktion des Parlamentes (Weitergeltung der Geschäftsordnung, Einrichtung und personelle Besetzung von Ausschüssen) handelt. Bei den Drucksachen aller Fraktionen machen diese parlamentarischen Organisationsinterna 25 von 26 Vorgängen aus.<sup>70</sup> Mit vier von elf machen auch bei den interfraktionellen Drucksachen, an denen andere, nicht aber alle Fraktionen beteiligt sind, die Themen, die spezifische Politikfelder tangieren, nur eine Minderheit aus. Interessant ist hierbei, dass neben einem Antrag zum Einfuhrverbot von Wildvögeln wegen der Vogelgrippe (FDP, Linke, Grüne, 16/1520) und zur EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung (Abgeordnete der Grünen, FDP und Linken jeweils ohne Fraktionsbeteiligung 16/1622) sich die anderen beiden Dokumente der Drogenpolitik zuordnen lassen. Zum einen ist dies ein von der SPD-Abgeordneten Carola Reimann und anderen initiiertes interfraktioneller Antrag zum Schutz vor dem Passivrauchen (16/2730) und ein Gesetzesentwurf (16/4696) der drei Oppositionsfraktionen zur Fortführung des erfolgreichen Heroinmodells (Vertheim/Haasen/Degkwitz 2008).<sup>71</sup>

---

<sup>69</sup> Festlegungen darüber, was im Rahmen dieser Analyse als Drucksache definiert ist, finden sich im Kapitel 3.1.

<sup>70</sup> Das einzige inhaltliche Thema, welches alle Fraktionen zusammenbrachte, war die Sicherstellung des Existenzrechts Israels vor dem Hintergrund von Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad (16/197).

<sup>71</sup> In der Sucht- und Drogenpolitik lässt sich derzeit ein Parteigrenzen übergreifendes Agieren fest-

Von den sieben Parlamentsorganisationsdrucksachen beschäftigen sich zudem drei mit der Einsetzung bzw. Ausweitung eines Untersuchungsausschusses (CIA-Flüge/Gefängnisse, Beteiligung von deutschen Geheimdienstlern, Informationsweitergabe von zwei in Bagdad stationierten BND-Mitarbeitern) und lassen sich somit auch als inhaltlich bedeutsam werten. Bei den Untersuchungsausschussvorgängen bestand jedoch aufgrund der gesetzlichen Regelungen mehr der Zwang als der Wunsch zur Zusammenarbeit, was auch an der langen Aushandlung des Untersuchungsgegenstandes deutlich wurde.<sup>72</sup>

Wie ein vergleichender Blick zu der interfraktionellen Arbeit der FDP und den Grünen zeigt, lässt sich ein Teil der weitgehenden alleinigen Arbeit der Linken auf die Tatsache zurückführen, dass es keine Koalition in der Opposition gibt (Beyme 1997, 263-270; Beyme 1999, 299-305; Helms 2002). Von den 945 Drucksachen der liberalen und den 844 Drucksachen der grünen Fraktion werden nämlich, neben den schon erwähnten Vorgängen an denen auch Die Linke beteiligt ist, nur 20 Initiativen gemeinsam unterstützt. Von diesen 20 Vorgängen werden zudem 17 ebenfalls von beiden Regierungsfractionen mit eingebracht. Es zeigt sich somit, dass es trotz der Situation der großen Koalition, die die Oppositionsfractionen in einigen Bereichen, wie dem dargestellten Untersuchungsausschuss, zur Wahrung der Minderheitenrechte zur Zusammenarbeit zwingt, kaum gemeinsame parlamentarische Vorgänge der Opposition gibt. Die Linken sind zwar im Bundestag nicht vollkommen isoliert, nehmen aber, wie die zu den verschiedenen Themen von allen anderen Fraktionen gemeinsam eingebrachten 17 Vorgänge zeigen, eine Sonderrolle ein. Dies offenbarte sich auch bei der gescheiterten Wahl Lothar Biskys ins Bundestagspräsidium, der in allen vier Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit erhielt.<sup>73</sup> Das seit der 13. WP bestehende Recht jeder Fraktion im Bundestagspräsidium vertreten zu sein (§ 2 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages) blieb von Seiten der Linksfraktion daraufhin bis zum 07.04.2006 mit der Wahl von Petra Pau ungenutzt.

Die „Schuldfrage“ ist hierbei jedoch nicht eindeutig zu bestimmen. Bezüglich der Linken ist hier jedenfalls auch eine bewusste Inszenierung und Ausnutzung der Opferrolle zu konstatieren. Die Nicht-Wahl Biskys könnte entgegen der vermuteten Intention der Par-

---

stellen. Während die CDU-regierten Bundesländer Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland über den Bundesrat die Fortführung des Modellprojektes beantragten (434/07), herrscht in der Unionsfraktion im Bundestag eine ablehnende Haltung gegenüber dem interfraktionell eingebrachten Gesetzesentwurf (16/11515) von Abgeordneten der SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. vor (Gerritzen 2009, 28). Auch in der Glücksspielpolitik verlaufen die Frontlinien teilweise quer durch die Parteien (Schütze; Hiller; Kalke 2008).

<sup>72</sup> Siehe dazu das Untersuchungsausschussgesetz gem. Artikel 44 GG (<http://www.gesetze-im-internet.de/puag/>; zuletzt: 16.12.2008).

<sup>73</sup> Zur rechtlichen und politischen Problematik der (Nicht-)Wahl eines Bundestagsvizepräsidenten siehe Lovens (2008).

lamentsmehrheit, wie einst die „roten Socken“ (Kapitel 2.1) der Partei mehr genützt als geschadet haben. Lovens schreibt dazu: „Auf der anderen Seite eröffnete das Plenum der Fraktion Die Linke damit die Möglichkeit zur Selbststilisierung: Sie konnte sich, wie vormals die PDS in vielfältigen Situationen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Lebens, als von den anderen Parteien ausgegrenzt darstellen“ (Lovens 2008, 21).

### **3.3. Parlamentsaktivitäten von PDS-, WASG- und parteilosen Abgeordneten**

Wie dargestellt, besteht ein Großteil der interfraktionell eingebrachten Drucksachen aus parlamentsinternen Organisationsangelegenheiten. Da sich zudem die wenigen inhaltlichen gemeinsam mit anderen Fraktionen eingebrachten Vorgänge nicht 1 zu 1 mit nur durch Die Linke eingebrachten vergleichen lassen, werden die folgenden Auswertungen nur die Dokumente als Basis haben, die ohne die Mitarbeit anderer Fraktionen erfolgte.

Diese 1184 Dokumente wurden im Durchschnitt von 7,86 Personen eingebracht, so dass insgesamt 9309 namentlich aufgeführte Abgeordnete codiert wurden (s.o.).

Wie dem Diagramm 3.1 zu entnehmen ist, werden entsprechend der Mehrheit der PDS-Mitglieder (57,4%) in der Fraktion auch über die Hälfte der Drucksachen (56,6%) von Mitgliedern dieser Partei initiiert. Neben der Betrachtung dieser erstgenannten Personen (Initiatoren) werden in der dritten Spalte alle namentlich aufgeführten Personen (Einbringer) analysiert. Bei dieser Auswertungsmethode ist der Anteil der PDS-Abgeordneten mit 63,0% leicht überproportional. Für die Parteilosen<sup>74</sup>, die rund ein Fünftel der Fraktion ausmachen, ergibt sich mit einem Drittel (32,6%) eine weit überdurchschnittlich große Aktivität bei den Initiatoren und eine leichte Unterrepräsentation (17,5%) bei den Einbringern.

Die 12 Abgeordneten mit WASG-Parteizugehörigkeit initiieren mit 10,9% nur halb so viele parlamentarische Vorgänge, wie es ihrem Anteil in der Fraktion (22,2%) entspräche. Unter den Einbringern unterschreiten sie diesen Wert mit 19,5% jedoch nur leicht. Offenbar beteiligen sich die Mitglieder der jüngeren Partei an der parlamentarischen Arbeit, stehen hierbei jedoch nur relativ selten in der ersten Reihe.

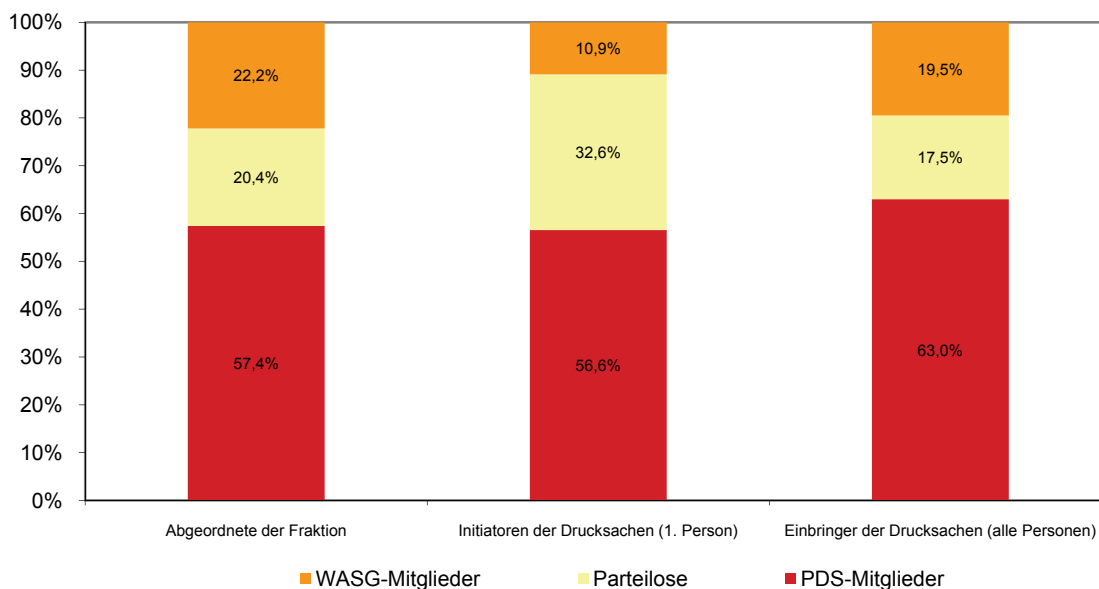
Bereits diese erste Auswertung nach Parteiteilen verdeutlicht die im Rahmen dieser Untersuchung sinnvolle, geradezu notwendige Betrachtung der Parlamentsaktivitäten

---

<sup>74</sup> Unter den Parteilosen befinden sich alle Abgeordneten, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl weder der PDS noch der WASG angehörten. Der spätere Beitritt einiger Parteilosen zu der fusionierten Partei ändert im Rahmen dieser Untersuchung an deren Gruppenzugehörigkeit nichts.

der Parteiteile auf den zwei Ebenen der Initiatoren (erstgenannten Abgeordneten) und den Einbringern (allen aufgeführten Abgeordneten).

Diagramm 3.1: Aktivität der Parteiteile nach Initiatoren (N=1167) und Einbringern (N=9309) der Drucksachen



### 3.4. Parlamentsfunktionen und Drucksachentypen der Regierungs- und Oppositionsfraktionen

Die Bundestagsfraktionen nehmen je nach dem, ob sie sich in der Regierung oder Opposition befinden, unterschiedliche Aufgaben wahr. Die Regierungen und die sie tragenden Fraktionen können dabei in Bezug auf die Parlamentsfunktionen weitgehend als einheitlich agierende Regierungsmehrheit (Steffani 1991) gesehen werden, während die Kontrollfunktion des Parlaments vorwiegend auf den Schultern der Oppositionsfraktionen (Raschke/Kalke 2004) lastet. Diese Tatsache ist auch empirisch anhand von Parlamentsdrucksachen für die bundesdeutschen Landtage näher untersucht worden (Kalke/Raschke 2004). Auch für den Bundestag lassen sich im Datenhandbuch (Schindler 2000; Feldkamp 2005) Unterschiede der von Regierungs- und Oppositionsfraktionen gewählten Drucksachentypen bezüglich der vergangenen Wahlperioden ausmachen. Dementsprechend stellt die Tatsache, dass die regierenden Fraktionen in Diagramm 3.2 eine grundsätzlich andere Struktur als die Oppositionsfraktionen aufweisen, keine Überraschung dar. Betrachtet man die beiden rechten Spalten der großen Fraktionen ergibt sich ein nahezu gleiches Bild, welches in der fast ausschließlich gemeinsamen Einbringung von Drucksachen begründet liegt. Ein gutes Fünftel stellt Gesetzesentwürfe dar. Die überwiegende Mehrheit machen mit fast zwei Dritteln (65,2%

SPD; 64,9% CDU/CSU) Anträge aus und um die 14% der Vorgänge bestehen aus Wahlvorschlägen.<sup>75</sup> Die hauptsächlich der Kontrollfunktion dienenden Anfragen lassen sich bei den Koalitionspartnern gar nicht finden. Die Linke hingegen weist, akzeptiert man dies als Indikator, mit über zwei Dritteln (66,3% Kleine und 0,6% Große Anfragen) unter den Oppositionsparteien der Kontrolltätigkeit die größte Bedeutung zu. Die drei Antragsarten machen dementsprechend mit 28,8% einen kleineren Anteil als in allen anderen Fraktionen aus. Gesetzesentwürfe (2,2%) und Wahlvorschläge (2,0%) sind relativ selten. Hierbei unterscheiden sie sich kaum von den beiden anderen Oppositionsparteien, für die diese Drucksachentypen ebenfalls weniger bedeutend sind, auch wenn die Grünen mit einer Quote von 3,8% bei den Gesetzesentwürfen prozentual fast doppelt so aktiv sind wie die FDP und Die Linke. Interessant ist, dass von der Drucksachenstruktur her die FDP mit etwa der Hälfte (50,9%) Anfragen und 44,6% Anträgen der neuen Partei ähnlicher ist als die Grünen, die mit 43,0% Anfragen und der Hälfte (51,0%) Anträgen eine andere Prioritätensetzung aufweisen. Ohne nähere Untersuchungen können zu diesem Umstand nur Spekulationen angestellt werden. Denkbar wäre beispielsweise, dass die grünen Abgeordneten nach sieben Jahren in der Regierung noch nicht vollständig auf ein Oppositionsselbstverständnis umgestellt haben und auf der anderen Seite die FDP zumindest im Bundestag mittlerweile von den Strukturen her die „klassischere“ Opposition darstellt.

Für Die Linke kann im Vergleich zu den anderen Fraktionen festgehalten werden, dass sie von der Drucksachenstruktur eine typische Oppositionsfraktion darstellt. Wie die Fallzahlen unten in dem Diagramm (3.2) zeigen, ist sie zudem die Fraktion, die trotz der etwas größeren FDP und der wesentlich größeren Regierungsfaktionen am meisten parlamentarische Vorgänge in der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode in den Bundestag eingebracht hat.

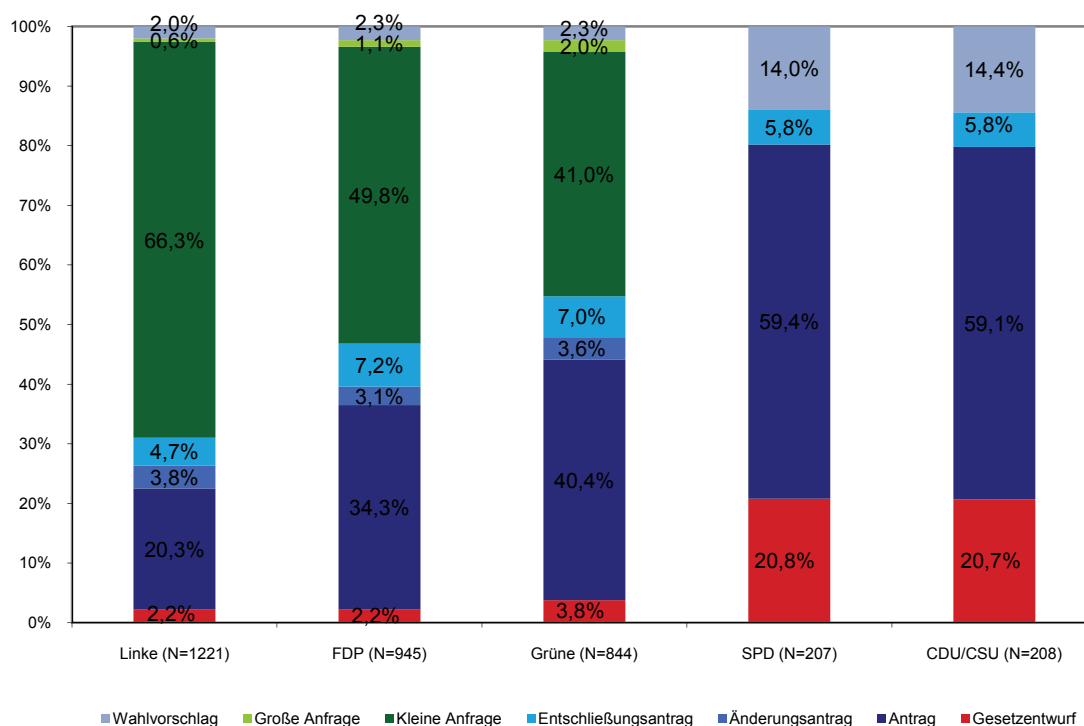
Gesetzesentwürfe machen traditionell nur einen kleinen Teil der eingebrachten Drucksachen aus. Bei Oppositionsfraktionen, die im Gegensatz zu Regierungsfaktionen zumeist nicht mit einem Erfolg ihrer Gesetzesinitiativen rechnen können, spielt dieser Drucksachentyp eine untergeordnete Rolle. Dementsprechend gering sind auch die Werte für die Parteiteile der Linken.

---

<sup>75</sup> In diesem und dem folgenden Diagramm werden die Anträge, Änderungs- und Entschließungsanträge zwar separat abgebildet, aber im Text aufgrund der Ähnlichkeit als Antragsblock analysiert.



Diagramm 3.2: Drucksachentyp der von den Bundestagsfraktionen eingebrachten Initiativen



Im Diagramm 3.3 sind die unterschiedlichen parlamentarischen Drucksachentypen nach den drei Parteiteilen innerhalb der Linken und jeweils nach den zwei Analyseebenen (Initiatoren und Einbringern) aufgeschlüsselt.<sup>76</sup> Bei ähnlichem Grundmuster lassen sich diesbezüglich auch relevante Unterschiede ausmachen. Die Kleinen Anfragen bilden jeweils den mit Abstand häufigsten Drucksachentyp. Bei den PDS- und parteilosen Initiatoren (69,5% bzw. 72,9%) ist der Anteil noch etwas höher als bei den WASG-Initiatoren (58,3%). Bei den Einbringern liegen die Anteile der Kleinen Anfrage (PDS 55,9%, Parteilose 58,8%, WASG 52,5%) bei allen drei Parteiteilen deutlich hinter den jeweiligen Werten für die Initiatoren zurück. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass Kleine Anfragen zumeist inhaltlich einfacher, das heißt von weniger Abgeordneten zu erstellen sind, und dementsprechend die Anzahl der beteiligten Personen im Durchschnitt geringer ist als bei anderen Vorgängen und somit dieser Dokumententyp auf der Analyseebene, auf der jede einzelne Abgeordnetenbeteiligung zum Tragen kommt, an Gewicht verliert. Bei den Anträgen ist dementsprechend der Anteil bei den Einbringern etwas größer als bei den Initiatoren. Im Vergleich der drei Parteiteile zeigt sich, dass sowohl nach Initiatoren als auch Einbringern die Anträge mit 38,6% bzw. 43,0% bei den WASG-Abgeordneten relativ am häufigsten vertreten sind. Bei den PDS-

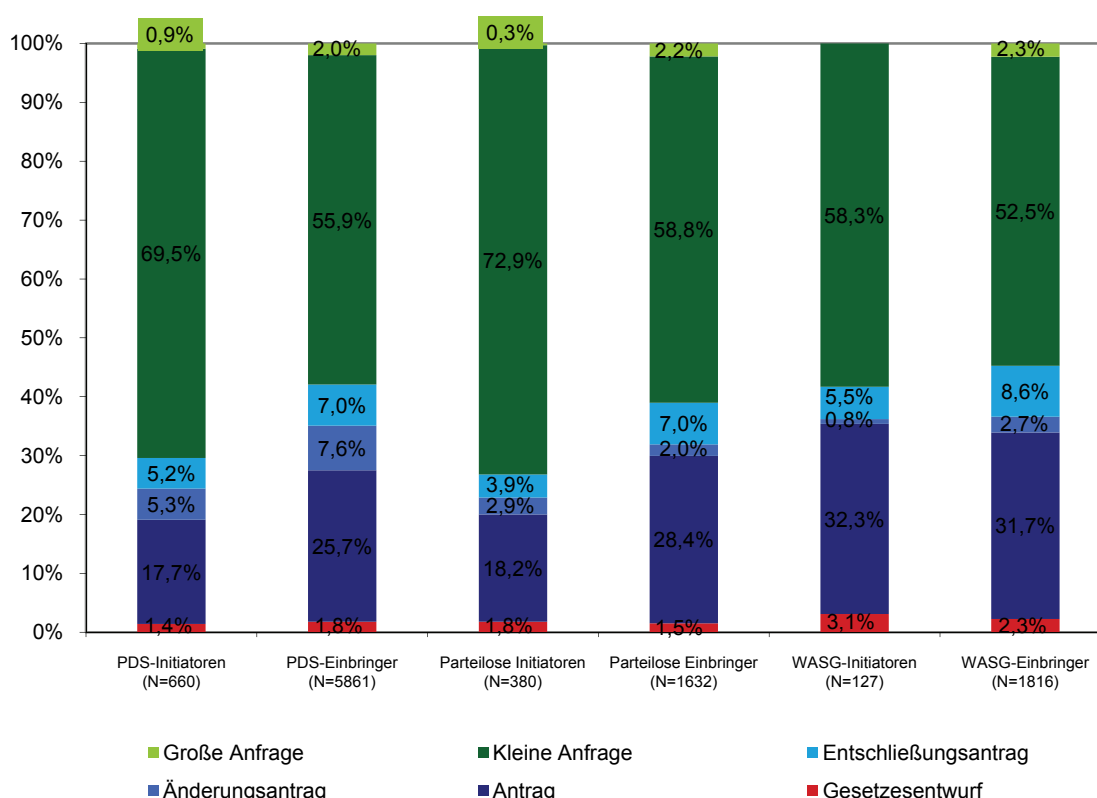
<sup>76</sup> Bei der Vergleichsübersicht mit den anderen Fraktionen war eine Darstellung aufgrund der aufwendigen Erfassung nur für die Initiatorenebene, nicht aber für die alle Abgeordneten umfassende Einbringerebene möglich.

Mitgliedern der Fraktion spielen prozentual die Anträge noch eine etwas größere Rolle als bei den Parteilosen (28,2% zu 23,0% bzw. 40,3% zu 37,4%).

Die Gesetzesentwürfe machen in allen Gruppen nur einen kleinen Teil der eingebrachten Drucksachen aus. Interessant ist hierbei jedoch, dass die WASG mit 3,1% (Initiatoren) und 2,3% (Einbringern) eine höhere Gesetzesformulierungsaktivität aufweist als die anderen Parteiteile, bei denen die entsprechenden Werte nur zwischen 1,4% und 1,8% liegen. Die Großen Anfragen werden von den Mitgliedern aller Parteiteile kaum (PDS 0,9%, Parteilose 0,3%) bzw. gar nicht (WASG) eingebracht. Wie sich an dem um 2% liegenden Anteil bei den Einbringern zeigt, werden diese wenigen Initiativen aber von vielen Abgeordneten mitgetragen.

Insgesamt lässt sich bezüglich des Drucksachentyps ein ähnliches Bild bei den drei Parteiteilen ausmachen, welches jeweils klar die Funktion einer Oppositionsfraktion widerspiegelt.

Diagramm 3.3: Drucksachentyp nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



### 3.5. Politikebenen in den Drucksachen der Linksfraktion

Analysiert man nach gleichem Muster die in den Drucksachen betroffenen Politikebenen (Diagramm 3.4) so offenbaren sich deutliche Gruppenunterschiede. Erwartungsgemäß beschäftigen sich die meisten Drucksachen mit Vorgängen, die der Bundes-

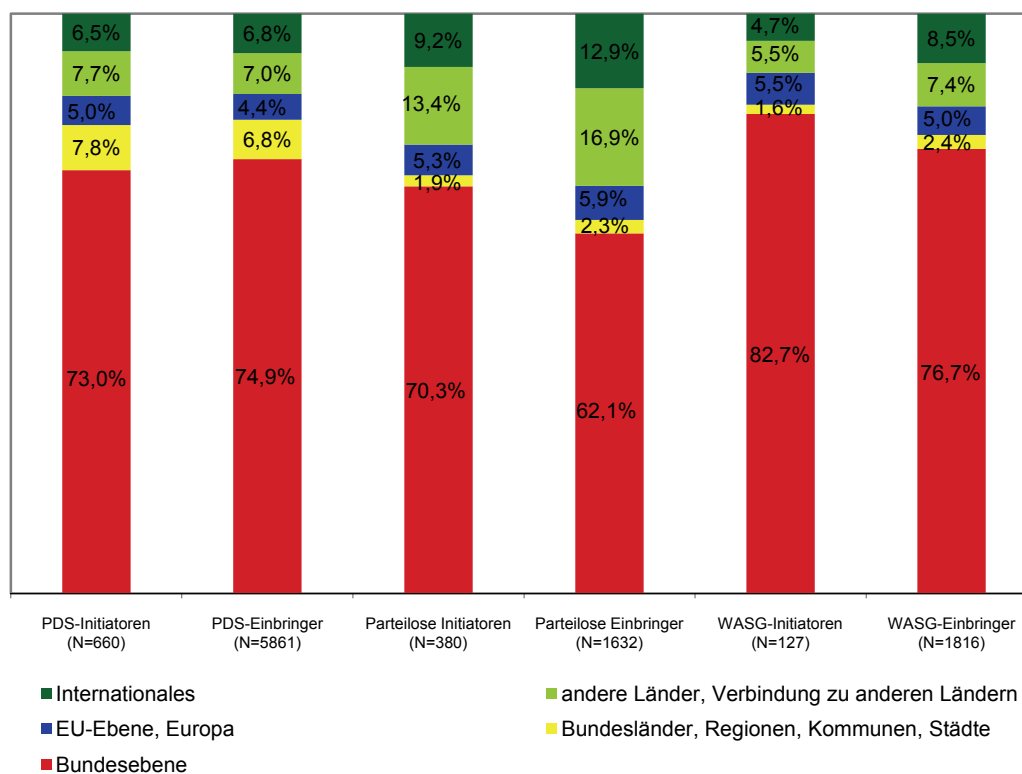
ebene zuzuordnen sind. Am größten ist der Anteil bei der WASG (82,7% bzw. 76,7%) gefolgt von der PDS (73,0% bzw. 74,9%) und den Parteilosen (70,3% bzw. 62,1%). Der Anteil an parlamentarischen Aktivitäten, der sich mit Anliegen von Politikebenen unterhalb der Bundesebene, also Bundesländern, Regionen, Kommunen, Städten oder Stadtteilen beschäftigt, macht bei der PDS mit 7,8% (Initiatoren) und 6,8% (Einbringern) einen drei- bis viermal so großen Anteil aus wie bei den Parteilosen (1,9% bzw. 2,3%) und den WASG-Abgeordneten (1,6% bzw. 2,4%). Offensichtlich macht sich hier die Tatsache, dass die PDS vor allem in den neuen Bundesländern jahrelange Erfahrung als Partei auf der Kommunalebene besitzt<sup>77</sup>, auch bei den Aktivitäten der Bundestagsabgeordneten bemerkbar. Bei der WASG hingegen stand ihren Hauptthemen entsprechend und wohl auch durch die junge Geschichte der Partei bedingt die Kommunalpolitik noch nicht sonderlich im Fokus. Dass der Kommunalpolitik zumindest im Ostteil der PDS auch durch die Mitglieder eine wichtigere Funktion zugeschrieben wird, zeigt sich auch in der Mitgliederbefragung (Kapitel 4).

Die Themen der europäischen Ebene erfahren mit Werten um die 5% in allen Parteiteilen quantitativ ein ähnliches Maß an Aufmerksamkeit. Die Beschäftigung mit anderen Ländern oder der Verbindung Deutschlands zu diesen macht hingegen bei den Parteilosen mit 13,4% unter den Initiatoren und 16,9% unter allen Einbringern ungefähr einen doppelt so hohen Anteil aus wie bei den PDS- (7,7% bzw. 7,0%) und WASG-Abgeordneten (5,5% bzw. 7,4%). Diese ausländische Fokussierung der Parteilosen ist auch bei Internationalem (9,2% Initiatoren und 12,9% Einbringer) festzustellen. Die PDS-Abgeordneten initiieren (6,5%) und unterstützen (6,8%) Drucksachen, die der Politikebene Internationales zuzuordnen sind, etwas seltener; ebenso die WASG-Mitglieder (4,7% bzw. 8,5%), wobei bei diesen festgehalten werden kann, dass sie sich an mit dem Ausland beschäftigten Vorgängen deutlich häufiger beteiligen als diese selber federführend einzubringen.

---

<sup>77</sup> Eine vergleichende Analyse der PDS als Kommunalpartei bietet Schnirch (2008).

Diagramm 3.4: Politikebene nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



### 3.6. Politikfelder in den Drucksachen der Linksfraktion

Die inhaltlichen Einzelthemen (Politikfelder) wurden schon beim Codieren einer von 18 vorgegebenen Themenkategorien zugeordnet. Diese Kategorien wurden nicht analog zu den Bundesministerien sondern nach inhaltlichen Überlegungen gebildet. Bei der Codierung der Themen wurde nur der Hauptinhalt erfasst und auf die Bildung einer zweiten Variablen für weitere Inhalte verzichtet. Um interessante, oft nebenbei angesprochene Aspekte nicht zu ignorieren, sind diese in weiter unten analysierten Bezugnahmevariablen aufgenommen worden. Der Großteil der Drucksachen konnte eindeutig einer der 18 Themenkategorien zugeordnet werden. Nur sehr selten war eine Abwägung zwischen zwei Themengebieten notwendig. Die Verteilungen der Drucksachen werden zunächst für die gesamte Fraktion betrachtet, bevor vier der häufigsten Kategorien noch näher untersucht werden sollen. Im Gegensatz zu den bisherigeren Variablen, erscheint es aus Übersichtsgründen nicht sinnvoll, unmittelbar eine Aufschlüsselung nach Parteiteilen vorzunehmen.

Im Diagramm 3.5 zeigt sich, dass einige Bereiche deutlich häufiger als andere thematisiert werden. Die Themenkategorie, der die meisten parlamentarischen Vorgänge zugeordnet werden können, stellt mit 13,2% die Innere Sicherheit dar. Wie noch bei der Darstellung des folgenden Diagramms erläutert werden wird, ist diese starke Präsenz

zu einem großen Teil auf eine besonders häufige Unterkategorie (Rechtsextremismus) und einen Sondereffekt (wiederholt identische eingebrachte „Abo-Drucksachen“) zurückzuführen. Ohne diese Einflüsse würde das Themenfeld „Internationales, Entwicklungspolitik, EU“ mit 13,0% an erster Stelle stehen. An dritter Position folgt mit 11,0% der Arbeitsmarkt. Da diese beiden Kategorien ebenfalls noch in eigenen Diagrammen einzeln aufgeschlüsselt werden, soll hier auf diese Schwerpunkte nicht näher eingegangen werden. Die Kategorie Finanzen bildet mit 7,9% der Drucksachen den viertgrößten Themenkreis. Neben Vorschlägen und Forderungen nach der Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Wiedereinführung von Vermögens-, Börsenumsatz- und Veräußerungssteuer für Kapitalgesellschaften spielen in diesem Themenbereich auch Initiativen und Anfragen, die sich mit Geldangelegenheiten finanziell schlechter gestellter Personen beschäftigen (Recht auf Bankkonto, Schuldnerberatungsstellen und Privatinsolvenzen) eine bedeutende Rolle. Auch die Deutsche-Industriebank-Rettung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die aufkommende Immobilien- und Bankenkrise werden in einigen parlamentarischen Vorgängen behandelt.<sup>78</sup>

Der Bereich Soziales, der in 6,9% das hauptsächliche Thema ist, wird noch in einem eigenen Diagramm behandelt werden. Fast genauso häufig (6,8%) werden Aspekte der Ausländerpolitik thematisiert. Hierbei treten die Abgeordneten fast ausnahmslos direkt oder indirekt für Verbesserungen der Situation für die in Deutschland lebenden Migranten auf. Vor allem die restriktive Abschiebung von Asylsuchenden wird, oft unter Schilderung der drohenden Gefahren im Herkunftsland, häufig herangeführt. Des Weiteren wird neben juristischen (Arbeitserlaubnis, Einbürgerungen) und finanziellen (Anpassung der Hilfen für Asylsuchende an deutsches Existenzminimum) Reformen auch ein (kommunales) Wahlrecht für nicht aus EU-Ländern kommende Ausländer gefordert.

Drucksachen, die sich mit Fragen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik beschäftigen, machen 6,5% aus. Die Schwerpunkte innerhalb dieser Kategorie bilden die Folgen der Föderalismusreform auf die Einflussmöglichkeiten des Bundes im Hochschulbereich und die finanzielle Situation der Studenten (Forderung nach BAföG-Erhöhung und Abschaffung von Studiengebühren). Die häufige und inhaltlich fundierte Beschäftigung mit den Problemen von Studierenden ist vorwiegend auf das Engagement von Nele Hirsch, der Bildungspolitischen Sprecherin der Fraktion zurückzuführen, die als Abgeordnete ihre frühere Arbeit als Vorstand im bundesweiten Studierendendachverband "freier Zusammenschluss von studentInnenschaften" nun im Parlament fortsetzt.

---

<sup>78</sup> Würden nicht die Warnungen durch das häufige „Feuer Rufen“ etwas entwertet werden, so könnte man der Fraktion sogar prophetische Fähigkeiten bei der Vorhersage der sich verschärfenden Finanzkrise unterstellen.

Fast jeder zwanzigste (4,8%) von der Fraktion eingebrachte Vorgang ist der Gesundheitspolitik zuzuordnen. Ein besonderer Schwerpunkt ist in der Vertretung der Interessen von Menschen mit Behinderung durch Ilja Seifert, selbst seit dem 16. Lebensjahr querschnittsgelähmt, auszumachen.

Mit Verteidigungsangelegenheiten beschäftigen sich 4,6% der Drucksachen. Wenig überraschend liegt einem Großteil dieser Vorgänge ein relativ kritisches Bild gegenüber der Bundeswehr zugrunde. Als thematische Schwerpunkte lassen sich zum einen der Einsatz der Bundeswehr im Inneren (FIFA-WM, G-8-Gipfel, allgemeine Planungen) und zum anderen Verbindungen der Bundeswehr zu rechtsextremen Gruppen und/oder Fragen zur Traditionspflege (Kasernennamen, Zapfenstriche, Ehrung von Wehrmichtsangehörigen) ausmachen.

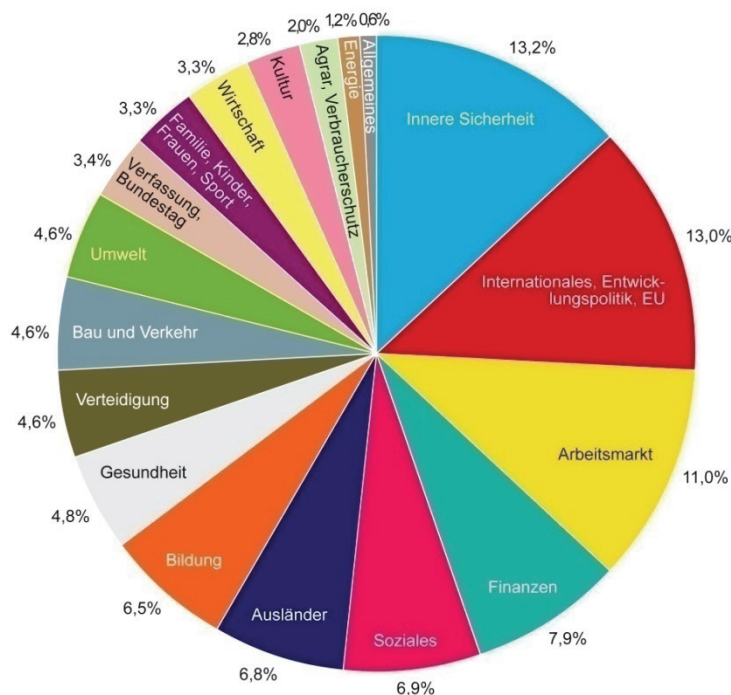
Der Verkehrs- und Baupolitik sowie der Umweltpolitik widmen sich jeweils 4,6% der Initiativen. Während sich im ersteren Themenfeld keine besonderen Schwerpunkte ausmachen lassen, kommen im Bereich der Umwelt Fragen zur Atomenergie und Endlagerung vermehrt vor. Der Themenbereich Verfassungsfragen und Bundestagsinterna stellt in 3,4% der Drucksachen das Hauptthema dar. Neben mehreren organisatorischen Drucksachen (Wahlvorschlägen)<sup>79</sup> sind in dieser Kategorie einige Initiativen enthalten, die die Einführung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene fordern. Des Weiteren wurden dieser Kategorie auch einige Drucksachen zugeordnet, die sich kritisch mit der Lobbyarbeit von Firmen in Bundesministerien beschäftigen. Trotz der breit gefassten Kategorie „Familie, Kinder, Jugend, Sport“ sind diesem Bereich mit 3,3% nur relativ wenige Dokumente zuzuschreiben, wobei die Kindertagesbetreuung hierbei als häufigstes Unterthema auszumachen ist. Eine ebenso geringe Bedeutung (3,3%) erfährt die Wirtschaftspolitik. Hierbei bildet die Beschäftigung mit der (Fehl)Entwicklung von früheren Staatsbetrieben einen Schwerpunkt, der teilweise im- und teilweise explizit die negativen Konsequenzen von (Teil)Privatisierungen thematisiert. Die Kulturpolitik erhält mit 2,8% kaum weniger Aufmerksamkeit als die Wirtschaft. Mit Drucksachen zur Unterstützung des sorbischen Volkes und Fragen zur Gestaltung des Stadtschlusses in Berlin wird auch in dieser kleinen Kategorie die besondere Bedeutung des Ostens für Die Linke erkennbar. Die Agrar- und Verbraucherschutzpolitik (2,0%) sowie die Energiepolitik (1,2%) bilden die am seltensten angesprochenen Themenfelder. Unter der Kategorie Allgemeines sind die wenigen Vorgänge (0,6%) codiert

---

<sup>79</sup> Wie unter 3.2 beschrieben, wird ein Großteil der organisatorischen Drucksachen zur Konstituierung des Bundestages und seiner Untergliederungen traditionell interfraktionell eingebracht und wird in dieser, nur allein durch Die Linke initiierten Vorgänge betrachtenden Auswertung, nicht berücksichtigt.

worden, die sich nicht einer der vorigen Kategorien zuordnen ließen. Unter anderem sind in dieser die Dokumente enthalten, die sich allgemein mit dem Aufbau Ost beschäftigen.

Diagramm 3.5: Themen der gesamten Fraktion nach Kategorien (N=1184)



### 3.6.1. Politikfeld „Innere Sicherheit“

Wie angesprochen, lässt sich für die starke Präsenz des Themas Innere Sicherheit ein Sondereffekt verantwortlich machen. Von der Hälfte (50,6%) der Dokumente, die innerhalb dieser Kategorie dem Unterthema Rechtsextremismus zuzurechnen sind (Diagramm 3.6), bestehen nämlich 54,4% aus Kleinen Anfragen die wortgleich eingebracht werden. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um „Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen“ im letzten Monat (statt aller nur 16/12 und 16/102), „Musikveranstaltungen der extremen Rechten“ im letzten Quartal (statt aller nur 16/2206 und 16/3235) und „Antisemitische Straftaten“ im letzten Quartal<sup>80</sup> (statt aller nur 16/16 und 16/103), die jeden (dritten) Monat identisch eingebracht werden. Des Weiteren beschäftigen sich vier gleichlautende Initiativen mit „Rechtsextremer Skinhead-Musik“ in den Jahren zwischen 2002 und 2005 (statt aller nur 16/13 und 16/2164). Die Abgeordnete Ulla Jelpke nimmt damit eine Tradition wieder auf, die sie bereits in der 13. (statt aller nur 13/11312) und 14. (statt aller nur 14/9925) Legislatur-

<sup>80</sup> Antisemitische Aktivitäten beschränken sich keinesfalls allein auf den Rechtsextremismus. Aufgrund der Bezugnahme zum Rechtsextremismus und zur NPD innerhalb dieser Dokumente sind diese aber eindeutig diesem Unterthema zuzuordnen.

periode praktiziert und bereits in der 12. Wahlperiode 1992 (12/2357) begonnen hat. Im Gegensatz zu den früheren Anträgen steht in der 16. Wahlperiode zumeist Petra Pau als erstgenannte Person auf den parlamentarischen Vorgängen. Die Formulierung der Kleinen Anfragen zu „ausländerfeindlichen und rechtsextremistische Ausschreitungen“ hat sich dabei in den letzten 15 Jahren so gut wie nicht verändert. Dies bestätigt ein Blick in die Drucksache vom 25.03.1992 (12/2348).

Wenn man die wiederholten „Abo-Drucksachen“ herausrechnet, erreicht die Innere Sicherheit 10,1% in der Gesamtthemenbetrachtung und der Rechtsextremismus in dieser Unterkategorie 36,9%.<sup>81</sup> Die übrigen parlamentarischen Vorgänge zum Rechtsextremismus beschäftigen sich mit den verschiedenen Aktivitäten (u.a. Jugendarbeit, Immobilien(schein)käufen und Bewaffnung) der rechtsextremen Gruppierungen. Vor dem Hintergrund der Wahl- und Organisationserfolge in den neuen Bundesländern wird der NPD eine besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht. In über einem Drittel (36,7%) der Vorgänge wird diese Partei namentlich erwähnt. Hierbei spielt natürlich auch die Möglichkeit eines neuen bzw. die Ursachen des Scheiterns des ersten NPD-Verbots eine Rolle. Des Weiteren werden in dieser Unterkategorie die Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ausführlich behandelt.

Die Sicherheitsorgane und die Polizei sind nicht nur in einer Unterkategorie (16,7%) dargestellt, sondern werden auch in einzelnen Drucksachen in Bezug auf die problematische Zusammenarbeit gemeinsam behandelt – nicht in demselben Ausmaß wie bei der Bundeswehr, aber auch auffällig häufig wird deren Arbeit überwiegend sehr kritisch gesehen. Auch in Hinblick auf die Polizeiarbeit wird – z.B. auf dem Wege der Thematisierung der vorbereitenden Rolle ohne Parlamentsmandat – Kritik an Auslandseinsätzen geleistet, die in der weiter unten aufgeschlüsselten Kategorie Internationales erwartungsgemäß von großer Bedeutung ist.<sup>82</sup>

Fragen des Datenschutzes machen 11,5% der Drucksachen zur Inneren Sicherheit aus. Diese beschäftigen sich mit einem entsprechend breiten Themenspektrum. Neben auch ausführlich in den Medien diskutierten Datenschutzfragen wie die biometrischen Reisepässe, die Online-PC-Durchsuchungen, die Anti-Terror-Datei oder die Nutzung von Maut-Daten zur Verbrechensbekämpfung werden auch weniger im Rampenlicht stehende Aspekte, wie die Telekommunikations- und Postüberwachung des Zollkrimi-

---

<sup>81</sup> Gegen den allgemeinen Ausschluss dieser parlamentarischen Vorgänge aus dieser Analyse spricht, dass das erneute Einbringen zwar keine redaktionelle Leistung erfordert, die Initiative aber dennoch eine politische Aussage – hier das Hinweisen auf die nach wie vor bestehende Gefahr und Aktivität des Rechtsextremismus – beinhaltet. An entsprechenden Stellen dieser Untersuchung, an denen durch diese „Abo-Drucksachen“ Verzerrungen entstehen, wird auf diesen Sachverhalt hingewiesen werden.

<sup>82</sup> Bei starker internationaler Ausrichtung sind die Drucksachen zu den Auslandseinsätzen der Polizei der Kategorie Internationales zugeordnet worden.



nalantes oder die Speicherung von IP-Adressen bei Besuchen der Homepage des BKA, thematisiert. Insgesamt wird dem Datenschutz in diesen Initiativen ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt und deren Gefährdung durch staatliche Stellen deutlich kritisiert. Parteipolitisch ist interessant, dass in diesem Themenfeld die drei Oppositionsparteien im Bundestag inhaltlich relativ nahe beieinander liegen und neben der bereits erwähnten gemeinsamen Initiative gegen die Vorratsdatenspeicherung (16/1622) auch um die Funktion der „wahren Datenschutzpartei“ konkurrieren.<sup>83</sup>

Die Beobachtung und Verfolgung linker Gruppierungen in der Vergangenheit und Gegenwart bildet mit 7,1% den vierten Schwerpunkt innerhalb der Inneren Sicherheit. Die Hälfte dieser parlamentarischen Vorgänge thematisiert hierbei die Überwachung der eigenen Partei bzw. deren Abgeordnete durch die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Die übrigen Vorgänge beschäftigen sich mit anderen aktuellen Beobachtungen von linken Gruppierungen (z.B. der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)) oder mit historischen Ereignissen wie dem KPD-Verbot. Die Intention bei diesen Dokumenten dürfte unter anderem darin bestehen, die neue Partei als Sammelbewegung auch für die Mitglieder von anderen linken Gruppierungen, die bisher noch nicht zu einem Eintritt zu bewegen waren, zu gewinnen. Die Beabsichtigung einer gewissen Ausstrahlungswirkung kann wohl auch für die 3,2% der Drucksachen dieser Kategorie gelten, die sich mit der Überwachung im Rahmen des G-8-Gipfels beschäftigen, da die dort vertretenen Globalisierungsgegner eine weitere interessante Zielgruppe für Die Linke darstellen.<sup>84</sup> Diese Vorgänge thematisieren die viel zu weit gehenden Überwachungen und Einschränkungen der Demonstrationen in Heiligendamm und hätten auch zu der Unterkategorie Sicherheitsorgane und Polizei subsumiert werden können. 3,8% der Inneren Sicherheit-Drucksachen befassen sich mit juristischen Angelegenheiten, für die keine eigene

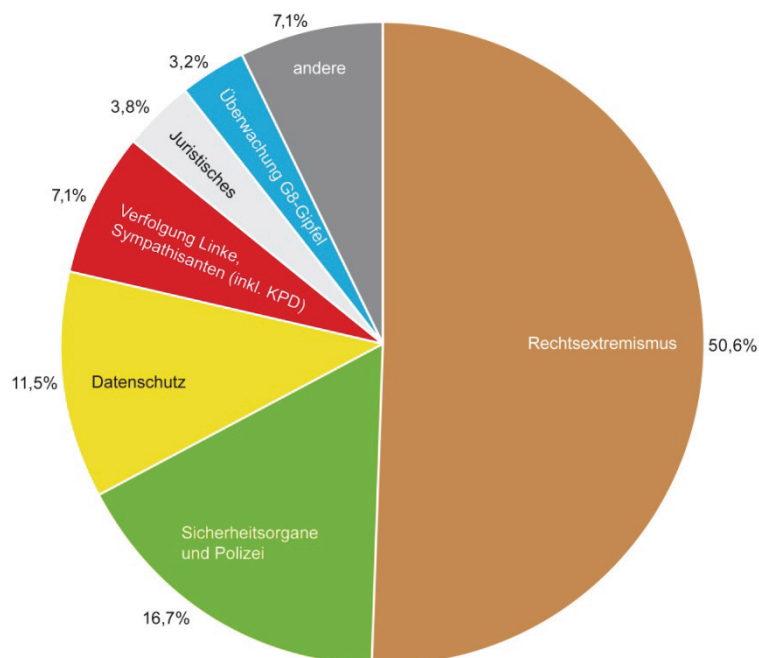
---

<sup>83</sup> Die zunehmende Relevanz dieses Bereiches spiegelt sich auch in der Gründung der Piratenpartei wider, die sich nach schwedischem Vorbild als klassische „One-Issue-Partei“ speziell für dieses Thema gegründet hat. Mit bundesweit 804 Mitgliedern (Stand 18.05.2008, Angaben nach: <http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder>) und 0,5% der Zweitstimmen bei der Landtagswahl 2009 in Hessen (nach 0,3% ein Jahr zuvor) ist sie jedoch noch als Splitterpartei einzustufen. In Schweden besitzt die Piratenpartei nach eigenen Angaben jedoch bereits 11621 Mitglieder (Stand 02.03.2009, Angaben nach: <http://www.piratpartiet.se/medlemsantal>) und macht sich aufgrund von allerdings selbst in Auftrag gegebenen Umfragen (<http://www.heise.de/newsticker/Umfrage-Schwedische-Piratenpartei-bei-Europawahlen-zwischen-7-und-21-Prozent--/meldung/120915>; zuletzt: 06.04.09) Hoffnung ins Europaparlament einzuziehen.

<sup>84</sup> Hierbei steht die Partei in einem direkten Wettbewerb mit den Grünen (Boy 2008, 51), die traditionell einen engen Kontakt zu neuen sozialen Bewegungen haben. Die Aufstellung von Sven Giegold (attac-Mitbegründer) und Barbara Lochbihler (amnesty international) auf den aussichtsreichen Plätzen 4 und 5 auf der Liste für die Europawahl können durchaus auch als Reaktion der Bemühungen der Linken um diese Kreise gesehen werden (Der Tagesspiegel vom 24.01.09: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Die-Grünen-Parateitag-Dortmund;art122,2714814; zuletzt: 06.04.09>).

Kategorie angelegt wurde, und 7,1% sind keiner der sechs Unterkategorien zuzuordnen.

Diagramm 3.6: Themen der Kategorie Innere Sicherheit nach Untergruppen (N=156)



### 3.6.2. Politikfeld „Internationales“

Die zweithäufigste Themenkategorie Internationales (incl. Entwicklungspolitik und EU), die bei Nicht-Berücksichtigung der Abo-Drucksachen des Rechtsextremismus sogar auf dem ersten Platz läge, lässt sich in zehn Unterkategorien aufteilen (Diagramm 3.7). Mit jeder sechsten Initiative (17,5%) ist hierbei die Thematisierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr bzw. Polizei am häufigsten vertreten. Aufgrund der generell ablehnenden Haltung der Partei diesen gegenüber überrascht es nicht, dass die Einsätze und ihre Folgen hierbei eindeutig negativ bewertet werden und viele dieser Dokumente eine (in)direkte Rückzugsforderung bzw. bei neuen geplanten Einsätzen eine Position zur Nichtintervention enthalten. Neben der Ablehnung der deutschen Beteiligung finden sich in diesem Themenfeld auch kritische Töne zu der US-amerikanischen (Militär-) Strategie. In 18,5% der Drucksachen, die sich mit den Auslandseinsätzen beschäftigen, können gegen die USA gerichtete populistische Argumentationen aufgefunden werden.<sup>85</sup> Es handelt sich hierbei vor allem um Kritik an der Verschleppung und den menschenunwürdigen Haftbedingungen in Gefängnissen (16/121, 16/1960 und

<sup>85</sup> Die Darstellung der Codierungsweise der populistischen Argumentation und diesbezügliche Anmerkungen werden weiter unten bei der primären Auswertung des Populismus in den Drucksachen erfolgen.

16/2899) sowie an der Nutzung des US-Militärstützpunktes in Ramstein für völkerrechtswidrige Kriege und die Vorbereitung einer militärischen Invasion im Iran (16/857).<sup>86</sup>

Die zweitgrößte Unterkategorie stellen mit 14,3% Initiativen zur Rüstung bzw. Abrüstung dar. Fast die Hälfte dieser Rüstungsdrucksachen beschäftigt sich mit der Stationierung und Verbreitung von Atomwaffen, wobei der Fokus hierbei eindeutig auf der kritischen Betrachtung der USA liegt. Der Großteil der übrigen Dokumente dieses Bereichs beschäftigt sich mit Fragen des Exports von Waffen aus Deutschland (Europa) und deren Kontrolle und Unterstützung durch Hermes-Bürgschaften. Der relativ große Anteil der Drucksachen mit Kritik an den Auslandseinsätzen und Forderungen zur Abrüstung spiegelt die große Bedeutung des Friedensaspektes der Partei wider, die diesem Themenfeld nicht nur durch die Abgeordneten zugeschrieben wird, sondern wie die Auswertung der Mitgliederbefragung noch aufzeigen wird, auch von der Basis entsprechend getragen wird. Im Rahmen der Drucksachenanalyse wird auch noch einmal auf den Friedensaspekt zurückgekommen werden, da dieser auch bei den (in)direkten Bezugnahmen codiert worden ist.

Die EU-Angelegenheiten machen 13,0% der Drucksachen mit internationalem Kontext aus. Entsprechend des breiten Themenspektrums der EU beschäftigen sich auch diese Dokumente mit vielfältigen Themen. Von zentraler Bedeutung sind zwei Drucksachen (16/3402; 16/3796), in denen Die Linke dezidiert die Ablehnung des Verfassungsvertrages und ihre alternativen Vorstellungen von einer Europäischen Union erläutert. Ein nicht unerheblicher Teil (40,0%) der EU-Drucksachen enthält eine EU-populistische Argumentation gegenüber der (derzeitigen Form der) Europäischen Union.

Die Entwicklungspolitik bildet mit ebenfalls 13,0% die viertgrößte Unterkategorie. Neben Verbesserungen für die Entwicklungsländer in den Handelsbeziehungen durch die WTO- und AKP-Verhandlungen stehen hierbei vor allem Erhöhungen der Entwicklungshilfen und die Erschließung neuer Geldquellen für diese (Tobinsteuer, Flugzeugabgaben nach französischem Vorbild) im Vordergrund.

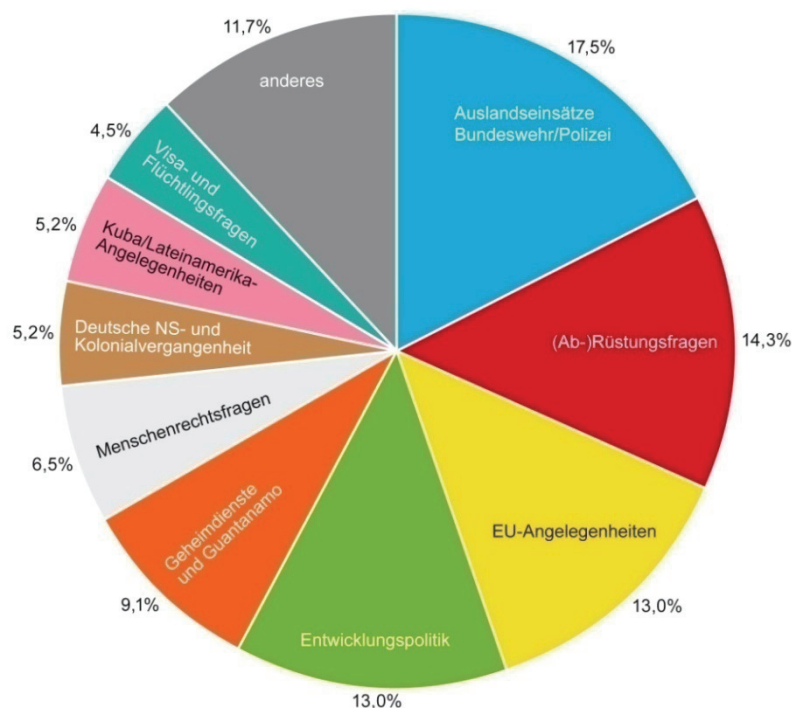
Die Initiativen, die sich mit international agierenden Geheimdiensten, vor allem der CIA, und/oder dem Militärgefängnis in Guantanamo beschäftigen, machen 9,1% aus. Die überwiegende Mehrheit (85,7%) dieser Vorgänge weist eine gegen die USA gerichtete populistische Argumentation auf. Des Weiteren spielt das aktive oder passive Mitverschulden Deutschlands bei den Menschenrechtsverletzungen gegenüber Gefangenen (16/1223; 16/1390; 16/3786; 16/6280) eine zentrale Rolle.

---

<sup>86</sup> Die Einstufung dieser Anmerkungen als populistisch soll keineswegs bestreiten, dass die Kritik an diesen Aspekten (eventuell mit Ausnahme der Iraninvasionspläne) als weitgehend gerechtfertigt gelten kann.

Mit anderen Menschenrechtsfragen beschäftigen sich 6,5% der Drucksachen der Kategorie Internationales. Abgesehen von einigen Initiativen zur Situation in der Türkei verteilen sich die übrigen Vorgänge auf verschiedene Menschenrechtsverletzungen in diversen Regionen der Welt. Die im Ausland begangenen Kriegsverbrechen in der NS- bzw. Kolonialzeit werden in 5,2% der parlamentarischen Initiativen dieser Kategorie behandelt. Hierbei wird zumeist die Forderung nach (weitreichenden) Entschädigungszahlungen aufgestellt. Ein ebenso großer Anteil (5,2%) thematisiert die Situation in Kuba oder anderen Ländern Lateinamerikas. In diesen Dokumenten wird eindeutig Stellung zugunsten der (neueren) sozialistischen Bestrebungen bezogen und im Konflikt zwischen den USA und Kuba ein Ende des Embargos und der umstrittenen Nutzung der Militärbasis in Guantanamo gefordert (16/4504; 16/4628; 16/4986; 16/5115). Die kleinste Gruppe innerhalb der Kategorie Internationales bilden mit 4,5% die Drucksachen, die sich mit Visa- und Flüchtlingsfragen beschäftigen.<sup>87</sup> Neben der Thematisierung von generellen bzw. aktuellen Flüchtlingsproblemen beschäftigt sich ein Teil dieser Dokumente kritisch mit der europäischen Grenzsicherung und Flüchtlingspolitik. 11,7% der Kategorie Internationales lassen sich keiner der gebildeten Unterkategorien zuordnen.

Diagramm 3.7: Themen der Kategorie Internationales nach Untergruppen (N=154)



<sup>87</sup> Hierbei ist zu beachten, dass in dieser Kategorie nur die Vorgänge enthalten sind, die sich mit dieser Problematik in internationalem Maßstab beschäftigen. Wie dargestellt ist die Migrationsthematik mit 6,8% eines der größeren Themenfelder, in dem Asyl- und Visafragen ein erheblicher Anteil zukommt.

### 3.6.3. Politikfeld „Arbeitsmarkt“

Die Drucksachen, die sich mit Themen der Arbeitsmarktpolitik beschäftigen, machen 11,0% aller parlamentarischen Vorgänge der Linken aus. Angesichts der Tatsache, dass eine der Gründungsparteien den Begriff „Arbeit“ in ihrem Namen trug und aus Protest gegen die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierung entstanden ist, erscheint diese Schwerpunktsetzung nicht erstaunlich und hätte sogar noch etwas ausgeprägter erwartet werden können. Im Diagramm 3.8 sind die diesbezüglichen 126 Dokumente nach Unterthemen gruppiert dargestellt. Es zeigt sich, dass sich ein Fünftel (19,8%) mit Rentenangelegenheiten beschäftigt. Innerhalb dieser Unterkategorie widmet sich jeweils ungefähr ein Drittel der Kritik an den Rentenreformen, der benachteiligten Stellung der neuen Bundesländer und mit diversen anderen Themen. Neben Erhöhungs-, Anpassungs- und Reformrücknahmeforderungen wird in den Drucksachen auch ein kompletter Systemwechsel angestrebt, der das erhöhte Rentenniveau durch Einbeziehung von Freiberuflern, Selbständigen und Beamten (16/2747; 16/6440) sichern soll. Als zweite annähernd gleich große Untergruppe (19,0%) lassen sich die Vorgänge gruppieren, die Organisationsfragen der Bundesagentur für Arbeit und/oder der ARGE n ansprechen. Neben einzelnen Problemfällen werden hierbei vor allem zu geringe bzw. nicht genutzte Mittel und Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung thematisiert. Jede zehnte Arbeitsmarktdrucksache (10,3%) thematisiert die Aus- und Weiterbildung. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildet dabei die Forderung nach der Umsetzung einer Ausbildungsplatzumlage zur Sicherstellung von quantitativ ausreichenden Ausbildungsplätzen (16/122; 16/2540; 16/5979).

Möglichkeiten zur ALG I-Verlängerungen und negative Folgen der Hartz IV-Reformen haben 9,5% der Drucksachen dieser Kategorie als hauptsächliches Thema.<sup>88</sup> Neben Generalabrechnungen mit dem Reformwerk (16/2211; 16/4774) werden auch Einzelaspekte, wie die Situation von Saisonarbeitern oder das niedrige Arbeitslosengeld nach der Elternzeit, kritisch beleuchtet (16/4115; 16/5989). 7,1% der Arbeitsmarktdrucksachen thematisieren Niedriglöhne, 1-Euro-Jobs oder Mindestlöhne. Die Forderung nach letzterem in Höhe von acht Euro pro Stunde stellt in vier Vorgängen (16/398; 16/1878; 16/4623; 16/4845) das Hauptthema dar.

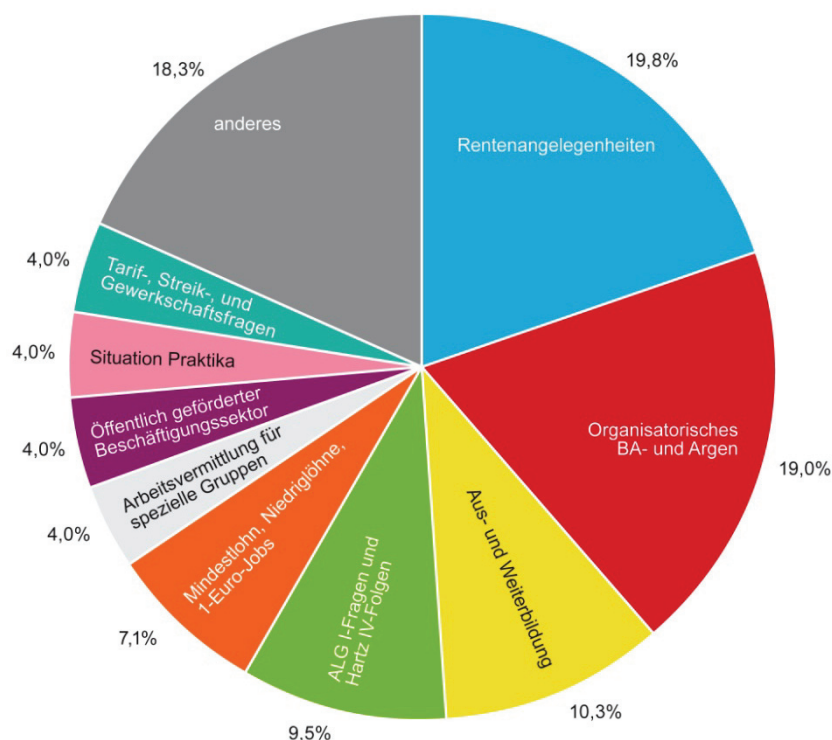
Jeweils fünf Drucksachen (4,0%) beschäftigen sich mit der Arbeitsvermittlung für spezielle Gruppen, der Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der

---

<sup>88</sup> Auch in anderen parlamentarischen Vorgängen dieser Kategorie werden entsprechende Forderungen erhoben oder Kritiken geäußert. Bei denen geschieht dies jedoch am Rande und konnte nicht als hauptsächliches Thema der Drucksache codiert werden. Neben dem Arbeitsmarkt spielen die Hartz IV-Reformen in der Sozialpolitik eine große Rolle, wie in dem nächsten Diagramm (3.9) noch aufgezeigt werden wird.

Situation von Praktikanten sowie Tarif-, Streik- und Gewerkschaftsfragen. Ein relativ großer Anteil von 18,3% lässt sich keiner der neun gebildeten Unterkategorien zuordnen. Hierunter finden sich unter anderem parlamentarische Initiativen zu der Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern, der Reform der gesetzlichen Unfallversicherung und Bedingungen von Internetstellenbörsen.

Diagramm 3.8: Themen der Kategorie Arbeitsmarktpolitik nach Untergruppen (N=126)

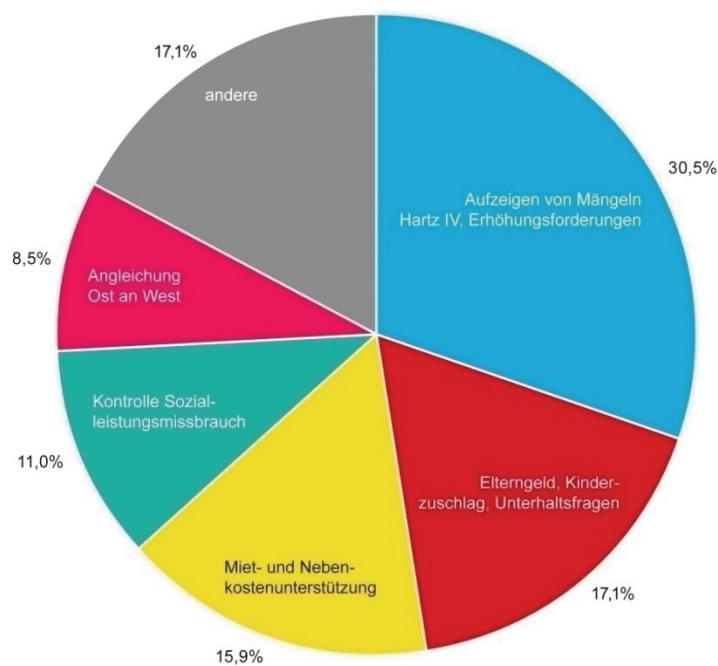


#### 3.6.4. Politikfeld „Soziales“

Die vierte und letzte hier aufgeschlüsselte Kategorie (Diagramm 3.9) bildet das Themenfeld Soziales. Fast ein Drittel (30,5%) dieser 82 Dokumente beschäftigt sich mit dem Aufzeigen von Mängeln der Hartz IV-Bedingungen oder Vorschlägen zu deren Verbesserung. Dies geschieht entweder anhand von kritischen Einzelaspekten, wie ungewollten Schwangerschaften aufgrund nicht bezahlbarer Verhütungsmittel (16/1595), Anrechnung von Konfirmationsgeldgeschenken (16/4982) oder dem Hungertod eines Hilfeempfängers (16/5393), die direkt oder indirekt auch Verbesserungen fordern, oder anhand von Drucksachen (16/997; 16/1866; 16/3468), die explizit als Thema die Anhebung der Regelsätze aufweisen. Die zweitgrößte Unterkategorie bilden mit 17,1% die Initiativen, die sich mit Unterstützungen für Eltern und Kinder beschäftigen. All diese Dokumente thematisieren die mangelhafte oder unsoziale (Neu-) Gestaltung der Hilfen und verlangen direkt oder indirekt deutliche Verbesserungen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Miet- und Nebenkostenunterstützungen (15,9%). Zu einem Teil sind diese Dokumente vor dem Hintergrund der gestiegenen

Rohstoffpreise zu sehen und nehmen Bezug auf die dadurch entstehenden Probleme für Hilfeempfänger. 11,0% der Sozialpolitikdrucksachen thematisieren die Kontrollen zur Verhinderung von Sozialhilfemissbrauch. Dieser wird als viel zu hoch eingeschätzt bewertet (16/4825), dessen Bekämpfung im Widerspruch zum Ziel des Bürokratieabbaus gesehen (16/2029) und einzelne Maßnahmen, wie Telefonbefragungen (16/463) und die Überprüfung durch Nachbarschaftsbefragungen und Wohnungsbesuche (16/4821), infrage gestellt. In 8,5% der parlamentarischen Vorgänge dieser Kategorie wird eine Angleichung von Sozialleistungen in den neuen Bundesländern an das Niveau der alten Bundesländer thematisiert bzw. gefordert. 17,1% der Initiativen, die der Kategorie Soziales zugeordnet sind, lassen sich unter keine der gebildeten Unterkategorien subsumieren.

Diagramm 3.9: Themen der Kategorie Soziales nach Untergruppen (N=82)



Nach der Darstellung der Themen für die gesamte Partei wird im Folgenden eine Aufschlüsselung nach Parteiteilen erfolgen. Hierzu muss vorab angemerkt werden, dass Fraktionen in Parlamenten eine sehr ausdifferenzierte Arbeitsteilung aufweisen. Da kein Abgeordneter mehr alle zunehmend komplexer werdenden Themenfelder durchschauen kann, besitzt oder benennt jede Fraktion Experten für einzelne Themengebiete (Beyme 1997, 254-255). Diese jeweiligen Themenzuschreibungen (Sprecher und/oder Ausschussmitglied der Fraktion zum jeweiligen Gebiet) an einzelne Abgeordnete bestimmt die Reihenfolge der namentlich genannten Abgeordneten – also auch die Zuordnung auf der Initiatorenebene – ganz wesentlich. Zur Untersuchung von thematischen Präferenzen der Untergruppen erscheint daher eine Fokussierung auf die

Betrachtung nach allen Einbringern interessanter. Auch bei der alle namentlich aufgeführten Abgeordneten berücksichtigenden Einbringerebene spielen Fraktionsfunktionen und Ausschussbesetzungen eine wichtige Rolle. Durch die Möglichkeit eines jeden Abgeordneten, sich an allen ihn interessierenden Initiativen zu beteiligen, dürfte sich in Summe jedoch ein realistisches, in der Tendenz aussagekräftiges Bild über die thematische Schwerpunktsetzung der Parteiteile ergeben. Die Aufschlüsselung nach Einbringerebene ist nicht direkt mit der im vorigen dargestellten Initiatorebene zu vergleichen, da nicht alle Initiativen von gleichviel Abgeordneten unterstützt werden. In der Spalte 2 und 3 der Tabelle 3.1 sind daher noch mal die Verteilungen für die gesamte Fraktion nach beiden Analyseebenen aufgeführt. Abgesehen von der Inneren Sicherheit, die auf der Einbringerebene mit 8,7% ein deutlich geringeres Gewicht aufweist als auf der Initiatorebene mit 13,2%, machen die Differenzen zwischen der Initiatoren- und Einbringerebene maximal 2,3%-Punkte (Arbeitsmarkt) aus.<sup>89</sup>

Insgesamt zeigt sich in allen drei Parteiteilen eine relativ breite Verteilung. Jeder Themenbereich wird von Abgeordneten der drei Gruppen eingebracht, wobei nur wenige Felder unterhalb vom 1%-Punkt liegen. Eine vollständige Arbeitsteilung nach Themengebieten, wie es auch vorstellbar gewesen wäre, findet zwischen den Parteiteilen innerhalb der Fraktion somit nicht statt. Gleichwohl lassen sich in der Schwerpunktsetzung auch deutliche Unterschiede herausarbeiten. Von den PDS-Abgeordneten wird dem Arbeitsmarkt (12,3%), gefolgt von Internationalem/Europäischem (11,6%) und der Umweltpolitik (9,0%) quantitativ am meisten Aufmerksamkeit entgegengebracht. Bei den Parteilosen beteiligen sich prozentual mit 26,0% mehr als doppelt so häufig Abgeordnete an Drucksachen, die sich der Kategorie Internationales zuordnen lassen. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen die Innere Sicherheit mit 16,3% und die Ausländerpolitik mit 12,7%. Bei den WASG-Abgeordneten sind die beiden häufigsten Themenkategorien identisch mit denen der PDS, wobei diese mit 18,8% (Arbeitsmarkt) und 16,0% (Internationales) ein etwas größeres Gewicht besitzen. Auf dem dritten Platz folgt mit 13,4% die Sozialpolitik, die in den beiden anderen Parteiteilen mit 8,4% bzw. 3,3% eine weitaus geringere Bedeutung hat. Bei der Bildungspolitik sind es ebenfalls die WASG-Abgeordneten, die diesem Themenfeld mit 7,6% mehr Aufmerksamkeit schenken als deren Kollegen mit PDS- (3,6%) oder ohne Parteimitgliedschaft (5,4%). Mit 7,8% besitzt innerhalb der PDS das Themenfeld „Bau und Verkehr“ einen relativ hohen Stellenwert, während dieses bei den Parteilosen (1,0%) und der WASG (1,7%) kaum Beachtung findet. Dies gilt ebenfalls für die Umweltpolitik, die bei den Parteilosen (1,0%)

---

<sup>89</sup> Die große Differenz der Werte im Kontext der Inneren Sicherheit lässt sich vor allem auf die dort häufig vertretenen und von relativ wenigen Abgeordneten eingebrachten „Abo-Drucksachen“ (s.o.) zurückführen.



und WASG-Abgeordneten (1,6%) im Gegensatz zur PDS zu den weniger beliebten Themenfeldern gehört. Wie die Auswertung der Mitgliederbefragung (Kapitel 4) noch zeigen wird, wird der Umweltpolitik im Gegensatz dazu von Seiten der WASG-Mitglieder eine höhere Bedeutung zugeschrieben als durch die Mitglieder der anderen Parteiteile. In weiteren Bereichen, wie der Arbeitsmarktpolitik, lassen sich in Fraktion und Mitgliedschaft gleiche Prioritätsunterschiede zwischen PDS und WASG ausmachen.

Table 3.1: Themenkategorien nach Parteiteilen auf Einbringerebene

	Linke Initiatoren (N=1184)	Linke Einbringer (N=9309)	PDS Einbringer (N=5861)	Parteilose Einbringer (N=1632)	WASG Einbringer (N=1816)
Innere Sicherheit	13,2%	8,7%	8,0%	16,3%	4,2%
Internationales, EU, Entwicklungspolitik	13,0%	15,0%	11,6%	26,0%	16,0%
Arbeitsmarkt	10,6%	12,9%	12,3%	8,2%	18,8%
Finanzen	7,9%	7,1%	7,7%	2,7%	9,0%
Soziales	6,9%	8,5%	8,4%	3,3%	13,4%
Ausländer	6,8%	5,0%	3,6%	12,7%	2,3%
Bildung	6,5%	4,7%	3,6%	5,4%	7,6%
Gesundheit	4,8%	4,9%	4,3%	4,6%	6,9%
Verteidigung	4,6%	3,8%	3,5%	6,2%	2,4%
Bau und Verkehr	4,6%	5,5%	7,8%	1,0%	1,7%
Umwelt	4,6%	6,2%	9,0%	1,0%	1,6%
Bundestagsinterna, Verfassungsfragen	3,4%	2,9%	3,0%	2,6%	2,8%
Familie, Kinder, Jugend, Sport	3,3%	4,0%	4,5%	1,8%	4,2%
Wirtschaft	3,3%	3,1%	3,0%	2,0%	4,4%
Kultur	2,8%	2,7%	2,6%	4,0%	1,9%
Agrar, Verbraucherschutz	2,0%	2,4%	3,3%	0,7%	1,2%
Energie	1,2%	1,9%	2,6%	0,4%	0,8%
Allgemeines	0,6%	1,0%	1,0%	0,9%	0,8%

### 3.7. Bezugnahmen zu speziellen Interessenschwerpunkten

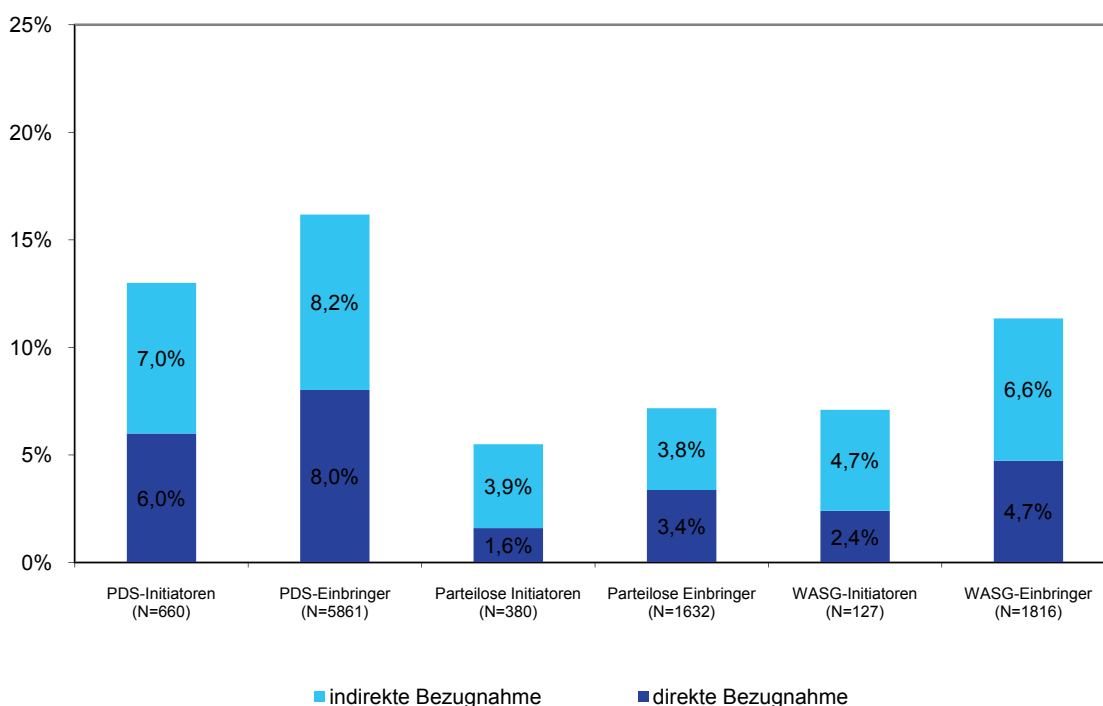
Trotz Abnahme der Bedeutung traditioneller Cleavages (Lipset/Rokkan 1967; Schmidt 1989) und gewissen Tendenzen zur „Catch-it-all-Partei“ (Beyme 2001; Beyme 2000; Katz/Mair 1996; Katz/Mair 1994) vertreten nach wie vor alle Parteien noch spezielle Themen und Interessen, die ihrer Mitglied- und Wählerschaft besonders wichtig sind. Die Gründungsparteien der Linken stellen hierbei keine Ausnahme dar. Einige dieser Themen tauchen hauptsächlich als Hauptthemen der Drucksachen auf und sind teilweise bei der Auswertung der Inhaltskategorien (z.B. das Problem des Rechtsextremismus und dessen Bekämpfung in der Inneren Sicherheit) schon aufgezeigt worden. Andere werden über viele verschiedene Inhaltskategorien hinweg angesprochen, wie die Bedeutung der sozialen Bewegungen. Wie im Methodenkapitel unter 3.1 bereits angeführt, wird für einige Aspekte (Ost-West-Gegensatz, Rechtsextremismus, soziale Bewegungen, Friedenspositionen und die Diskriminierung der eigenen Partei) analysiert, ob diese direkt oder indirekt angesprochen werden. Die Einstufung als direkte oder indirekte Bezugnahme ist hierbei nicht immer ganz trennscharf zu halten. Die gesamte Codierung dieser Bezugnahmekategorien unterliegt als subjektive Einschätzung gewissen Vorbehalten (Kapitel 3.1). Durch Ausführung einiger Beispiele zu Beginn jedes Themas wird aber eine weitgehende Transparenz und Nachvollziehbarkeit geschaffen.

#### 3.7.1. *Interessenschwerpunkt „Ost-West-Gegensatz“*

Als „ostdeutsche Volkspartei“ ist die Darstellung und Forderung nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes ein traditionell elementares Anliegen der PDS und wird angesichts der Mehrheit der Mitglieder und Wähler in den neuen Bundesländern wohl auch auf absehbare Zeit in der neuen Linken relevant bleiben (Neller/Thaidigsmann 2007). Als direkte Bezugnahme wurde im Rahmen der Analyse eine Drucksache codiert, wenn der Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern explizit als problematisch bzw. zu beheben dargestellt wurde. Neben den Vorgängen, die dieses als hauptsächliches Thema hatten (16/692; 16/3581), ist dies auch bei anderen Inhalten direkt angesprochen worden (beispielsweise 16/130; 16/487; 16/718). Bei den als „indirekt“ codierten Bezugnahmen erfolgte diese nur am Rande, oft durch einen Nebensatz, wie „insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern“ (16/4858). Im Vergleich zu anderen Bezugsthemen war diese Kategorie sehr eindeutig zu codieren, da in diesem Zusammenhang so gut wie immer die Begriffe „Ost- und Westdeutschland“ oder „alte und neue Bundesländer“ auftauchten.

Erwartungsgemäß sind es, wie das Diagramm 3.10 zeigt, die PDS-Mitglieder in der Fraktion, die die Ost-West-Problematik am häufigsten thematisieren. In etwas mehr als jedem achten (6,0% direkt; weitere 7,0% indirekt) parlamentarischen Vorgang, der von ihnen initiiert wird, lassen sich zumindest Erwähnungen der Differenz zwischen den neuen und alten Bundesländern finden. Auf der Einbringerebene steigt der Anteil sogar noch leicht auf 16,2% an, der sich nahezu gleich auf direkte und indirekte Bezugnahmen verteilt. Wie der Blick auf die anderen Parteiteile zeigt, ist dieses Thema aber keineswegs die alleinige Angelegenheit der PDS. Bei den WASG-Abgeordneten sind es noch 7,1% der Drucksachen (2,4% direkt; 4,7% indirekt) bei den Initiatoren und 11,3% (4,7% direkt; 6,6% indirekt) bei den Einbringern, die den Ost-West-Gegensatz thematisieren. Die Parteilosen weisen diesem Unterschied mit 5,5% (1,6% direkt; 3,9% indirekt) bei den zuerst auf den Drucksachen genannten Abgeordneten und 7,2% (3,4% direkt; 3,8% indirekt) bei allen auf den Drucksachen genannten Abgeordneten in diesem internen Vergleich die geringste Bedeutung zu.<sup>90</sup>

Diagramm 3.10: Drucksachen mit Bezugnahme zur Ost-West-Problematik nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



<sup>90</sup> Methodisch auf gleiche Weise erhobene Werte für andere Parteien liegen nicht vor und können wegen der aufwendigen Erhebung im Rahmen dieser Untersuchung nicht gewonnen werden. Es kann aber vermutet werden, dass auch die WASG und die Parteilosen mit ihren Werten noch deutlich über den anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen liegen.

### 3.7.2. *Interessenschwerpunkt „Bekämpfung des Rechtsextremismus“*

Die Thematisierung und Bekämpfung des Rechtsextremismus hat für die PDS eine große Bedeutung, wie auch schon anhand der seit 1992 eingereichten Ab-Drucksachen zu diesem Bereich deutlich wurde. Zum einen gehörte dieser thematische Aspekt zu den wenigen Inhalten, die man relativ unproblematisch aus SED-Zeiten übernehmen und zur Motivation der Mitgliedschaft nutzen konnte, zum anderen konnte diesbezüglich durch (Angebote zur) Zusammenarbeit mit anderen Parteien auch eine Integration in das Parteiensystem angestrebt werden und die Partei sich durch den Kampf gegen undemokratische Kräfte selbst als demokratische Partei darstellen (Peters 2005).

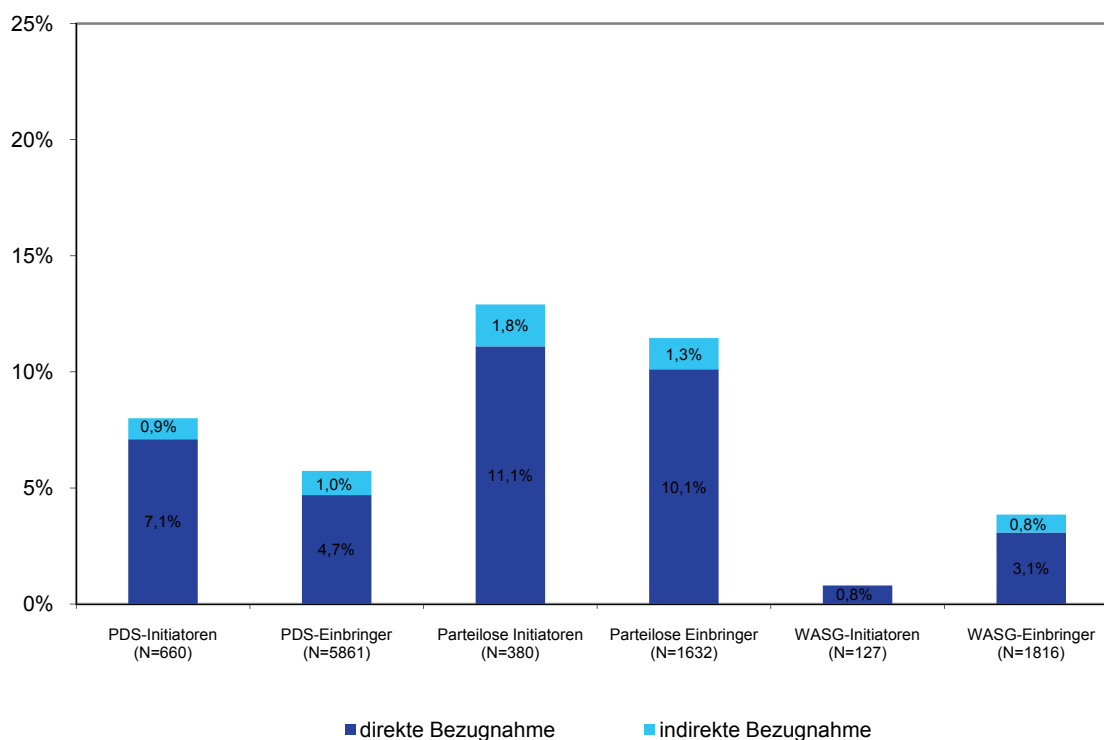
Die Codierung der Bezugnahmen zum Rechtsextremismus war relativ eindeutig vorzunehmen, da bei fast allen diesbezüglichen Drucksachen der Begriff wörtlich auftauchte und in insgesamt 59,1% auch das hauptsächliche Thema darstellte. Ein Beispiel für eine direkte Bezugnahme in den Drucksachen zum Rechtsextremismus ist 16/5537. Die indirekten Bezugnahmen wie in 16/78 oder 16/5697 kommen vergleichsweise zu anderen Bezugsthemen im Verhältnis zu den direkten Bezugnahmen beim Rechtsextremismus nur relativ selten vor.

Die größte Aufmerksamkeit widmen die Parteilosen diesem Themenfeld. Jeder neunte von den Parteilosen ausgearbeitete parlamentarische Vorgang (11,1%) thematisiert das Problem des Rechtsextremismus direkt und in weiteren 1,8% wird hierauf indirekt Bezug genommen. Dies kann primär auf die hohe Aktivität der Abgeordneten Ulla Jelpke in diesem Bereich zurückgeführt werden.<sup>91</sup> Wie sich aber bei den fast ebenso hohen Werten zu den Einbringern mit 10,1% direkter und 1,3% indirekter Bezugnahme zeigt, wird von anderen Parteilosen dem Rechtsextremismus eine ebenso hohe Bedeutung zugesprochen. Mit 8,0% (7,1% direkter; 0,9% indirekter) Bezugnahme wird auf den ersten Blick auch auf Ebene der PDS-Initiatoren die Gefahr von rechts häufig aufgezeigt. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass es sich bei über der Hälfte der diesbezüglichen Vorgänge um die bereits bei den Hauptthemen angesprochenen „Ab-Drucksachen“ der Abgeordneten Petra Pau handelt. Würde man diese herausrechnen, so ergeben sich für die PDS entsprechend niedrigere Werte. Die Abgeordneten der WASG sprechen den Rechtsextremismus in den von ihnen initiierten Vorgängen kaum (0,8% direkt) an und auch unter den mit eingebrachten Drucksachen machen diese Bezüge mit 3,9% (3,1% direkt; 0,8% indirekt) nur einen relativ geringen Anteil aus.

---

<sup>91</sup> Mit knapp über 90% wird der überwiegende Teil der „parteilosen Dokumente“ mit Rechtsextremismusbezug von ihr initiiert.

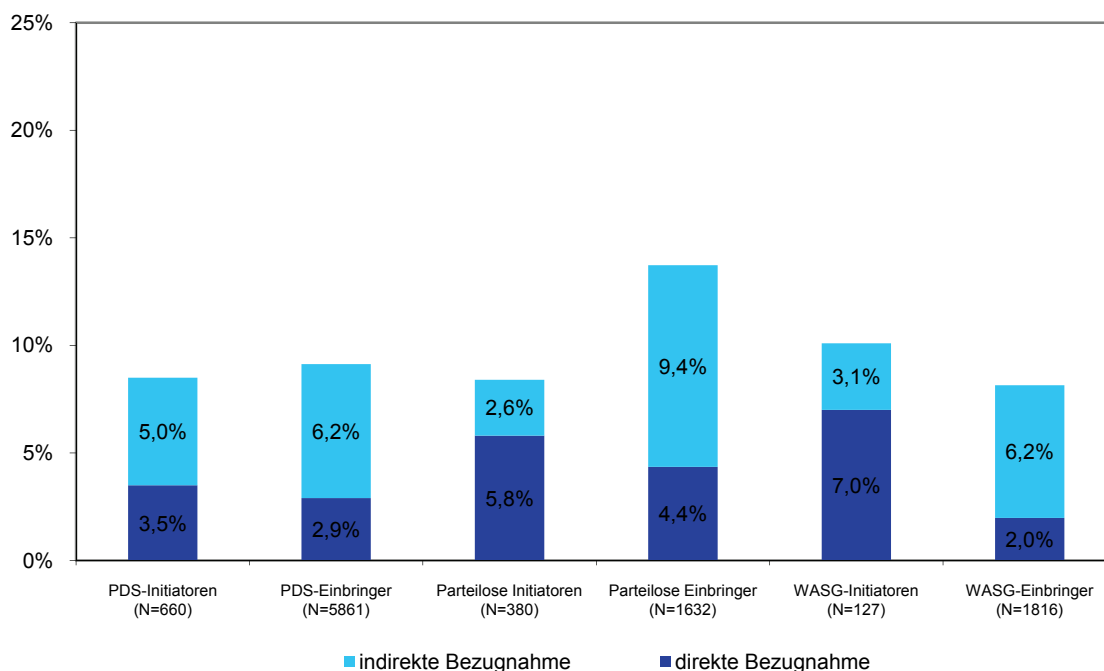
Diagramm 3.11: Drucksachen mit Bezugnahme zum Rechtsextremismus nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



### 3.7.3. Interessenschwerpunkt „soziale Bewegungen“

Die Bezugnahme zu dem Bewegungscharakter der Partei ist als relativ zu den vorigen komplizierteren Codierungen anzusehen, da im Gegensatz zum Osten bzw. Rechtsextremismus das Objekt soziale Bewegungen unstrukturierter ist. Nur zum Teil wurde explizit die Unterstützung von sozialen Bewegungen gefordert. Dennoch können einige Drucksachen (Beispiele 16/4201; 16/6025) als diese direkt ansprechend codiert werden. Beispiele für indirekte Bezugnahmen zum Bewegungscharakter sind (16/5045; 16/6392). Auf der Initiatorenebene sind es die WASG-Abgeordneten, die mit ziemlich genau jeder zehnten Drucksache (7,0% direkt; 3,1% indirekt) am häufigsten auf soziale Bewegungen und damit implizit auch auf den Bewegungscharakter der Partei anspielen. Bei den Initiatoren liegen insgesamt die PDS-Abgeordneten und die Parteilosen mit 8,5% bzw. 8,4% auf ähnlich hohem Niveau. Bei den Abgeordneten ohne Parteibuch erfolgt aber die Thematisierung häufiger direkt (5,8% zu 2,6%) als bei den PDS-Mitgliedern (3,5% zu 5,0%). Auf der Einbringerebene ist der Anteil von Bewegungsbezugsdrucksachen bei den Parteilosen mit 13,8% (4,4% direkt; 9,4% indirekt) am größten, gefolgt von den PDS- mit 9,1% (2,9% direkt; 6,2% indirekt) und den WASG-Abgeordneten mit 8,2% (2,0% direkt; 6,2% indirekt). Insgesamt stellen alle drei Parteiteile relativ häufig einen Bezug zu sozialen Bewegungen dar (Diagramm 3.12).

Diagramm 3.12: Drucksachen mit Bezugnahme zum Bewegungscharakter der Partei nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



### 3.7.4. Interessenschwerpunkt „Friedenspolitik“

Die Friedenspolitik hat in den letzten Jahren bei der PDS stark an Bedeutung gewonnen. Mit dem Verlassen von pazifistischen Positionen durch Bündnis 90/Die Grünen vor allem nach der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene und der darauf folgenden Zustimmung zum Kosovo-Krieg<sup>92</sup> konnte die PDS sich mit der Ablehnung von Militäreinsätzen ein Alleinstellungsmerkmal sichern. Die überwiegend kritische Haltung in der deutschen Bevölkerung gegenüber der Bundeswehrbeteiligung in Afghanistan<sup>93</sup> ermöglichte beiden Gründungsparteien in diesem Bereich populäre Forderungen zu vertreten. Wie schon bei der Themenanalyse deutlich wurde, spielen die Kriegs- und Friedensfragen in der parlamentarischen Arbeit eine nicht unerhebliche Rolle. Der Großteil (53,6%) der Bezugnahmen zum Pazifismus und zu Friedensaspekten erfolgt erwartungsgemäß in der Themenkategorie „Internationales, Entwicklungspolitik, EU-Angelegenheiten“. Es wird aber auch in einigen anderen Bereichen (vor allem Verteidigungspolitik, aber auch in der Inneren Sicherheit und der Umwelt- und Ausländerpolitik) hierauf Bezug genommen. Beispiele für direkte Bezugnahmen zu Friedensaspekten sind 16/3117 und 16/6379. Indirekt wurde hierzu beispielsweise in den Dokumenten

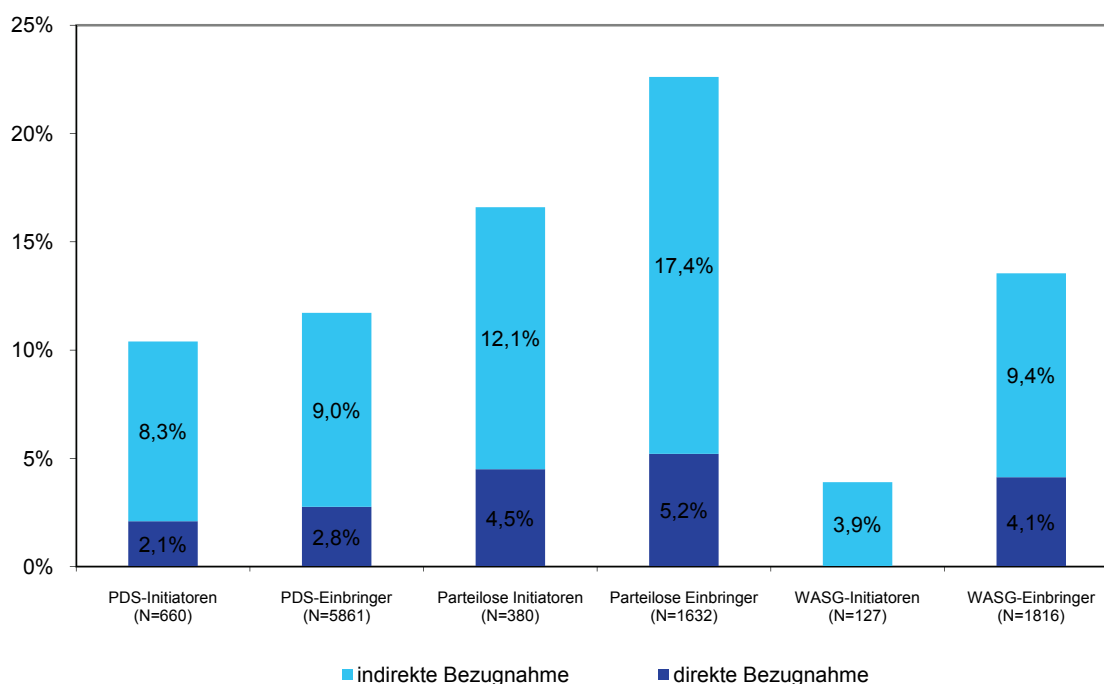
<sup>92</sup> Siehe zur entsprechenden Diskussion exemplarisch die Berichterstattung aus Der Spiegel: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,15342,00.html> (zuletzt: 18.12.2008).

<sup>93</sup> Siehe dazu die Erhebung von Infratest dimap für den ARD-Deutschlandtrend im September 2007: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2007/september/> (zuletzt: 18.12.2008).

16/2217 oder 16/5141 Bezug genommen. Entsprechend der Schwerpunktsetzung der Parteilosen bei den internationalen Themen sind es auch diese, die die Bezugnahme zum Friedensstandpunkt mit 16,6% (4,5% direkt; 12,1% indirekt) bei den Initiatoren und sogar in fast jeder vierten (5,2% direkt; 17,4% indirekt) Einbringung der Abgeordneten am häufigsten ansprechen.

Die PDS weist mit 10,4% (2,1% direkt; 8,3% indirekt) bei den Initiatoren und 11,8% (2,8% direkt; 9,0% indirekt) auf beiden Analyseebenen ebenfalls eine hohe Aktivität auf, was die Bezugnahme zu friedensstiftenden bzw. pazifistischen Positionen anbelangt. Bei der WASG ist dies bei der Betrachtung der Initiatoren mit 3,9% indirekter Bezugnahme nur bedingt der Fall. Bei den WASG-Einbringern zeigt sich jedoch, dass mit 13,5% (4,1% direkt; 9,4% indirekt) dieser Schwerpunkt auch in diesem Parteiteil große Unterstützung findet.

Diagramm 3.13: Drucksachen mit Bezugnahme zum Pazifismus und Friedensaspekten nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern

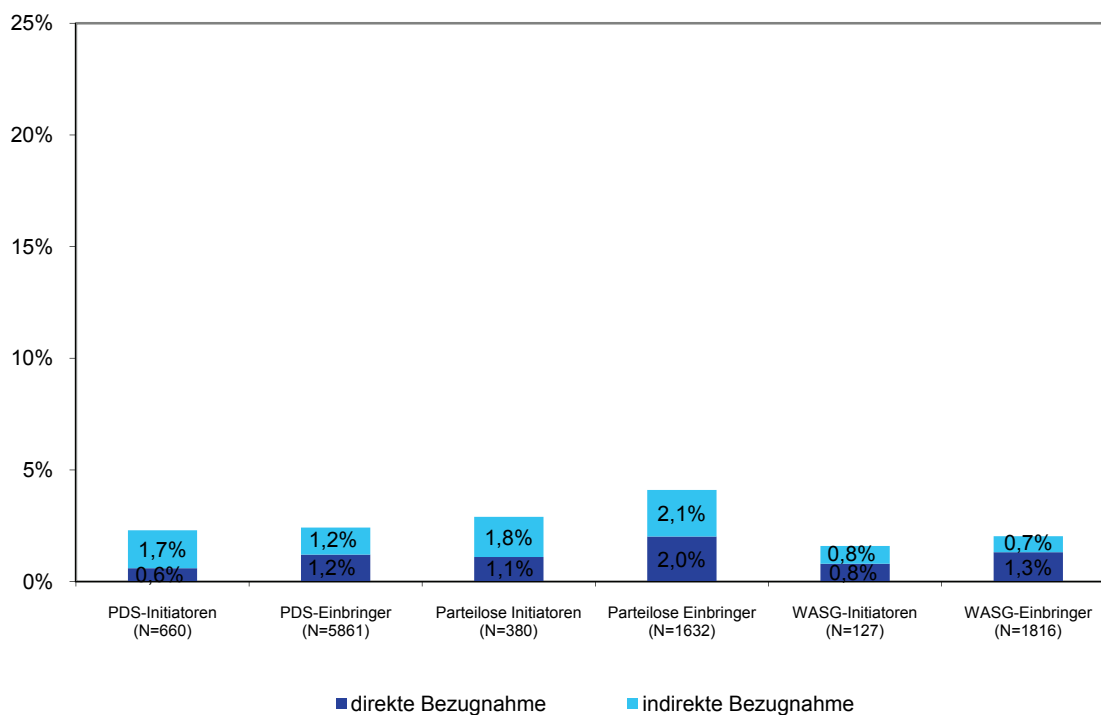


### 3.7.5. Interessenschwerpunkt „Benachteiligung als nicht etablierte Partei“

Zur Strategie von nicht etablierten Parteien gehört klassischerweise sich als von den anderen Parteien als benachteiligt darzustellen. Dies trifft insbesondere für den Großteil der nicht etablierten Parteien zu, die zudem unter Extremismusverdacht des Verfassungsschutzes stehen. Als Nachfolgepartei der PDS wird auch Die Linke von Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachtet. Dies trifft auch auf die Bundestagsfraktion und deren Abgeordnete zu. Unabhängig von der Bewertung der

Notwendigkeit dieser Überwachungen<sup>94</sup> kann festgestellt werden, dass sich der Partei vor diesem Hintergrund eine optimale Gelegenheit bot, sich als diskriminiert oder verfolgt darzustellen.<sup>95</sup> Inwieweit hierauf in den Drucksachen Bezug genommen wurde, ist ebenfalls als direkt (beispielsweise 16/1397; 16/1770) und indirekt (Beispiele 16/3536; 16/6215) codiert worden. Im Diagramm 3.14 zeigt sich, dass dieses im Vergleich zu den anderen parteispezifischen Bezugsthemen nur relativ selten erfolgt. Die PDS-Abgeordneten thematisieren dies in 2,3% (0,6% direkt; 1,7% indirekt) der von ihnen initiierten und 2,4% (je 1,2% direkt und indirekt) der von ihnen eingebrachten Drucksachen. Die Parteilosen sprechen die Diskriminierung auf Initiatorebene in 2,9% (1,1% direkt; 1,8% indirekt) und auf Einbringerebene in 4,1% (2,0% direkt; 2,1% indirekt) der parlamentarischen Vorgänge an. In den Reihen der WASG spielt dieser Aspekt mit 1,6% (je 0,8% direkt und indirekt) und 2,0% (1,3% direkt; 0,7% indirekt) auf beiden Ebenen noch eine etwas geringere Bedeutung.

Diagramm 3.14: Drucksachen mit Bezugnahme zur Diskriminierung/Verfolgung der Partei nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



<sup>94</sup> Die Frage nach den verfassungsmäßig bedenklichen, extremistischen Positionen bzw. Gruppierungen innerhalb der Linken soll im Rahmen dieser Arbeit keine zentrale Rolle spielen.

<sup>95</sup> Das beste Beispiel für die Ausnutzung der Geheimdienstüberwachung zum Angriff auf den politischen Gegner liefert Stefan Wogawa, wissenschaftlicher Mitarbeiter der thüringischen Linksfraktion, in seinem Buch „Die Akte Ramelow. Ein Abgeordneter im Visier der Geheimdienste“ (Wogawa 2007).



### 3.8. Besondere Zielgruppen

Ein Teil der parlamentarischen Vorgänge lässt sich als auf eine besondere Zielgruppe ausgerichtet ausmachen. Im Rahmen dieser Untersuchung sind mit Ausländern/Flüchtlingen, Kindern/jungen Erwachsenen, Ostdeutschen, Menschen mit Behinderung und Rentnern fünf Zielgruppen codiert worden. Schon ein erster Blick auf das Diagramm 3.15, in dem diese nach Parteiteilen aufgeschlüsselt sind, offenbart, dass die Zielgruppen von den Parteiteilen eine sehr unterschiedliche Aufmerksamkeit erfahren.<sup>96</sup>

Eine der auffälligsten Differenzen weist die Zielgruppe der Ausländer und Flüchtlinge auf. Bei den Parteilosen widmet sich jede vierte initiierte Drucksache diesem Personenkreis. Dieser extrem hohe Wert kann vor allem auf die Aktivitäten der Migrations- und Integrationspolitischen Sprecherin der Fraktion, Sevim Dagdelen, (38,5%) und die Innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke, (54,2%) zurückgeführt werden. Dass die Ausländer bei den Parteilosen aber nicht nur durch diese beiden Abgeordneten eine große Aufmerksamkeit erfahren, zeigt sich auf der Einbringerebene, auf der diese Zielgruppe mit 19,0% einen fast ebenso hohen Wert erreicht. In dem PDS- (4,5% bei den Initiatoren; 6,0% bei den Einbringern) und dem WASG-Teil (2,4% bei den Initiatoren und 3,7% bei den Einbringern) der Fraktion sind die Ausländer deutlich seltener die Zielgruppe von Parlamentsvorgängen.

Die Zielgruppe der Kinder und jungen Erwachsenen wird auf Initiatorenebene mit 13,2% ebenfalls am häufigsten durch die Parteilosen angesprochen. Dieser zweite Zielgruppenschwerpunkt der Parteilosen lässt sich primär auf eine Abgeordnete, nämlich Cornelia Hirsch, zurückführen, die für 94,0% dieser Vorgänge verantwortlich ist. Entsprechend ihrer Funktion als Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion sind die Interessen der jüngeren Generation hier in drei Viertel der Fälle mit Bildungsfragen verbunden. Auf der Einbringerebene liegt der Anteil der jüngeren Zielgruppe bei den Parteilosen bei 5,7%. Bei den PDS-Abgeordneten verteilen sich die Drucksachen mit der Zielgruppe Kinder/junge Erwachsene auf elf unterschiedliche Initiatoren, wobei die Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik, Diana Golze, mit 31,7% die meisten dieser Vorgänge als erstgenannte Person einbringt. Im Gegensatz zur Konzentration auf die Bildungsaspekte bei den Parteilosen liegt hier thematisch der Schwerpunkt auf sozial- und familienpolitischen Fragen. Bei den WASG-Mitgliedern der Fraktion werden die Jüngeren nur in 3,9% der initiierten parlamentarischen Dokumente als Zielgruppe an-

---

<sup>96</sup> Zum Teil ist dies auf die im Rahmen der Inhaltsanalyse schon angesprochene Arbeitsteilung in der Fraktion und dementsprechenden besonderen Zuständigkeiten einzelner Abgeordneter für gewisse Zielgruppen zurückzuführen.

gesprächen, erhalten aber auf der Einbringerebene mit 12,5% die größte Beachtung unter den drei Parteiteilen.

Die Ostdeutschen werden mit 4,2% (Initiatoren) bzw. 5,0% (Einbringer) erwartungsgemäß am häufigsten durch die PDS-Abgeordneten als Zielgruppe angesprochen.<sup>97</sup> Die Drucksachen mit der Zielgruppe „Ostdeutsche“ verteilen sich hierbei breit über neun Themenkategorien und zehn erstgenannte Abgeordnete. Bei den WASG-Abgeordneten und Parteilosen werden die Bewohner der neuen Bundesländer mit 1,6% bzw. 0,8% auf Initiatoren- und 2,4% bzw. 1,7% auf der Einbringerebene wesentlich seltener angesprochen. Wie schon bei der Bezugnahme zu den Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland wird auch hier die besondere Rolle der PDS-Abgeordneten als „Anwälte Ostdeutschlands“ deutlich. Die Vertretung der Interessen von Menschen mit Behinderung ist ebenfalls am stärksten bei der PDS anzutreffen. Bei den Initiatoren (4,2%) handelt es sich jedoch nicht um die Aktivität des gesamten Fraktionsteils, sondern in 93,1% der Vorgänge um die Arbeit von Ilja Seifert, dem Sprecher für die Behindertenpolitik. Bei den PDS-Einbringern ist der Anteil, der sich dieser Personengruppe zuwendet, mit 3,4% etwas geringer. Bei den aus der WASG kommenden Fraktionsmitgliedern ist der Anteil hingegen auf der Einbringerebene mit 3,9% deutlich höher als bei den selbst initiierten Drucksachen (0,8%). Von den Parteilosen erhält diese Zielgruppe mit 0,3% bzw. 1,7% jeweils eine noch etwas geringere Beachtung.

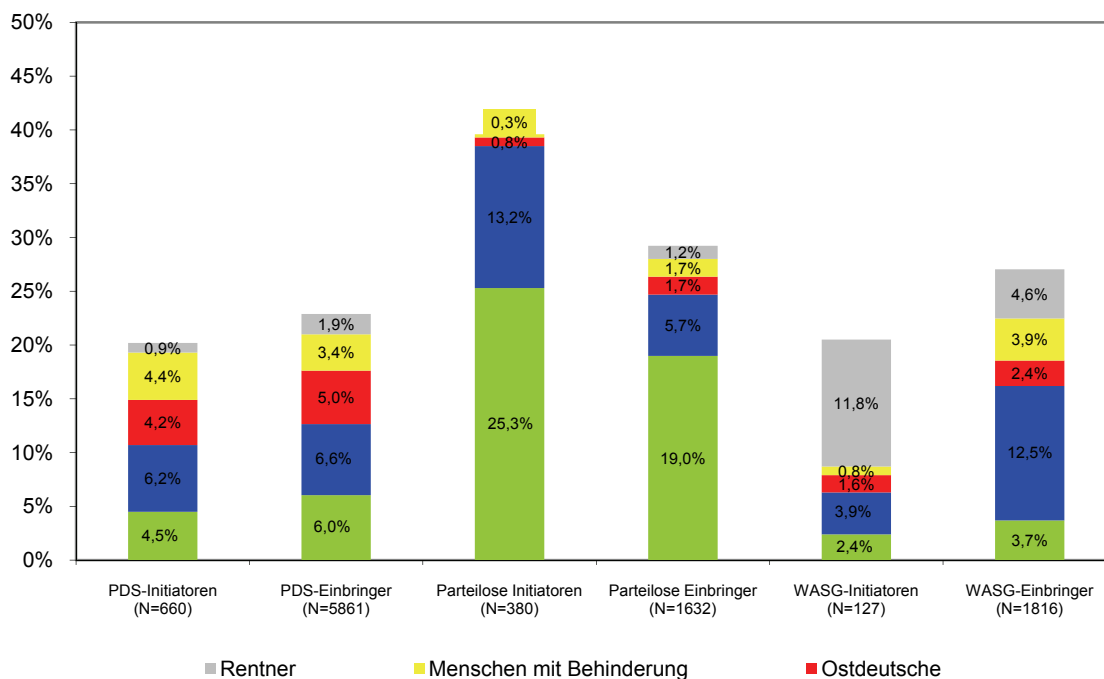
Die letzte dargestellte codierte Zielgruppe, die Rentner, erfahren im Vergleich zu den anderen Personenkreisen in der PDS (0,9% Initiatoren; 1,9% Einbringer) und bei den Parteilosen (0,0% Initiatoren; 1,2% Einbringer) jeweils die geringste direkte Ansprache durch Parlamentsvorgänge.<sup>98</sup> Bei den WASG-Abgeordneten erfahren die Rentner mit 11,8% auf der Initiatoren- und 4,6% auf der Einbringerebene eine relativ große Aufmerksamkeit. Personell geht dies in ziemlich genau hälftiger Verteilung auf die Abgeordneten Klaus Ernst und Volker Schneider (Rentenpolitischen Sprecher der Fraktion) zurück.

---

<sup>97</sup> Die Werte liegen deutlich unter den oben dargestellten Bezugnahmen zu Ost-West-Differenzen, da es häufig auch (in)direkte Erwähnungen des Gegensatzes gab, ohne dass Ostdeutsche insgesamt als bestimmende Zielgruppe ausgemacht werden konnten.

<sup>98</sup> Dies ist jedoch nicht damit gleichzusetzen, dass die Rentenanpassungen der letzten Jahre für diese Parteiteile kein Thema wären. Nur sind in deren Drucksachen die Rentner vereinzelt als direkte Zielgruppe auszumachen. Bei Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikthemen wird häufig auch Bezug auf die Rentenentwicklung genommen.

Diagramm 3.15: Drucksachen mit besonderer Zielgruppe nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



### 3.9. Populistische Argumentationen

Einer der häufigsten Vorwürfe gegenüber der Partei Die Linke und deren Vorgängerparteien, ist der des Populismus. In der Tat kann man sowohl anhand der inhaltlichen Forderungen, die zumeist auf sehr viel höhere Leistungen für diverse Gruppen und Bereiche abzielen und der Argumentation der Spitzenpolitiker, die in kaum einer längeren Rede versäumen, selbst auf die im Gegensatz zu politischen Entscheidungen stehenden Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung beispielsweise zu Sozialleistungen, Rentenreformen und Kriegseinsätzen einzugehen, kaum behaupten, die Partei würde sich keiner populistischen Elemente bedienen. Nicht zuletzt aufgrund von diversen Wahlerfolgen populistischer Parteien in Europa kann das Phänomen des Populismus vor allem bei rechtsextremistischen Parteien als relativ gut erforscht gelten (Decker 2006, Ociepka 2005, Holtmann/Krappidel/Rehse 2006, Fröhlich-Steffen/Rensmann 2005, Priester 2007). Einige Arbeiten untersuchen auch rechte populistische Parteien im Vergleich zur PDS (Everts 2000<sup>99</sup>, Hartleb 2004, Morgenstern 2006). Der Populismus lässt sich aber nicht allein an den Rändern des Parteienspektrums ausma-

<sup>99</sup> Carmen Everts ist im Zusammenhang mit der PDS bzw. Linken wohl eher durch ihre Weigerung der Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin im Hessischen Landtag als durch ihre Dissertation aufgefallen. Wie auch Spiegel Online zutreffend berichtete ([www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,589045,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,589045,00.html); zuletzt: 03.04.09) verliert die ablehnende Haltung der SPD-Abgeordneten zum Tolerierungsmodell nach der Lektüre der Arbeit einiges an ihrer überraschenden Komponente.

chen wie die von der CDU/CSU 1998/1999 organisierte Unterschriftenaktion gegen die Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts,<sup>100</sup> die im Frühjahr 2005 von Franz Müntefering (SPD) initiierte „Heuschreckendebatte“<sup>101</sup> oder der 2002 von Jürgen Möllemann (FDP) geführte Antisemitismusstreit (Kapferer 2005) exemplarisch verdeutlichen. Je nach persönlichem Standpunkt wird der politische Leser eventuell eines oder mehrere der genannten Beispiele der etablierten Parteien nicht als populistisch empfinden. Dies verdeutlicht, dass die Einstufung von Argumenten als populistisch alles andere als unproblematisch ist, in besonderer Weise von subjektiven Standpunkten abhängt und in der politischen Auseinandersetzung als gängiger „Kampfbegriff“ gegenüber dem Gegner gelten kann. Trotz dieser Schwierigkeiten mit dem Begriff des Populismus ist im Rahmen der Drucksachenanalyse auch untersucht worden, ob sich populistische Argumentationen in den Dokumenten finden lassen. Die Codierung von populistischen Elementen in den Drucksachen kann dabei sicherlich als subjektivste Einstufung aller Variablen angesehen werden. Aufgrund der alleinigen Codierung durch den Verfasser sind die in dieser Arbeit besonders interessierenden parteiinternen Vergleiche aber relativ unproblematisch. Hierbei ist von einem sehr weiten Populismusbegriff ausgegangen worden und ein parlamentarischer Vorgang immer dann als populistisch codiert worden, wenn sich ein entsprechendes Element in dem Text finden ließ. In den meisten Fällen waren es auch nur ein oder zwei Sätze oder Satzteile, die zu der Codierung führten. Drucksachen, die mehrere populistische Äußerungen enthielten oder durchgehend in dieser Form argumentierten, kamen nur äußerst selten vor. Neben allgemeinen populistischen Elementen (16/2307; 16/5082; 16/5393) sind anti-europäische (16/1551; 16/2378; 16/2602) und anti-US-amerikanische (16/4534; 16/4986; 16/6395) populistische Argumentationen separat erfasst worden. Wie dem Diagramm 3.16 zu entnehmen ist, werden die prozentual meisten Dokumente mit populistischen Inhalten durch die parteilosen Abgeordneten ausgearbeitet. Dies gilt sowohl für die Initiatorenebene auf der 22,1% (14,5% allgemein; 6,6% US-populistisch; 1,1% EU-populistisch) als auch für die Einbringerebene auf der 26,9% (16,2% allgemein; 8,1% US-populistisch; 2,6% EU-populistisch) der Drucksachen mit populistischen Inhalten versehen waren. Mit einem Anteil von 56,0% der initiierten Drucksachen ist vor allem die Abgeordnete Jelpke für die populistische Spitzenposition der Parteilosen verantwortlich zu machen.

Die WASG-Abgeordneten folgen mit 16,6% (14,2% allgemein; 1,6% US-populistisch; 0,8% EU-populistisch) bei den Initiatoren und 19,0% (12,6% allgemein; 4,3% US-

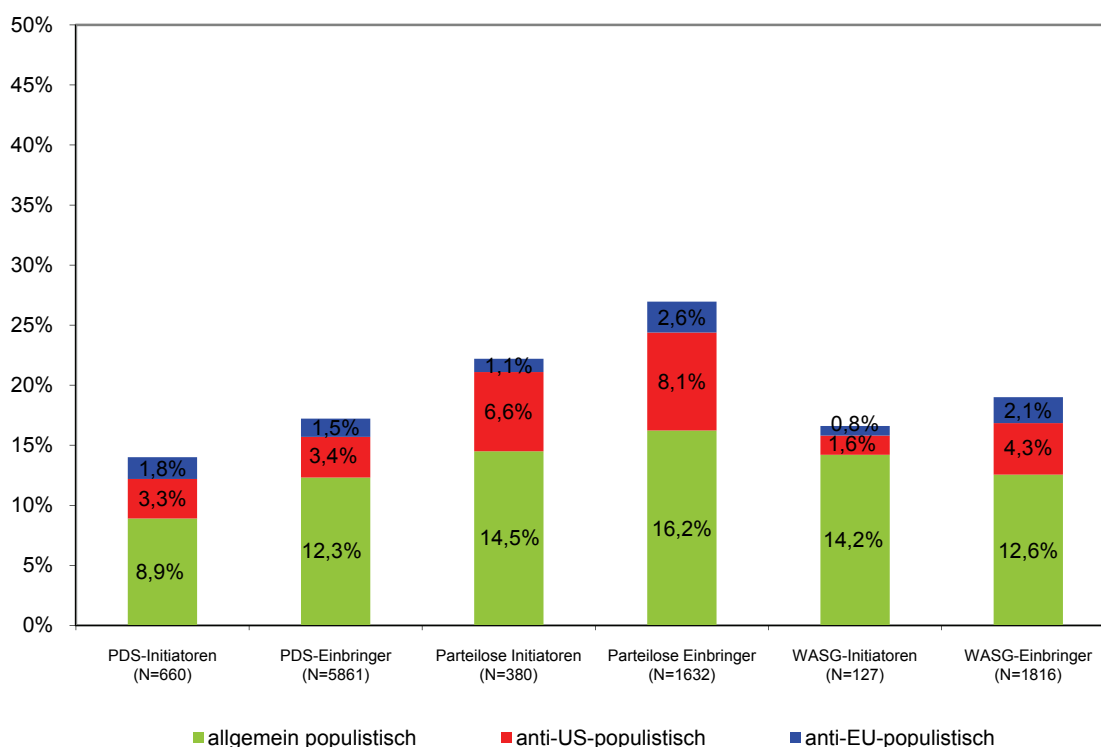
---

<sup>100</sup> Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,526494,00.html>; zuletzt: 08.12.2008.

<sup>101</sup> Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,356583,00.html>; zuletzt: 08.12.2008.

populistisch; 2,1% EU-populistisch) bei den Einbringern. Im Gegensatz zu den Parteilosen gibt es bei den WASG-Abgeordneten keinen primär Verantwortlichen; hier verteilen sich auf der Initiatorenebene die Drucksachen relativ gleichmäßig auf Dreiviertel der Abgeordneten. Bei den Abgeordneten aus der PDS haben die populistischen Initiativen unter den Initiatoren einen Anteil von 14,0% (8,9% allgemein; 3,3% US-populistisch; 1,8% EU-populistisch) und unter den Einbringern von 17,2% (12,3% allgemein; 3,4% US-populistisch; 1,5% EU-populistisch). Auch bei der PDS ist die populistische Argumentation nicht nur auf einzelne Abgeordnete zurückzuführen, sondern eine Angelegenheit von über 80% der PDS-Mitglieder in der Fraktion. Insgesamt erscheint in dieser Darstellung die populistische Argumentation in Bezug auf die EU mit Werten zwischen 0,8% und 2,6% keine besonders große Rolle zu spielen. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass sich nur ein geringer Teil der parlamentarischen Vorgänge mit Europa beschäftigt. Betrachtet man nur die Drucksachen, die auf Politikerebene als EU/Europa codiert wurden, so zeigt sich, dass in diesen zu 30,0% populistisch argumentiert wird. Die Kritik an der (derzeitigen Gestaltung der) Europäischen Union und dem Verfassungsvertrag kann angesichts der weitgehend pro europäischen Positionierung der anderen im Bundestag vertretenen Parteien und der zurückhaltenden Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der EU auch als taktisch motiviert angesehen werden.

Diagramm 3.16: Drucksachen mit populistischer Argumentation nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



### 3.10. Hauptsächliche politische Intentionen

Die parlamentarischen Aktivitäten der Linken lassen sich auch nach der vermuteten politischen Intention der Autoren untersuchen. Die hierfür entwickelten fünf Codierungen lassen sich allerdings nicht als politikwissenschaftliche allgemeingültige Kategorien für Oppositions-Fraktionen verstehen, sondern sind an die besondere Situation dieser Partei(en) angepasst. Im Einzelnen sind dies: Kritik an politischen Vorstellungen anderer Parteien, Aufzeigen von Lösungsvorschlägen, Interessenartikulation für Sympathisantengruppen, Aufzeigen von Missständen und Darstellung von rechtsextremistischer Gefahr. Zwischen einigen Kategorien sind die Übergänge fließend und nicht selten werden durch einzelne Drucksachen auch mehrere der genannten Ziele verfolgt. Abgesehen von den Vorgängen, die keine politische Intention erkennen ließen, ist aber jeweils eine hauptsächliche Intention unterstellt worden. Diese wie unter anderem auch die vorherige Einordnung zum Populismus unterliegt einem, wie schon im Methodenteil diskutiert, nicht zu leugnenden starken subjektiven Einfluss des Verfassers, der sich aber bei dem hier besonders interessierenden internen Vergleich auf alle Parteiteile in gleichem Maß auswirkt. Im Diagramm 3.17 zeigt sich, dass einige der im Vorfeld gebildeten Kategorien kaum verwendet wurden. So spielt die ausdrückliche Kritik an politischen Vorstellungen anderer Parteien mit Werten um die 1 % nur eine sehr geringe Rolle.<sup>102</sup> Auch die Interessenartikulation von mit der Partei sympathisierenden Gruppen erfolgt mit 1,8% bei den Parteilosen und ungefähr halb so oft bei den PDS- und WASG-Abgeordneten nur relativ selten. Die Darstellung von rechtsextremistischer Gefahr ist entsprechend der ähnlichen Kategorien bei den Themen und Bezugnahmen am häufigsten bei den Parteilosen mit 9,5% (Initiatoren) und 8,3% (Einbringern) die vermutete politische Intention. Unter den Drucksachen der PDS-Abgeordneten ist das Hinweisen auf den Rechtsextremismus mit 6,8% bei den Initiatoren und 3,7% bei den Einbringern vertreten. Die WASG-Mitglieder weisen auch in dieser Betrachtung mit 0,8% bzw. 2,3% diesem Aspekt die geringste Bedeutung der drei Parteiteile zu.

Auf Initiatorenebene stellt das Aufzeigen von Missständen in allen Parteiteilen (PDS 43,3%; Parteilose 51,1%; WASG 55,1%) die häufigste politische Intention dar. Dies ist für eine Oppositionsfraktion, zu deren wichtigster Aufgabe die Regierungskontrolle zählt, nicht sonderlich erstaunlich. Da es sich bei mit dieser Intention codierten Druck-

---

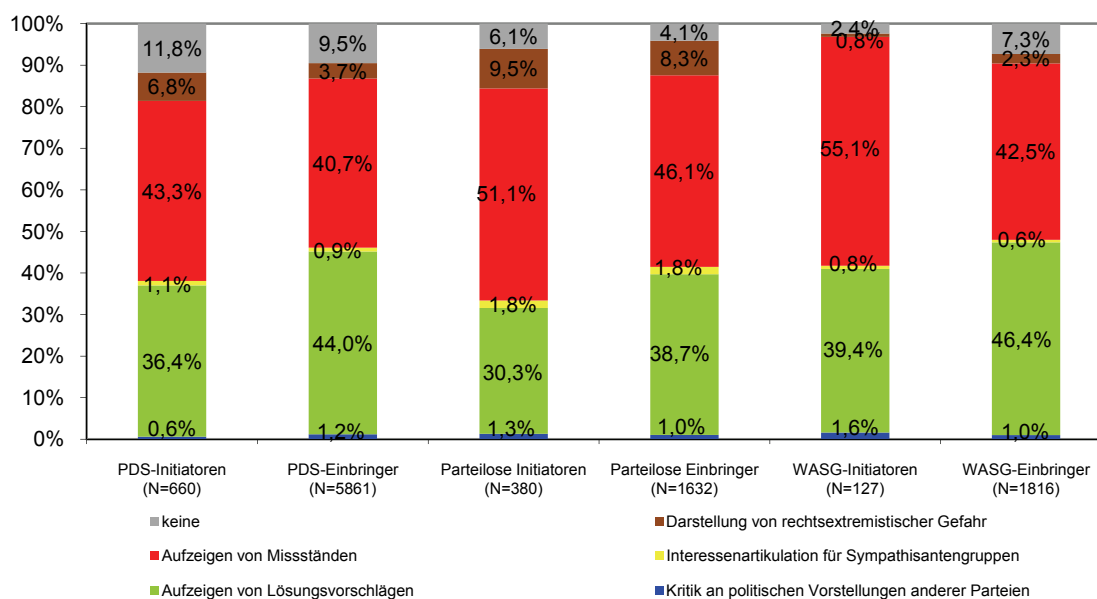
<sup>102</sup> Indirekt sind bei parlamentarischen Vorgängen, die sich beispielsweise mit negativen Folgen der Hartz-IV-Gesetze oder der deutschen Militäreinsätzen befassen, auch immer Kritik an den entsprechenden Entscheidungen der (Vorgänger)Regierungen und der sie tragenden Parteien intendiert. Die Vorwürfe gegenüber anderen Parteien sind hier aber nur als solche codiert worden, wenn die Parteien und deren (Fehl)Entscheidungen explizit genannt wurden und diese die hauptsächlich unterstellte Intention ausmachten.

sachen zu 93,3% und damit überdurchschnittlich häufig um Kleine Anfragen handelt, die im Durchschnitt durch weniger Abgeordnete eingebracht werden, ist in allen Parteien der Anteil auf Einbringerebene (PDS 40,7%; Parteilose 46,1%; WASG 42,5%) etwas niedriger.

Die andere häufig unterstellte politische Intention bildet das Aufzeigen von Lösungsvorschlägen, also quasi das Alternativangebot der Opposition. Auf Initiatorebene liegt hier der Anteil bei der WASG mit 39,4% vor dem der PDS mit 36,4% und den Parteilosen mit 30,3%. Bei diesen Initiativen sind die Anträge (incl. Änderungs- und Entschließungsanträgen) mit 70,6% und die Gesetzesentwürfe mit 5,8% überdurchschnittlich häufig, so dass sich hier aufgrund der hierbei größeren Abgeordnetenbeteiligung auf der Einbringerebene bei allen Parteien höhere Werte ergeben (PDS 44,0%; Parteilose 38,7%; WASG 46,4%). Interessant ist hierbei, dass sich unter den Drucksachen, bei denen als politische Intention das Aufzeigen von Lösungsvorstellungen codiert wurde, insgesamt ein Viertel Kleine Anfragen befinden. Die von Kalke (2001, 110) entwickelte Systematisierung, nach der Kleine Anfragen automatisch der Kontrollfunktion der Opposition zugeordnet werden können, ist somit etwas zu relativieren.

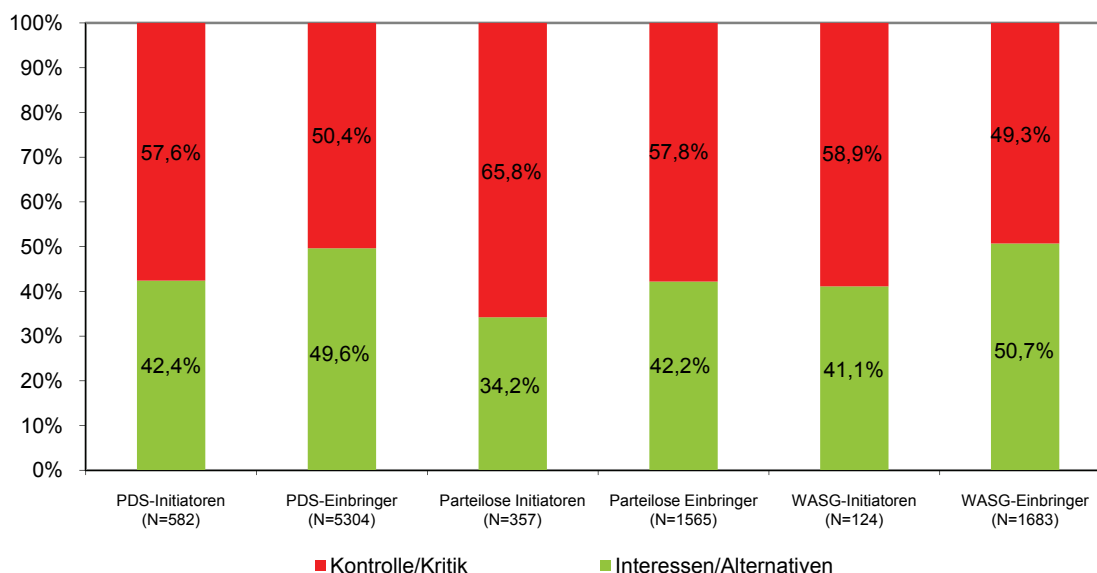
Ein Teil der parlamentarischen Vorgänge ist keiner der fünf Kategorien zuzuordnen, was beispielsweise auf reine funktionale Wahlvorschläge oder Kleine Anfragen zutrifft, die allein eine Information verlangen, ohne indirekt eine andere Intention erkennen zu lassen. Bei den PDS-Drucksachen machen diese mit 11,8% (Initiatoren) und 9,5% (Einbringern) einen etwas größeren Anteil aus als bei den Parteilosen- (6,1% bzw. 4,1%) und den WASG-Dokumenten (3,4% bzw. 7,3%).

Diagramm 3.17: Politische Intention nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



Rechnet man die Drucksachen ohne erkennbare politische Intention heraus und gruppiert die Darstellung von rechtsextremistischer Gefahr, die Kritik an anderen Parteien und das Aufzeigen von Missständen zu einer Kontrolle/Kritik-Kategorie einerseits und die Interessenartikulation und das Aufzeigen von Lösungsvorschlägen zu einer Interessen/Alternativen-Kategorie andererseits, so ergibt sich wie im Diagramm 3.18 dargestellt ein übersichtlicheres Bild, welches die unterschiedlichen bzw. ähnlichen Oppositionsrollen der Parteiteile aufzeigt. Trotz der in den vorigen Diagrammen aufgezeigten thematischen Unterschiede zwischen der PDS und WASG zeigt sich bei dieser Zusammenfassung der politischen Intention eine bemerkenswerte nur um einen 1%-Punkt abweichende Übereinstimmung. Auf der Initiatorenebene überwiegt jeweils der Kontrolle/Kritik-Aspekt (57,6% PDS; 58,9% WASG) leicht über der Interessen/Alternativen-Kategorie (42,4% PDS; 41,1% WASG). Auf der Einbringerebene stellt sich das Verhältnis von Kontrolle/Kritik zu Interessen/Alternativen mit 50,4% zu 49,6% bei der PDS und 49,3% zu 50,7% bei der WASG nahezu identisch dar. Bei den Parteilosen nimmt die Kontrolle und Kritik gegenüber der Regierung bzw. den diese tragenden Parteien mit 65,8% bzw. 57,8% auf beiden Ebenen einen etwas größeren Raum ein. Entsprechend geringer ist die Kategorie Interessen/Alternativen mit 34,2% bzw. 42,2% vertreten.

Diagramm 3.18: Politische Intention zusammengefasst in zwei Kategorien nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern



### 3.11. Zusammenarbeit in der Fraktion zwischen den Abgeordneten

Bei der Darstellung der Themengebiete (Kapitel 3.6) ist bereits deutlich geworden, dass es weder eine absolute Arbeitsteilung noch eine vollkommene Gleichgewichtung



der Themengebiete in den drei Fraktionsteilen gibt. In diesem Kapitel wird die Zusammenarbeit der Abgeordneten beim Einbringen der Drucksachen über die früheren Parteigrenzen hinweg analysiert. Hierbei ist von besonderem Interesse inwieweit es (noch) überwiegend separate Initiativen der Untergruppen innerhalb der Fraktion gibt oder ob sich schon eine relativ einheitliche Fraktion gebildet hat, in der die Parteiherkunft keine besondere Hürde mehr für gemeinsame Aktivitäten bedeutet. Im Diagramm 3.19 sind daher die parlamentarischen Vorgänge nach der Konstellation der namentlich genannten Abgeordneten gruppiert. Zu beachten ist hierbei, dass die PDS mit 31 Abgeordneten deutlich stärker vertreten ist als die WASG mit 12 und die Parteilosen mit 11 Abgeordneten. Dementsprechend weist die Hälfte (51,8%) der Dokumente auch eine relative Mehrheit an PDS-Abgeordneten aus. Jede zehnte Drucksache wird nur von diesen ohne Beteiligung von Vertretern der WASG oder der Parteilosen eingebracht. Bei diesen „Nur-PDS-Drucksachen“ handelt es sich nicht, wie hätte vermutet werden können, um nur von wenigen, quasi zufällig aus der PDS kommenden, Abgeordneten eingebrachten Vorgängen. Es zeigt sich nämlich, dass für 54,2% dieser Dokumente ein Dutzend oder mehr Parlamentarier der PDS verantwortlich zeichnen. Thematisch sind bei den „Nur-PDS-Drucksachen“ die Umweltpolitik (23,3%) und der Themenbereich Bau und Verkehr (20,0%) weit überdurchschnittlich vertreten. Zudem besitzt die unterhalb der Bundesebene befindliche Politikebene (Bundesländer, Regionen und Kommunen) im Vergleich zu allen Vorgängen mit 20,8% einen größeren Anteil.

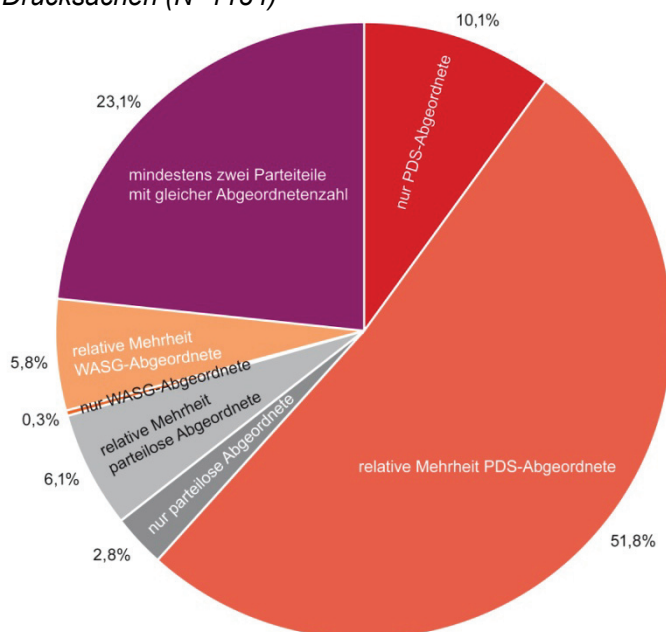
2,8% der Drucksachen werden nur von Parteilosen eingebracht, bei weiteren 6,1% besitzen diese eine relative Mehrheit. Abgesehen von einem Vorgang handelt es sich bei den „Nur-Parteilosen-Drucksachen“ nur um die Kategorien Internationales (24,2%), Innere Sicherheit (39,5%) und Ausländerpolitik (33,3%).

Die WASG-Abgeordneten bringen so gut wie gar keine (0,3%) Drucksachen ohne die Mitarbeit von Parlamentariern der anderen Fraktionsteile ein. Bei immerhin 5,8% stellen diese jedoch eine relative Mehrheit der namentlich genannten Einbringer.

Bei fast einem Viertel der Vorgänge besteht aufgrund von gleich vielen Einbringern von zwei Gruppen keine Dominanz eines Parteiteils.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass nur etwa ein Achtel (13,2%) separat von einer Parteigruppe eingebracht wird. Angesichts der Tatsache, dass solche alleinigen Initiativen auch bei anderen sich zufällig bildenden drei Gruppen entstehen würden, kann die Integration der beiden Parteien und der Parteilosen in der Fraktion als relativ gelungen gelten.

Diagramm 3.19: *Beteiligung von Abgeordneten der drei Parteiteile an der Einbringung von Drucksachen (N=1184)*



Zu Beginn der Drucksachenuntersuchung ist schon aufgezeigt worden, dass im Vergleich zur Abgeordnetenanzahl die Parteilosen über- und die WASG unterdurchschnittlich häufig als Erstgenannte Person für das Einbringen verantwortlich gemacht werden können. In der Tabelle 3.2 ist die Aktivität beim Initiieren und allgemeinen Einbringen von parlamentarischen Vorgängen für die einzelnen Abgeordneten aufgeschlüsselt. Während sich die mittlere Spalte auf annähernd 100% summiert,<sup>103</sup> ergibt sich für die rechte Spalte entsprechend der durchschnittlich fast acht Abgeordneten pro Dokument eine Summe von 786,3%.

Die Parteilosen stehen durchschnittlich am häufigsten an erster Stelle der namentlich genannten Abgeordneten. Jeweils 2,9% aller Drucksachen der Fraktion werden durchschnittlich von einem Mitglied dieser Gruppe initiiert. Diese Spitzenposition würden sie auch bei Herausrechnung der außerordentlich aktiven Ulla Jelpke (12,8%) mit 1,9% knapp behaupten. Neben Jelpke sind auch Nele Hirsch<sup>104</sup> (6,3%) und Sevim Dagdelen (3,5%) relativ aktiv, während vier parteilose Abgeordnete weniger als 1% der Initiativen initiieren. Auf der Einbringerebene sind die Parteilosen durchschnittlich an jeder achten Drucksache beteiligt, wobei sie damit leicht unter dem Durchschnitt der anderen beiden Parteigruppen liegen. Mit Werten zwischen 5,0% (Lukrezia Jochimsen) und 28,2% (UI-

<sup>103</sup> Die fehlenden 1,5% erklären sich durch die Tatsache, dass diese Drucksachen, zumeist Wahlvorschläge oder Gesetzesentwürfe, nur von der Fraktion ohne namentlich genannte Abgeordnete eingebracht werden.

<sup>104</sup> Es sei an dieser Stelle noch mal darauf hingewiesen, dass wie oben beschrieben sich die Zuordnung der Personen zu den Parteilosen auf den Mitgliedsstatus am 31.12.2004 bezieht. Im Rahmen des sich abzeichnenden Parteineubildungsprozesses traten einige Bundestagskandidaten/-abgeordneten kurz vor nach der Wahl in die PDS und/oder WASG ein. Da diese aber in den Jahren zuvor als Parteilose aktiv waren, sind diese plausibler dieser Gruppe zuzuordnen.

la Jelpke) besteht wie auch bei den Initiatoren eine relativ große Bandbreite der Aktivität.

Die Abgeordneten der PDS initiieren durchschnittlich 1,7% der Drucksachen der Fraktion. Angeführt wird die Liste von Petra Pau<sup>105</sup> (5,6%), Barbara Höll (4,0%) und Paul Schäfer (3,5%). Am anderen Ende finden sich zehn Abgeordnete der PDS, die unter 1% der parlamentarischen Vorgänge initiieren. Hierunter sind mit Gregor Gysi (0,8%) und Dietmar Bartsch (0,8%) zwei der prominentesten Politiker der Linken. Wie sich auch anhand der unterdurchschnittlich häufig drucksachenverantwortlichen Lothar Bisky (1,3%) und Oskar Lafontaine (0,3%) zeigt, gibt es eine generelle Tendenz, dass prominentere Politiker seltener zu dem Mittel der Drucksache greifen. Dies dürfte zum einen in dem im Vergleich zu „einfachen“ Abgeordneten noch etwas größeren Termindruck und zum anderen in den alternativen Möglichkeiten der öffentlichkeitswirksamen Thematisierungen von Anliegen in den Medien durch diese Spitzenpolitiker liegen. Mit Ausnahme von Bisky (12,2%) liegen diese bei der Einbringerebene jedoch deutlich über dem jeweiligen Gruppenschnitt.<sup>106</sup> Insgesamt beteiligen sich die PDS-Abgeordneten mit 15,5% im Durchschnitt etwa 3%-Punkte häufiger an parlamentarischen Vorgängen als die Abgeordneten der anderen Parteiteile. Die Schwankungsbreite, wenn man den Vorfall um Gert Winkelmeier<sup>107</sup> einmal ausnimmt, von 4,0% (Dagmar Enkelmann) bis 28,2% (Katrin Kunert) bewegt sich auf dem gleichen hohen Niveau, wie bei den Parteilosen.

Die WASG-Abgeordneten können, was das Initiieren von Drucksachen anbelangt, mit durchschnittlich 0,9% als der passivste Teil der Fraktion angesehen werden. Dieses ist bis auf Klaus Ernst, der als einziger mit 2,4% über dem Durchschnitt aller Abgeordneten von 1,8% liegt, auf alle WASG-Mitglieder im Bundestag zurückzuführen. Beim Einbringen der Drucksachen beteiligen sie sich mit durchschnittlich 12,8% aber auf demselben Niveau wie deren parteilose Kollegen. Die Beteiligungsquoten liegen auch in diesem Parteiteil mit Werten von 2,4% (Ulrich Maurer) bis 22,2% (Oskar Lafontaine) hierbei weit auseinander.

---

<sup>105</sup> Deren Spitzenposition bedingt sich jedoch zu einem wesentlichen Teil aus den inhaltsgleichen „Abo-Drucksachen“ zum Rechtsextremismus (s.o.). Ohne diese läge ihr Anteil nämlich nur bei 2,9%.

<sup>106</sup> Es kann vermutet werden, dass sich diese überdurchschnittlich hohe einfache Beteiligung auf die Tatsache zurückführen lässt, dass andere Initiatoren zur Aufwertung ihrer parlamentarischen Vorgänge häufiger bei diesen Spitzenpolitikern als bei anderen Abgeordneten um Unterstützung nachfragen.

<sup>107</sup> Aufgrund von Vorwürfen der Steuerhinterziehung und der Vermietung von Räumlichkeiten an Prostituierte trat Winkelmeier am 13.02.2006 aus der Fraktion aus (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,400692,00.html>); zuletzt: 18.12.2008). Nach weiter bestehender Mitgliedschaft in der Partei scheiterte der Versuch der Rückkehr in die Fraktion im November 2008 (<http://www.spiegel.de/dertag/pda/avantgo/artikel/0,1958,591939,00.html>); zuletzt: 18.12.2008).

Tabelle 3.2: Aktivität der Abgeordneten beim Einbringen von Drucksachen (N=1184)

<b>Abgeordnete</b>	<b>Drucksachen initiiert</b>	<b>Drucksachen eingebracht</b>
Petra Pau	5,6%	20,4%
Dr. Barbara Höll	4,0%	19,8%
Paul Schäfer	3,5%	12,9%
Katja Kipping	3,0%	18,0%
Jan Korte	3,0%	20,1%
Dr. Ilja Seifert	3,0%	23,8%
Ulla Lötzer	2,9%	12,8%
Eva Bulling-Schröter	2,4%	18,2%
Dr. Kirsten Tackmann	2,3%	26,0%
Dr. Gesine Lötzsch	2,2%	23,7%
Kornelia Möller	2,0%	13,3%
Heidrun Bluhm	1,9%	18,0%
Katrin Kunert	1,9%	28,2%
Bodo Ramelow	1,6%	4,1%
Diana Golze	1,5%	12,7%
Dr. Dagmar Enkelmann	1,4%	4,0%
Lutz Heilmann	1,4%	17,8%
Hans-Kurt Hill	1,4%	17,6%
Dr. Petra Sitte	1,4%	12,0%
Jörn Wunderlich	1,4%	14,8%
Dr. Lothar Bisky	1,3%	12,2%
Roland Claus	0,9%	19,3%
Dorothee Menzner	0,9%	18,2%
Dr. Dietmar Bartsch	0,8%	18,8%
Dr. Martina Bunge	0,8%	11,8%
Wolfgang Gehrcke	0,8%	10,1%
Dr. Gregor Gysi	0,8%	21,6%
Michael Leutert	0,6%	23,1%
Kersten Naumann	0,6%	14,1%
Dr. Diether Dehm	0,5%	7,3%
Gert Winkelmeier	0,0%	0,5%
<b>Durchschnitt PDS-Abgeordnete</b>	<b>1,7%</b>	<b>15,5%</b>
Ulla Jelpke	12,8%	28,2%
Nele Hirsch	6,3%	12,7%
Sevim Dagdelen	3,5%	18,0%
Sabine Zimmermann	2,3%	11,4%
Heike Hänsel	2,1%	11,7%

Frank Spieth	1,4%	13,0%
Dr. Norman Paech	1,0%	8,9%
Dr. Lukrezia Jochimsen	0,8%	5,0%
Monika Knoche	0,8%	13,2%
Dr. Hakkı Keskin	0,5%	9,1%
Wolfgang Nešković	0,5%	6,8%
Durchschnitt parteilose Abgeordnete	2,9%	12,5%
Klaus Ernst	2,4%	16,7%
Volker Schneider	1,6%	20,0%
Werner Dreibus	1,4%	9,3%
Dr. Herbert Schui	1,2%	7,7%
Dr. Axel Troost	0,9%	12,5%
Hüseyin Aydin	0,8%	9,0%
Karin Binder	0,7%	17,7%
Inge Höger	0,6%	12,5%
Ulrich Maurer	0,5%	2,4%
Oskar Lafontaine	0,3%	22,2%
Elke Reinke	0,3%	14,1%
Alexander Ulrich	0,0%	9,0%
Durchschnitt WASG-Abgeordnete	0,9%	12,8%

Wie anhand der bisherigen Auswertung deutlich wurde, kann nicht von einer prinzipiell geteilten Fraktion gesprochen werden. Wie stellt sich jedoch das Verhältnis von einzelnen Abgeordneten zueinander dar? Agieren diese bevorzugt mit Kollegen aus der gleichen Gruppe oder spielt die Parteiherkunft bei der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit keine besondere Rolle mehr? In der Datenmatrix im Anhang (1) ist jeweils für jedes Mitglied der Fraktion aufgelistet, in welchem Ausmaß es an den von anderen Abgeordneten mit eingebrachten Drucksachen beteiligt ist. Auf die 2862 Werte dieser Kreuztabelle kann und soll hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Neben Abgeordnetenpaaren, die nur ganz vereinzelt gemeinsam auf Dokumenten stehen, gibt es auch solche, die so gut wie immer zusammen an der Einbringung von Drucksachen beteiligt sind, was primär auf gleiche Themenschwerpunkte zurückzuführen sein dürfte. Solche Themenüberschneidungen bestehen jedoch sowohl zwischen als auch innerhalb der drei Parteigruppen. Interessant ist aber, ob und wenn ja inwieweit die Abgeordneten in Summe häufiger mit Kollegen mit der gleichen bzw. ebenfalls ohne Parteiherkunft zusammen arbeiten. In der Tabelle 3.3 sind daher die durchschnittlichen Einbringungsbeteiligungen nach den drei Untergruppen der Fraktion dargestellt. Für

die PDS zeigt sich in der Tat, dass ihre Abgeordneten durchschnittlich zu 26,1% an den eingebrachten Vorgängen ihrer alten Parteigenossen beteiligt sind, aber auf den von den WASG- (17,2%) bzw. parteilosen Abgeordneten (19,7%) mit eingebrachten Drucksachen wesentlich seltener erscheinen. Bei den Parteilosen liegen die drei Werte deutlich enger zusammen und zeigen sogar eine leicht gegensätzliche Tendenz auf. Bei den ebenfalls parteilosen Abgeordneten sind diese zu etwa einem Fünftel (20,2%) vertreten, während die Beteiligung an von anderen PDS- (20,9%) und WASG- Abgeordneten (21,5%) eingereichten Dokumenten leicht darüber liegt. In den Reihen der WASG liegt die Kooperationsquote mit den PDS-Abgeordneten (24,0%) auf demselben Niveau wie mit den Parteigenossen aus der WASG (23,8%). Die Parteilosen erfahren mit 21,5% nur eine leicht niedrigere Beachtung. Insgesamt zeigt sich auch aus dieser Perspektive kein allgemeines Lagerdenken innerhalb der Fraktion. Dies gilt vor allem für die Parteilosen und die WASG-Mitglieder in der Bundestagsfraktion. Unter den Vertretern der PDS kann noch eine etwas engere Verbindung festgestellt werden, was wohl nicht zuletzt auch auf die unter einigen Abgeordneten teilweise schon seit Jahren gemeinsame Aktivität in- und außerhalb von Parlamenten zurückzuführen sein dürfte.

*Tabelle 3.3: Durchschnittliche Beteiligung von Abgeordneten an Einbringungen anderer Fraktionsmitglieder nach Parteiteilen*

	an Drucksachen- aktivitäten von PDS- Abgeordneten	an Drucksachen- aktivitäten von parteilosen Abgeordneten	an Drucksachen- aktivitäten von WASG- Abgeordneten
Durchschnittliche Einbringungs- beteiligung von PDS- Abgeordneten	26,1%	17,2%	19,7%
Durchschnittliche Einbringungs- beteiligung von parteilosen Abgeordneten	20,9%	20,2%	21,5%
Durchschnittliche Einbringungs- beteiligung von WASG- Abgeordneten	24,0%	21,5%	23,8%

## 4. Zwei Basislager, eine Expedition, gleiche Motivation? Zur Einstellung der Mitglieder von PDS und WASG

### 4.1. Methodisches Vorgehen bei der Mitgliederbefragung

Zur Ermittlung der Einstellung der Parteimitglieder an der Basis ist das Erhebungsinstrument der schriftlichen Befragung gewählt worden. Neben geschlossenen und offenen Fragen zur Fusion selbst wurde auch nach der Gewichtung von Politikbereichen, der Einstellung zu politischen bzw. historischen Aussagen, der Bewertung einzelner Politiker der Partei, der Einstellung zu Regierungsbeteiligungen, dem Oppositionsverständnis, den Beziehungen zu (neuen) sozialen Bewegungen, der Motivation zur Parteimitgliedschaft und der Aktivität in der Partei gefragt. Bei der Entwicklung des Fragebogens (siehe Anhang 2) konnte in den Bereichen der Bewertung von Spitzenpolitikern (Forschungsgruppe Wahlen +5 bis -5) und der Motivation für die Parteimitgliedschaft auf bewährte Erhebungsinstrumente zurückgegriffen werden. Bei einzelnen Fragen zur Demokratiezufriedenheit wurde zur Vergleichbarkeit dieselbe Fragestellung wie bei früheren Studien über die PDS gewählt (Neu 2004). Der Großteil des sechsseitigen Fragebogens musste aber aufgrund der speziellen Fusionssituation neu erarbeitet werden.<sup>108</sup>

Da ein direkter Versand an die einzelnen Parteimitglieder aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht durchführbar gewesen wäre, erfolgte die Verteilung und Einsammlung der Bögen durch die Vorstände oder andere Aktive auf Veranstaltungen der Kreis- bzw. Stadtverbandsebene. Telefonisch wurden zunächst zwischen Mitte Mai 2007 und Mitte Juli 2007 die auf den Internetseiten der Kreis- bzw. Landesebene zu findenden Ansprechpartner der Kreisverbände um Teilnahme gebeten. Zur Vermeidung von Doppelbefragungen einzelner Mitglieder wurde in den Kreisverbänden, in denen de facto noch beide Parteien bestanden, die Befragung nach einer zufälligen Auswahl nur über eine der beiden abgewickelt. Die zeitlich aufwendigere, telefonische Ansprache wurde zum einen gewählt, um auf Rückfragen und Vorbehalte<sup>109</sup> direkt eingehen zu können, und zum anderen, um die von Kreis zu Kreis sehr stark schwankende Anzahl der zur nächsten Veranstaltung erwarteten Mitglieder zu erfragen. Nach Zusage der Unterstützung wurde die entsprechende Anzahl der Fragebögen zusam-

---

<sup>108</sup> Die Darstellung der einzelnen Operationalisierungen der Fragestellungen erfolgt im Ergebnissteil.

<sup>109</sup> Wie sich bei den Telefonaten gezeigt hat, existierten diese nur sehr vereinzelt. Am häufigsten wurde interessanter Weise die Sorge geäußert, der Verfassungsschutz könnte Urheber der Befragung sein.

men mit einem erklärenden Begleitschreiben und einem adressierten und frankierten Rückumschlag an die entsprechenden Kreisverbände versandt. Die Bereitschaft zur Teilnahme war erstaunlich hoch. Nur vereinzelt wurde aus Krankheitsgründen oder organisatorischer Überlastung eine Teilnahme schon am Telefon abgelehnt. In zwei Fällen wurde diese aufgrund der bewusst nicht erfolgten Abstimmung mit den Landesverbänden verweigert. Wurden die zuständigen Personen auf der Kreisebene auch beim vierten Versuch telefonisch nicht erreicht, so wurde der jeweilige Kreisverband in der Untersuchung nicht weiter berücksichtigt, da ein weiteres telefonisches oder schriftliches Nachfragen aus Zeitgründen nicht umzusetzen gewesen wäre.

Insgesamt wurden an 241 Kreis- und Stadtverbände (KVs) 10.017 Fragebögen versandt, wobei zu beachten ist, dass bei der Kalkulation der je Kreis zu versendenden Bögen die Anzahl immer optimistisch hoch angesetzt wurde. Bei Sendungen aus 102 KVs wurde auf Kreisebene eine Rücklaufquote von 42,3% erreicht.<sup>110</sup> Die Anzahl der je KV beantworteten Bögen liegt zwischen 1 und 59. Diese große Bandbreite lässt sich jedoch nicht primär auf unterschiedliche Beteiligungsmotivationen in den Kreisen zurückführen, sondern ist vielmehr vor dem Hintergrund der Heterogenität der KVs (Mitgliederzahl und Organisationsgrad) zu sehen. Insgesamt gingen 1446 ausgefüllte Fragebögen aus allen 16 Bundesländern ein.

Die Gruppe der Befragten verteilt sich mit 33,3% aus den alten und 63,1% aus den neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) bis auf wenige Prozentpunkte proportional zu den Mitgliederzahlen der Partei. Per 31.12.2007 waren nämlich 28,9% der Mitglieder in westdeutschen und 58,4% in ostdeutschen Landesverbänden organisiert. Der leicht überdurchschnittlich hohe Anteil der neuen Bundesländer lässt sich auch auf den – zumindest auf Seiten der früheren PDS – erheblich höheren Organisationsgrad im Osten zurückführen. Die Berliner Mitgliedschaft (12,7% Anteil an allen Mitgliedern der Partei) ist in der Befragung mit 3,9% deutlich unterrepräsentiert.<sup>111</sup> Wie der Tabelle 4.1 zu entnehmen ist, stellt sich die Verteilung in den anderen Bundesländern erheblich repräsentativer dar. Die verhältnismäßig zweitgrößte Abweichung ergibt sich für den Landesverband Hamburg, welcher mit 3,8% der Befragungsteilnehmer weit über dem

---

<sup>110</sup> Auf Nachfrage per Telefon und E-Mail bei den KVs, die trotz anfänglicher Zusage keine Befragungen durchführten, wurde oft auf die eigene organisatorische Überlastung, die umfangreiche Tagesordnung bei den Sitzungen und fehlende Zeit bei den Veranstaltungen verwiesen. Vereinzelt wurde auch die zu kritische Gestaltung des Fragebogens als Argument der Nichtteilnahme genannt.

<sup>111</sup> Eine mögliche Erklärung hierfür liegt darin, dass in einigen Berliner Bezirksverbänden nach den deutlichen Verlusten bei der Abgeordnetenhauswahl am 17.09.2006 eigene ausführliche Mitgliederbefragungen durchgeführt wurden und die Motivation zu einer weiteren Umfrage daher gering gewesen sein könnte.



Anteil der Hanseaten an allen Mitgliedern von 1,4% liegt.<sup>112</sup> Da die Herkunft aus den einzelnen Bundesländern nur in einigen Untersuchungspunkten dieser Arbeit relevant ist und die für die Partei „Die Linke.“ wesentliche Verteilung nach ost- und westdeutschen Bundesländern annähernd repräsentativ ist, erscheint die Stichprobe unter geographischen Gesichtspunkten akzeptabel. Die diesbezügliche Darstellung und Bewertung der Stichprobe anhand soziodemographischer Angaben wird zu Beginn des folgenden Unterkapitels erfolgen.

Eine der Methode geschuldete Einschränkung der Repräsentativität muss jedoch zuvor noch festgehalten werden. Dadurch, dass die Befragungen auf Veranstaltungen der Partei(en) durchgeführt wurden, sind stark passive Mitglieder gar nicht und sehr aktive mit größerer Wahrscheinlichkeit in der Stichprobe vertreten. Diese Selektion hätte nur durch ein direktes Anschreiben der einzelnen Mitglieder umgangen werden können, was zum einen extrem hohe Geldmittel (Porto) und zum anderen eine hohe Kooperationsbereitschaft der Partei und eine vorherige – potenziell problematische – Abstimmung des Vorhabens mit der Parteizentrale vorausgesetzt hätte.

Mit der „Auswahl“ der aktiveren Mitgliedschaft durch die gewählte Methode ist jedoch auch der für die weitere Entwicklung der Partei wesentliche Teil Gegenstand dieser Untersuchung. Wenn im Folgenden bei der Darstellung der Ergebnisse von „den Mitgliedern der Partei“ gesprochen wird, so ist der vermutlich auch weit überwiegende Teil gemeint, der potenziell auf Parteiveranstaltungen erreichbar ist. Durch Fragen zur Aktivität in der Partei und der Anzahl der in den letzten zwölf Monaten besuchten Veranstaltungen ist es zudem möglich, differenzierte Aussagen über aktivere und passivere Mitglieder zu treffen.

---

<sup>112</sup> Auch in Hamburg ist der Kontakt zu den Bezirksverbänden telefonisch bzw. auf dem Postweg hergestellt worden, so dass dies nicht auf die Erhebungsmethode zurückgeführt werden kann. Die größere Beteiligung ist eventuell durch eine allgemein höhere Bereitschaft zur Teilnahme an Forschungsprojekten der Universität der eigenen Stadt erklärbar.

Tabelle 4.1: Verteilung der Mitglieder und der Stichprobe auf die Bundesländer

	Verteilung der 71.925 Mitglieder am 31.12.2007	Verteilung der Stichprobe (N=1446)
alte Bundesländer (ohne West-Berlin)	28,9%	33,3%
neue Bundesländer (ohne Ost-Berlin)	58,4%	63,1%
Baden-Württemberg	3,1%	1,7%
Bayern	3,3%	1,9%
Berlin	12,7%	3,9%
Brandenburg	13,0%	16,0%
Bremen	0,6%	1,6%
Hamburg	1,4%	3,8%
Hessen	2,8%	4,6%
Mecklenburg-Vorpommern	8,4%	14,2%
Niedersachsen	3,6%	3,5%
Nordrhein-Westfalen	8,2%	9,3%
Rheinland-Pfalz	2,0%	3,4%
Saarland	2,7%	1,6%
Sachsen	18,5%	12,4%
Sachsen-Anhalt	8,6%	9,4%
Schleswig-Holstein	1,1%	2,1%
Thüringen	9,8%	10,7%

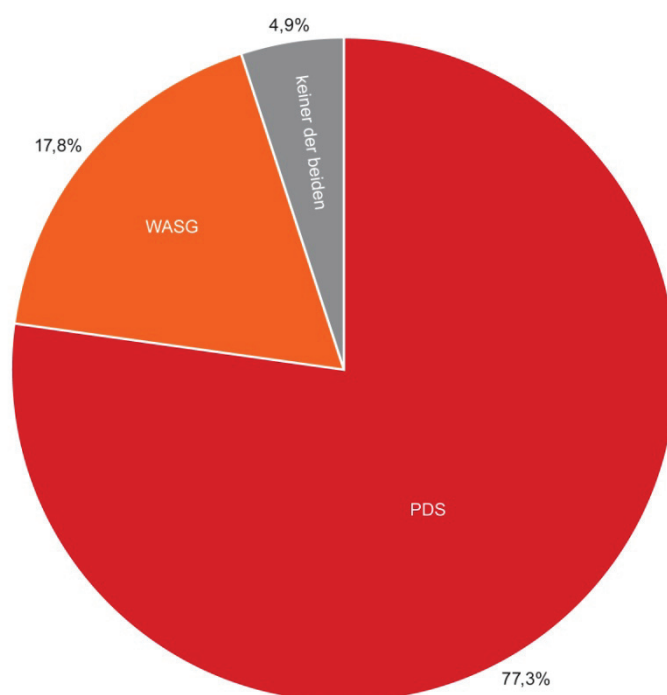
#### 4.2. Soziodemographische Verteilung der Stichprobe

Betrachtet man zunächst die Herkunft der Parteimitglieder (Diagramm 4.1), so zeigt sich, dass die PDS-Mitglieder in der Stichprobe mit 77,3% dominant vertreten sind. Dies spiegelt auch in etwa die Situation in der Partei wider, in der je nach Stichtag, die PDS sogar noch eine etwas größere quantitative Dominanz inne hatte. Entsprechend sind die WASG-Mitglieder mit 17,8% leicht überrepräsentiert.<sup>113</sup> Dies lässt sich wohl auch auf eine im Durchschnitt höhere Aktivität der meist jüngeren WASG-Mitglieder zurückführen, die sich zudem anders als viele PDS-Mitglieder erst vor kurzem dazu entschlossen haben, dieser neuen Partei beizutreten. Der relativ hohe Anteil derer (fast 5%), die angaben, aus „keiner der beiden“ Parteihälften zu kommen, ist nicht, wie wo-

<sup>113</sup> Die Berechnung exakter Vergleichszahlen gestaltet sich schwierig, da zum einen die Mitgliederentwicklung in neuen Parteien wie der WASG großer Fluktuation unterliegt und zum anderen durch die Zulässigkeit von Doppelmitgliedschaften. Laut den Rechenschaftsberichten hatte jeweils zum 31.12.2006 die Linkspartei.PDS 60.338 (87,1%) und die WASG 8.944 (12,9%). Inwiefern die von der WASG im März 2007 gemeldeten 11.600 Mitglieder der WASG, was 16,1% an der neuen Mitgliedschaft entsprechen würde, der Realität entsprechen, bleibt zweifelhaft.

möglich zu erwarten gewesen wäre, auf Zugänge im Rahmen der Fusion aus der DKP oder anderen linken Splitterparteien zurückzuführen, da diese in dieser Untergruppe nur zwei Personen ausmachten.<sup>114</sup> An dieser Zahl ist vielmehr die weiterhin für die Partei positive Mitgliederdynamik abzulesen. Wie der Angabe nach dem Eintrittsjahr zu entnehmen ist, sind diese Mitglieder nämlich überwiegend erst im Jahr 2007 eingetreten, also somit in die schon fusionierte bzw. eventuell als schon fusioniert empfundene Partei.

Diagramm 4.1: Herkunft der Parteimitglieder (N=1407)



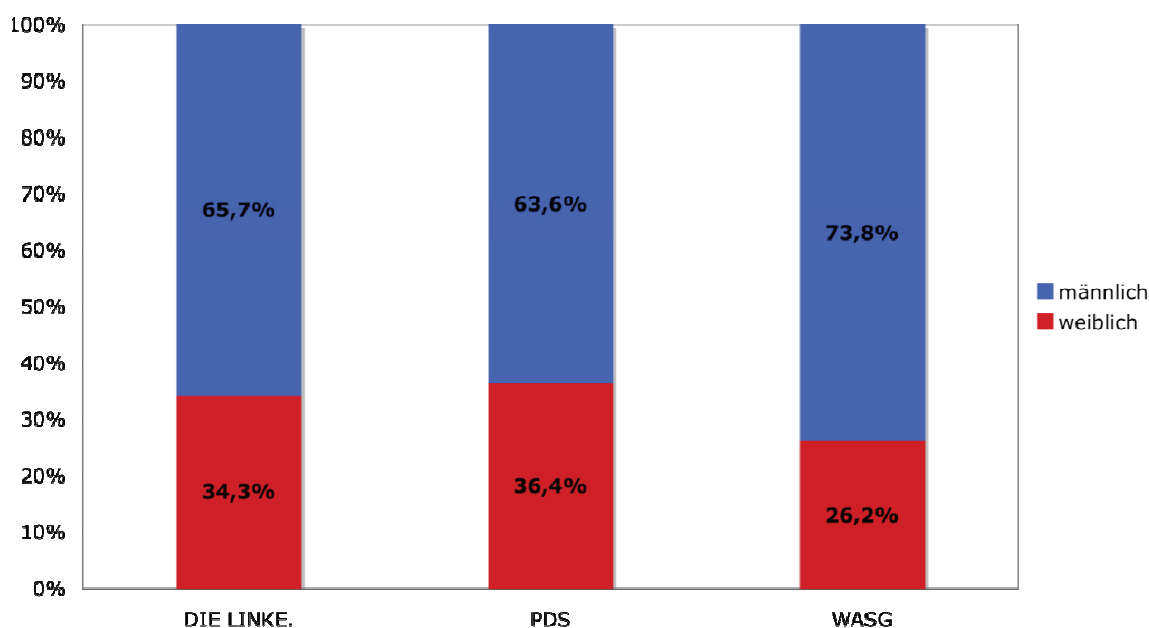
In den folgenden Diagrammen werden die soziodemographischen Angaben jeweils für die gesamte Stichprobe der fusionierten Partei, als auch jeweils für die beiden Parteivorgänger dargestellt. Im Diagramm 4.2 zeigt sich in der linken Säule, dass 65,7% der befragten Mitglieder männlich und 34,3% weiblich sind. Der Frauenanteil liegt demnach in der Stichprobe leicht unter den von der Partei für Ende 2007 angegebenen 39,2% (Niedermayer 2008, 3). Ebenso liegt in der Teilgruppe der aus der PDS kommenden Mitglieder (2. Säule im Diagramm 4.2) der weibliche Anteil mit 36,4% unter dem der Linkspartei.PDS zum 31.12.2006 mit 44,4% (ebd.). Bei den früheren WASG-Mitgliedern dieser Untersuchung (3. Säule im Diagramm 4.2) sind nur 26,2% weiblichen Geschlechts. Mit 22% lag der Frauenanteil in der gesamten WASG in etwa auf diesem Niveau (Micus 2007, 215).

Perspektivisch tut sich in dieser „männlichen Entwicklung“ der Mitgliedschaft ein Pro-

<sup>114</sup> Wie noch gezeigt werden wird, waren in der Vergangenheit insgesamt deutlich mehr Mitglieder der Linken zuvor in der DKP, nur gingen diese den Weg über die PDS oder WASG.

blem auf. Denn nicht ohne stolzen Unterton haben die frühere (Linkspartei.)PDS<sup>115</sup>, wie auch jetzt Die Linke.<sup>116</sup> darauf hingewiesen, dass sie über den größten Frauenanteil aller im Bundestag vertretenen Parteien verfügen.<sup>117</sup> Auf der Website der Linken steht jedoch auch zu lesen: „Der Frauenanteil bei den Eintritten 2007 betrug 25,3 Prozent.“ ([http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen\\_2007/](http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_2007/), zuletzt: 12.03.08). Der mit der Fusion eingeleitete Prozess der Angleichung an die ungleiche Geschlechterverteilung in den deutschen Parteien scheint somit weiter fortzuschreiten.<sup>118</sup>

Diagramm 4.2: Geschlechterverteilung (N=1340)



Noch prägnanter als in der Geschlechterverteilung ist der Unterschied zwischen den beiden Fusionspartnern in der Altersstruktur. Dies offenbart schon ein erster Blick auf das Diagramm 4.3. Während bei den PDS-Mitgliedern über ein Drittel (36,4%) über 70 Jahre alt sind und diese damit quantitativ die stärkste Gruppe bilden, gehören bei den WASG-Mitgliedern dieser Altersgruppe mit 2,4% die wenigsten Mitglieder an. Auch bei den 61-70jährigen ist der Anteil in der PDS mit 20,8% noch doppelt so groß wie der innerhalb der WASG.

Bei den beiden nächst jüngeren Altersdekaden verkehrt sich dieses Verhältnis. Hier

<sup>115</sup> Zum Beispiel in prägnanter Weise auf der Website an folgender Stelle: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/daten/statistiken/frauenanteil/index.htm> (zuletzt: 12.03.08).

<sup>116</sup> Die graphisch aufbereitete Darstellung findet sich unter: <http://die-linke.de/partei/fakten/frauenanteil/> (zuletzt: 12.03.08).

<sup>117</sup> Zum Vergleich die Frauenanteile der anderen Parteien zum 31.12.2007: CDU 25,4%, SPD 30,9%, CSU 18,8%, FDP 22,8% und Grüne 37,3% (Niedermayer 2008, 3).

<sup>118</sup> Die Diskussion um die Frauenquote auf den Parteitag und die Kritik an der männlichen Doppelspitze in der Fraktion und dem Vorstand müssen auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

erreichen die Mitglieder aus der früheren WASG ihre höchsten Werte mit 35,1% (51-60 Jahre) und 27,4% (41-50 Jahre), während diejenigen aus der PDS in diesen mittleren Altersgruppen jeweils prozentual nur etwa halb so stark vertreten sind. Auch in den zwei jüngsten Altersgruppen befindet sich in der Teilgruppe der früheren PDS-Mitglieder nur etwas mehr als jeder Zehnte (10,5%). In der WASG-Mitgliedschaft ist immerhin fast ein Viertel zwischen 18 und 40 Jahre alt.

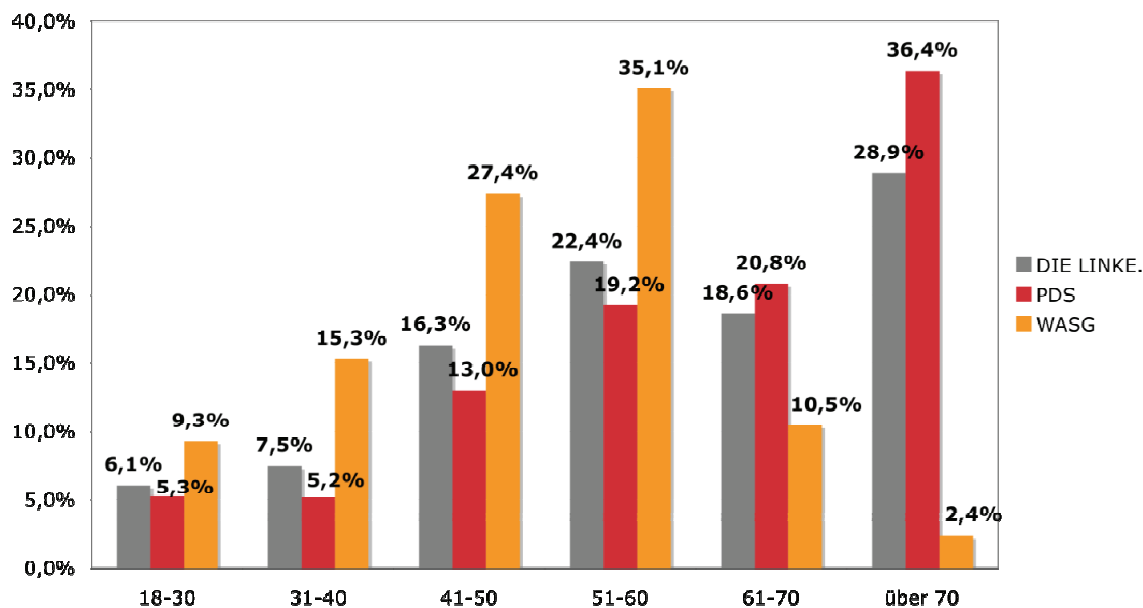
Vergleicht man die Daten für die PDS mit denen von Niedermayer (2008, 4) zum 31.12.2006 (bis 30 Jahre: 3,9%, 31-60 Jahre: 28% und ab 61 Jahre: 68,1%) so zeigt sich, dass die gesamte PDS-Mitgliedschaft noch etwas überalterter ist. Da es sich bei dieser Untersuchungsstichprobe wie oben beschrieben um die auf Parteiveranstaltungen anwesende Mitgliedschaft handelt, scheint es plausibel, dass die älteste Gruppe aus Gesundheits- und Mobilitätsgründen nicht in ihrer ganzen Stärke präsent ist. Für die WASG liegen wenig präzise Daten zur Altersstruktur vor. Micus hat auf Nachfrage bei der Bundesgeschäftsstelle der WASG die Auskunft erhalten: „Drei Fünftel der WASG-Anhänger waren zwischen 40 und 60 Jahren“ (Micus 2007, 215). Dieser Anteil ist nahezu identisch mit den 62,5% der 41-60jährigen in dieser Stichprobe.

Auch wenn sich wegen der Abfrage des Alters in Gruppen kein exaktes Durchschnittsalter errechnen lässt<sup>119</sup>, so kann festgehalten werden, dass die PDS-Mitglieder im Durchschnitt wesentlich älter sind. Auf diesen prägnanten Altersunterschied wird im Rahmen dieser Untersuchung noch häufiger Bezug genommen werden. In der fusionierten Partei gleichen sich die Altersunterschiede ein wenig aus, wobei die zahlenmäßig größere Linkspartei.PDS das Überalterungsproblem, vor allem in den neuen Bundesländern, mit in die neue Partei einbringt.

---

<sup>119</sup> Kalkuliert man in den Altersgruppen jeweils den Mittelwert und nimmt für die über 70jährigen ein anhand der Vergleichszahlen der Gesamtbevölkerung geschätztes Durchschnittsalter von 77,5 Jahren an, so ergibt sich für die PDS-Mitglieder ein Durchschnittsalter von 61,5 Jahren und für die WASG-Mitglieder von 48,3 Jahren.

Diagramm 4.3: Alter der Mitglieder (N=1421)



Wie im Diagramm 4.4 zu sehen ist, verfügen die an der Befragung beteiligten Mitglieder über ein relativ hohes Bildungsniveau.<sup>120</sup> Bei den Mitgliedern der früheren PDS besitzen über die Hälfte einen Hochschulabschluss und auch nach der Fusion mit den WASG-Mitgliedern von denen 38,1% erfolgreich studiert haben, liegt der Akademikergrad in der fusionierten Partei fast bei der Hälfte.

Hinzu kommen in allen drei Gruppen um die 20% Mitglieder, die über ein (Fach)Abitur verfügen. In ähnlicher Größenordnung sind die Mitglieder mit Mittlerer Reife/POS vertreten. Bei der WASG sind die Personen mit einem Volks- bzw. Hauptschulabschluss mit etwa einem Sechstel etwas häufiger als bei der PDS und dementsprechend auch bei der gemeinsamen Partei, in der 12,6% dieser Gruppe angehören.

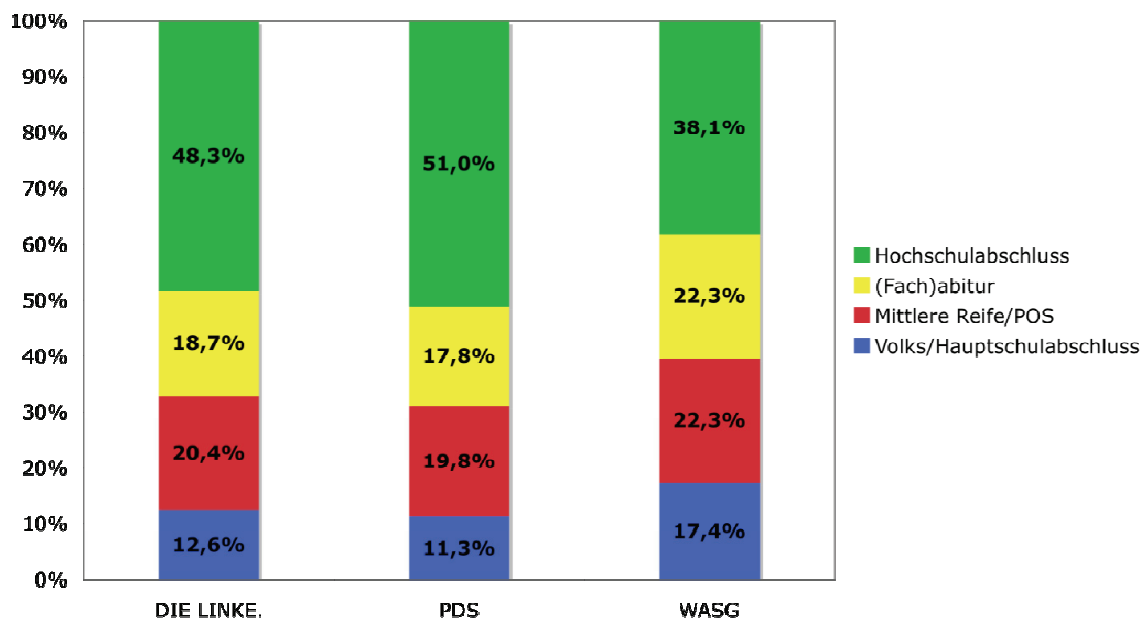
Insgesamt liegt das Bildungsniveau damit erheblich höher als in der Bevölkerung.<sup>121</sup> Interessant ist, dass diese 2007er-Stichprobe für die PDS ein höheres Bildungsniveau aufweist als die Potsdamer Mitgliederstudie aus dem Jahre 2002 (Heinrich/Lübker/Biehl 2002). Demnach besaßen als höchsten Bildungsabschluss 53% einen Hochschulabschluss, 5% Abitur, 10% die Mittlere Reife, 27% einen Hauptschul- und 4% keinen Abschluss. Einen Teil dieser Abweichung kann durch die demographische Entwicklung erklärt werden. Es zeigt sich nämlich, dass in der Gruppe der über

<sup>120</sup> Ein im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hohes formales Bildungsniveau bestätigte sich bereits in zahlreichen einschlägigen Studien (u.a. Greven 1987, 20).

<sup>121</sup> Nach eigenen zusammenführenden Berechnungen auf Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamts hatten in der Bundesrepublik zum 31.12.2006 3,6% keinen Abschluss, 43,6% einen Volks-/Hauptschulabschluss, 28,7% einen Realschul-/POS-Abschluss, 11,6% das (Fach)Abitur und 12,5% einen (Fach)Hochschulabschluss. ([www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Content100/Bildungsabschluss.psm!](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Content100/Bildungsabschluss.psm!); zuletzt: 12.03.08).

70jährigen auch in dieser Studie der Anteil an Mitgliedern mit einem Hauptschulabschluss bei 21,9% liegt. In der fünf Jahre zuvor durchgeführten Potsdamer Untersuchung wird der Anteil der Generationen, in denen der Hauptschulabschluss noch häufiger der höchste Bildungsabschluss war, noch etwas größer gewesen sein.

Diagramm 4.4: Formaler Bildungsabschluss (N=1409)



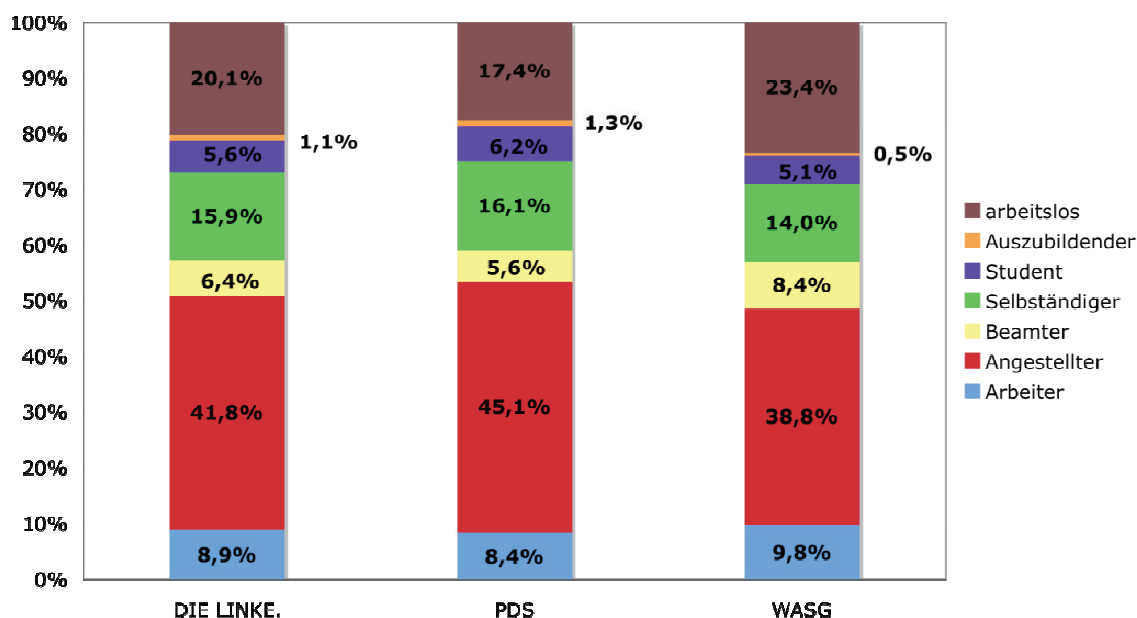
Aufgrund der Altersverteilung (Diagramm 4.3) stellen bei den früheren PDS-Mitgliedern die Rentner mit 57,1% die weit überwiegend größte Gruppe dar. Um einen aussagekräftigeren Vergleich mit der jüngeren WASG-Mitgliedschaft zu ermöglichen, ist im Diagramm 4.5 die Berufsstruktur ohne die Rentner dargestellt. Vergleicht man die Berufsstruktur von Mitgliedern aus der früheren (Linkspartei.)PDS und der WASG, so zeigt sich ein relativ ähnliches Bild. Am häufigsten sind mit 45,1% (PDS) bzw. 38,8% (WASG) die Angestellten vertreten. Die Arbeitslosen sind in beiden Parteigruppen deutlich zahlreicher als in der Bevölkerung und in anderen Parteien<sup>122</sup>. In der WASG stellen diese sogar fast ein Viertel der Mitglieder. Vergegenwärtigt man sich, dass diese Partei in erster Linie aus Protest gegen die Agenda 2010 der SPD gegründet wurde, erscheint es plausibel, dass die Leidtragenden dieser Reform überdurchschnittlich häufig präsent sind. Überraschender ist hingegen, dass die drittstärkste Gruppe sowohl unter den PDS- (16,1%) als auch bei den WASG-Anhängern (14,0%) durch die Selbständigen gebildet wird, die damit im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überre-

<sup>122</sup> Rechnet man aus den Daten der Potsdamer Parteienstudie (Heinrich/Lübker/Biehl 2002), wie hier geschehen, die Rentner heraus, so liegt der Anteil der Arbeitslosen bei allen anderen Bundestagsparteien (CDU 3,2%, CSU 4,5%, FDP 4,1%, Grüne 6,6% und SPD 7,6%) weit unter denen der hier für die Linkspartei.PDS und der WASG ermittelten Werte. Dieser höhere Arbeitslosenanteil wurde in dieser Studie auch für die damalige PDS mit 22,2% gemessen.

präsentiert sind.<sup>123</sup> Als Arbeiter bezeichneten sich in der WASG 9,8% und damit noch etwas mehr als in der Nachfolgerin der Staatspartei des „Arbeiter- und Bauernstaates“ (8,4%). Die Beamten sind besonders im Vergleich zu den Strukturen anderer Parteien, in denen diese häufig mehr als ein Viertel oder ein Drittel ausmachen, mit 5,6% (PDS) bzw. 8,4% (WASG) nur relativ selten Mitglied in einer der beiden Gründungsparteien.<sup>124</sup>

Studenten und Auszubildende machen entsprechend der Altersverteilung (Diagramm 4.3) in den Mitgliedschaften nur einen kleinen Anteil aus. Betrachtet man jedoch nur die Altersgruppe der zwischen 18 und 30 Jahre alten Anhänger, also die Primärklientel für ein Studium, so zeigt sich, dass 57,5% dieser Gruppe derzeit studieren oder bereits einen Hochschulabschluss besitzen.

Diagramm 4.5: Aktueller Berufsstand (ohne Rentner) (N=748)



In dem Diagramm 4.6 zeigt sich der Entstehungshintergrund der WASG, deren Vorgängerorganisationen unter wesentlicher Mitwirkung von Gewerkschaftsfunktionären gegründet wurden (Kapitel 2.2). Mit 58,0% ist weit über die Hälfte aktuell Mitglied in einer Gewerkschaft. In der (Linkspartei.)PDS sind dies etwas über einem Drittel (36,4%), so dass auch in der neuen Linken die Gewerkschaften in der Mitgliedschaft

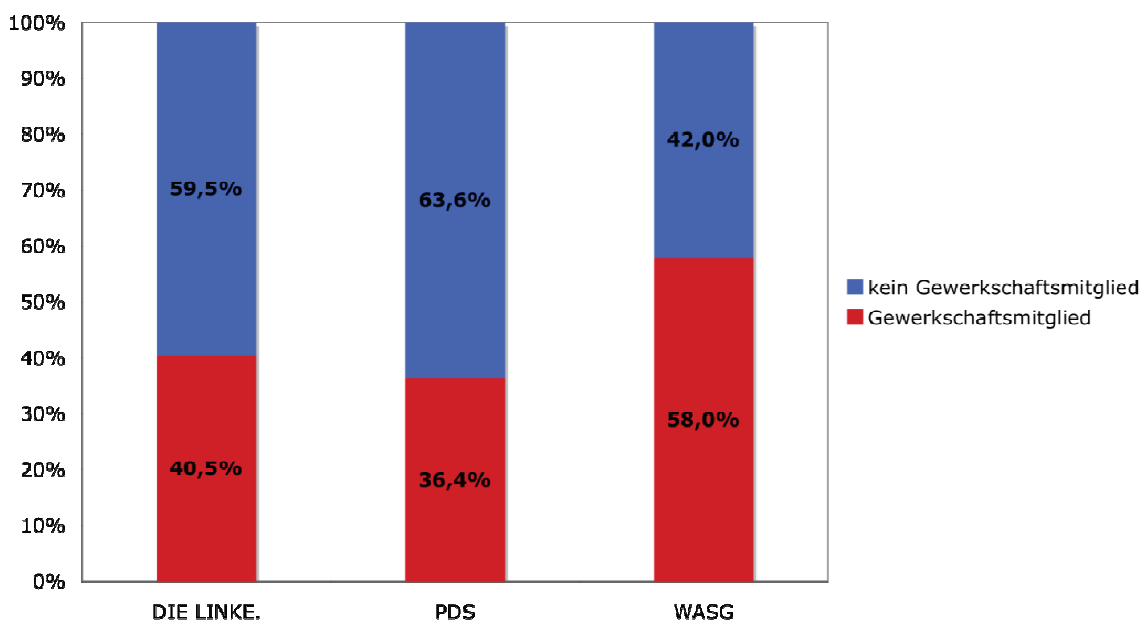
<sup>123</sup> Vergleicht man auch hier wieder mit den Ergebnissen der Potsdamer Studie (Heinrich/Lübker/Biehl 2002) so zeigt sich ein höherer Selbständigenanteil der Mitglieder (ohne Rentner) als bei den Grünen (9,9%) und der SPD (6,2%).

<sup>124</sup> In der Potsdamer Parteienstudie (Heinrich/Lübker/Biehl 2002) ist für die sich noch nicht in Rente befindliche Mitgliedschaft der damaligen PDS sowohl für die Arbeiter mit 14,8% als auch für die Beamten mit 22,2% ein wesentlich höherer Anteil gemessen worden. Inwieweit dies auf unterschiedliche Erhebungsmethoden, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen oder Veränderungen in der Mitgliedschaft zurückzuführen ist, lässt sich ohne weiteres nicht beantworten.



mit 40,5% einen erheblichen Anteil ausmachen.<sup>125</sup> In den alten Bundesländern besitzen die Gewerkschaftsmitglieder mit 59,0% in der neuen Partei sogar eine klare Mehrheit, wobei dies nicht auf der Dominanz der WASG im Westen beruht, da auch in den westlichen Landesverbänden der PDS der Gewerkschafteranteil auf diesem Niveau lag.

Diagramm 4.6: Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (N=1401)



### 4.3. Einstellungen der Mitglieder zur Fusion

Wie unter Kapitel 2.3 beschrieben, ist die Neuwahlankündigung von Schröder und Müntefering ein entscheidender Katalysator bei der Bildung der Partei Die Linke. gewesen. Dementsprechend wurde in der ersten Frage auch nach der Bewertung des darauf folgenden gemeinsamen Wahlantritts gefragt.<sup>126</sup> Im Diagramm 4.7 zeigt sich, dass diese Entscheidung – zumindest in der Rückerinnerung – damals von fast der Hälfte als „absolut“ und von weiteren ca. 40% als „eher positiv“ bewertet wurde. Eine ablehnende Haltung gegen diese Kooperation hatten nur 10%, wobei die absolut negative Einschätzung nur vereinzelt geäußert wurde.

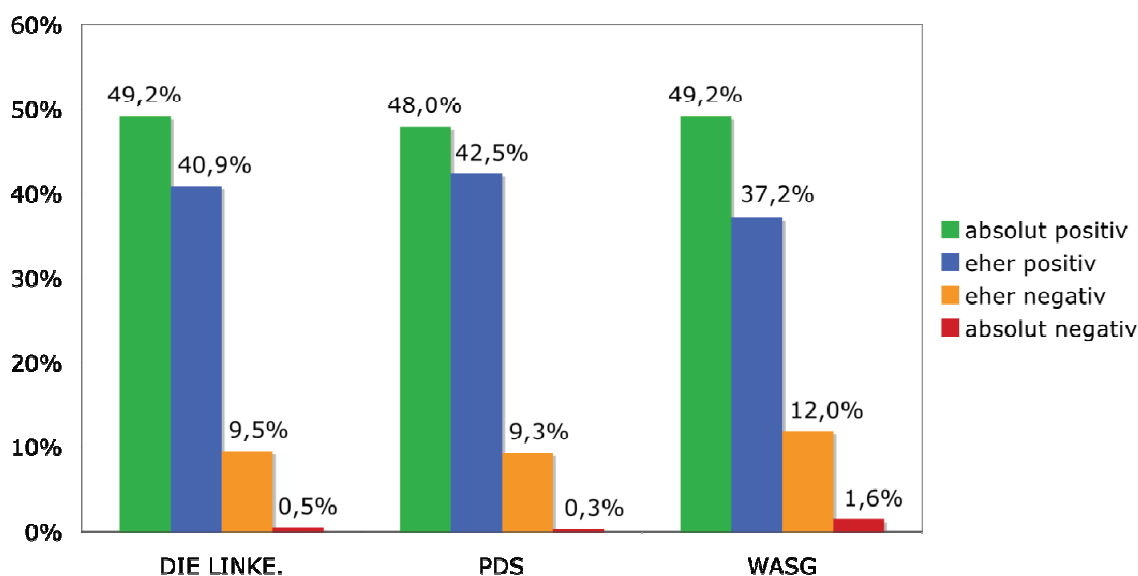
Der Unterschied zwischen den beiden Anhängerschaften liegt bei nur wenigen Prozentpunkten negativerer Einschätzung durch die WASG-Mitglieder. Angesichts von

<sup>125</sup> Dieser Gewerkschafteranteil fällt mit 45,1% für die PDS und 48,6% in der neuen Partei noch deutlicher höher aus, wenn man nur die noch nicht in Rente befindlichen Mitglieder betrachtet.

<sup>126</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Wie war Ihre Einstellung zu einem gemeinsamen Wahlantritt von WASG und PDS in den ersten Wochen nach den NRW-Wahlen und der Neuwahlankündigung für 2005?“.

nicht wenigen kritischen Äußerungen (Kapitel 2.3), hätte man negativere Ergebnisse erwarten können. Wobei natürlich beachtet werden muss, dass die Meinungen eines Teils der damals vehementesten Kritiker, überwiegend aus der WASG, aufgrund von Austritten im Laufe des Fusionsprozesses in diese Studie nicht mehr eingehen. Zudem dürften sich hinter den vier Zehnteln mit einer nur „eher positiven“ Einstellung auch einige Vorbehalte widerspiegeln.

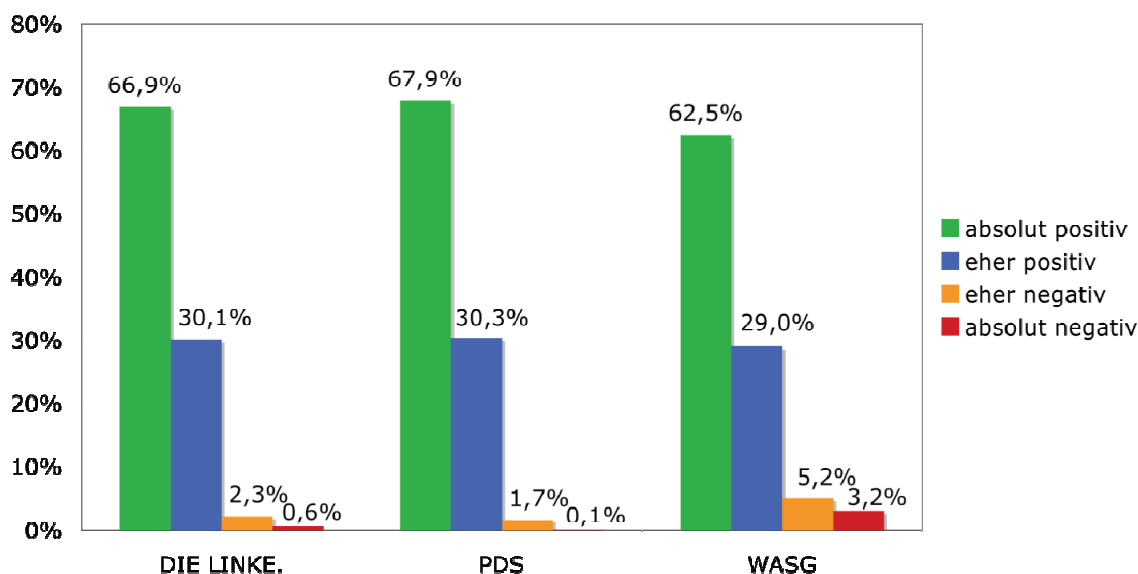
Diagramm 4.7: Einstellungen zum gemeinsamen Wahlantritt nach der Neuwahlankündigung 2005 (N=1417)



Bei der gegenwärtigen Einstellung<sup>127</sup> ist dem Diagramm 4.8 eine eindeutigere Bejahung zu entnehmen, so dass trotz der eben angesprochenen „Abstimmung mit den Füßen“ (Parteiaustritte), ein Anstieg der Zustimmung zum gemeinsamen Weg der beiden Parteien festzustellen ist. Zwei Drittel sehen die Fusion als „absolut positiv“ weitere 30% als „eher positiv“ und nur zusammen knapp 3% haben ein negatives Bild (eher bzw. absolut negativ). Unter den früheren Mitgliedern der WASG liegt der Anteil der kritisch eingestellten bei nicht unerheblichen 8,4%, hingegen für die PDS-Mitglieder bei nur 1,8%.

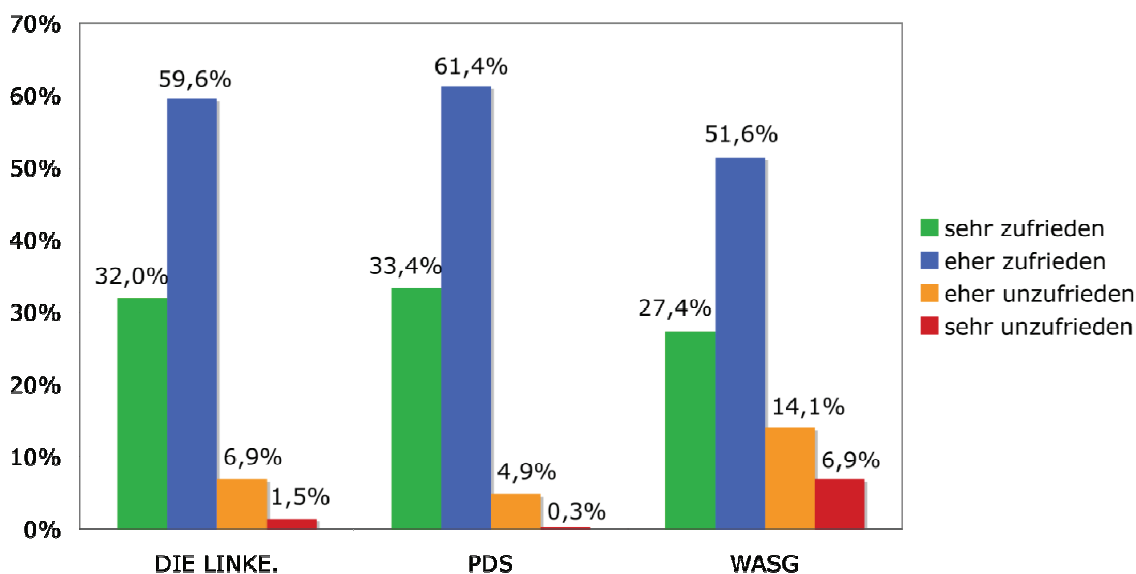
<sup>127</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Wie ist heute Ihre Einstellung zu der geplanten Fusion von WASG und Linkspartei.PDS?“.

Diagramm 4.8: Gegenwärtige Einstellung zur Fusion von WASG und Linkspartei.PDS (N=1421)



Fragt man hingegen nach der Zufriedenheit mit der Art und Weise der weit überwiegend gewünschten Fusion<sup>128</sup>, so ist bei ca. 60% eine zurückhaltende Zustimmung („eher zufrieden“) zu konstatieren (Diagramm 4.9). Eine einhellige Befürwortung spricht immerhin knapp ein Drittel aus. Eine negative Bewertung ist in der gesamten Partei bei 8,4% vorhanden. Innerhalb der WASG zeigt sich ein deutlich skeptischeres Bild. Mit über einem Fünftel (14,1% eher unzufriedenen und 6,9% sehr unzufriedenen Mitgliedern) ist der Anteil der Unzufriedenen dort viermal so groß wie in der PDS.

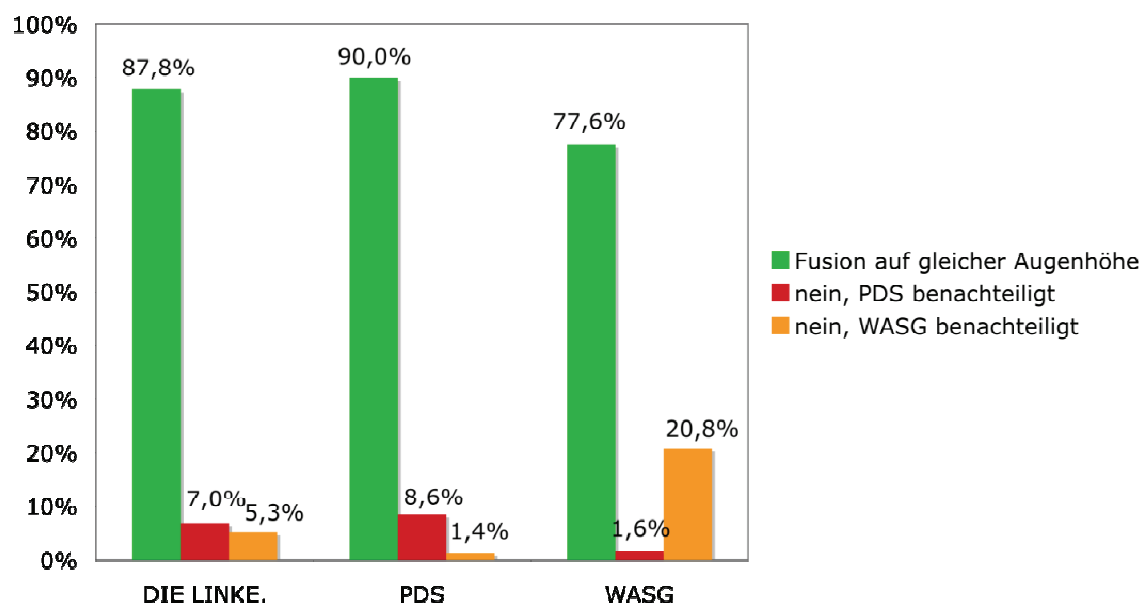
Diagramm 4.9: Zufriedenheit mit der Art und Weise des bisherigen Fusionsprozesses (N=1414)



<sup>128</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie der bisherige Fusionsprozess verlaufen ist?“.

Die elementarste Besorgnis der Parteimitglieder dürfte jeweils die Angst gewesen sein, bei der Fusion gegenüber dem Partner benachteiligt zu werden. Fragt man danach, ob die Fusion auf Augenhöhe verlaufen sei oder eine der beiden Parteien benachteiligt wurde,<sup>129</sup> so zeigt sich im Diagramm 4.10, dass von fast 88% aller Mitglieder eine „Fusion auf gleicher Augenhöhe“ gesehen wurde. Nur 7% sehen die ältere und 5,3% die jüngere Partei bevorzugt. Dass in der zum Zeitpunkt der Befragung so gut wie bzw. bereits fusionierten Partei noch alte Parteiloyalitäten bestehen, wird unter anderem dadurch deutlich, dass die Benachteiligung der jeweiligen Parteihälfte weit überwiegend durch die eigene Mitgliedschaft empfunden wird. Die früheren PDS-Mitglieder sehen nämlich zu 8,6% die eigene und nur zu 1,4% die andere Organisation als benachteiligt an. Noch wesentlich größer ist dieser Unterschied bei den Anhängern der WASG. Über ein Fünftel sieht den eigenen Part in der Verbindung als benachteiligt, während eine eigene Bevorzugung gegenüber der PDS nur 1,6% erkennen wollen.

Diagramm 4.10: Bewertung des Verlaufs der Fusion (N=1406)



Richtet man den Blick von der allgemeinen Zufriedenheit auf einzelne Aspekte des Fusionsprozesses, ergibt sich eine durchaus differenzierte Sicht der Parteimitglieder. In einem Fragenblock wurde nämlich nach der Zufriedenheit bezüglich „des bisherigen Programmkompromisses, der momentanen Führungsspitze, der Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteibasis, der Arbeit der Bundestagsfraktion und der Positionierung im Parteienspektrum“ gefragt. Im Diagramm 4.11 ist zwar zu erkennen, dass alle Aspekte

<sup>129</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Von den Spitzenpolitikern beider Parteien ist stets betont worden, dass die Fusion auf gleicher Augenhöhe stattfinden soll. Ist dies Ihrer Meinung nach geschehen?“.

mehrheitlich positiv gesehen werden, aber der Grad der Zustimmung doch stark variiert.

Mit dem bisherigen Programm sind nur knapp 20% sehr zufrieden. Sieben von zehn Mitgliedern geben hingegen an, diesbezüglich eher zufrieden zu sein. Diese vorsichtige Zustimmung muss sowohl vor dem Hintergrund der bewusst aufgeschobenen Programmstellung und der damit verbundenen bedingt optimistischen Erwartungshaltung der Mitglieder als auch als Ausdruck von auf beiden Seiten bereits einzugehenden Zugeständnissen gesehen werden. Die wenigen (eher) Unzufriedenen zeigen allerdings auch, dass der gefundene Kompromiss aus Sicht der Mitglieder halbwegs gelungen ist.<sup>130</sup>

Bei der Bewertung der momentanen Führungsspitze ist die Zufriedenheit weitaus größer. Fast die Hälfte der Mitglieder (49,6%) ist mit dem Personal sehr zufrieden. Bei keinem der anderen vier Aspekte ist ein derart hoher Wert zu messen. Eine eher bzw. absolut ablehnende Haltung gegen über den Parteiführern haben nur 7,6% bzw. 1,1% der Mitglieder. Offenbar werden die rhetorischen Talente des Duos Gysi/Lafontaine und deren Erfolg in der Öffentlichkeit sowie die integrativen und organisatorischen Fähigkeiten von Bisky bzw. Bartsch und Ramelow und anderen höher eingeschätzt als die, wie bei den offenen Fragen noch zu zeigen sein wird, nicht unerhebliche Kritik an der zu männlichen Besetzung der Führungspositionen.<sup>131</sup> Bei der WASG stellt sich die Bewertung des Personals einige Prozentpunkte (14,8% zu 7,3% unzufrieden) negativer dar. Dass es bezüglich der Führungsspitze bei der Aufschlüsselung nach einzelnen Personen erheblichere Unterschiede gibt, wird weiter unten noch deutlich werden.

Bei der Mitwirkungsmöglichkeit der Parteibasis zeigt sich eine etwas negativere Stimmung. Immerhin 16,3% (in der PDS 15,3% und in der WASG 19,9%) geben an, mit ihrer Beteiligung bei dem Fusionsprozess eher nicht zufrieden und weitere 2,5% (in der PDS 0,8% und in der WASG 9,8%) überhaupt nicht zufrieden zu sein. In der Mitgliedschaft der basisdemokratisch organisierten WASG fühlt sich somit fast ein Drittel nicht ausreichend eingebunden. Ob es sich hierbei nur um den wohl in jeder Parteibasis anzutreffenden Wunsch nach größerem Einfluss handelt, der in einer jüngeren Partei mit noch weniger desillusionierten Mitgliedern bezüglich einer gewissermaßen funktionsnotwendigen Professionalisierung und Beschränkung des Mitspracherechtes der Basis eben noch ausgeprägter vorhanden ist, oder um einen nachhaltigen kulturellen

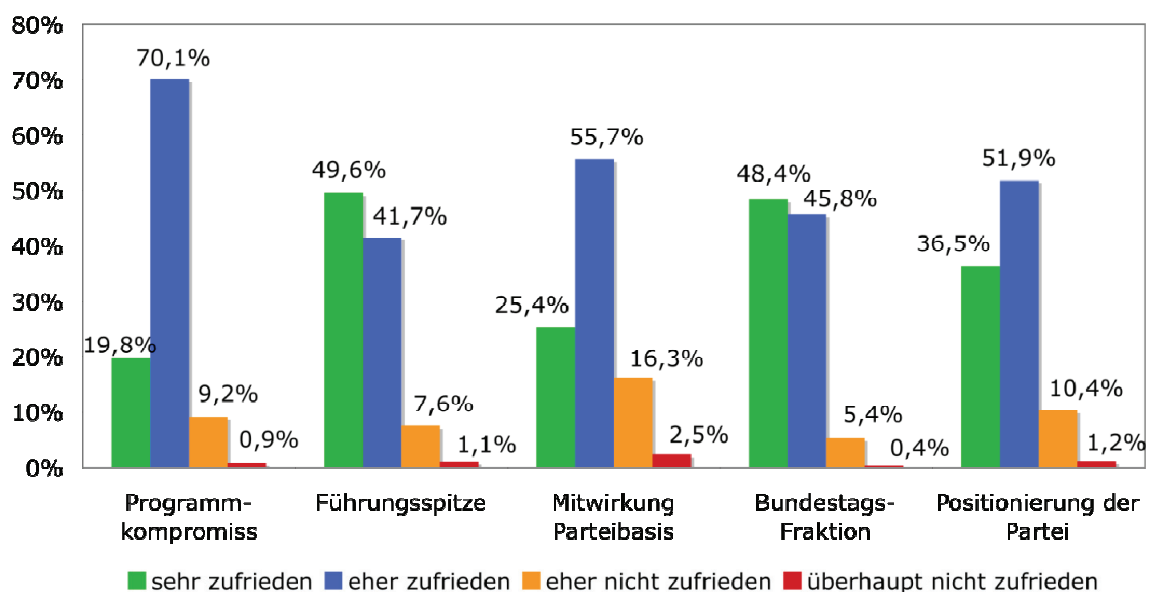
---

<sup>130</sup> Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde in diesem Diagramm auf die Aufschlüsselung nach Parteierkunft verzichtet. Nennenswerte Differenzen werden jedoch im Text erwähnt.

<sup>131</sup> Bezüglich der Kritik an der mangelnden Vertretung der Frauen in den wichtigsten Posten der Partei ist interessant, dass es in der Frage der Bewertung des Führungspersonals eine nahezu identische Beurteilung durch die weiblichen und männlichen Parteimitglieder gibt.

Unterschied der Mitgliedschaften, wird für die Zukunft der neuen Partei nicht unerheblich sein. Die Arbeit der Bundestagsfraktion wird hingegen nur von ca. 5% eher ablehnend und nur vereinzelt (0,4%) absolut negativ gesehen. Die Sehr-Zufriedenen in dieser Frage sind mit 48,4% auch etwas häufiger als die nur Eher-Zufriedenen (45,8%). Bezüglich der Positionierung innerhalb des Parteienspektrums ist nur etwas mehr als ein Drittel sehr zufrieden. Fast 52% äußern nur zurückhaltende Zustimmung. 11,6% sind bezüglich der Positionierung eher bzw. überhaupt nicht zufrieden. Interessant ist bei diesem Punkt die Unterscheidung nach der Parteierkunft. Während bei den allgemeinen Bewertungen des Fusionsprozesses und den bisher gezeigten einzelnen Aspekten die Anhänger der WASG ein leicht negatives Bild hatten oder auf dem gleichen Niveau wie die PDS-Mitglieder lagen, ist es bezüglich der Positionierungsfrage umgekehrt. Hier sind es die WASG-Mitglieder die mit 45,9% wesentlich häufiger die positivste Kategorie wählen als die Mitglieder aus der PDS (33,8%).

Diagramm 4.11: Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten des Parteibildungsprozesses (N=1386)



Zur Einschätzung des Fusionsverlaufs wurde auch eine offene Frage nach besonders positiven bzw. negativen Aspekten gestellt.<sup>132</sup> Die Möglichkeit mit eigenen Worten eine diesbezügliche Einschätzung vorzunehmen, nahmen 69,6% (72,3% PDS, 61,4% WASG) wahr. Im Diagramm 4.12 sind die Antworten für alle Mitglieder und aufgeschlüsselt nach Parteierkunft in 15 inhaltlich gebildeten Kategorien und in der Sammelkategorie „Sonstiges“ dargestellt. Es zeigen sich hierbei einige interessante Unter-

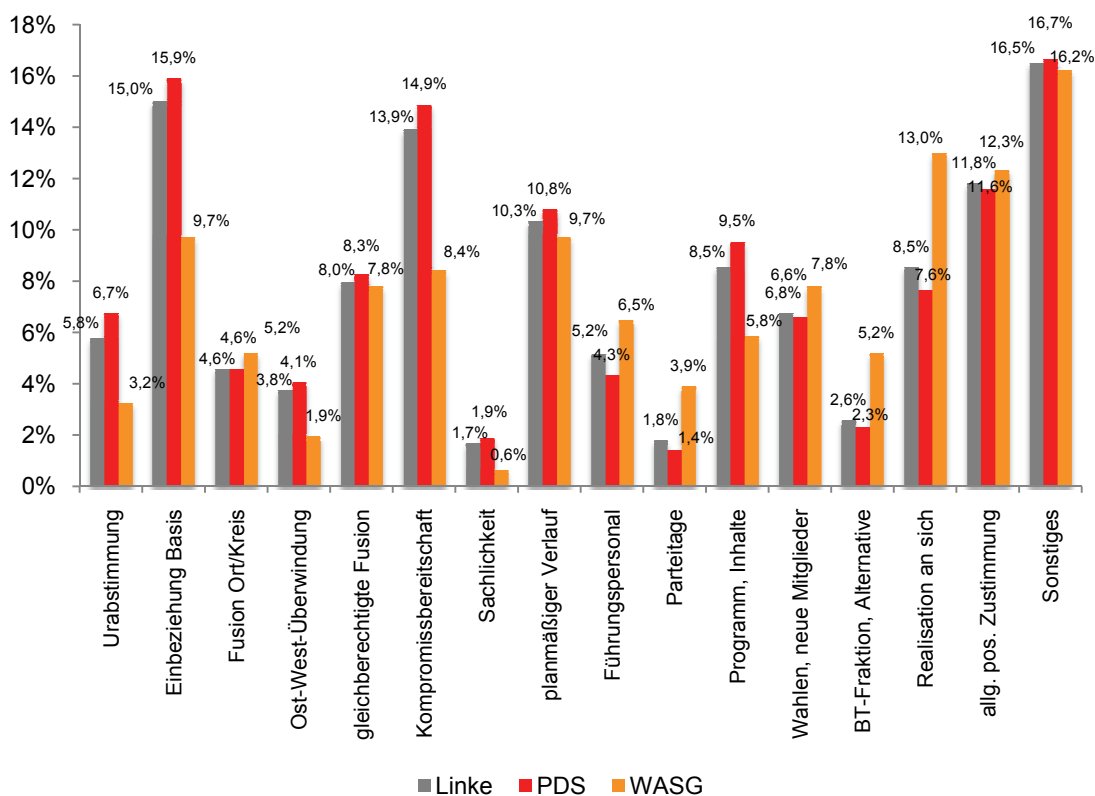
<sup>132</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Wie bewerten Sie den bisherigen Fusionsprozess in seiner Umsetzung? Ich bewerte (bitte jeweils in Stichworten aufführen; bei Platzmangel bitte auf letzter Seite fortsetzen) als besonders positiv/als besonders negativ“.

schiede zwischen den beiden Parteien. Rechnet man die beiden linken Spalten „Urabstimmung“ und „Einbeziehung der Basis“ zusammen, so zeigt sich, dass fast ein Viertel (22,6%) der PDS- aber nur etwa halb so viele der WASG-Mitglieder (12,9%) die Mitwirkungsmöglichkeiten der Basis positiv einschätzen. Diese geringere Zustimmung ist wohl durch die größeren Probleme bei der Urabstimmung der jüngeren Partei erklärbar (Kapitel 2.3.5). Eine „Ost-West-Überwindung“ wird ebenfalls von ca. doppelt so vielen Mitgliedern der PDS genannt (4,1% zu 1,9%). Hierbei dürfte sich die Hoffnung der SED-Nachfolgepartei widerspiegeln, nach zahlreichen erfolglosen Versuchen (Kapitel 2.1.3) endlich den Sprung in den Westen zu schaffen. Vor dem Hintergrund, dass eher die kleinere Wahlalternative als Nutznießer der „gleichberechtigten Fusion“ gelten kann, erscheint es erstaunlich, dass dies von beiden Gruppen mit etwa 8% nahezu gleichhäufig gewürdigt wird. Die eng damit verbundene „Kompromissbereitschaft“ wird hingegen von deutlich mehr Mitgliedern der PDS (14,9% zu 8,4%) angesprochen. Den „planmäßigen Verlauf“ lobt auf beiden Seiten etwa jeder Zehnte. Auf Seiten der WASG werden hingegen die nach außen sichtbarereren Aspekte wie das „Führungspersonal“ (6,5% zu 4,3%), die „Parteitage“ (3,9% zu 1,4%) und die „Bundestagsfraktion und Alternative zu anderen Parteien“ (5,2% zu 2,3%) wesentlich öfter genannt. Das „Programm und inhaltliche Fragen“ spielen im Fusionsprozess hingegen für die PDS-Mitglieder häufiger eine positive Rolle (9,5% zu 5,8%). Eine unbestimmte Zustimmung „Realisation an sich“ wird mit 13% besonders häufig aus den Reihen der WASG geäußert. Eine unbestimmte „allgemein positive Zustimmung“<sup>133</sup> wird jeweils von um die 12% angegeben. An der großen Anzahl der sonstigen Antworten, die nicht in die 15 Kategorien einzugliedern waren, lässt sich die große Bandbreite der positiv empfundenen Aspekte der Fusion ablesen.

---

<sup>133</sup> In dieser Kategorie wurden Äußerungen wie „x“, „ja“ „positiv“ oder „gut“ aufgenommen.

Diagramm 4.12: Offene Fragen nach besonders positiven Aspekten des Fusionsprozesses nach Kategorien (Mehrfachantworten möglich) (N=1006)



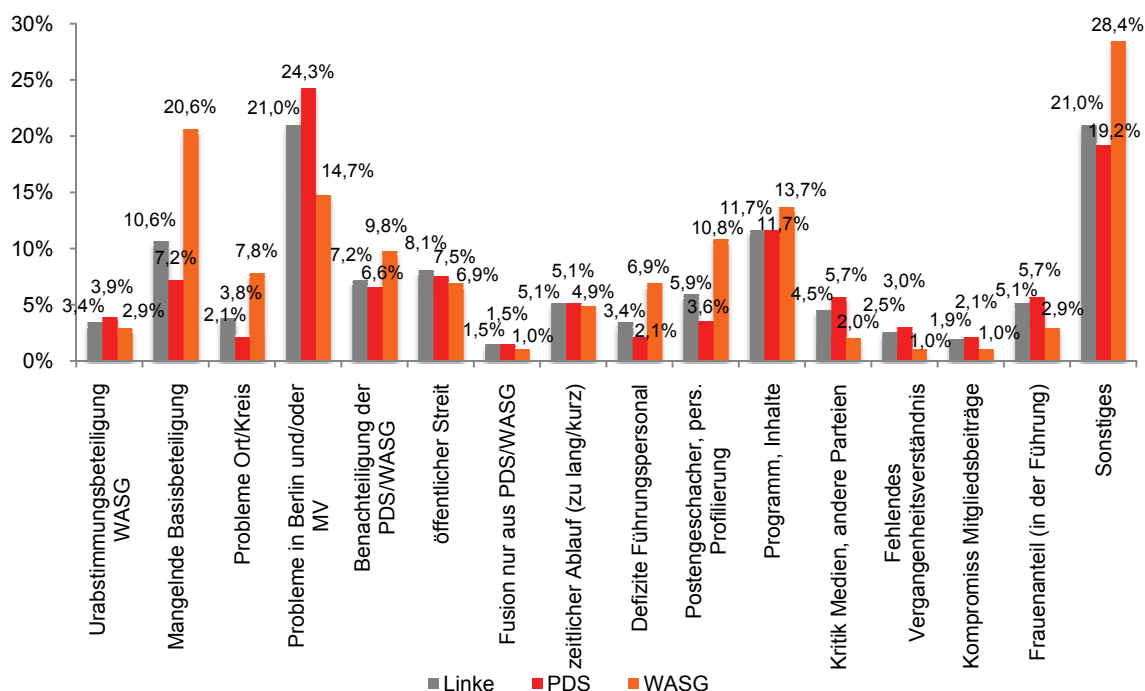
Auch die Beantwortung der offenen Frage nach den negativen Punkten der Parteibildung sind in 15 inhaltlichen Kategorien zusammengefasst worden (Diagramm 4.13). Im Gegensatz zur hohen Beteiligung bei der offenen positiven Bewertung ist die Möglichkeit zur selbst formulierten negativen Äußerung nur etwa halb so oft, von einem Drittel der Mitglieder (32,6%) genutzt worden. Mit 40,6 % etwas häufiger bei der WASG als bei der PDS (30,7%).

Nahezu spiegelbildlich zur positiven Seite, bei der die Einbeziehung der Basis von weitaus mehr PDS-Mitgliedern genannt wurde, wird deren Mangel von jedem fünften WASG-Mitglied aber nur von 7,2% der PDS-Mitgliedschaft beklagt. Auch konkrete Probleme in den Kreisen selber werden wesentlich häufiger von diesem Teil genannt (7,8% zu 2,1%). Wobei hierbei zu beachten ist, dass die „Probleme in Berlin und/oder Mecklenburg-Vorpommern“ als einzelne Kategorie codiert wurden. Diese auch außerhalb der beiden Bundesländer in den Parteien breit diskutierte Auseinandersetzungen (Kapitel 2.3.4) werden bei Betrachtung aller Mitglieder mit 21% so häufig genannt wie kein anderes einzelnes Thema. Interessant ist, dass in dieser Kategorie fast ein 10%iger Abstand (24,3% zu 14,7%) zwischen den beiden Parteien besteht. Offenbar haben die WASG-Mitglieder mehr Verständnis für die Querelen in den Bundesländern,



in denen sich durch die Regierungsbeteiligung der PDS eine besondere Situation bot. Von den ca. 12%, die bei der geschlossenen Frage (s.o.) eine Benachteiligung einer Parteihälfte gesehen haben, fanden offensichtlich nur wenige (ca. 2,5% aller Befragten und 7,2% derer, die auf die offene Frage nach negativen Aspekten eine Antwort gaben) diese wichtig genug, um sie explizit zu erwähnen. Dem Ergebnis der geschlossenen Frage entsprechend ist diese Benachteiligung von der WASG häufiger empfunden worden (9,8% zu 6,6%). Weitere Aspekte, die auf Seiten der WASG weitaus öfter als besonders negativ wahrgenommen wurden, sind die „Defizite des Führungspersonals“<sup>134</sup> (6,9% zu 2,1%) und das „Geschacher um Posten“ (10,8% zu 3,6%). Auf beiden Seiten in etwa gleich häufig erfolgt die Kritik an „Programm und Inhalten“, am „öffentlichen Streit“ und an der geringen „Urabstimmungsbeteiligung der WASG“. Aspekte die von der PDS-Anhängerschaft kritischer gesehen werden, sind die „Kritik der Medien und anderer Parteien“ (5,7% zu 2,0%), ein „fehlendes Vergangenheitsverständnis“ (3,0% zu 1,0%) und der geringe „Frauenanteil (in der Führung)“ (5,7% zu 2,9%). Die Mitgliedsbeiträge und die Tatsache, dass die Fusion nur aus zwei Parteien erfolgte, wird nur von wenigen kritisiert. Des Weiteren lassen sich rund ein Fünftel der Antworten keiner der 15 Kategorien zuordnen, wobei mit fast 30% sich bei der WASG ein besonders ausdifferenziertes Bild an Kritikpunkten zeigt.

Diagramm 4.13: Offene Frage nach besonders negativen Aspekten des Fusionsprozesses nach Kategorien (Mehrfachantworten möglich) (N=471)



<sup>134</sup> Auffallend oft wird hierbei der Name Lafontaine erwähnt. Eine genauere Betrachtung der einzelnen Persönlichkeiten wird bei der einzelnen Bewertung der Spitzenpolitiker noch vorgenommen werden.

#### 4.4. Einstellungen und Kontakte der Mitgliedschaften zueinander

Bei der Bewertung der Gründungsparteien lassen sich klare Loyalitäten zur alten Partei ausmachen. Befragt nach der Benotung<sup>135</sup> (klassische Schulskala 1-6) wird sowohl durch die Mitglieder der PDS als auch der WASG die eigene Partei zwischen einer viertel (WASG-Mitglieder bezüglich der Bundesparteien) und fast einer ganzen Note (PDS-Mitglieder bezüglich der Landesverbände) besser bewertet (Tabelle 4.2).

Die wesentlich bessere Note der PDS-Anhänger für ihre Landespartei gegenüber den jeweiligen WASG-Verbänden lässt sich – wie hätte vermutet werden können – nicht nur auf die besonders problematischen Landesverbände in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zurückführen. Rechnet man diese heraus, so beträgt die Differenz in den übrigen 14 Bundesländern immer noch 0,72.

Die Arbeit der WASG wird von der eigenen Anhängerschaft durchschnittlich mit den Noten 2,28 (Bund) und 2,53 (Land) etwas pessimistischer bewertet als die Tätigkeit der (Linkspartei.)PDS durch deren Mitglieder, die für die Bundespartei eine gute (1,91) und für die Landespartei eine schwache (2,19) Zwei vergeben.

Die um die 150 Personen niedrigeren Fallzahlen der PDS bei der WASG-Bewertung (1060 zu 922 bzw. 1056 zu 898) dürften durch die im Folgenden dargestellten Kontakthäufigkeiten erklärbar sein.<sup>136</sup> Zwar hängt die Verweigerung der Aussage mit der Kontakthäufigkeit zusammen. Eine nennenswerte Korrelation zwischen der Kontakthäufigkeit und der Benotung besteht aber nur bezüglich der Bewertung der Landes-WASG durch die PDS-Mitglieder mit 0,226\*\* (Spearman).

*Tabelle 4.2: Bewertungen der Parteihälften nach Ebenen – Durchschnittswerte (von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend); N jeweils in Klammern*

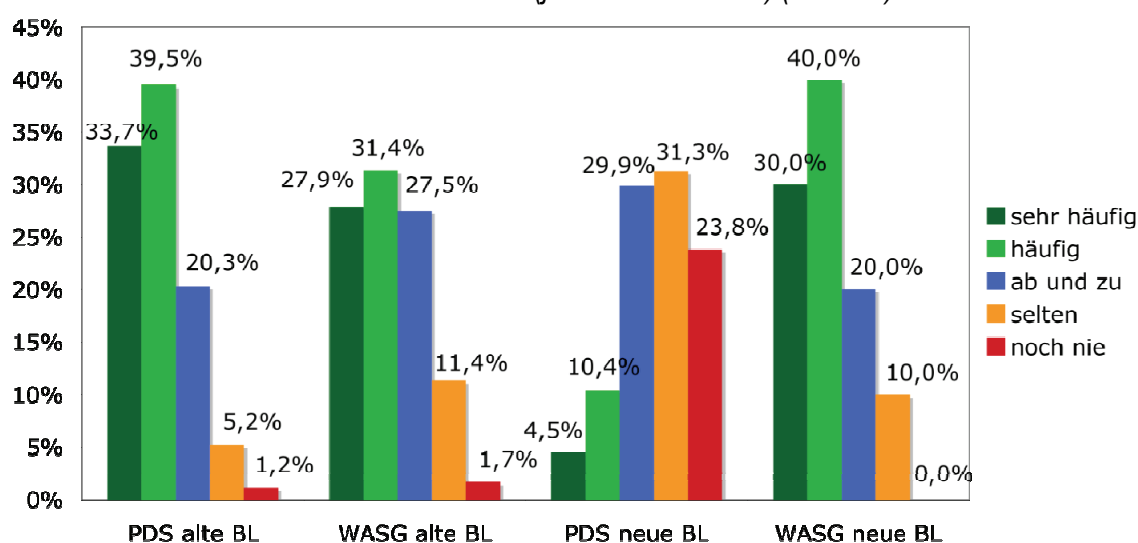
	Bundespartei PDS	Landes- verband PDS	Bundespartei WASG	Landes- verband WASG
Bewertung durch PDS- Mitglieder	<b>1,91</b> (1060)	<b>2,19</b> (1056)	<b>2,47</b> (922)	<b>3,15</b> (898)
Bewertung durch WASG- Mitglieder	<b>2,54</b> (245)	<b>3,05</b> (242)	<b>2,28</b> (245)	<b>2,53</b> (246)
Bewertung durch alle Mitglieder	<b>2,04</b> (1407)	<b>2,37</b> (1396)	<b>2,44</b> (1260)	<b>3,01</b> (1232)

<sup>135</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Welche Schulnote würden Sie den beiden Parteien für ihre Arbeit der letzten Jahre erteilen?“

<sup>136</sup> Die PDS-Mitglieder, die für die Bundespartei WASG keine Bewertung abgaben, hatten zu 70,2% selten oder noch nie Kontakt zu deren Mitgliedern.

Aufgrund der wesentlich unterschiedlichen Präsenz der beiden Parteien erscheint bei der Kontakthäufigkeit eine Aufschlüsselung nach alten und neuen Bundesländern sinnvoll. Im Diagramm 4.14 zeigt sich, dass im Westen bei beiden Parteihälften ein reger Kontakt zum Bündnispartner festzustellen ist.<sup>137</sup> Fast drei Viertel der PDS-Mitglieder und weit über die Hälfte der Anhänger der WASG haben (sehr) häufig Kontakt. Nur vereinzelt gibt es im Westen Mitglieder, die noch keine Berührung zu Mitgliedern der anderen Partei hatten. Während das Bild für die WASG in den neuen Ländern in etwa dem der westlichen Landesverbände entspricht,<sup>138</sup> stellt sich die Lage für die PDS im Osten nahezu umgekehrt dar. Hier hatten fast ein Viertel (23,8%) noch nie Kontakt zu ihren neuen Genossen. Weitere jeweils ca. 30% hatten dies nur selten oder ab und zu. Nur ein kleiner Teil (14,9%) kann sich durch eigene (sehr) häufige Erfahrungen ein persönliches Bild von der kleineren Partei machen. Zum einen spiegelt sich hierin die geringe Organisationsdichte der WASG und auf der anderen Seite die Eigenschaft der PDS als Volkspartei im Osten wider, die es weniger erforderlich macht, Kontakte zu anderen Parteien zu suchen. Im Westen hingegen rekrutierten die beiden Gruppen ihre Mitglieder nicht unwesentlich aus dem gleichen „linken Milieu“ und konnten zudem keine eigene ausreichende Organisationsstärke aufbauen, so dass auch schon vor dem Beginn des Fusionsweges zahlreichere Kontakte bestanden haben. Ob darüber hinaus auch in Teilen der Ost-PDS eine Art Desinteresse und mangelnde Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit mit dem neuen Partner besteht, welches für die Zukunft der Partei problematisch werden könnte, muss hier offen bleiben.

Diagramm 4.14: Häufigkeit des Kontaktes zu Mitgliedern der anderen Parteihälfte in den alten und neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) (N=1355)



<sup>137</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Wie oft haben Sie Kontakt zu Mitgliedern der anderen Partei(hälfte)?“.

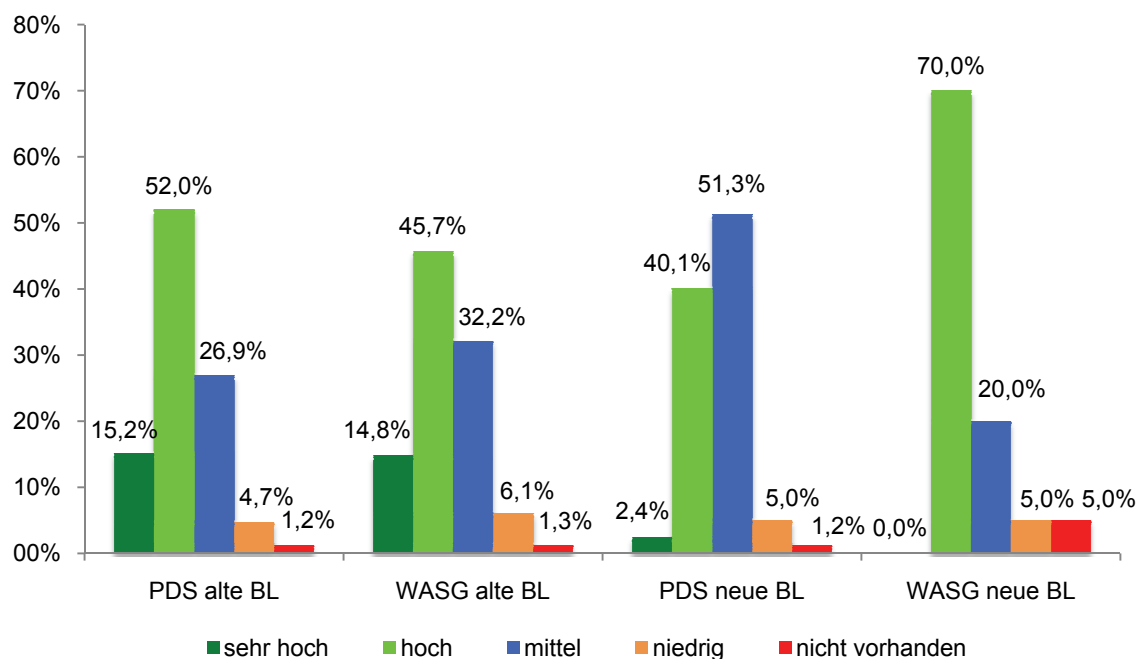
<sup>138</sup> Hierbei ist jedoch die geringe Fallzahl (20) zu beachten.

Wie die Kontakthäufigkeit zeigt die Frage nach dem Vertrauen<sup>139</sup> deutliche Ost-West-Unterschiede (Diagramm 4.15). Auch hierbei ergibt sich für die beiden Parteien im Westen eine ähnliche Situation. Jeweils ca. ein Siebtel hat ein sehr hohes und grob betrachtet die Hälfte (52,0% PDS, 45,7% WASG) ein hohes Vertrauen in die Mitglieder der anderen Parteihälfte. Diesbezüglich ein gemischtes Bild haben 26,9% (PDS) bzw. 32,2% (WASG). Diejenigen mit einem niedrigen bzw. nicht vorhandenen Vertrauen stellen nur eine kleine Minderheit.

Im Osten ist ein sehr hohes Vertrauen überhaupt nicht (WASG) oder kaum (2,4% PDS) vorhanden. Beim hohen Vertrauen zeigt sich mit 70% bei der WASG wieder ein ähnlich optimistisches Bild wie in den westlichen Verbänden. Hierbei ist jedoch zum einen die geringe Fallzahl (20) und zum anderen die Tatsache der großen Differenzen in einigen Landesverbänden zu beachten.

Bei der Ost-PDS haben vier von zehn Mitgliedern hohes Vertrauen in die neuen Parteigenossen. Über die Hälfte zeigt jedoch eine gemischte Erwartungshaltung. Ein klares Misstrauen liegt im Osten bei beiden Gruppen nur bei wenigen Prozent vor.

Diagramm 4.15: Vertrauen in die Mitglieder der anderen Parteihälfte in den alten und neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) (N=1254)



<sup>139</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Wie hoch ist ihr Vertrauen in die Mitglieder der anderen Partei(hälfte)?“.

#### 4.5. Bewertung von Politikbereichen und programmatischer Schwerpunktsetzung

Zur Programmatik der neuen Partei sind die Mitglieder zum einen in einer offenen Frage nach den drei wichtigsten zu setzenden Schwerpunkten und zum anderen auch nach der Wichtigkeit von zehn in alphabetischer Reihenfolge aufgeführten Themenbereichen gefragt worden. Die Auswahl der zehn Themenfelder bei der geschlossenen Frage<sup>140</sup> berücksichtigte neben bekannten Schwerpunkten der Gründungsparteien auch Themen, die sich in der Politik und den Medien zum Zeitpunkt der Befragung großer Aufmerksamkeit erfreuten (wie Umwelt, Bildung, Innere Sicherheit) oder in der vereinten Partei als umstritten angesehen bzw. vermutet werden konnten.

In dem Diagramm 4.16 sind diese Politikfelder von links nach rechts der größten bemessenen Bedeutung nach sortiert dargestellt.<sup>141</sup> Dass die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hierbei an der Spitze stehen würden, war zu erwarten, da nicht ohne Hintergrund eine der beiden Ursprungsparteien „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ im Namen trug. Das Ausmaß der nahezu absoluten Zustimmung zur Wichtigkeit dieser Politikbereiche (jeweils an die 90% „sehr wichtig“ und um die 10% „wichtig“) ist dann aber doch bemerkenswert und kann als großes Integrationselement und optimaler Mobilisierungsansatzpunkt für die neue Partei gesehen werden.<sup>142</sup>

Die Bildungspolitik wird zwar einige Prozentpunkte seltener als sehr wichtig bewertet, erreicht aber ebenfalls eine überragend hohe Einschätzung. Dies ist jedoch vermutlich eher vor dem Hintergrund der aktuellen Betonung der Relevanz dieses Politikfeldes durch eine Vielzahl gesellschaftlicher und politischer Akteure, denn als Besonderheit bei den Linken zu sehen. Auf dem vierten Platz folgt – wohl ebenfalls dem Zeitgeist folgend – die Umweltpolitik. Mit nur etwas mehr als der Hälfte der Mitgliedschaft, die dieses Thema für sehr wichtig hält, erreicht es aber nicht das Niveau der drei Spitzenthemen. Die Ost-West-Angleichung, ein zentrales Arbeitsfeld der früheren PDS, folgt erst an fünfter Stelle. Wie in der folgenden Darstellung noch zu zeigen sein wird, hat dieses Thema erwartungsgemäß für die Mitglieder, die aus dieser Parteihälfte stammen, eine weitaus größere Bedeutung als für die überwiegend westlich geprägte

---

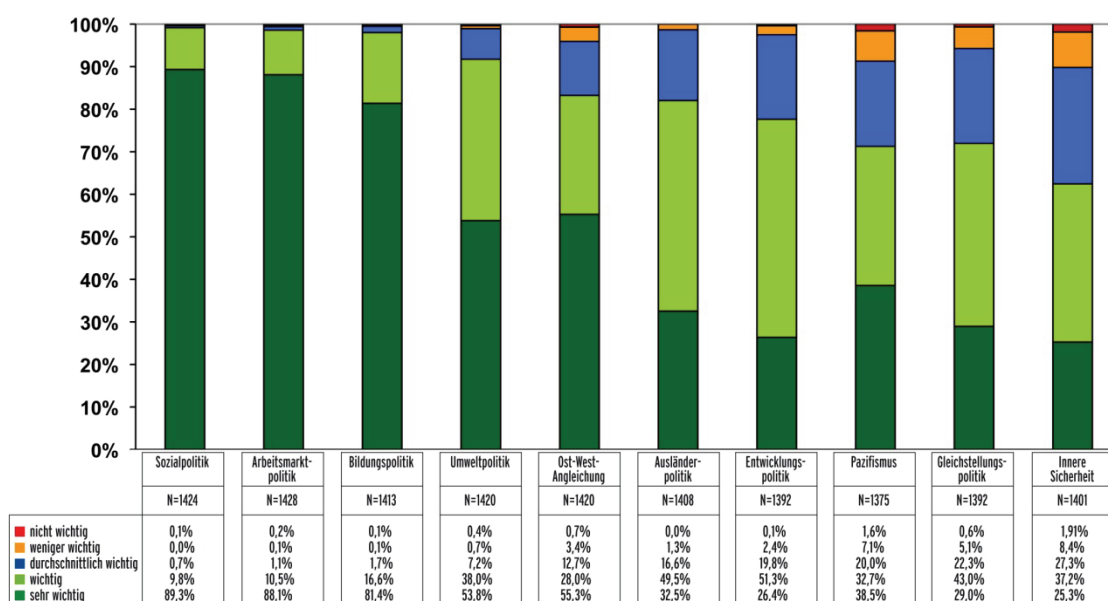
<sup>140</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Für wie wichtig halten Sie folgende Politikbereiche?“.

<sup>141</sup> Diese Sortierung erfolgte anhand eines methodisch auf diese Weise nicht ganz korrekt zu bildenden Mittelwertes (nicht wichtig = 1 bis sehr wichtig = 5). Zur Bestimmung der Reihenfolge einer Darstellung erscheint dies aber unproblematisch.

<sup>142</sup> Dies ist umso beachtlicher als die Parteienforschung in den letzten Jahrzehnten den Verlust der determinierenden Themen/Cleavages aufgezeigt hat (u.a. Lipset/Rokkan 1967; Schmidt 1989). Es kann die Hypothese aufgestellt werden, dass sich eine derartige Übereinstimmung in der Einschätzung der Wichtigkeit von Politikfeldern bei den Mitgliedern der anderen im Bundestag vertretenen Parteien – mit Ausnahme vielleicht der Umweltpolitik bei den Grünen – kaum noch finden lässt.

WASG. Sowohl die Ausländer- als auch die Entwicklungspolitik wird von den meisten Mitgliedern (jeweils um die 50%) als wichtig eingestuft. Bei dem bewusst begriffsmäßig zugespitzten Thema des Pazifismus tauchen erstmals nennenswerte Anteile der Mitgliedschaft auf, die dieses Themenfeld für weniger bzw. nicht wichtig erachten. Am Ende der zehn vorgegebenen Politikfelder stehen die Gleichstellungspolitik und die Innere Sicherheit. Der deutlich geringere Zuspruch zu den letztgenannten Politikfeldern belegt, dass dem Antwortverhalten eine bewusste Entscheidung zugrunde liegt und nicht unüberlegt alles als „sehr wichtig“ eingestuft worden ist.

Diagramm 4.16: Bewertung der Wichtigkeit von Politikbereichen



Eine inhaltliche, programmatische Basis kann als eine elementare Grundvoraussetzung für eine nachhaltig erfolgreiche Parteifusion angesehen werden. Inwieweit diese besteht, lässt sich zu einem Teil auch anhand der Einschätzung der Wichtigkeit von Politikfeldern ausmachen. Ein erster Blick auf die im Diagramm 4.17 diesbezüglich dargestellten Ergebnisse aufgeschlüsselt nach Parteiherkunft, offenbart ein relativ homogenes Bild. In der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Ausländer-, Entwicklungs- und Gleichstellungspolitik verteilen sich die Einschätzungen bis auf Verschiebungen um einzelne Prozentpunkte nahezu gleich. Der Umweltpolitik und dem Pazifismus wird in den Reihen der WASG ein höherer Stellenwert eingeräumt, was wohl auf den Einfluss der Friedens-, Umwelt- und Antiglobalisierungsbewegungen in der jungen Partei zurückzuführen sein dürfte. Die Innere Sicherheit spielt hingegen bei den Mitgliedern aus der PDS eine etwas größere Rolle. Ein erheblicher Unterschied zeigt sich nur in einem Themenfeld, der Ost-West-Angleichung. Diese wird innerhalb der Mitgliedschaft der PDS mit 63% mehr als doppelt so häufig als sehr wichtig angesehen wie bei den früheren WASG-Mitgliedern (25,6%). Auf der anderen Seite halten die WASG-Mitglieder

dieses frühere PDS-Kernthema fünfmal so häufig (11,8% zu 2,3%) für weniger bzw. nicht wichtig. Erwartungsgemäß ist dies primär auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Großteil der früheren PDS-Mitglieder in den neuen Bundesländern lebt. In den ost-deutschen WASG KVs, die in dieser Untersuchung nur einen kleinen Teil dieser Par-teihälfte ausmachen (s.o.), wird der Ost-West-Angleichung mit 60,0% ebenfalls ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Interessant ist hierbei ein Blick in die alten Bundesländer (ohne Berlin). In der PDS wird hier dieses Thema von 32,7% als sehr wichtig<sup>143</sup> beurteilt, während diese hohe Ein-schätzung in der WASG 22,7% abgeben.<sup>144</sup> Es zeigt sich, dass es der PDS als Ge-samtpartei nicht gelungen ist, dieses im Osten für sie zentrale Thema eins zu eins in den Westen zu exportieren. Andererseits ist die Dominanz des Ostens in der früheren PDS auch nicht ganz ohne Einfluss geblieben, wie der im Vergleich zu der WASG 10%-Punkte höhere absolute Zuspruch zeigt.<sup>145</sup> Bei den westdeutschen WASG-Mitgliedern wird nur einem Thema, nämlich der Inneren Sicherheit, mit 18,1% noch seltener eine sehr wichtige Rolle zugebilligt.

Inwieweit es der neuen Partei – im Vergleich zu der PDS – angesichts der nun prozen-tual deutlich größeren Mitgliedschaft und Wählerschaft im Westen gelingen kann, dem Ost-West-Thema weiterhin einen so großen Stellenwert einzuräumen und damit den Charakter einer regionalen Volkspartei zu bewahren, bleibt abzuwarten. Neben der Einstufung dieser zehn vorgegebenen Themenfelder sind die Mitglieder auch gebeten worden, in einer offenen Frage die drei wichtigsten, programmatischen Schwerpunkte zu benennen.<sup>146</sup> Zwischen 95,4% (2. und 3. Priorität) und 98,0% (1. Priorität) der Ant-worten lassen sich dabei 20 Kategorien<sup>147</sup> zuordnen.

---

<sup>143</sup> Die weiteren Ergebnisse für PDS Mitglieder im Westen zur Ost-West-Angleichung 35,7% wichtig, 23,4% durchschnittlich wichtig, 8,2% weniger wichtig und 0% nicht wichtig (N = 171).

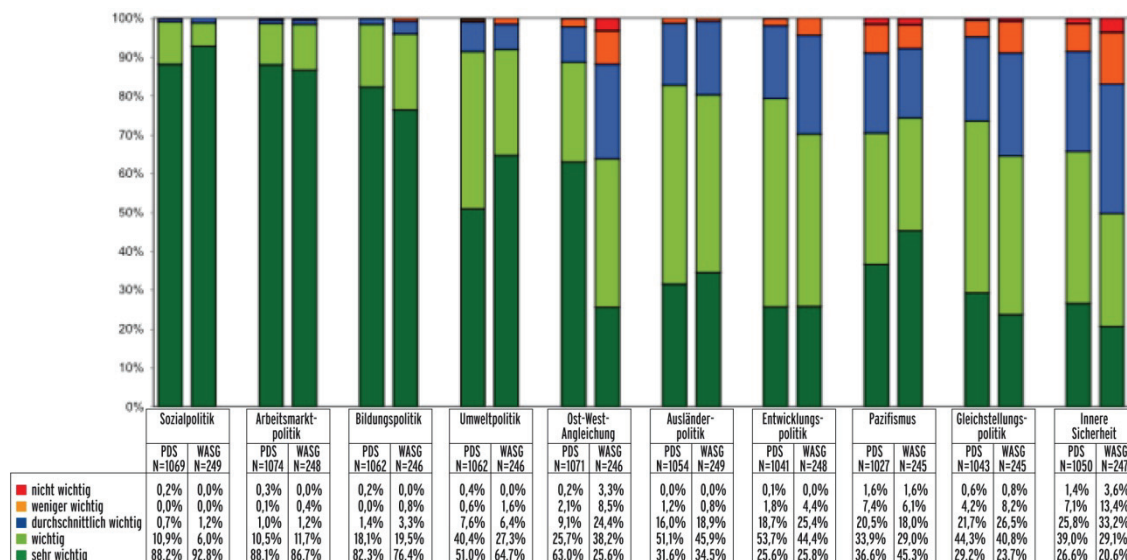
<sup>144</sup> Die weiteren Ergebnisse für WASG-Mitglieder im Westen zur Ost-West-Angleichung 39,1% wich-tig, 25,8% durchschnittlich wichtig, 9,3% weniger wichtig und 3,1% nicht wichtig (N = 225).

<sup>145</sup> Anhand der Ergebnisse zu den Abfragen, ob die Mitglieder in den neuen Bundesländern geboren sind bzw. in diesen überwiegend gelebt haben, kann ausgeschlossen werden, dass diese höhere Bedeutungseinschätzung nur auf in die alten Bundesländer umgezogenen PDS-Mitglieder zu-rückzuführen wäre.

<sup>146</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Welche programmatischen Schwerpunkte sollte die Partei setzen? Nennen Sie der Priorität nach die drei wichtigsten“.

<sup>147</sup> Dies sind im Einzelnen: Arbeitsmarkt, Bekämpfung des Rechtsextremismus, Bildung, Entwick-lungspolitik, Europa, Familie (incl. Kinder und Jugend), Frieden, Gesundheit, Gleichstellung, Glo-balisierungskritik, Kommunales, Ost-West-Anpassung, Parteientwicklung, Privatisierungskritik, Renten, Soziales, Steuergerechtigkeit, Systemfrage, Umwelt und Wirtschaft.

Diagramm 4.17: Bewertung der Wichtigkeit von Politikbereichen nach Parteiherkunft (linke Säule aus der PDS, rechte Säule aus der WASG)



Im Diagramm 4.18 ist der programmatische Schwerpunkt abgebildet, dem nach Aussage der Parteimitglieder die höchste Priorität eingeräumt werden sollte. Zur übersichtlichen Darstellung sind hierbei die Kategorien, auf die weniger als zwei Prozent der Nennungen entfielen, zusammen mit den nicht kategorisierbaren als „andere“ dargestellt.<sup>148</sup> Am häufigsten werden mit Abstand soziale Themen genannt. Interessant ist hierbei, dass 13,5% wortwörtlich den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ genannt haben. Zusammengenommen mit der zweiten und dritten Prioritätsnennung ist es sogar fast jeder Vierte (24,2%), der dieses Schlagwort verwendet. Wie bereits bei der Bewertung der vorgegeben Themenfelder beschrieben, verfügt die neue Partei somit über einen stark identitätsstiftenden Programmpunkt. Während der radikalere Begriff des Pazifismus in den vorgegebenen Kategorien im Vergleich zu den anderen Themen eher eine untergeordnete Rolle spielt, werden Aspekte des Friedens von jedem Fünften und damit am zweithäufigsten als wichtigste Priorität genannt.<sup>149</sup> Nur einen Prozentpunkt seltener werden Themen des Arbeitsmarktes als gewünschter wichtigster Schwerpunkt angegeben. In diese Kategorie wurden auch Forderungen nach Reformen bzw. Abschaffung von „Hartz IV“ (2,8%) und Nennungen wie „Arbeit und Soziales“ (1,2%) gruppiert, so dass nach anderer Kodierungsart auch diese Kategorie zugunsten von „Soziales“ etwas kleiner hätte ausfallen können. Insgesamt ist es bemerkenswert, dass

<sup>148</sup> Bei der noch folgenden gemeinsamen Auswertung aller drei Prioritäten werden diese seltener genannten Kategorien aufgeführt werden.

<sup>149</sup> Betrachtet man die Pazifismusbewertung in dieser Friedenskategorie, so zeigt sich, eine nur leicht höhere Bewertung als in der Gesamtgruppe. Der hohe Anteil der Frieden als Schwerpunktthema fordernden Mitglieder setzt sich also nicht, wie hätte vermutet werden können, nur aus Militär grundsätzlich ablehnenden Mitgliedern zusammen.

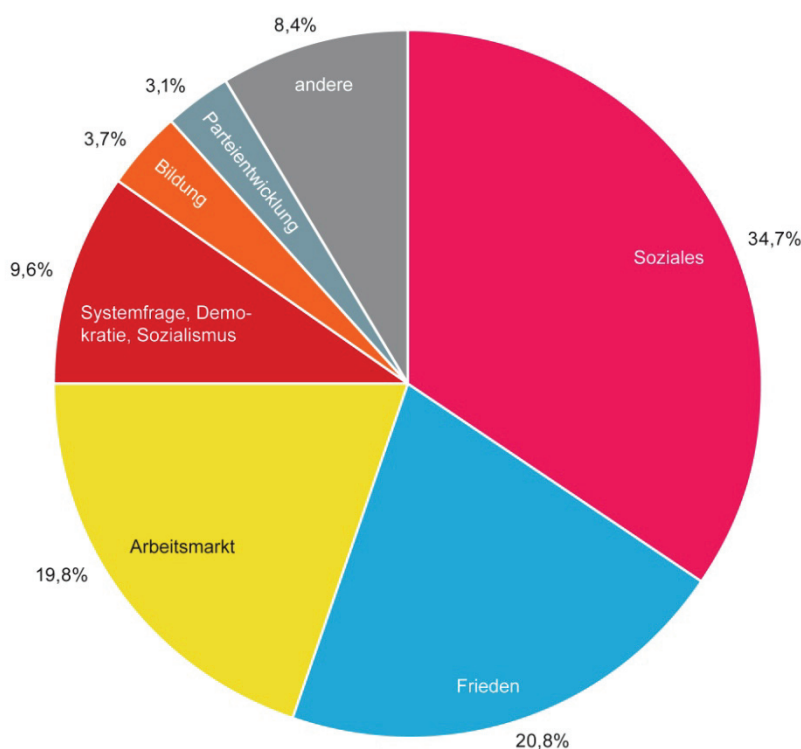


sich drei Viertel aller Nennungen den Bereichen Soziales, Frieden und Arbeitsmarkt zuordnen lassen. An vierter Stelle mit fast 10% folgen Antworten, die mehr oder weniger direkt die Systemfrage stellen. Innerhalb dieser Gruppe sind es 3,1%, die mit Begriffen wie „Kapitalismus überwinden“, „Systemfrage“ oder „Sozialismus“ eine klare Tendenz in diese Richtung aufweisen. Weitere 3,6% geben das Schlagwort „Demokratischer Sozialismus“ an. 2,9% äußern etwas unklarer den Wunsch nach radikaleren Umbrüchen, indem sie „Demokratie“, „Wiederherstellung von Bürgerrechten“ oder „Gesellschaftsvision“ fordern. Ein genauerer, interessanter Blick auf diese systemkritische Gruppe der Mitgliedschaft wird weiter unten vorgenommen.

Mit der Bildung schafft es nur noch ein Politikfeld über die für diese Darstellung gewählte 2%-Hürde. Wie sich bei der zweiten und dritten Priorität zeigen wird, spielt die Bildungspolitik aber eine größere Rolle als man nach dieser Betrachtung annehmen könnte. Einige der Mitglieder (3,1%) haben diese Frage offenbar nicht auf Politikfelder sondern auf die Parteiarbeit bezogen und äußern somit Themen zur Parteientwicklung wie „Mitgliedergewinnung“ oder „Geschlossenheit“.

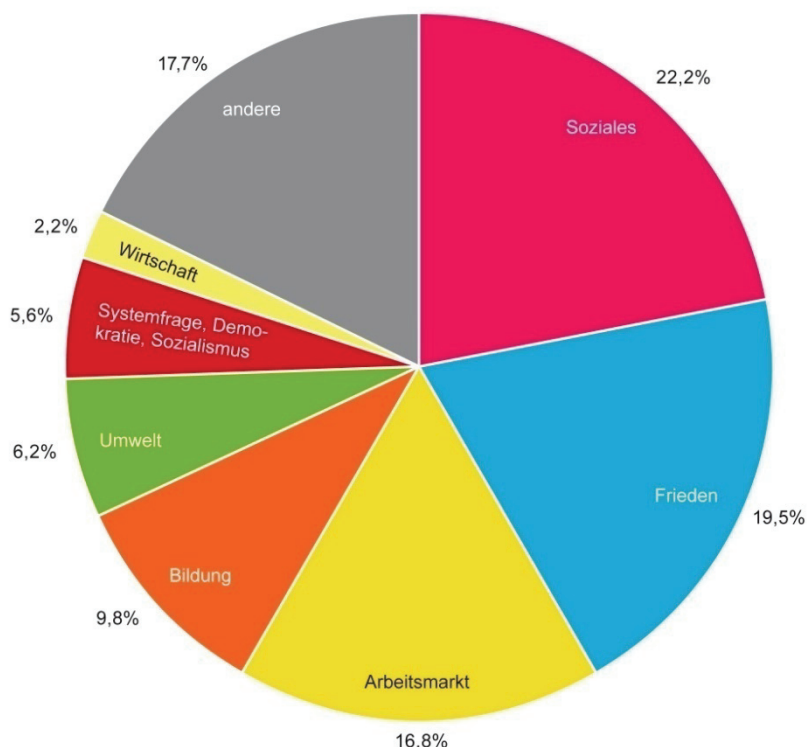
Unter der Sammelkategorie „andere“ befinden sich die weiteren 14 gebildeten Kategorien und die nicht in die 20 Gruppen passenden Nennungen. Am häufigsten innerhalb dieser Gruppe sind die Themen Wirtschaft (1,2%), Privatisierungskritik (0,9%) und Umwelt (0,8%).

Diagramm 4.18: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – 1. Priorität (N=1145)



Bei der zweiten Priorität (Diagramm 4.19) ergibt sich, was die Reihenfolge der ersten drei Themenkategorien angeht, dasselbe Bild wie bezüglich des wichtigsten Schwerpunktes. Vor dem Hintergrund der Dominanz bei der ersten Nennung ist es nicht erstaunlich, dass Soziales hier nur noch mit 22,2% vorne liegt. Die Friedenspolitik erreicht bei der zweiten Priorität mit 19,5% einen ähnlich hohen Anteil wie bei der ersten Priorität, während die Arbeitsmarktpolitik mit 16,8% etwas seltener genannt wird. Auf den Plätzen 4 und 5 folgen mit der Bildungs- (9,8%) und der Umweltpolitik (6,2%) aktuell politisch breit diskutierte Themen. Da diese beiden Politikfelder bei der ersten Priorität nur von wenigen geäußert wurden, liegt die Vermutung nahe, dass hier die aktuelle Themenlage einen größeren Einfluss als längerfristige Interessen haben könnten. Mit 5,6% spielt auch beim zweitwichtigsten Themenschwerpunkt die Systemfrage noch eine gewisse Rolle. Von den weiteren 14 Themen erreicht nur noch die Wirtschaft knapp mehr als 2% der Nennungen. Ungefähr jede sechste Antwort verteilt sich auf eine der übrigen Kategorien. Am häufigsten sind hierbei noch Aspekte der Parteientwicklungen (1,9%) gefolgt von Gesundheit, Renten, Familie und Privatisierungskritik (jeweils 1,4%).

Diagramm 4.19: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – 2. Priorität (N=1127)

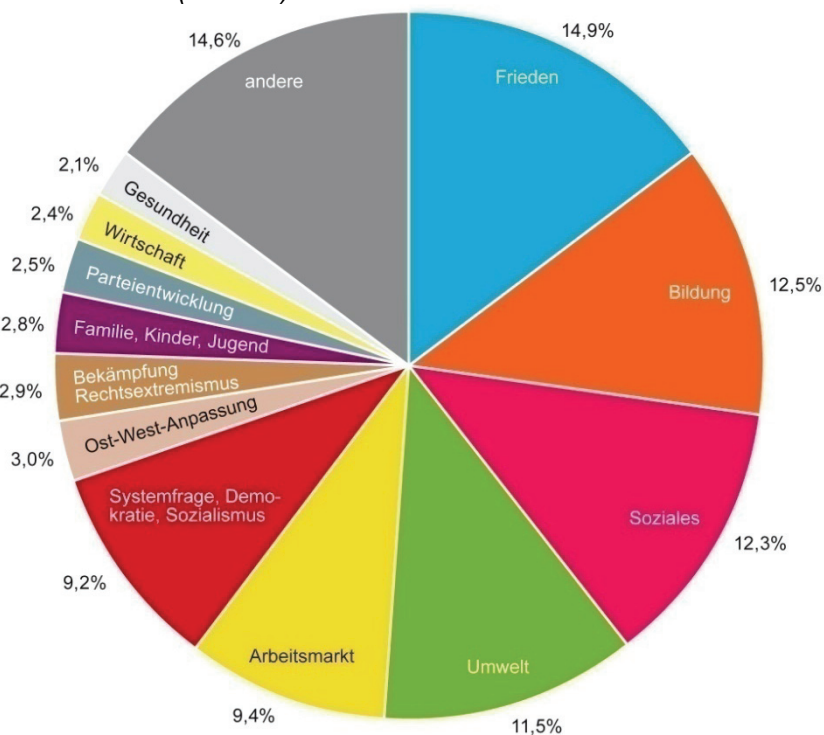


Richtet man den Blick auf das Kreisdiagramm 4.20 mit den als am Drittwichtigsten angegebenen Themenfeldern, so zeigt sich eine etwas andere Reihenfolge. Am häufigsten werden Aspekte des Friedens von jedem siebten Parteimitglied genannt. Die Bil-

dungspolitik positioniert sich mit 12,5% bei der dritten Priorität sogar noch knapp vor der Sozialpolitik (12,3%).<sup>150</sup> Die Umweltpolitik gewinnt ebenfalls an Bedeutung und wird von 11,5% als programmatischer Schwerpunkt gewünscht. Die Arbeitsmarktpolitik wird nach den häufigen Nennungen in den ersten Schwerpunkten noch von fast jedem Zehnten aufgeführt. Die Systemfrage erreicht mit 9,2% in etwa das Niveau wie bei der ersten Priorität. Die Ost-West-Anpassung, die über die Hälfte der Mitglieder bei der geschlossenen Abfrage als sehr wichtig einstufte, wird erst bei der dritten Priorität in erwähnenswerter Häufigkeit von 3% genannt. Offenbar ist das Ost-West-Thema – wie gezeigt vor allem bei der PDS im Osten – noch relativ wichtig, aber steht nicht mehr ganz oben auf der Agenda. Zumindest wird dies nicht als explizites, einzelnes Thema genannt, wobei unterstellt werden kann, dass bei einigen Angaben zu Fragen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einige besondere Aspekte der neuen Bundesländer von den Mitgliedern bei der Beantwortung gedanklich subsumiert wurden.

Mit dem Rechtsextremismus (2,9%), der Familienpolitik (2,8%), Fragen zur Parteientwicklung (2,5%), wirtschaftlichen Themen (2,4%) und der Gesundheit (2,1%) wird noch fünf weiteren Bereichen von mehr als jedem fünfzigsten Mitglied eine wichtige Rolle zugestanden.

Diagramm 4.20: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – 3. Priorität (N=1084)



<sup>150</sup> Hierbei muss natürlich beachtet werden, dass die sozialen Belange bereits von 56,9% an erster oder zweiter Stelle genannt worden sind. Doppelnennungen (also beispielsweise „soziale Gerechtigkeit“ als Erst- und „Sozialpolitik“ als Zweit- oder Drittnennung) kamen nur vereinzelt vor und sind in diesen einzelnen Übersichten nach Prioritäten berücksichtigt.

Bei der 3. Prioritätenabfrage zeigt sich somit eine etwas größere Ausdifferenzierung. Insgesamt lässt sich aber eine relativ homogene Themenschwerpunktsetzung in der neuen Partei ausmachen. Im Rahmen dieser Untersuchung stellt sich jedoch noch die Frage, ob dies bei beiden Gründungsparteien weitgehend deckungsgleich ist bzw. wie groß die thematischen Unterschiede entlang der Herkunftsparteien in der Mitgliedschaft sein werden.

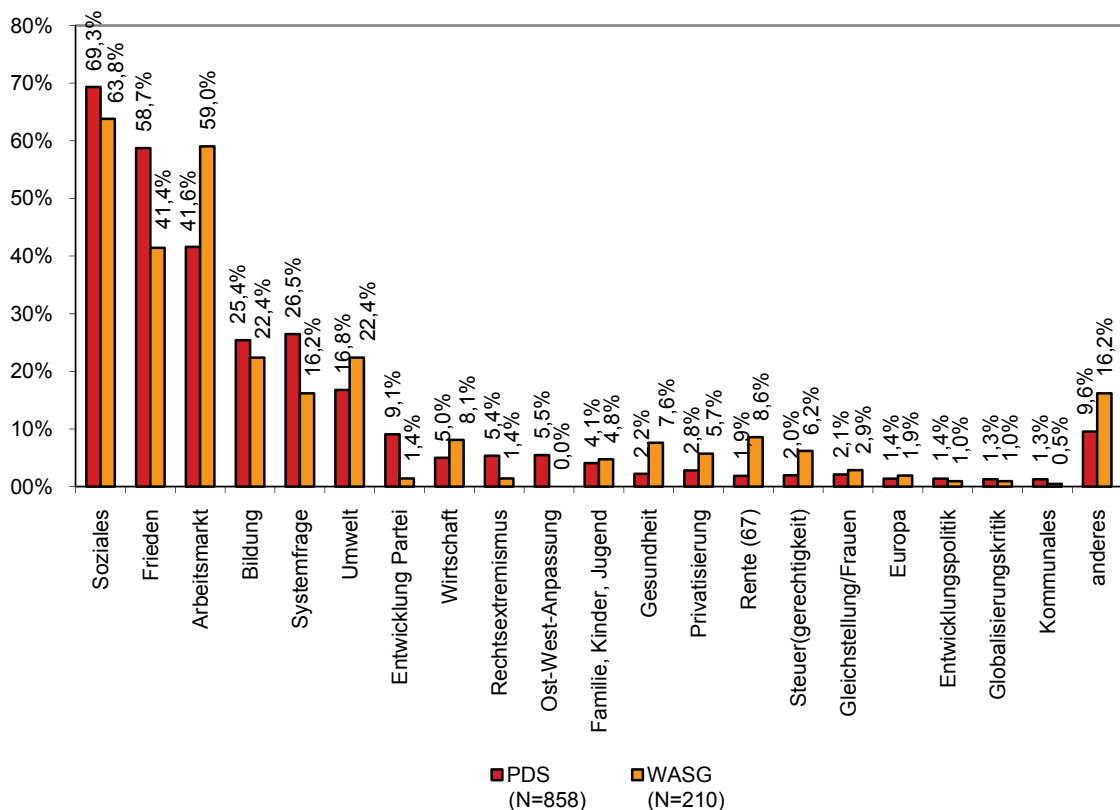
Im Diagramm 4.21 sind daher die zusammengefassten drei Prioritäten in allen zwanzig gebildeten Kategorien aufgeschlüsselt nach Parteien dargestellt. Es zeigt sich hierbei, dass die fünf häufigsten Themenbereiche (Soziales, Frieden, Arbeitsmarkt, Bildung und Umwelt) bei beiden Gruppen zwar die gleichen sind, die Reihenfolge innerhalb dieser Kernthemen jedoch Abweichungen aufweist. Sowohl innerhalb der PDS als auch der WASG stehen die sozialen Themen auf der Agenda ganz oben. Annähernd 70% der PDS-Mitglieder und fast zwei Drittel der WASG-Mitgliedschaft nennen in einer der drei Prioritätsabfragen dieses Politikfeld. Nach dieser großen Übereinstimmung folgen aber bereits auf dem zweiten Platz unterschiedliche Themen. Während es bei den PDS-Anhängern mit 58,7% die Friedenspolitik ist, werden von den WASG-Mitgliedern mit 59,0% Aspekte des Arbeitsmarktes genannt. Diese beiden Themen folgen dann bei der jeweils anderen Partei mit 41,5% auf dem dritten Platz. Der jeweils um die 18%-Punkte große Unterschied in diesen beiden Politikbereichen dürfte in der weiteren Parteientwicklung nicht unerheblich sein. Vor allem mit Blick auf eine eventuell in den nächsten Jahren anstehende Beteiligung der Linken an einer Regierung auf Bundesebene könnte die Friedenspolitik wegen der dann einzugehenden Kompromisse in der Außenpolitik innerhalb der Partei für erhebliche Spannungen sorgen.<sup>151</sup> Die Bildungspolitik hingegen wird in beiden Parteihälften von ca. einem Viertel als zu besetzendes Themenfeld benannt. In der Umweltpolitik wird etwas häufiger innerhalb der WASG (22,4%) als bei der PDS (16,8%) ein wichtiger programmatischer Schwerpunkt gesehen. Wie eine Analyse anhand der vorigen Mitgliedschaften in anderen Parteien zeigt, ist dies nicht primär auf einen Import dieses Themas durch ehemalige Mitglieder der Grünen zurückzuführen. Wie sich noch in der Aufschlüsselung nach alten und neuen Bundesländern darstellen lassen wird, spiegelt sich in dieser Differenz wohl eher ein allgemeiner Ost-West-Gegensatz wider. Fragen nach einer grundlegenden Verbesserung bzw. Überwindung des (kapitalistischen) Systems werden von jedem Vierten (26,5%) früheren PDS-Mitglied und damit wesentlich häufiger als aus den Reihen der

---

<sup>151</sup> Wie die Ereignisse in der PDS im Jahre 2000 um die Frage nach grundsätzlich möglichen legitimen UN-Einsätzen verdeutlichten, die zum zeitweiligen Rückzug von Lothar Bisky und Gregor Gysi führten (Kapitel 2.1.2), birgt dieses Politikfeld für die Partei die Gefahr eines intensiven innerparteilichen Konfliktes.

WASG (16,2%) gestellt. Wie bereits oben beschrieben, ist die Kategorie der Systemfrage relativ weit gefasst worden. Eine genauere Aufschlüsselung erfolgt weiter unten. Äußerungen, die sich nicht auf Politikinhalt, sondern auf Entwicklungen der Partei beziehen, spielen bei den PDS-Mitgliedern eine weitaus größere Rolle als bei der WASG (9,1% zu 1,4%). Ebenso ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Ost-West-Anpassung (fast) ein reines PDS-Thema, welches mit um die 5,5% noch eine gewisse Relevanz erreicht. Die Wirtschaftspolitik (8,1% zu 5,0%) und die Familienpolitik (4,8% zu 4,1%) werden von den WASG-Anhängern etwas häufiger, aber auch von den PDS-Mitgliedern noch relativ oft als wichtiges Themenfeld angegeben. Mit der Gesundheitspolitik, der Privatisierungskritik, der Rentenfrage und der Steuergerechtigkeit wird vier Themenfeldern mit Werten zwischen 5% und 10% von den WASG-Mitgliedern eine gewisse Bedeutung eingeräumt, während der Zuspruch zu diesen von Seiten der PDS-Mitglieder jeweils nur um die 2% beträgt. Die Prioritätensetzung innerhalb der jüngeren Partei kann somit als deutlich ausdifferenzierter bzw. heterogener bewertet werden, was sich auch an den 16,2% (zu 9,6% bei der PDS) der Antworten zeigt, die sich in keine der gebildeten zwanzig Kategorien zuordnen lassen. Europathemen, Entwicklungspolitik, Globalisierungskritik und Kommunales werden in beiden Parteihälften nur vereinzelt (jeweils unter 2%) geäußert.

Diagramm 4.21: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – alle Prioritäten nach Parteien



Wie bei der Analyse der Ost-West-Anpassung deutlich wurde, ergeben sich einige Differenzen zwischen der PDS und WASG aus der unterschiedlichen Verteilung der Mitgliedschaft auf die alten und neuen Bundesländer. Daher sind im folgenden Diagramm 4.22 die sechs am häufigsten genannten und zwei diesbezüglich interessante Themenfelder noch einmal nach ost- und westdeutschen Kreisverbänden<sup>152</sup> aufgeschlüsselt worden, wobei für die WASG aufgrund der geringen Fallzahlen in den neuen Bundesländern nur die Werte für den Westen dargestellt sind.

Die Fokussierung auf die Themen Soziales und Frieden ist innerhalb der PDS im Osten noch um die 10%-Punkte stärker als in den kleineren PDS-Landesverbänden in Westdeutschland. In abgeschwächter Form sind den östlichen PDS-Mitgliedern auch der Arbeitsmarkt (44,0% zu 37,2%) und die Bildung (26,4% zu 20,9%) noch wichtiger. Bei den systemkritischen Antworten sind es hingegen die Mitglieder aus den alten Bundesländern, die diese häufiger als zu setzende Schwerpunkte angeben. Jedes dritte PDS-Mitglied benennt hier dieses Thema, während die neuen Parteikollegen in denselben Bundesländern dies mit 16,6% nur halb so oft tun. Bei den Ost-PDS-Mitgliedern macht der Anteil fast ein Viertel aus. Zur Bewertung dieser Ergebnisse muss diese Kategorie noch etwas näher betrachtet werden. Die Kategorie Systemfrage setzt sich in der Codierung der offenen Frage nämlich aus drei Unterkategorien zusammen. Zum Ersten sind dies Antworten, die direkt einen Systemwechsel fordern, wie „Aufbau sozialistischer Gesellschaft“, „Sozialismus“ oder „Langziel Revolution“. Zum Zweiten ist der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ in dieser Oberkategorie enthalten und zum Dritten die Forderung nach bzw. Kritik an der „Demokratie“. Die allgemeineren Aussagen der letzteren Unterkategorie müssen an sich betrachtet nicht zwingend den Wunsch eines radikalen Systemwandels beinhalten. Im Kontext dieser Fragestellung nach den drei zu setzenden Schwerpunkten erscheint es aber vertretbar, die Nennung von Demokratie(defiziten) nicht nur als Ausdruck einer partiellen Unzufriedenheit, sondern als fundamentalen Veränderungsansatz des politischen Systems einzuordnen. Gleichwohl können diese drei Unterkategorien in ihrer Radikalität abgestuft werden. Die offen gestellte Systemfrage stellt dabei das Maximum dar. Diese radikale Position nehmen 8,5% der PDS-Mitglieder im Osten und 14,2% im Westen ein. Bei der WASG in den alten Bundesländern wird diese klare Forderung nur von 5,7% gestellt. Der Demokratische Sozialismus kann zwar als ebenso anderes Gesellschaftssystem bewertet werden, der Weg dorthin ist jedoch als weniger radikal einzuschätzen. Die Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus sehen ihre früher namensgebende Forde-

---

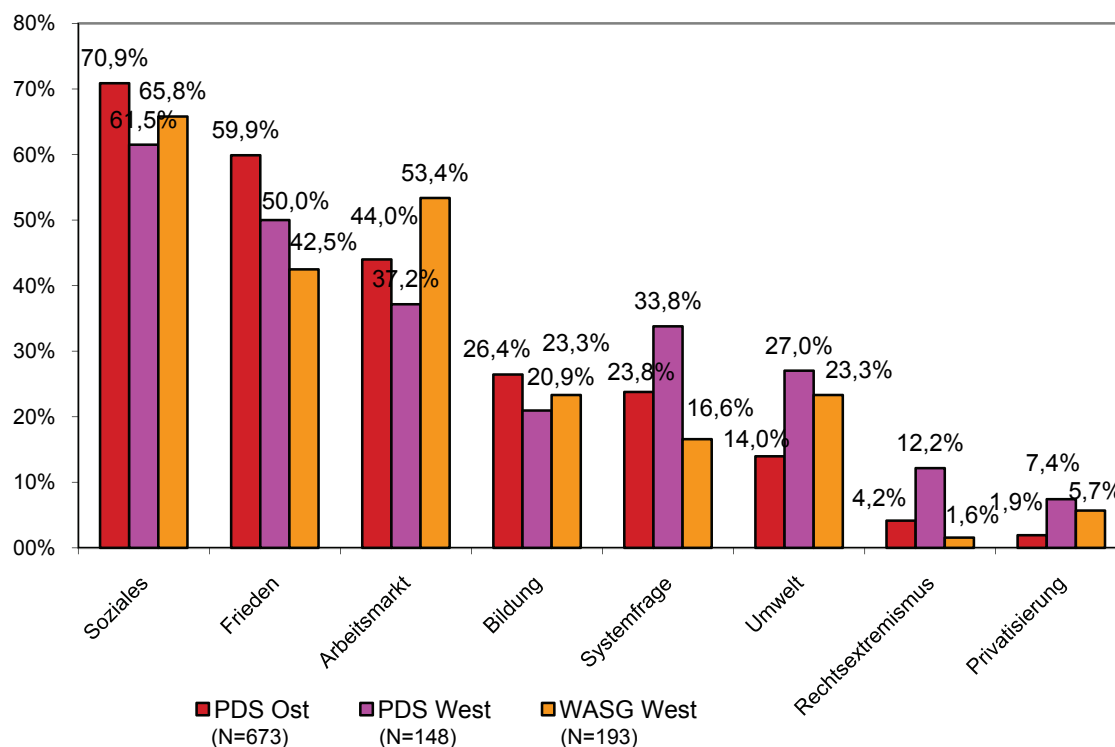
<sup>152</sup> Berlin bleibt hierbei und in folgenden ähnlichen Diagrammen aufgrund der schwierigen Zuordnung unberücksichtigt.

rung im Osten zu 5,5% und im Westen zu 3,4% (noch) als zu setzenden Themenschwerpunkt. Innerhalb der (West-)WASG hat dieser Begriff nur eine minimale Bedeutung (1,0%). Als „harmloseste“ Form ist die indirekte Forderung des Systemwandels durch Ausdruck der Unzulänglichkeiten des demokratischen Systems in Deutschland zu sehen. Diese Forderung wird von jeweils fast jedem Zehnten (9,8%) in der PDS in den neuen und in der WASG in den alten Bundesländern aufgestellt. In den letzteren liegt der Anteil bei den PDS-Mitgliedern mit 16,2% deutlich höher.

Anhand dieser Abfrage der gewünschten Themenschwerpunkte lassen sich keine tiefer gehenden Aussagen zu dem Ausmaß der Systemkritik der Anhängerschaft der neuen Partei machen. Es wird aber aufgrund dieser Werte deutlich, dass sich ein nicht unwesentlicher Teil der Mitgliedschaft im Randbereich des verfassungsmäßig zulässigen Bereichs bewegt. Wie einleitend erläutert, ist die Verfassungsmäßigkeit der neuen Partei nicht Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit. Bezüglich der Umweltpolitik übersteigt das Interesse der westlichen PDS-Mitglieder sogar noch das der WASG um fast 4%-Punkte. Ökologische Themen sind den PDS-Mitgliedern im Osten hingegen nur halb so oft wichtig genug, um sie als eines ihrer drei wichtigsten Schwerpunktthemen zu wählen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt, anders als man aufgrund der höheren Problemlage hätte erwarten können, in der PDS in den östlichen Landesverbänden nur bei 4,2% eine entscheidende Rolle. In dem westlichen Teil der Republik wird dieser Politikbereich fast dreimal so häufig angegeben. Ebenfalls erstaunlich ist, dass innerhalb der fusionierten Landesverbände der Linken im Westen dieses Thema für einen Teil (PDS) zu den wichtigeren Themen zählt und bei dem anderen Teil mit 1,6% kaum Bedeutung erlangt. Bei der Privatisierungskritik zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Hier liegen die westlichen Gruppierungen beider Parteien relativ nahe zusammen (7,4% zu 5,7%), während diese Thematik bei der PDS im Osten deutlich seltener Beachtung findet (1,9%).

Insgesamt offenbart diese Darstellung, dass in einigen Bereichen der Unterschied der Parteiherkunft dominiert, während in anderen Bereichen der Ost-West-Gegensatz die entscheidende Trennlinie darstellt. Im Rahmen dieser Themenschwerpunktsetzung sind inhaltlich konkrete Vorstellungen, die in allen Bereichen weit divergieren können, nicht enthalten. Gleichwohl kann die tendenzielle Übereinstimmung bei den Spitzenthemen als gute Basis für das Ausarbeiten eines Parteiprogramms gesehen werden. Dies gilt auch, wenn es bei den Hauptthemen gewisse Prioritätsdifferenzen gibt und bei einigen Nebenthemen grundsätzlich andere Einschätzungen vorliegen.

Diagramm 4.22: Ausgewählte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – alle Prioritäten nach Ost und West (jeweils ohne Berlin)



#### 4.6. Einstellungen zu aktuellen politischen Fragen und historischen Entwicklungen

In einem zeitlich eng begrenzten Fragebogen ist es nicht möglich die politischen Standpunkte von Parteimitgliedern in allen Bereichen zu erfassen. Trotzdem ist es spannend auch Einstellungen zu ganz konkreten einzelnen Themen zu erfassen. Diese Untersuchung beschränkt sich daher auf vier zum Befragungszeitpunkt (innerhalb der Partei) aktuelle Themen aus unterschiedlichen Bereichen (Mindestlohn, Privatisierungen, Bundeswehreinmärsche und Menschenrechtsverletzungen in Kuba). Da sich die Partei wegen der Vergangenheit der PDS auch immer wieder mit der Konfrontation zur (DDR-)Geschichte auseinandersetzen hat bzw. auch parteiintern auseinandersetzen will (Kapitel 2), haben historische Ereignisse für die neue Partei eine besondere Bedeutung<sup>153</sup>. Vor diesem Hintergrund sind auch vier Fragen zur Zeitgeschichte (Bewertung von Stalin, der DDR, dem Mauerbau und der Wiedervereinigung) gestellt wor-

<sup>153</sup> Welche Auswirkungen die Äußerungen zu historischen Fragen haben können, wurde in jüngster Zeit an dem Hessener Spitzenkandidaten Pit Metz, der wegen eines Vergleiches von Mauer-schützen und Afghanistan-Soldaten zurücktreten musste (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,504281,00.html>; zuletzt: 03.04.09) und des Fraktionsausschlusses des über die offene Liste in Niedersachsen in den Landtag gekommenen DKP-Mitgliedes Christel Wegner, die in einem TV-Interview den Mauerbau rechtfertigte und die Wiedereinführung einer Staatssicherheit für nötig hielt (<http://www.sueddeutsche.de/politik/639/433388/text/>; zuletzt: 03.04.09).



den.<sup>154</sup>

Schon ein erster Blick auf das Diagramm 4.23 lässt sehr unterschiedliche Verteilungen der Zustimmungsraten zu den vier gewählten aktuellen Themen erkennen. Bezüglich der Forderung nach Einführung eines Mindestlohns<sup>155</sup> herrscht innerhalb der Partei ein nahezu einheitliches Meinungsbild. Über 90% stimmen diesem voll und weitere 7,6% überwiegend zu. Eine ablehnende Haltung zu diesem Wahlkampfthema der Linken weisen insgesamt nur etwas über 1% ihrer Mitglieder auf.

Bei der Einstellung zu Privatisierungen<sup>156</sup> hätte eventuell ein ähnlich einheitliches jedoch ablehnendes Bild erwartet werden können. Dieses liegt allerdings nur sehr bedingt vor. Zwar lehnen diese fast 80% ab, wobei sich aber die überwiegende (36,3%) und die absolute (42,8%) Ablehnung fast die Waage halten. Immerhin jedes fünfte Mitglied sieht auch die Möglichkeit von positiven Auswirkungen von Privatisierungen, wobei fast 10% dem voll zustimmen. Den Privatisierungsgegnern – wie im vorigen Kapitel gezeigt, zählen im Westen sogar über 6% dieses zu den drei wichtigsten Themenfeldern – steht somit ein nicht unwesentlicher bedingt privatisierungsfreundlicher Parteiteil gegenüber.

Zu der Frage nach einem durch ein UN-Mandat gedeckten Bundeswehreininsatz<sup>157</sup> liegt ebenfalls eine weit überwiegende aber keineswegs einheitliche Ablehnung vor. Nicht ganz die Hälfte der Mitglieder (44,4%) wünscht absolut keinen und weitere 38,6% eher keinen Einsatz der deutschen Armee im Rahmen eines UN-Friedenseinsatzes. Jeder siebte kann sich hierbei eine Beteiligung der Bundeswehr aber vorstellen. Eine diesbezüglich volle Zustimmung erfolgt mit nur knapp 3% relativ selten. Die umstrittenste abgefragte Aussage zu Einzelthemen stellt die Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Kuba<sup>158</sup> dar. Die zustimmende (47,5%) und die ablehnende (52,5%) Seite sind in ungefähr gleich stark, wobei auf beiden Seiten die überwiegende Einstellung mit je-

---

<sup>154</sup> Dieser Fragenkomplex - vor allem die Frage nach den Menschenrechtsverletzungen in Kuba und der Bewertung der DDR - war mit Abstand der am meisten kommentierte und kritisierte. Diese Fragen wurden vereinzelt als „suggestiv und absolut“, „deplatziert“ und „aus dem Zusammenhang heraus gerissen“ bewertet. Neben der Kritik an der Stellung der Fragen an sich: „Die typischen ‚SED-Nachfolgepartei-Enttarnungsfragen‘ hätte man sich im Jahr 2007 sparen können“, gab es aber auch aussagekräftige inhaltliche Kommentare. So beispielsweise: „Ich vertraue Fidel Castro voll und ganz, wenn er sagt, dass in seinem Land keine Menschen gefoltert und missbraucht werden“ oder „in Deutschland gibt es gravierendere Menschenrechtsverletzungen als in Kuba“. Die Antwortquoten waren bei den historischen Fragen und der aktuellen Kubafrage mit Werten zwischen 92,9% und 95,3% trotzdem erfreulich hoch.

<sup>155</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Ein Mindestlohn sollte umgehend eingeführt werden“.

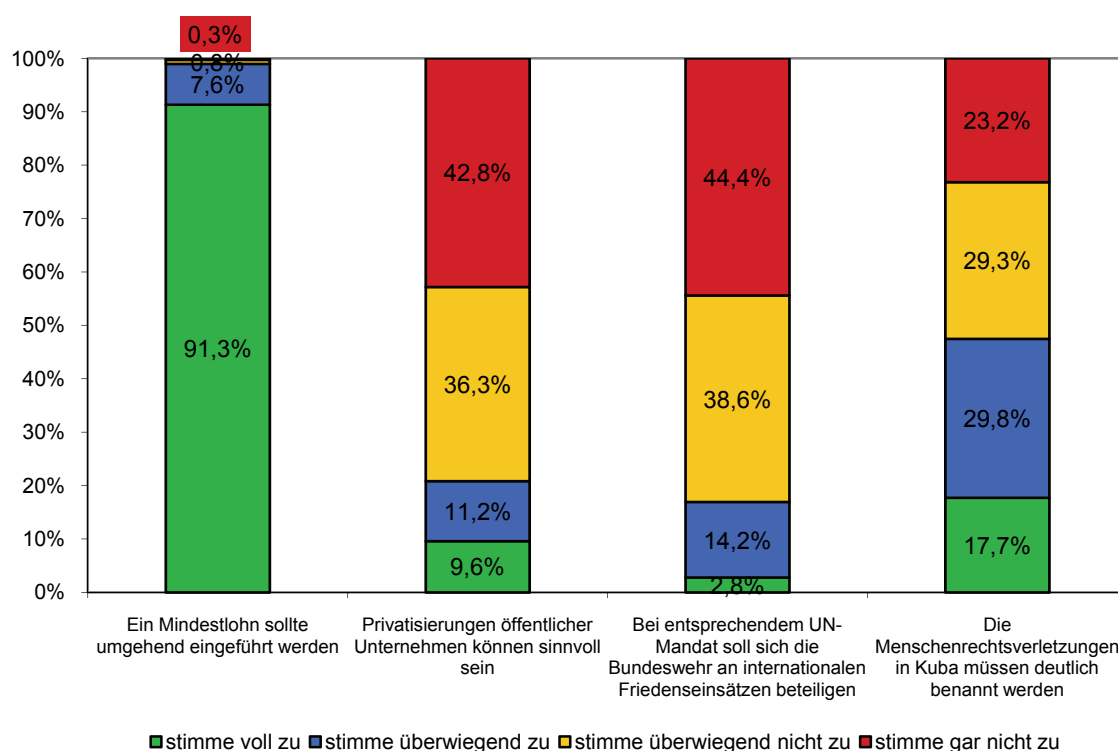
<sup>156</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Privatisierungen öffentlicher Unternehmungen können sinnvoll sein“.

<sup>157</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Bei entsprechendem UN-Mandat soll sich die Bundeswehr an internationalen Friedenseinsätzen beteiligen“.

<sup>158</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Die Menschenrechtsverletzungen in Kuba müssen deutlich benannt werden“.

weils fast 30% stärker ist als die absolute Zustimmung (17,7%) bzw. Ablehnung (23,2%). Eine einheitliche Position zu Kuba dürfte daher in der neuen Partei schwierig festzulegen sein. Die aufgrund der größeren Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung relevanteren Aussagen scheinen jedoch die Mindestlohn- und die Bundeswehreinsatzfrage zu sein. Hierfür spricht auch die hohe Priorität, die der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Friedenspolitik von der Mitgliedschaft eingeräumt worden ist (s.o.). Auch wenn die beiden Einzelfragen nicht für die ganze Bandbreite dieser Politikbereiche sprechen können, so deutet sich doch in den sozialen Fragen eine einheitlichere Position als in der Außenpolitik an.<sup>159</sup>

Diagramm 4.23: Einstellung gegenüber Aussagen zu aktuellen Themen ( $N_{min}=1367$ )



Zur Einschätzung inwieweit thematische Differenzen entlang der Ursprungsparteien und/oder eines Ost-West-Gegensatzes verlaufen, ist auch für diese Einzelfragen eine aufgesplitterte Darstellung (aufgrund der geringen Fallzahlen hier und im folgenden ohne WASG-Ost) im Diagramm 4.24 abgebildet. Beim Mindestlohn zeigt sich hierbei im Westen eine um noch 3% bis 5% höhere absolute Zustimmung. Die zusammerechnete Ablehnung übersteigt in keiner Untergruppe die 1,2%. Bei der Frage nach der

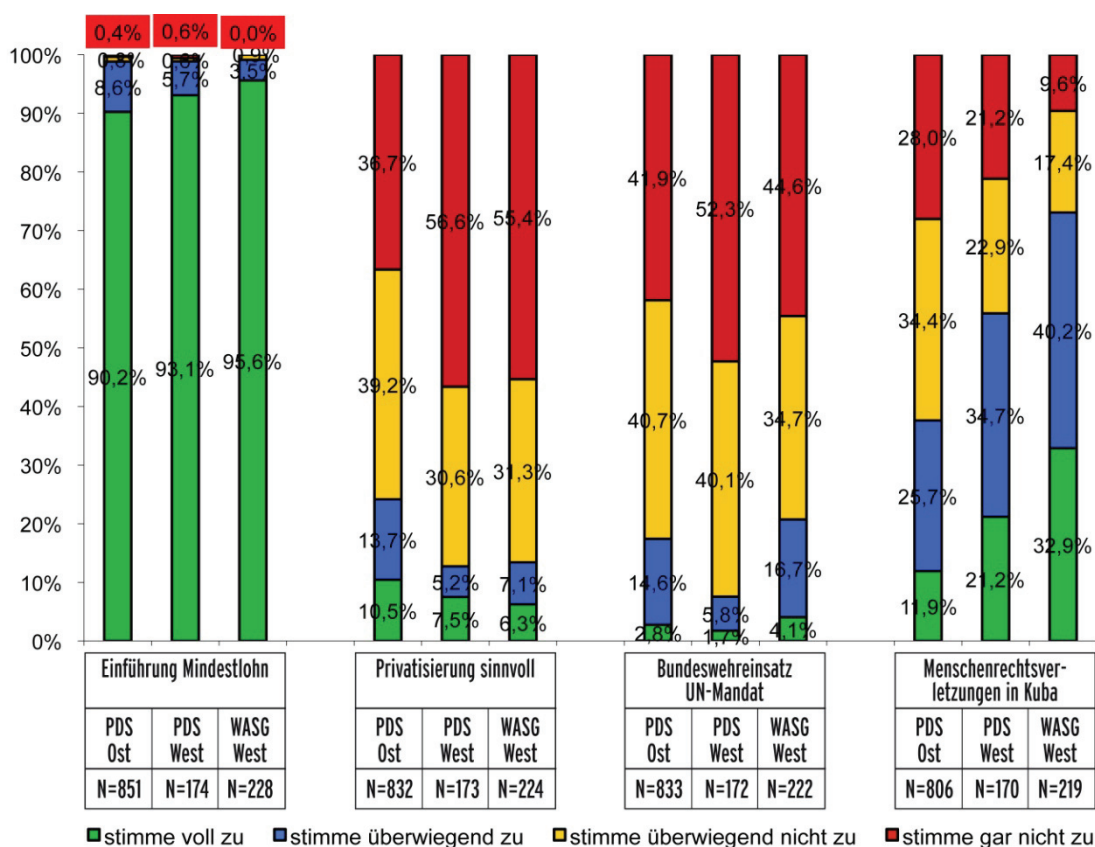
<sup>159</sup> Perspektivisch könnte sich die Frage der Beteiligung an Auslandseinsätzen auch deshalb als konfliktträchtiger innerhalb der Partei erweisen, weil – sollte es in einigen Jahren zu Koalitionsverhandlungen mit der SPD und den Grünen auf Bundesebene kommen – Kompromisse in sozialen Fragen leichter als bei Auslandseinsätzen zu erreichen sind.

potenziellen Möglichkeit von Privatisierungen wird im Gegensatz ein sehr viel größerer Ost-West-Unterschied deutlich. Während im Westen in beiden Parteihälften die absolute Ablehnung mehr als die Hälfte ausmacht (jeweils um die 56%), sind dies bei der Ost-PDS mit 20%-Punkten weniger nur etwas mehr als ein Drittel. Auf der anderen Seite halten fast ein Viertel der Ostgenossen Privatisierungen unter Umständen für sinnvoll. Diese Position findet sich im Westteil mit jeweils um die 13% nur halb so oft.

Vermutlich spiegeln sich hierbei die größeren Regierungs- und Politikerfahrungen der Partei in Ländern und Kommunen der neuen Bundesländer wider. Bezüglich der Ablehnung von Bundeswehreinsätzen unter einem UN-Mandat zählen die WASG-Mitglieder im Westen innerhalb der Partei zu den zurückhaltendsten. Zwar lehnen auch unter diesen acht von zehn Mitgliedern (79,3%) diese ab, ein Fünftel hingegen kann sich unter gewissen Umständen die Bundeswehr im Ausland vorstellen, wobei unter diesen die volle Zustimmung mit 4,1% gering ist. An zweiter Stelle folgen die PDS-Mitglieder aus den neuen Bundesländern, von denen sich ca. jeder Sechste (17,4%) die Beteiligung an einem UN-Mandat vorstellen kann. Mit Abstand am deutlichsten fällt die Ablehnung jeglicher Militäreinsätze bei den PDS-Mitgliedern im Westen aus. Über die Hälfte (52,3%) stimmen dem Einsatz der Bundeswehr unter einem UN-Mandat gar nicht zu, weitere zwei Fünftel sind demgegenüber überwiegend kritisch und für nur 7,5% ist dies unter Umständen denkbar.

Die größten Differenzen innerhalb der Mitgliedschaft zeigen sich bei der Haltung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in Kuba. In allen drei Untergruppen werden diese anders bewertet. Die Kuba-freundlichste Einstellung findet sich bei den PDS-Mitgliedern in den neuen Bundesländern. Etwas mehr als ein Viertel sieht gar keine und ein weiteres Drittel überwiegend keine Notwendigkeit die Menschenrechtslage in dem Karibikstaat zu thematisieren. Die Mitglieder, die einer Benennung der Verletzungen überwiegend/voll zustimmen, sind mit 37,6% in der Minderheit. Bei der westlichen PDS-Anhängerschaft sieht es genau umgekehrt aus. Hier hält ein gutes Fünftel absolut und ein gutes Drittel überwiegend eine Auseinandersetzung mit der Menschenrechtslage für notwendig. Jeweils etwas mehr als 20% stimmen diesem überwiegend bzw. gar nicht zu. Entgegen dieser knappen Mehrheit für eine Thematisierung sprechen sich die Parteikollegen der WASG sehr deutlich dafür aus. Fast ein Drittel stimmt dem voll, weitere 40,2% überwiegend zu. Nur etwas mehr als ein Viertel (27%) sehen hierzu überwiegend bzw. gar keine Veranlassung.

Diagramm 4.24: Einstellung gegenüber Aussagen zu aktuellen Themen nach Parteiteilen



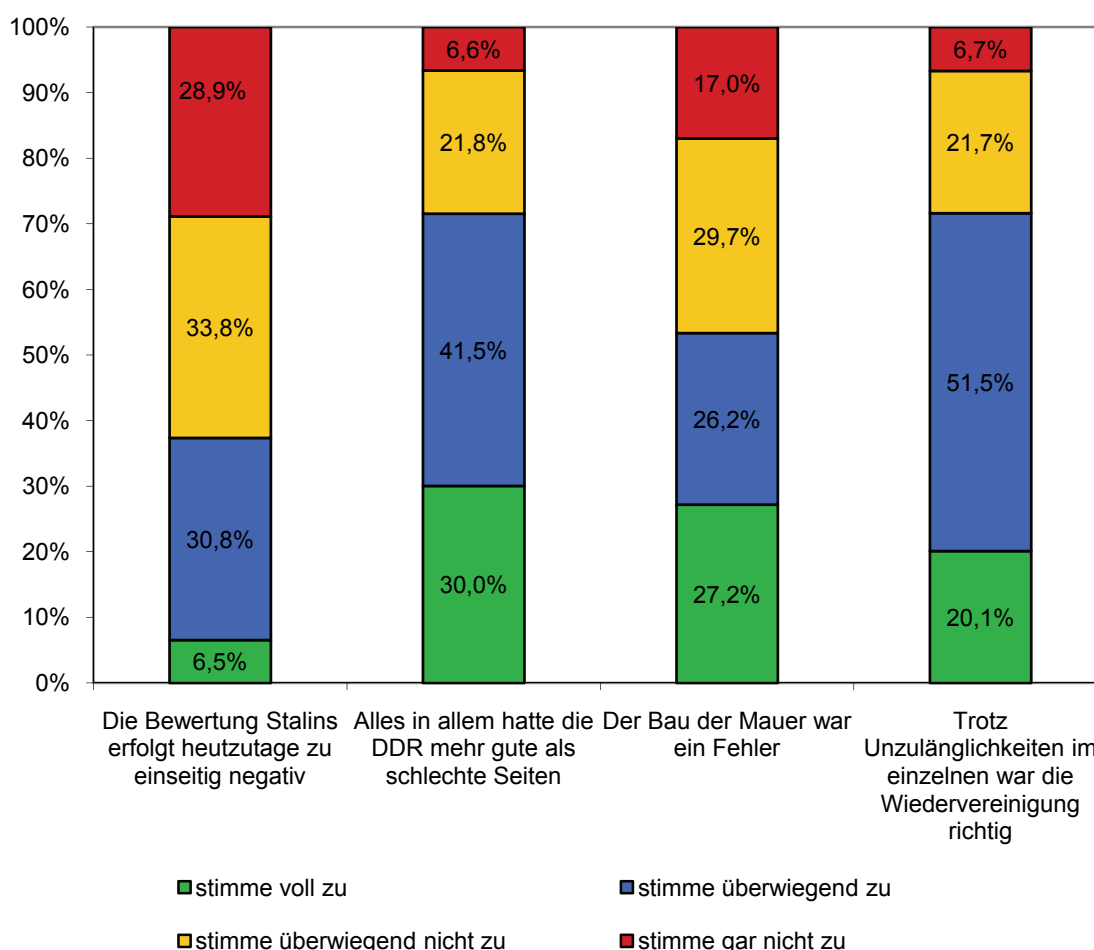
Auch bei einem Teil der historischen Fragen werden weiter unten noch erhebliche Differenzen zwischen den Parteiteilen auftauchen. Zunächst sollen im Diagramm 4.25 diese aber für die gesamte Partei dargestellt werden. Die Bewertung Stalins<sup>160</sup> wird von 6,5% der Parteimitglieder heute absolut als zu negativ gesehen. Fast ein weiteres Drittel stimmt dieser Aussage tendenziell zu. Ziemlich genau ein Drittel lehnt dies überwiegend ab und 28,9% können einer heutzutage zu negativen Bewertung Stalins gar nicht zustimmen. Ohne entsprechende empirische Werte vorlegen zu können, ist dies im Vergleich zur Gesamtbevölkerung wohl als erstaunlich positive Bewertung Stalins anzusehen. Auch bei einigen der weiteren historischen Fragen ergeben sich selbst vor dem Hintergrund von extrem erwarteten Werten einige Überraschungen. Wie in der Einleitung dargelegt, soll es im Rahmen dieser Untersuchung aber nicht um eine Analyse der extremistischen Gefahren der neuen Partei gehen, sondern in Bezug auf ihre Programmatik primär um deren interne fehlende oder vorhandene Kongruenz. Drei von zehn Mitgliedern stimmen der Aussage vollkommen zu, dass die DDR insgesamt überwiegend gut gewesen ist<sup>161</sup>. 41,5% bestätigen dieses positive DDR-Bild überwiegend. Etwas mehr als ein Fünftel (21,8%) lehnt dies tendenziell ab. Eine ganz

<sup>160</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Die Bewertung Stalins erfolgt heutzutage zu einseitig negativ“.

<sup>161</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Alles in allem hatte die DDR mehr gute als schlechte Seiten“.

eindeutig negative Sicht auf den früheren „real existierenden Sozialismus“ in Deutschland geben nur 6,6% der Befragten an. Wie noch zu zeigen sein wird und zu vermuten war, spielt hierbei die Herkunft aus den alten oder neuen Bundesländern eine erhebliche Rolle. Bezüglich der Richtigkeit der Errichtung der Mauer<sup>162</sup> ergibt sich ein geteiltes Bild. Jeweils etwas mehr als ein Viertel stimmen der Aussage voll bzw. überwiegend zu, dass dies ein Fehler war. Entsprechend hält fast die Hälfte die Entscheidung für den „Antifaschistischen Schutzwall“ auch heute noch für richtig. Die absolute Zustimmung ist mit 17,0% nicht ganz so hoch wie die gemäßigte Bejahung (29,7%). Dass die Wiedervereinigung im Prinzip richtig<sup>163</sup> war, kann jeder fünfte Anhänger der Partei absolut unterschreiben. Die Hälfte (51,5%) stimmt diesem überwiegend zu. 28,4% lehnen die Wiedervereinigung jedoch ab, wobei ca. jeder Vierte innerhalb dieser ablehnenden Gruppe (insgesamt 6,7%) dies vollkommen tut.

Diagramm 4.25: Einstellung gegenüber Aussagen zu historischen Themen ( $N_{min}=1344$ )



<sup>162</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Der Bau der Mauer war ein Fehler“.

<sup>163</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Trotz Unzulänglichkeiten im einzelnen war die Wiedervereinigung richtig“.

Im Gegensatz zu den aktuellen Fragen, bei denen bei drei von vier zumindest tendenziell gleiche Einschätzungen in den Parteigruppen vorlagen, ergibt sich bei allen Fragen zu historischen Bewertungen eine unterschiedliche Einschätzung. Bei der Bewertung Stalins ist die Differenz noch relativ gering. Um die 6% bis 7% halten in allen hier dargestellten Teilen der Partei die Darstellung Stalins heute für vollkommen zu negativ. Bei der bedingten Zustimmung zu dieser Aussage zeigen sich aber deutlich Unterschiede. 38,9% stimmen in der Ost-PDS überwiegend zu, in der Mitgliedschaft der SED-Nachfolgepartei in den westlichen Bundesländern sind dies nur halb so viel (19,6%). Noch etwas geringer ist die bedingte Bejahung der Aussage, dass Stalin heutzutage zu negativ bewertet wird, in den Reihen der WASG im Westen (16,0%). In allen drei Gruppen lehnt diese These ein gutes Drittel überwiegend ab. Die Anteile die gar nicht zustimmen können sind dementsprechend in der WASG im Westen mit 44,3% am größten, bei deren regionalen Parteikollegen mit 36,9% etwas niedriger und mit etwas über einem Fünftel bei den PDS-Mitgliedern im Osten nur halb so häufig (Neu 2004) Ein extrem heterogenes Bild ergibt sich bei der Frage nach der Gesamtbewertung der DDR. Auf deren früheren Staatsgebiet sehen 90,8% (davon 41,5% absolut) insgesamt mehr gute als schlechte Seiten an dem Staat, in dem sie früher gelebt haben<sup>164</sup>. 8,6 % lehnen eine positive Einschätzung der DDR überwiegend ab. Eine absolute Ablehnung ist nur vereinzelt (0,6%) auszumachen. Hinter diesen extrem hohen Zustimmungsraten zu einem gescheiterten Staat dürften neben wirklicher politischer Überzeugung auch die fehlende Trennung der eigenen persönlichen Lebensgeschichte, die man nicht kritisiert sehen möchte, und dem Staat, in dem diese erfolgte, eine entscheidende Rolle spielen.

Innerhalb der PDS im Westen ist es mit 50,8% eine knappe Mehrheit (12,0% vollkommene, 38,9% überwiegende Zustimmung), die in der Deutschen Demokratischen Republik mehr Gutes als Schlechtes sieht. Eine negative Bewertung dieses Staates erfolgt von fast 40% tendenziell und weiteren fast 10% absolut. Diese relativ positive Zustimmung zur DDR bei der PDS im Westen kann nur zu einem kleinen Teil auf aus den neuen Bundesländern stammende Mitglieder zurückgeführt werden. Betrachtet man nur die Ergebnisse der auch im Westen aufgewachsenen Mitglieder (N = 119), so ergibt sich folgende Verteilung: 8,4% volle Zustimmung, 36,1% überwiegende Zustimmung, 43,7% überwiegende Ablehnung, 11,8% absolute Ablehnung. Interessant ist hierbei, dass die in den Westen übergesiedelten PDS-Mitglieder (N = 39) eine deutlich

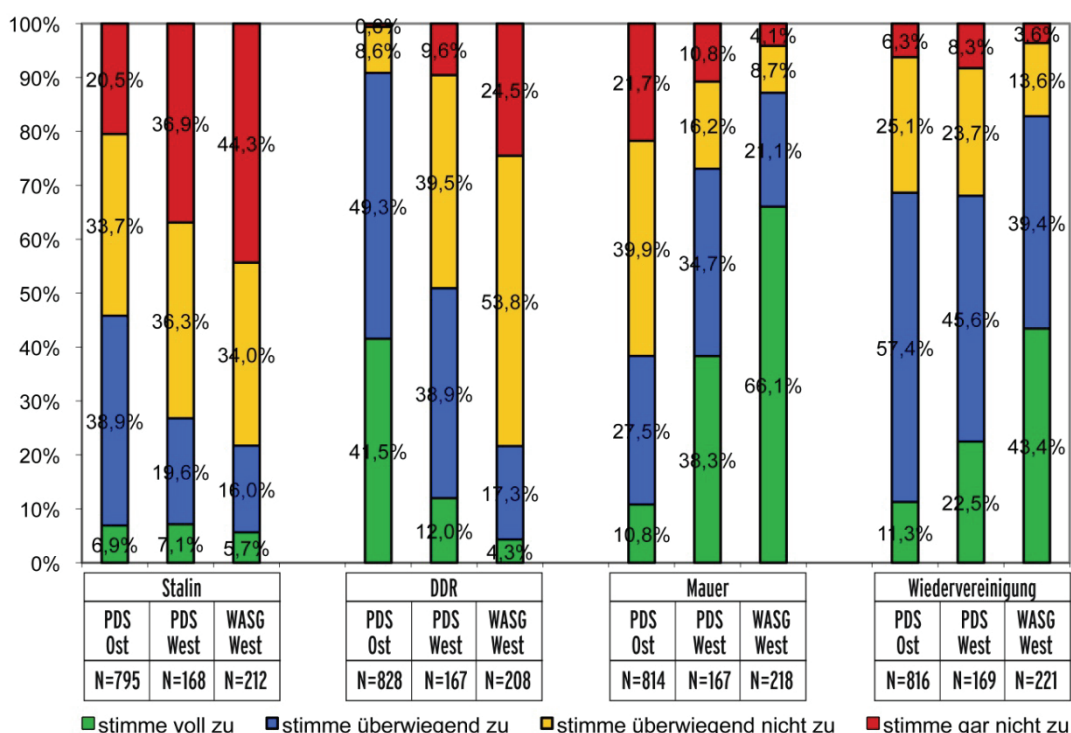
---

<sup>164</sup> 17 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es im Osten bei der PDS natürlich auch jüngere Mitglieder, für die diese Aussage nicht mehr zutrifft und auch für aus den alten Bundesländern umgezogene stimmt dies nicht. Da deren Anteile an der Mitgliedschaft jedoch sehr gering sind, erscheint diese pauschale Formulierung hier vertretbar.

negativere Bewertung (20,5% volle Zustimmung, 41,0% überwiegende Zustimmung, 33,3% überwiegende Ablehnung, 5,1% absolute Ablehnung) zur DDR abgeben als die im Osten gebliebenen Mitglieder. Bei den neuen Westgenossen aus der WASG herrscht eine relativ deutliche Ablehnung der DDR. Ein Viertel (24,5%) kann der Positivthese überhaupt nicht und die Hälfte (53,8%) überwiegend nicht zustimmen. Eine tendenziell positive Sicht liegt bei 17,3% vor, während die absolute Zustimmung nur von 4,3% und damit fast zehnmal so selten wie von der PDS im Osten angegeben wird. In dieser vollkommen unterschiedlichen Bewertung des von der Vorgängerpartei gelenkten Staates steckt somit nicht unerhebliches Konfliktpotenzial. Dieses zeigt sich auch in ähnlicher Weise bei der Frage nach dem Bau der Mauer. Dieser wird in der Mitgliedschaft der PDS im Osten nur von einer Minderheit als Fehler angesehen. Die totale Zustimmung dazu ist mit 10,8% deutlich niedriger als die tendenzielle Übereinstimmung. Über 60% finden hingegen den Mauerbau vertretbar, 21,7% davon sogar absolut. Im westlichen Teil der Demokratischen Sozialisten liegt hingegen bei fast drei Vierteln (73,0%) eine ablehnende Haltung gegenüber dem Mauerbau vor, wobei der Anteil mit einer absoluten Position mit 38,3% hierbei sogar überwiegt. Nur für etwas mehr als ein Viertel (16,2% überwiegend, 10,8% gar nicht) ist in der Abschottung vom 13.08.1961 kein Fehler zu sehen. Noch deutlicher ist die Kritik an dieser Entscheidung bei der WASG. Zwei Drittel ihrer Mitglieder in den alten Bundesländern stimmen der Fehlerthese absolut und weitere 21,1% überwiegend zu. Die Errichtung halten in dieser Gruppe nur 8,7% für tendenziell und 4,1% für vollkommen richtig.

Bezüglich der Frage nach der Richtigkeit der Wiedervereinigung zeigen sich im Grad der Zustimmung zwar auch noch Differenzen, aber im Gegensatz zu den beiden vorigen Aussagen liegen die Mehrheiten in allen Parteigruppen auf der gleichen, der bejahenden Seite. In der Ost-PDS ist die vollkommene Zustimmung zum Beitritt der neuen Bundesländer mit 11,3% am geringsten. Durch 57,4% überwiegende Zustimmung ergibt sich aber insgesamt ein der Wiedervereinigung gegenüber positives Bild, obwohl mit fast einem Drittel (25,1% überwiegend, 6,3% absolut) die kritischen Stimmen nicht gerade selten sind. Bei den PDS-Genossen im Westen ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch dort sieht fast ein Drittel die Wiedervereinigung kritisch, wobei der Anteil der absoluten Ablehnung noch zwei Prozentpunkte stärker ausfällt. Auf der anderen Seite ist auch das Ausmaß der vollen Zustimmung mit 22,5% fast doppelt so groß wie im Osten. Innerhalb der WASG wird der Richtigkeit der Vereinigung Deutschlands von 43,4% vollkommen und weiteren 39,4% überwiegend zugestimmt. Eine überwiegende (13,6%) bzw. vollkommene (3,6%) Ablehnung dieser Aussage ist innerhalb dieser Parteihälfte etwas seltener anzutreffen.

Diagramm 4.26: Einstellung gegenüber Aussagen zu historischen Themen nach Parteiteilen



Bei den historischen Themen bestehen in der Mitgliedschaft somit nicht unerhebliche Gräben zwischen den alten und neuen Bundesländern, aber auch zwischen den Gründungsparteien. Nicht zuletzt wegen der Ausnutzung dieser Schwachstelle durch den politischen Gegner wird die unterschiedliche Bewertung der (DDR-)Geschichte für die neue Partei ein problematisches Feld bleiben; zumal einige der (in Parteiteilen) mehrheitlich vertretenen Positionen in weiten Kreisen der Bevölkerung eher unpopulär sein und bleiben dürften.

Vor dem Hintergrund der Rolle der PDS als „Anwalt des Ostens“ besitzt die Frage nach den subjektiv empfundenen Lebensunterschieden eine wichtige Bedeutung. Die Parteimitglieder wurden daher auch gefragt, wie sie die Lebensunterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern aktuell einschätzen<sup>165</sup> und wie sie die Entwicklung in den letzten Jahren<sup>166</sup> bewerten. Im Diagramm 4.27 ist zunächst die derzeitige Einschätzung der Lebensverhältnisse aufgeschlüsselt nach Parteiteilen dargestellt. Es zeigen sich, wie zu erwarten, Unterschiede zwischen dem Ost- und Westteil und, schon eher überraschend, auch Differenzen innerhalb der neuen Westlandesverbände. Fast neun von zehn Mitgliedern der Ost-PDS empfinden den Unterschied als sehr groß (28,7%) bzw. groß (59,6%). Jeder Neunte hält diesen für mittel und eine geringe Ein-

<sup>165</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Die Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost- und Westdeutschland sind“.

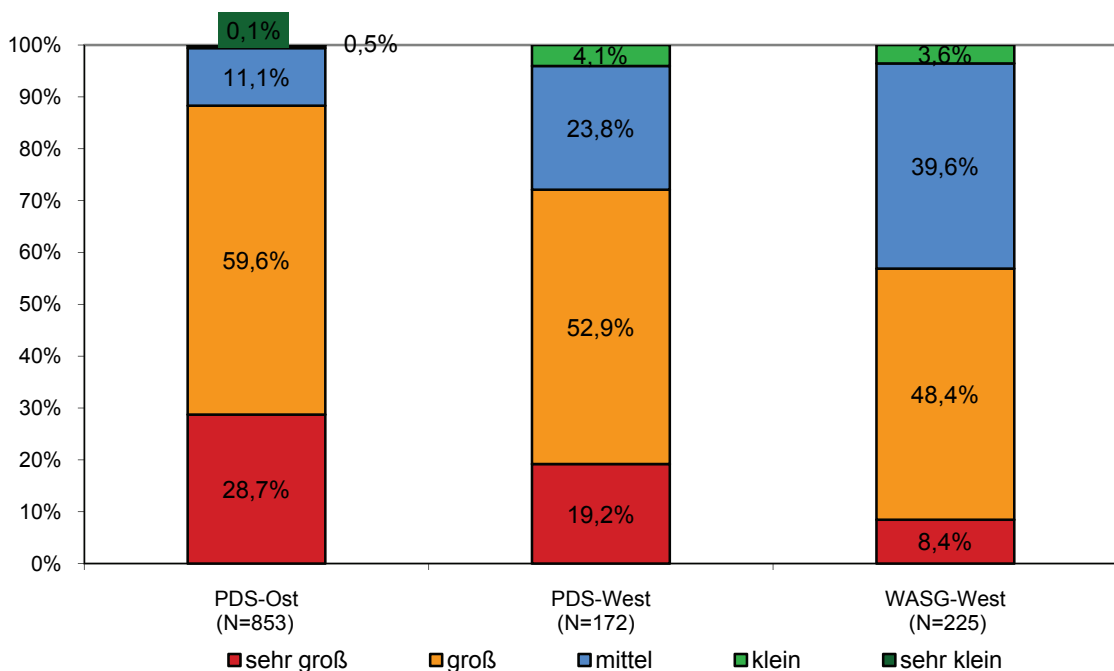
<sup>166</sup> Die exakte Formulierung lautete: „In den letzten 5 Jahren ist dieser Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland“.



schätzung ist im Osten kaum (0,6%) zu finden. Bei den PDS-Genossen aus dem Westen wird auch nur von 4,1% ein kleiner Unterschied gesehen. Mit fast einem Viertel (23,8%) wird die Mittelkategorie doppelt so oft gewählt. Mit 72,1% wird aber auch hier in weiten Teilen ein (sehr) großer Unterschied gesehen. Bei der WASG befinden sich die Mitglieder, die nur noch kleine Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sehen, ebenso in der klaren Minderheit (3,6%). Diejenigen jedoch, die diesen als weder groß noch klein einschätzen, machen mit 39,6% wesentlich mehr aus als in der anderen Partei. Mit 56,8% erkennt zwar auch in der WASG eine Mehrheit noch erhebliche Unterschiede, aber mit 8,4% macht hierbei die deutlichste Benennung nur etwa die Hälfte (PDS-West) bzw. ein Drittel (PDS-Ost) im Vergleich zu den anderen Parteien aus.

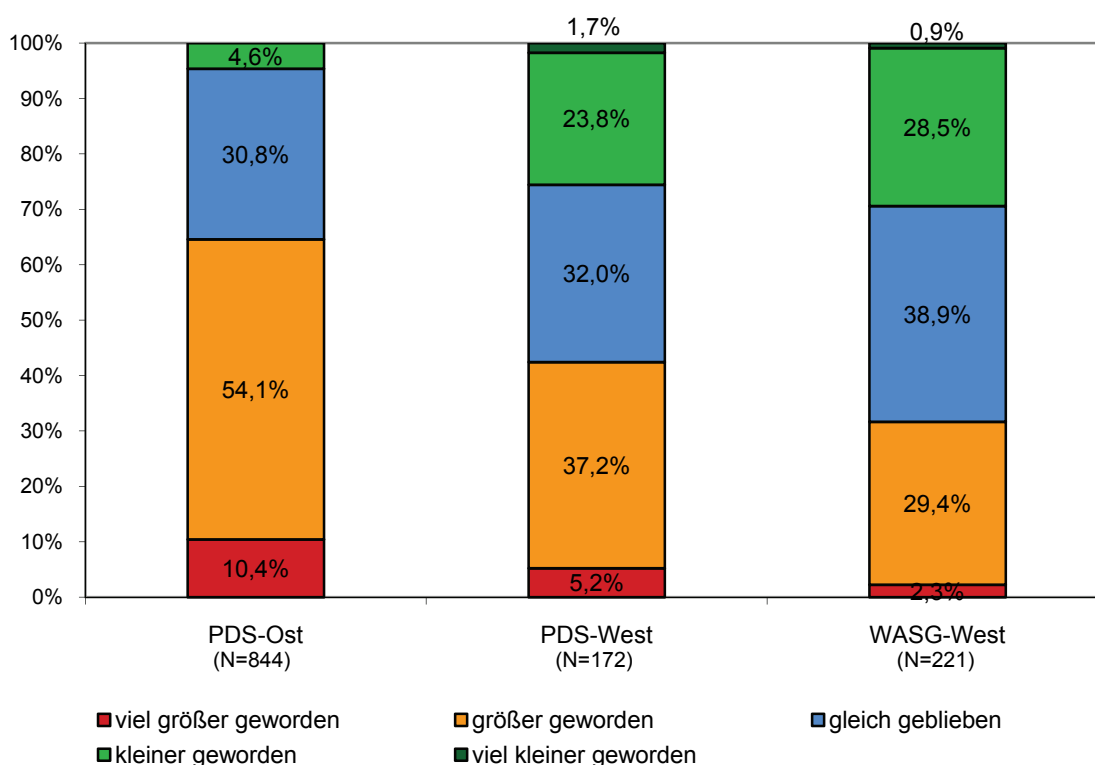
Neben den aktuellen Lebensunterschieden ist auch nach deren Veränderung in den letzten fünf Jahren gefragt worden. Wie dem Diagramm 4.28 zu entnehmen ist, ergibt sich im Vergleich zu der Ist-Frage ein leicht verschobenes, von der Tendenz her aber ähnliches Bild. Fast zwei Drittel (64,5%) der PDS-Mitglieder aus dem Osten sehen eine (viel) größer gewordene Spaltung bezüglich der Lebensverhältnisse. Für fast ein weiteres Drittel (30,8%) gab es keine Veränderung. Eine leichte Anpassung machen im Osten nur 4,6% der PDS-Mitglieder aus. Bei den alten Parteikollegen aus dem Westen ist hingegen für ein Viertel eine Verbesserung eingetreten. Ein gleichgebliebener Lebensunterschied wird von fast einem Drittel angegeben. 37,2% der PDS-Mitglieder in den alten Bundesländern erkennen einen größer und 5,2% einen viel größer gewordenen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

Diagramm 4.27: *Einschätzung der aktuellen Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost- und Westdeutschland nach Parteiteilen*



Innerhalb der WASG ist die diesbezüglich pessimistische Haltung mit insgesamt nur knapp einem Drittel (31,7%) deutlich seltener vertreten. Auf der anderen Seite sehen drei von zehn WASG-Mitgliedern (28,5% tendenziell; 0,9% absolut) eine positive Entwicklung.

Diagramm 4.28: *Einschätzung der Entwicklung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland in den letzten fünf Jahren nach Parteiteilen*



Insgesamt zeigen sich somit bei der Einschätzung der Ost-West-Anpassung erwartungsgemäß im Osten (und bei der PDS) etwas pessimistischere Werte. Im Gegensatz zu einigen historischen Fragen verlaufen die Bewertungen aber nicht diametral entgegengesetzt, so dass hier das Konfliktpotenzial vorerst begrenzt erscheint. Perspektivisch könnte es, sollte es der Linken in den nächsten Jahren gelingen sich auch in westlichen Bundesländern an Regierungen zu beteiligen, aber zu Differenzen bezüglich der Transferfrage zwischen dem Ost- und dem Westteil der Partei kommen.

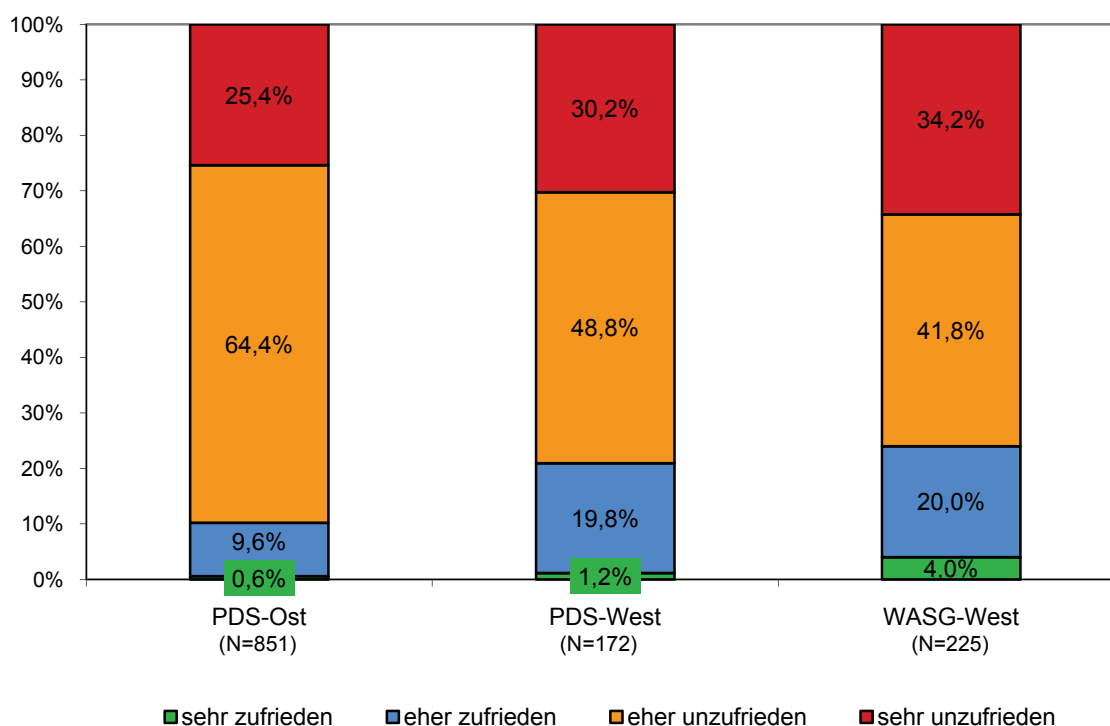
In der letzten in diesem Kapitel dargestellten Auswertung, ist nach der Demokratiezufriedenheit<sup>167</sup> (Diagramm 4.29) gefragt worden. Diese fällt in allen drei Parteiteilen relativ gering aus, wobei die genaue Verteilung vor allem Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen lässt.

Bei der PDS im Osten liegt eine sehr zufriedene Haltung so gut wie gar nicht (0,6%)

<sup>167</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie so wie sie in Deutschland besteht“.

und eine bedingt zufriedene Einstellung nicht einmal bei jedem zehnten Mitglied (9,6%) vor. Nahezu zwei Drittel (64,4%) sind eher und ein Viertel (25,4%) sehr unzufrieden. Innerhalb der gleichen Partei im Westen ist sowohl die absolute (1,2%) als auch die relative Zustimmung (19,8%) zur Demokratie doppelt so häufig. Auf der anderen Seite ist die absolute Unzufriedenheit mit 30,2% etwas stärker und die tendenzielle Zufriedenheit mit 48,8% entsprechend schwächer vertreten. In der Mitgliedschaft der WASG im Westen sind sowohl die sehr zufriedenen (4,0%) als auch die sehr unzufriedenen (34,2%) noch etwas stärker vertreten. Mit fast doppelt so vielen eher unzufriedenen (41,8%) als eher zufriedenen (20,0%) Mitgliedern besteht auch in dieser Gruppe eine überwiegende Demokratieskepsis (Neu 2004).

Diagramm 4.29: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nach Parteiteilen



#### 4.7. Bewertung von Spitzenpolitikern der Partei

Führungspersonen besitzen zweifelsohne eine besondere Bedeutung für Parteien. Dies gilt nicht nur für personalisierte Wahlkämpfe<sup>168</sup>, sondern auch für die Organisations- und Integrationsnotwendigkeiten innerhalb von Parteien. Für die Parteibildung der Linken sind somit die Fähigkeiten ihrer Spitzenpolitiker und vor allem ihre Akzeptanz in dem anderen Parteiteil, in dem sie sich bisher nicht durch parteiinterne Wahlen legiti-

<sup>168</sup> Siehe zum Aspekt der Personalisierung bzw. Personalisiertheit des Politischen insbesondere Falter/Schoen 2000, Gabriel 1997, Griefenhagen 1980, Jagodzinski/Kühnel 1990, Kaase 1994, Ohr 2000, Pappi/Shikano 2001, Schmitt/Ohr 2000, Stern/Graner 2000, Vetter/Gabriel 1998.

mieren mussten, überaus relevant. Vor diesem Hintergrund sind die Mitglieder nach der Einstellung gegenüber 13 Politikern anhand der geläufigen Skala von +5 (sehr viel) bis -5 (überhaupt nichts) gefragt worden.<sup>169</sup> Neben den aktuellen Partei- und Fraktionsvorsitzenden, weiteren bekannten Mitgliedern des Vorstandes und der Bundestagsvizepräsidentin sind auch Personen, die in jüngster Vergangenheit in einer der Parteien eine wesentliche Funktion ausfüllten, aufgenommen worden. Lucy Redler, die schon zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr Mitglied war<sup>170</sup>, ist aufgrund ihrer speziellen Rolle und die durch ihre Person verkörperte Positionen (Allertz 2007) bewusst in die Liste aufgenommen worden. Zugunsten einer gleichmäßigen Verteilung von PDS- (7) und WASG-Köpfen (6) sind einige bekanntere Personen der größeren Partei nicht vertreten. In der Tabelle 4.3 sind die Durchschnittsnoten jeweils für die gesamte Partei und aufgeschlüsselt nach Mitgliedern aus der PDS und WASG dargestellt.

Unter den 13 abgefragten Politikern ist Gregor Gysi mit einer Durchschnittsnote von 4,32 mit Abstand die beliebteste Führungspersönlichkeit. Sogar 62,8% bewerten ihn mit der Bestnote +5. Eine negative Beurteilung (zwischen -1 und -5) geben insgesamt nur 13 Mitglieder (0,9%) ab. Innerhalb seiner alten Partei wird er dabei noch um 0,4-Punkte besser bewertet als in der WASG, wo er aber mit 4,02 ebenfalls den Spitzenwert erreicht. Diese bessere Benotung in der PDS muss jedoch leicht relativiert werden, da alle 13 Politiker in der PDS bessere Durchschnittswerte erhalten als durch die Mitglieder der WASG. Untersucht man dieses Phänomen näher, so lässt sich feststellen, dass dieses weitgehend auf die ältere, in der WASG weitaus geringer vertretene, Mitgliedschaft (über 60 Jahre) zurückzuführen ist. Inwieweit es sich hierbei um eine allgemein mildere Einschätzung von Politikern bei älteren Menschen oder eine für die weitüberwiegend aus der SED kommende, sozialisationsbedingte weniger kritische Einschätzung von Führungsspitzen handelt, muss an dieser Stelle offenbleiben. Es zeigt sich aber, dass auf etwas höherem Niveau auch in der älteren Mitgliedschaft deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Personen vorgenommen werden.

Auf dem zweiten Platz der Beliebtheitsskala folgt mit 3,86 der andere Bundestagsfraktions- und Parteivorsitzende Oskar Lafontaine. Angesichts von häufigerer Kritik an ihm aus der Reihe der PDS ist es erstaunlich, dass er auch innerhalb dieses Parteiteils einen Durchschnittswert von 3,88 und damit die viertbeste Bewertung erhält. Offenbar

---

<sup>169</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Was halten Sie von den aufgeführten Spitzenpolitikern Ihrer Partei? (Bewerten Sie von +5 sehr viel bis -5 überhaupt nichts)“.

<sup>170</sup> Im Oktober 2008 trat sie jedoch wieder in die Partei ein, was zu parteiinternen juristischen Auseinandersetzungen führte (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,587181,00.html>; zuletzt: 03.04.09). Anfang 2009 gab das Landesschiedsgericht dem Einspruch von Klaus Ernst und Thomas Händel nach, so dass sie nicht Mitglied werden konnte (<http://www.die-linken-berlin.de/nc/politik/presse/detail/artikel/schiedskommission-gibt-einspruechen-statt/>; zuletzt: 03.04.09).

wird an der Basis der erfolgreiche Wahlkampf bei Bundes- und Landtagswahlen hoch geachtet und Fehlritte Lafontaines eher verziehen. Einen negativen Wert erhält er nur von 26 PDS-Mitgliedern (2,5%). In den Reihen der SPD-Abspaltungspartei genießt der frühere und aktuelle Parteivorsitzende mit 3,80 den mit Abstand zweithöchsten Zuspriech. Sein Abstand zu Gysi lässt sich auf die teilweise polarisierende Wirkung zurückführen. Immerhin von 5,3% der WASG-Mitglieder wird ihr prominentestes Mitglied negativ (-1 bis -5) bewertet und hierbei sogar von 7 Personen (2,8%) absolut negativ (-5). Die negative Bewertung Gysis taucht hingegen in der WASG nur bei vier Personen (1,6%) auf, eine ganz abweisende Note (-5) wurde gar nicht vergeben. Auf der anderen Seite sind die totalen Zustimmungswerte (+5) in der WASG gegenüber Lafontaine (58,1%) etwas größer als bei Gysi (52,0%).<sup>171</sup>

*Tabelle 4.3: Bewertung (von +5 bis -5) von Spitzenpolitikern der Linken – Durchschnittsnote insgesamt und nach Parteien*

	Linke.	PDS	WASG
Gregor Gysi <sup>172</sup> (N = 1411, 1063, 246)	4,32	4,42	4,02
Oskar Lafontaine (N = 1398, 1052, 246)	3,86	3,88	3,80
Lothar Bisky (N = 1403, 1062, 241)	3,73	4,09	2,41
Petra Pau (N = 1362, 1040, 228)	3,58	3,92	2,30
Katja Kipping (N = 1268, 955, 230)	3,12	3,30	2,47
Hans Modrow (N = 1366, 1047, 229)	3,11	3,70	0,79
Bodo Ramelow (N = 1345, 1024, 235)	3,06	3,45	1,67
Klaus Ernst (N = 1295, 970, 236)	2,89	3,09	2,34
Ulrich Maurer (N = 1166, 855, 231)	2,80	2,97	2,42
Sahra Wagenknecht (N = 1383, 1045, 241)	2,62	2,92	1,55
Axel Troost (N = 1073, 766, 229)	1,96	2,04	1,90
Thomas Händel (N = 994, 692, 229)	1,92	1,99	1,97
Lucy Redler (N = 1129, 828, 226)	-0,10	-0,11	-0,27

Der langjährige Vorsitzende (1993 – 2000 und wieder ab 2003) der PDS Lothar Bisky

<sup>171</sup> Insgesamt lässt sich die Verteilung auch statistisch durch eine Standardabweichung bei der Bewertung durch die WASG-Mitglieder bei Lafontaine von 2,173 und Gysi von 1,486 ausdrücken.

<sup>172</sup> Die Sortierung in der Tabelle verläuft absteigend von den insgesamt am besten bewerteten zu den unbeliebteren Politikern. Im Fragebogen waren die Personen dem Nachnamen nach alphabetisch angeordnet. Die in Klammern angegebenen Fallzahlen beziehen sich auf die Gesamtangaben (schwarze Zahlen) bzw. auf die Angabe von PDS-Mitgliedern (rote Zahlen) und WASG-Mitgliedern (orange Zahlen).

ist unter den hier abgefragten mit 3,73 der insgesamt drittbeliebteste Politiker. Erwartungsgemäß ist dieser aufgrund seiner Vita und voriger Funktionen in der PDS (Micus 2005) noch etwas beliebter und erreicht mit 4,09 den zweitbesten Wert. In der WASG sichert er sich mit einer über 1,5 Punkten schlechteren Bewertung (2,41) nur den fünften Platz. Die Bewertung erfolgt aber innerhalb der WASG nur relativ selten (5,4%) im negativen Bereich, so dass er in der WASG als akzeptiert, wenn auch nicht äußerst beliebt gelten kann. Seine Hauptaufgabe in der neuen Partei dürfte neben der im Vergleich zu Lafontaine friedlicheren Moderation aber vor allem in der Integration der alten (SED-)PDS-Teile liegen (siehe hierzu auch Lorenz 2007, 282ff).

Die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau erreicht mit durchschnittlich 3,58 nur einen leicht schlechteren Wert als ihre Parteivorsitzenden. Dies verdankt sie aber vor allem ihren früheren Parteimitgliedern (3,92), während sie in der WASG mit einer Bewertung von 2,30 nur im Mittelfeld landet. Etwas besser schneidet da in der WASG schon ihre jüngere PDS-Genossin Katja Kipping mit 2,47 ab. Insgesamt landet die stellvertretende Vorsitzende mit 3,12 auf dem fünften (in der PDS mit 3,30 auf dem siebten) Platz. Erwähnenswert ist, dass sie, obwohl zum Zeitpunkt der Befragung schon vier Jahre stellvertretende Vorsitzende, mit 178 fehlenden Nennungen (davon 132 aus ihrer früheren Partei) die unbekannteste bzw. für die Mitglieder am schwierigsten zu bewertende Person der PDS ist.

Bei einer um einen hundertstel Punkt schlechteren Bewertung erreicht der Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, insgesamt in der neuen Partei das gleiche Niveau (3,11). Mit fast drei Punkten weist Modrow aber den mit Abstand größten Unterschied zwischen PDS (3,70) und WASG (0,79) auf. Innerhalb seiner alten Partei ist er damit in der Spitzengruppe (Top 5) vertreten. Nur ganz vereinzelt (0,4%) wird eine absolut negative Bewertung (-5) vorgenommen und auch gemäßigte Kritik (-1 bis -4) wird nur von 3,3% geäußert. Fast die Hälfte (48,0%) der PDS-Mitglieder vergibt für Modrow hingegen den Maximalwert (+5). In der WASG erreicht er jedoch, mal abgesehen von der gegen die Fusion angetretene und ausgetretene Lucy Redler, den schlechtesten Wert. Innerhalb der ihm fremden Partei besitzt er mit 7,0% einen erheblichen Teil absoluter Ablehner (-5) und weitere 15,7% mit einer negativen Einschätzung. Eine nicht unerhebliche Anzahl (7,4%) gehört aber auch in der WASG zu totalen Befürwortern (+5). Durch das Ankreuzen der Null haben mit über einem Viertel (26,6%) überdurchschnittlich viele WASG-Mitglieder ihre neutrale Position bzw. Unkenntnis zum Ausdruck gebracht. Der große Vorbehalt in den Reihen der WASG gegen Modrow als Person kann auch als Ausdruck der weniger DDR-affinen, überwiegend westlichen WASG-Mitgliedschaft gesehen werden. Die Entscheidung den früheren Vorsitzenden des Ministerrats der

DDR in der neuen Partei nicht als Ehrenvorsitzenden zu behalten, kann vor dem Hintergrund der weitreichenden Ablehnung in der WASG als vernünftig angesehen werden.

Bodo Ramelow kann als Fusionsbeauftragter als entscheidender Organisator der Fusion auf Seiten der PDS angesehen werden (Lorenz 2007, 315ff). Während ihm diese Arbeit durch seine Partei mit einer noch akzeptablen Bewertung von 3,45 und immerhin von über einem Viertel (27,4%) mit der maximal positiven Bewertung gedankt wird, erreicht er in der WASG nur einen bedingt positiven Wert von 1,67. Maximale Zustimmung erhält er hier nur von 7,2%. Demgegenüber stehen 14,5% negative (-1 bis -5) und nochmal so viele (14,0%) neutrale (+/-0) Bewertungen.

Der Mitbegründer der „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, Klaus Ernst, erhält mit 2,89 einen deutlich niedrigeren Wert als die meisten führenden PDS-Köpfe. Innerhalb seiner alten Partei ist die Zustimmung (2,34) sogar noch etwas niedriger als in der PDS (3,09). Dafür, dass der langjährige Gewerkschaftsfunktionär bis zum Eintritt Lafontaines einer der bekanntesten und in den Medien präsentesten Politiker war, erscheint diese Zurückhaltung bei der Bewertung (nur 14,0% +5) zunächst erstaunlich. Diese wird aber vor dem Hintergrund einer nur knappen Wahl in den Vorstand im Mai 2005 (56%) und eines kritisierten „autoritären Führungsstils“ (Lorenz 2007, 290) verständlicher. Insgesamt teilt er, abgesehen von dem erst später dazu gestoßenen und schon vorher populären Lafontaine, das Schicksal einer nur bedingten Beliebtheit mit den anderen Persönlichkeiten aus der WASG. Auf dem nächsten Platz folgt denn auch mit 2,80 insgesamt nur neun Hundertstel schlechter bewertet, Ulrich Maurer. Als langjähriger Vorsitzender der Landes-SPD Baden-Württemberg (1987-1999) und deren Fraktion im Landtag (1992-2001) kann er neben Lafontaine als der prominenteste Überläufer aus der SPD angesehen werden. Innerhalb der WASG-Mitgliedschaft wird er mit 2,42 minimal besser eingeschätzt als Ernst und erreicht damit, wenn auch mit deutlichem Abstand hinter Lafontaine, die zweitbeste Bewertung der WASG-Politiker aus den eigenen Reihen. In der PDS wird er mit durchschnittlich 2,97 bewertet, wobei hier der mit 232 Mitgliedern hohe Anteil (21,3%) auffällt, der den derzeitigen parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion nicht zu bewerten weiß.

Sahra Wagenknecht kann als Sprecherin der Kommunistischen Plattform als eine der umstrittensten Personen innerhalb der PDS angesehen werden. Mit ihren radikalen Aussagen zur Geschichte, schockierte sie nämlich nicht nur den politischen Gegner, sondern auch weite Reihen in der eigenen Partei. Dennoch ist, wie die Vorstandswahlen zeigen, ihre Funktion als Galionsfigur der extremen linken Kräfte innerhalb der Partei stets mehrheitlich akzeptiert worden (Kapitel 2.1). Auf der Beliebtheitsskala erreicht

sie mit insgesamt 2,62 Punkten zwar nur einen der letzten Plätze, aber vor dem Hintergrund ihrer radikalen Positionen hätte man auch mit einem schlechteren Wert rechnen können. In ihrer alten Partei erzielte sie durchschnittlich 2,92 und in der WASG 1,55 Punkte. Den negativen Bewertungen (-1 bis -5) mit 7,7% in der PDS und 14,5% bei den Wahlalternativen steht auch ein nicht geringer totaler Zuspruch (+5) entgegen (24,0% PDS, 12,0% WASG). Bemerkenswert ist überdies, dass Wagenknecht nach den drei aktuellen Partei- und Fraktionsvorsitzenden zu der am häufigsten (1383) bewerteten Person zählt und somit in beiden Parteiteilen einen hohen Bekanntheitsgrad besitzt.

Dieses kann Axel Troost, Mitbegründer der WASG, in den Reihen der PDS nicht von sich behaupten. Mit 766 PDS-Mitgliedern wird er nur von etwas mehr als zwei Dritteln (70,6%) als einstuftbar angesehen. Diese bewerten ihn durchschnittlich mit 2,04 etwas besser als die Mitglieder aus der WASG (1,90). Es kann spekuliert werden, dass sich ein Teil dieser relativ schlechten Bewertung auf die häufigen, neutralen 0-Bewertungen (PDS 21,5%, WASG 17,9%) zurückführen lässt, da dieser Anteil wesentlich höher als bei den anderen bisher dargestellten Politikern ist und nicht bei allen ein Ausdruck einer neutralen Haltung ist, sondern aus Unkenntnis resultieren könnte. Auf der anderen Seite macht auch die nicht sonderlich häufige höchste +5-Bewertung (PDS 4,3%, WASG 7,9%) deutlich, dass tatsächlich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der zweiten Reihe der WASG-Spitzenpolitiker besteht. Denn der andere unbekanntere WASG-Mitgründer, Thomas Händel, wird auf ungefähr demselben nur bedingt positiven Niveau (1,92) bewertet. Neben Lafontaine ist er der einzige Politiker, der bis auf hundertstel Stellen innerhalb der eigenen Partei (1,97) und der fremden Partei (1,99) den gleichen Wert erhält. Hierbei muss jedoch festgehalten werden, dass sich nur 63,7% (692 Mitglieder) innerhalb der PDS in der Lage sahen, ihn zu bewerten. Noch etwas häufiger als bei Troost wird bei Händel eine Null-Bewertung abgegeben (PDS 25,6%, WASG 20,5%).

Kaum überraschend landet Lucy Redler, die gegen die Regierungsbeteiligung und die Parteifusion kämpfende Berliner WASG-Landesvorsitzende, auf dem letzten Platz. Mit -0,11 innerhalb der PDS und -0,27 innerhalb der WASG (insgesamt -0,10) erreicht die Trotzkin in beiden Parteiteilen leicht negative Werte. Die Anzahl der absoluten Ablehner (Bewertung -5) macht in beiden Parteiteilen ca. ein Fünftel aus (PDS 18,4%, WASG 19,0%). Absolute positive Einschätzungen (+5) tauchen in der WASG nur selten (6,6%) und der PDS kaum (2,2%) auf. Insgesamt bewertet aber ein nicht geringer Teil (PDS 44,9%, WASG 38,9%) die Parteirebellin mit einer positiven Note (+1 bis



+5).<sup>173</sup> Das radikale Auftreten gegenüber den mit der SPD eingegangenen Kompromissen in der Berliner Koalition scheinen bei nicht unerheblichen Teilen auf beiden Parteiseiten einen positiven Eindruck hinterlassen zu haben.

Neben der Abfrage der Sympathiewerte von 13 vorgegebenen Spitzenpolitikern ist auch in einer offenen Frage nach den zwei Personen, die die Mitglieder zu ihren Parteivorsitzenden wählen würden, gefragt worden.<sup>174</sup> In der Tabelle 4.4 sind alle Politiker einzeln dargestellt, die insgesamt oder in einer der beiden Parteihälften von mehr als zwei Prozent fiktiv gewählt wurden. Da es sich hierbei um eine Doppelnennung handelt summieren sich die Anteile jeweils auf 200%.<sup>175</sup>

Tabelle 4.4: Fiktive Wahl von zwei Vorsitzenden der Linken – insgesamt und nach Parteien

	Linke. (N = 1233)	PDS (N = 942)	WASG (N = 214)
Oskar Lafontaine	61,8%	58,2%	77,1%
Gregor Gysi	47,4%	42,0%	64,0%
Lothar Bisky	41,4%	51,2%	8,4%
Petra Pau	9,1%	10,5%	3,3%
Katja Kipping	9,0%	8,6%	10,7%
Sahra Wagenknecht	6,7%	6,4%	6,1%
Klaus Ernst	4,2%	4,5%	4,2%
Bodo Ramelow	3,9%	4,7%	1,4%
Lucy Redler	0,8%	0,2%	3,3%
Ulrich Maurer	0,8%	0,5%	2,3%
andere aus der PDS	7,5%	8,7%	4,7%
andere aus der WASG	2,1%	0,6%	8,9%
Unbekannte und Vorbilder <sup>176</sup>	0,9%	0,3%	2,8%

<sup>173</sup> Die uneinheitliche Bewertung von Redler zeigt sich auch in der jeweils höchsten Standardabweichung (PDS 3,270 und WASG 3,214) unter allen abgefragten Personen.

<sup>174</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Wenn Sie zwei Personen direkt als Vorsitzende der Linkspartei wählen könnten, welche wären dies?“.

<sup>175</sup> Genaugenommen fehlen bei allen drei Spalten jeweils einige Prozentpunkte bis zu diesem Wert, die dadurch entstehen, dass vereinzelt statt zwei nur ein Name genannt wurde.

<sup>176</sup> In diese Kategorie fallen unbekannte Personennamen, die keiner Partei zugeordnet werden konnten und vereinzelt Nennungen von Persönlichkeiten der Geschichte wie Karl Marx, Rosa Luxemburg oder Willy Brandt.

Oskar Lafontaine erhält in beiden Parteiteilen die meisten Stimmen. Innerhalb der WASG wird er sogar von über drei Vierteln (77,1%) bei dieser offenen Frage genannt. In der PDS-Mitgliedschaft votiert ebenfalls eine deutliche Mehrheit (58,2%) für ihn, wobei dieser Zuspruch in den alten (55,6%) und neuen Bundesländern (59,0%) in gleicher Weise vorherrscht.

Der andere vom Parteitag gewählte Vorsitzende Lothar Bisky ist insgesamt von 20%-Punkten weniger (41,4%) in seinem Amt per fiktiver Wahl bestätigt worden. Während er in seiner alten Partei noch eine knappe absolute Mehrheit (51,2%) erreicht, würden ihn in der WASG nur 8,4% wählen. Wie sich schon bei den persönlichen Zustimmungswerten Biskys andeutete, findet die für die Parteiführung vorgesehene Doppelspitze in ihrer derzeitigen Ausprägung im WASG-Teil der Linken keine große Akzeptanz. Nicht zuletzt ist dies auch auf das gute Abschneiden des Fraktionsvorsitzenden Gysi zurückzuführen. Zu fast zwei Dritteln (64,0%) wünschen sich die Wahlalternativler ihn auch zum Parteivorsitzenden. In seiner eigenen Partei erreicht er mit 42,0% nur den dritten Platz hinter den beiden amtierenden Vorsitzenden. Die Führungstroika Lafontaine, Bisky, Gysi vereinigt in dieser offen gestellten Frage um die drei Viertel (PDS 151,4%, WASG 149,5%) der durch die Doppelnennungen möglichen 200% auf sich. Abgesehen davon, dass sich die Mehrheit der WASG Gysi auch als Parteivorsitzenden wünscht, kann die Führungsfrage somit aktuell als weitgehend unproblematisch gelten. Ein mittelfristig strukturelles Problem wird an den Vornamen der drei folgenden Persönlichkeiten (Petra, Katja, Sahra) deutlich. Auf lange Zeit wird es die Linke, die sich auch als emanzipatorische Partei versteht, auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den anderen Parteien, nicht leisten können, die erste Führungsreihe nur männlich besetzt zu haben. Petra Pau (9,1%) und Katja Kipping (9,0%) liegen insgesamt nahezu gleichauf. Während die Bundestagsvizepräsidentin Pau hierbei ihre Popularität vor allem ihrer alten Partei verdankt (PDS 10,5%, WASG 3,3%), erreicht die stellvertretende Parteivorsitzende Kipping in der WASG mit 10,7% sogar einen höheren Wert als in den eigenen Reihen (8,6%). In der PDS ist zudem auffällig, dass Kipping im Osten nur von 6,0% im Westen, jedoch von 19,2% als Parteivorsitzende gewünscht wird. Auch wenn Kipping es nach eigener Aussage für die nächsten Jahre noch ausschließt selbst zu kandidieren, ist es nicht unwahrscheinlich, dass eine der beiden Lafontaine oder Bisky einen Parteivorsitzposten abnehmen wird. Sehr viel unwahrscheinlicher dürfte dies hingegen bei Sahra Wagenknecht sein, auch wenn diese mit insgesamt 6,7%

(PDS 6,4%, WASG 6,1%)<sup>177</sup> den nachfolgenden Platz erreicht. Neben den, wie sich hier wieder zeigt, nicht wenigen überzeugten Anhängern besitzt sie nämlich aufgrund ihrer radikalen Positionen mindestens ebenso viele Feinde. Dies wurde zuletzt im Jahr 2008 deutlich, als sie erwog, für einen Vizevorsitzendenposten zu kandidieren, dies aber wegen deutlichem Widerstand aus vielen Teilen der Partei aufgab.

Entsprechend der Mittelfeldposition bei den Zustimmungswerten gelingt es Klaus Ernst auch bei der Frage nach der Vorstandswahl mit 4,2% zwar kein hervorragendes, aber immerhin, abgesehen von Lafontaine, das beste Ergebnis aus dem Personenkreis der WASG zu erzielen. Dass er hierbei häufiger von PDS- (4,5%) als WASG-Mitgliedern (4,2%) gewählt werden würde, kann positiv als gewonnenes Vertrauen in der neuen oder negativ als verlorene Unterstützung in der alten Partei interpretiert werden.

Der PDS-Beauftragte für die Parteineubildung, Bodo Ramelow, würde nach Meinung von 3,9% der Mitglieder auch einen guten Vorsitzenden abgeben. Wohl nicht zuletzt aufgrund der am Ende zwar erfolgreichen aber nicht immer ganz konfliktfreien Verhandlungen ist der Zuspruch aber in seiner alten Partei mit 4,7% noch wesentlich größer als in der WASG (1,4%). Während Ramelow für einige wegen seines engagierten Einsatzes für die Fusion als Parteivorsitzender in Betracht kommt, ist es bei Lucy Redler wohl die ebenso konsequent vertretene Gegenposition, die sie für 3,3% der WASG-Mitglieder (0,2% PDS, insgesamt 0,8%) zur gewünschten Vorsitzenden einer Partei macht, in der sie zum Zeitpunkt der Befragung gar nicht Mitglied war.

Der einzige Politiker, der noch in einer Parteihälfte mehr als zwei Prozent der Stimmen dieser fiktiven Wahl erhält, ist Ulrich Maurer mit 2,3% in seiner alten Partei. In der PDS (0,5%) und insgesamt (0,8%) erreicht er nur sehr geringe Unterstützung als möglicher Parteivorsitzender. Alle anderen genannten Personen sind nach Herkunft in PDS- und WASG-Politikern unterteilt. 7,5% der angegebenen Nennungen verteilen sich auf 31 weitere PDS-Politiker.<sup>178</sup> Diese teilweise auch weniger bekannten Personen werden dementsprechend in den eigenen Reihen fast doppelt so häufig als Vorsitzende gewünscht wie in WASG-Kreisen (8,7% zu 4,7%). 15 andere Personen aus der WASG werden von insgesamt 2,1% der Mitglieder als Parteivorsitzende gewünscht.<sup>179</sup> Diese erhalten in ihrer alten Partei (8,9%) wesentlich mehr Zuspruch als unter der PDS-Mitgliedschaft (0,6%). Auf weitere zehn nicht zuzuordnende bzw. historische Personen

---

<sup>177</sup> Dass hier beide Werte unter dem Gesamtwert liegen, erklärt sich dadurch, dass in der Gesamtpartei (N = 1233) auch neue eingetretene, Doppel-Mitglieder und die Parteiherkunft nicht angegebene Befragte eingeschlossen sind.

<sup>178</sup> Darunter sind die am häufigsten genannten Hans Modrow (1,4%), Gesine Löttsch (1,2%), Dagmar Enkelmann (1,1%) und Dietmar Bartsch (0,8%).

<sup>179</sup> Hierunter befinden sich auch Axel Troost (0,4%, innerhalb der WASG 1,9%) und Thomas Händel (0,2%, innerhalb der WASG 0,9%).

entfielen 0,9% (PDS 0,3%, WASG 2,8%).

Zusammenfassend kann bezüglich der Befragung nach den Spitzenpolitikern der Linken festgestellt werden, dass die allererste Reihe – mit Ausnahme des Vorbehalts von Teilen der WASG gegenüber Bisky – hohe Sympathiewerte genießt und deren Vormachtstellung mehrheitlich gewünscht wird. Der hohe Zuspruch zu Pau und Kipping kann aber auch als indirekte Ansprache des Problems der Geschlechterverteilung im Vorsitz gesehen werden. Der kleine, aber keinesfalls marginale Anteil der Mitgliedschaft, der der Parteirebellin Redler oder der Sprecherin der Kommunistischen Plattform Wagenknecht gegenüber große Sympathien äußert und/oder sich diese für das höchste Parteiamt wünscht, lässt auf nicht unerhebliche Unterstützung ihrer radikalen bzw. fusionskritischen Positionen schließen.

Bei vielen Personen lässt sich die Parteiherkunft noch klar an den Zustimmungswerten ablesen. Es kann aber keineswegs von zwei getrennten Blöcken in der Partei gesprochen werden, in der Form dass jede Seite nur ihr eigenen Akteure positiv und die anderen negativ bewerten würde. Oft sind es nur kleinere Differenzen bezüglich der Akzeptanz in der eigenen und fremden Partei, und mitunter lassen sich sogar gegenteilige Effekte (Vorstandswahl Gysi und Kipping) ausmachen. Erwähnenswert ist, dass abgesehen von Lafontaine, der zwar formal aus der WASG kommt, aber dieser erst nach bzw. unter der Bedingung einer weitgehenden Zusammenarbeit mit der PDS beigetreten ist (Kapitel 2.3), die Spitzenleute der WASG im Durchschnitt nur sehr viel geringere Zustimmung als die neuen Parteigenossen aus der PDS erhalten. Es spiegelt sich hierbei wider, dass die WASG (und ihre beiden Vorgängerorganisationen) im Gegensatz zu den meisten typischen Protestparteien ihren Erfolg nicht einer charismatischen Führungspersönlichkeit sondern eines je nach Blickpunkt aufgetauchten (Anpassung des Sozialstaates an Globalisierungsprozesse) bzw. geschaffenen (Abbau des Sozialstaates zugunsten von Profitinteressen) Problemfeldes verdankt.

#### **4.8. Regierungsbeteiligungen und Oppositionsverständnis**

Bisherige, aktuelle und potenzielle Regierungsbeteiligungen der Linkspartei sind nicht nur in den Medien und bei den anderen Parteien ein vielbeachtetes Thema. Auch in der neuen Partei und ihren beiden Vorgängern war und ist die Frage, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen eine Regierungsbeteiligung (oder Tolerierung) eingegangen werden sollte, stets kontrovers diskutiert worden. Es liegt auf der Hand, dass die Positionierung in dieser zentralen Machtfrage für die Entwicklung der Partei von elementarer Bedeutung ist. Die Ausgangssituation der beiden Fusionspartner hätte diesbezüglich unterschiedlicher kaum sein können. Auf der einen Seite die PDS, die als

regionale Volkspartei im Osten in drei Bundesländern direkt (Koalition in Mecklenburg-Vorpommern 1998-2006, Berlin seit 2002) bzw. indirekt (Tolerierung in Sachsen-Anhalt 1994-2002) mit der SPD zusammen regiert (hat) und im kommunalen Bereich in den neuen Bundesländern flächendeckend Verantwortung trägt. Auf der anderen Seite die WASG, die sich aus dem Protest gegen das Regierungshandeln der rot-grünen Koalition bildete und somit im Gegensatz zur PDS eine deutlich distanziertere Haltung zur Mehrheitsbeschaffung bei SPD-geführten Regierungen hat.<sup>180</sup> Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich ein Teil des Fragebogens mit Regierungskoalitionen. Zunächst sind die Mitglieder nach der Richtigkeit des Eingehens der beiden rot-roten Koalitionen<sup>181</sup> gefragt worden. Im Diagramm 4.30 sind neben der gewohnten Aufteilung nach Ost und West auch wegen des jeweils tieferen Einblicks und der direkten Betroffenheit die beiden entsprechenden Bundesländer einzeln dargestellt.

Bezüglich der Einstellung zu den Regierungsbeteiligungen zeigt sich denn auch in erwarteter Weise ein klares Ost-West- und PDS-WASG-Gefälle. In den vier nicht betroffenen neuen Ländern ist weit über die Hälfte (53,9%) eher und über ein weiteres Drittel (36,7%) absolut der Einschätzung, dass das Einlassen auf Regierungsverantwortung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern richtig gewesen ist. Eine ablehnende Haltung weist nicht mal jedes zehnte Mitglied auf, wobei hierbei die totale Absage an die Koalitionen nur sehr selten vorkommt (1,1%). Im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern wird die eigene Entscheidung der Koalitionsbeteiligung noch um einige Prozentpunkte positiver (absolute Zustimmung 43,0%, eher/absolute Ablehnung 7,3%) gesehen. In der Hauptstadt überwiegt hingegen die tendenzielle Bejahung (59,6%) deutlich stärker, während mit 13,5% auch der eher skeptische Teil höher als im übrigen Teil Ostdeutschlands ist. Eine absolut negative Einstellung liegt zum Versuch der Regierungsbeteiligung in Berlin jedoch nicht vor.<sup>182</sup> Bei den PDS-Genossen im Westen wird diese Position von 8,9% der Mitgliedschaft vertreten und exakt ein weiteres Viertel hat zur Regierungsübernahme eine tendenziell ablehnende Meinung. Fast zwei Drittel befürworten aber auch hier diesen Schritt, wobei die klarere Zustimmung mit nur ca. einem Fünftel deutlich geringer als im Osten ist. Auf der WASG-Seite hingegen sind die absoluten (9,3%) und die tendenziellen (35,6%) Regierungsbefürworter in der Minderheit.

---

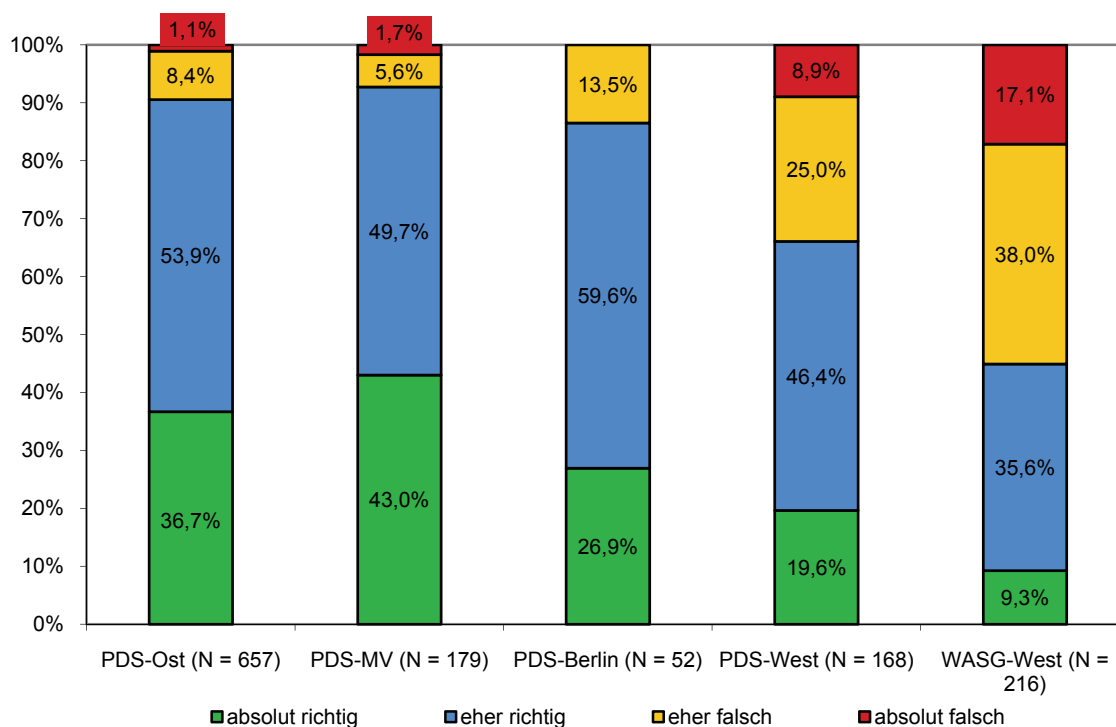
<sup>180</sup> Wie sich bei der Betrachtung der PDS Geschichte unter 2.1.3 gezeigt hat, gab es auch innerhalb dieser Partei erhebliche Vorbehalte gegenüber Regierungsbeteiligungen. Auf entscheidenden Parteitagungen haben sich aber, zumindest bezüglich der Beteiligung auf Landesebene stets die regierungswilligen Mitglieder durchsetzen können.

<sup>181</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Der Versuch der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin durch Beteiligung an den Landesregierungen etwas positiv zu bewirken war:“

<sup>182</sup> Aufgrund der in Berlin geringen Fallzahl von 52 sollte dies nicht überinterpretiert werden. Es kann vermutet werden, dass in Berlin ein Teil der vehementen Gegner einer Regierungsbeteiligung die Partei verlassen hat oder zumindest weniger häufiger auf Parteiveranstaltungen gewesen ist.

Neben der am häufigsten (38,0%) angegebenen Einschätzung, die Regierungsbeteiligungen seien eher falsch gewesen, liegt bei etwa jedem sechsten westdeutschen WASG-Mitglied (17,1%) eine vollkommene Ablehnung vor.

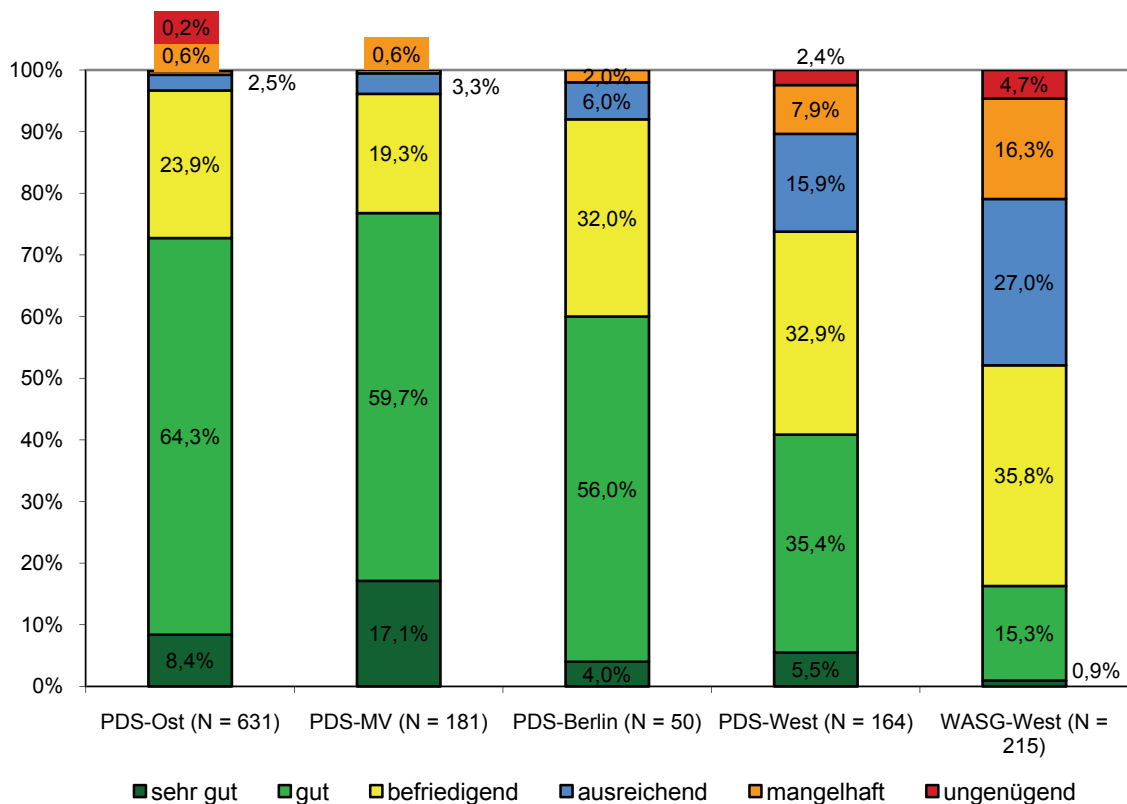
Diagramm 4.30: *Einschätzung der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin nach Parteiteilen*



Es ist aber nicht nur nach der Richtigkeit des Eintritts in die Regierung, sondern auch nach der Bewertung von dessen Arbeit einzeln für beide Bundesländer gefragt worden (Diagramm 4.31). Betrachtet man zunächst das nördlichere Bundesland, so zeigt sich im Osten ein weitgehend positives Bild. 8,4% vergeben die Bestnote und fast zwei Drittel (64,3%) sehen eine gute Leistung in der Koalition unter Ringstorff und Holter. 23,9% geben mit der Schulnote 3 eine nur bedingt zufriedenstellende Bewertung ab und 2,5% sehen die Arbeit der PDS in der Landesregierung nur als ausreichend an. Eine eindeutig negative Einschätzung liegt in den vier nicht beteiligten östlichen Bundesländern so gut wie gar nicht (0,8%) vor. In Mecklenburg-Vorpommern selbst finden sich doppelt so viele PDS-Mitglieder (17,1%), die ihre frühere Landesregierung mit sehr gut bewerten. Bei weiteren knapp 60%, die die Arbeit als gut bezeichnen, verbleibt nur ein Viertel mit neutraler (19,3% befriedigend) oder negativer Tendenz (3,3% ausreichend, 0,6% mangelhaft). Trotz einiger kontroverser Diskussionen im Landesverband (Felfe/Kischel/Kroh 2005) und massiver Verluste bei der Landtagswahl 2002 nach der 1. Wahlperiode (Kapitel 2.1.2) steht die Basis weitgehend hinter den Entscheidungen und der Arbeit der Führungsspitze in Schwerin.

In dem anderen PDS-Regierungserfahrenen Bundesland Berlin wird die Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern zwar mehrheitlich positiv (4,0% sehr gut, 56,0% gut) gesehen, aber der Anteil an mittelmäßigen Bewertungen (32,0% befriedigend, 6,0% ausreichend) ist deutlich größer als in den fünf neuen Bundesländern. Mit nur 2,0% mangelhafter Benotung ist eine stärkere Kritik aber auch in der Hauptstadt kaum vorhanden. Im Westen der Republik sieht das Bild hingegen bei beiden Parteien grundlegend anders aus. Innerhalb der PDS im Westen wird die Arbeit in Schwerin von 2,4% als ungenügend, von 7,9% als mangelhaft und von 15,9% als ausreichend bewertet. Ein Drittel (32,9%) vergibt die Schulnote 3. Die klaren Befürworter (35,4% gut, 5,5% sehr gut) sind hier in der Minderheit. Noch weniger Zuspruch erfährt die Schweriner Regierungsbeteiligung in der WASG im Westen. Nur 0,6% bewerten diese als sehr gut und 15,3% als gut. Etwas mehr als ein Drittel (35,8%) vergibt die Note befriedigend und ein gutes Viertel (27,0%) die Bewertung ausreichend. Mit 16,3% mangelhafter und 4,7% ungenügender Einschätzung werden diese beiden negativen Kategorien jeweils doppelt so häufig wie in der West-PDS gewählt.

Diagramm 4.31: Bewertung der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern nach Parteiteilen



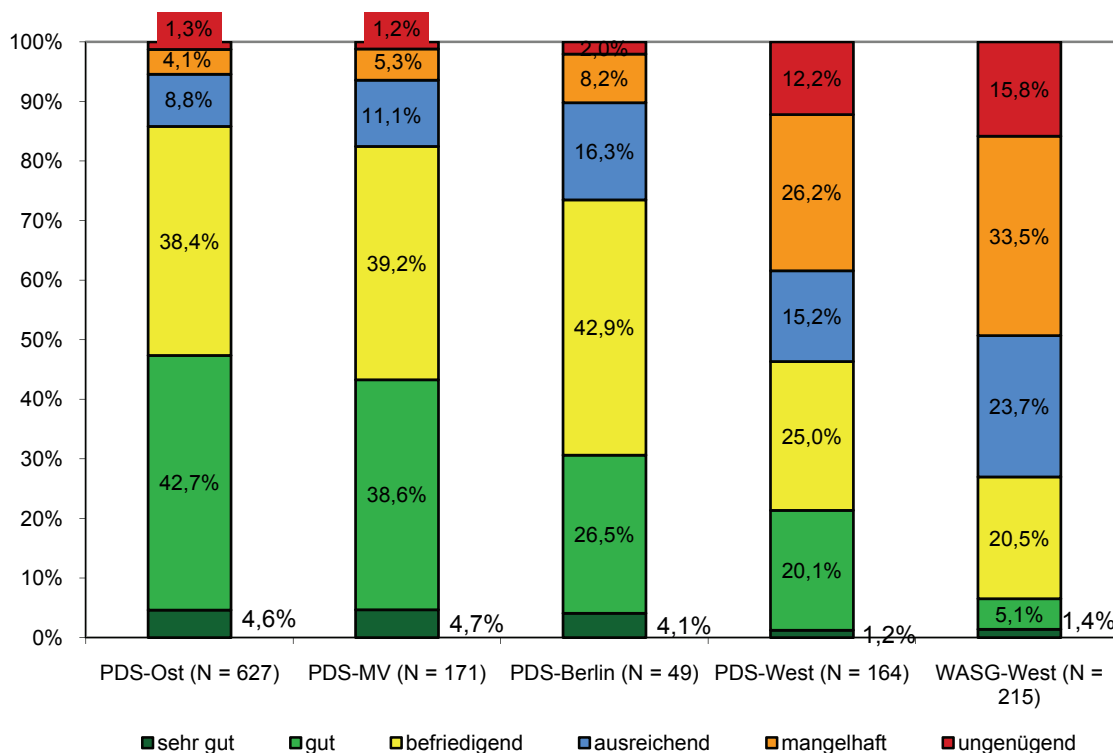
Vergleicht man die Bewertung der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern mit der in Berlin, so fällt auf, dass letztere in allen in dem Diagramm 4.32 dargestellten

Parteiteilen schlechter bewertet wird. Am meisten Zuspruch erhält die PDS-Arbeit im Berliner Senat noch in den östlichen Bundesländern, die abgesehen von der Tolerierung in Sachsen-Anhalt, keine Erfahrungen mit eigenen Landesregierungen haben. Fast die Hälfte (4,6% sehr gut und 42,7% gut) stellt den Berliner PDS-Mitgliedern für ihre Arbeit ein gutes Zeugnis aus. Mit 38,4%, die die Note 3 und 8,8%, die die Note 4 vergeben haben ist in den nicht beteiligten neuen Bundesländern der Vorbehalt gegenüber der Berliner deutlich größer als gegenüber der Schweriner Koalition. Zu über 5% werden auch sehr schlechte Meinungen (4,1% „mangelhaft“, 1,3% „ungenügend“) geäußert. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Berliner Situation um einige Prozentpunkte negativer, aber im Großen und Ganzen auf demselben Niveau bewertet. In der Hauptstadt selber ist die Zustimmung zur eigenen Landesregierung jedoch deutlich kritischer. Nur drei von zehn Berliner PDS-Mitgliedern vergeben zusammen die Note 1 (4,1%) oder 2 (26,5%). Am häufigsten (42,9%) wird die Arbeit als befriedigend eingeschätzt. 16,3% stellen ihren eigenen Senatoren nur ein Ausreichend, 8,2% ein Mangelhaft und 2,0% nur ein Ungenügend für ihre Arbeit aus. Diese relativ schlechte Bewertung durch die Basis, die der Koalition insgesamt selbst zugestimmt hat, kann als problematische Hypothek für die derzeit einzige Regierungsbeteiligung der Linken angesehen werden.

Die PDS in den alten Bundesländern steht dem Mitregieren in Berlin weitgehend kritisch gegenüber. Während die Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern nur von ca. jedem Zehnten mit einer Fünf oder Sechs beurteilt wurde, ist der Anteil bei der Frage nach der Situation in Berlin fast viermal so hoch. 12,2% quittieren die Senatsleistung als ungenügend und weitere 26,2% als mangelhaft. Zusammen mit 15,2% „ausreichend“ vergibt über die Hälfte einen Wert im unteren Bereich der Notenskala. Genau ein Viertel der West-PDS-Mitglieder benotet die Senatsarbeit der Berliner als befriedigend und ein gutes Fünftel als gut. Die Spitzennote vergeben nur 1,2%. Übertroffen wird diese negative Haltung noch von den neuen Parteikollegen aus der WASG. Eine (sehr) gute Benotung wird nur selten (6,5%) vorgenommen. Die Note 3 wird mit 20,5% in keinem anderen Parteiteil so selten angekreuzt wie von den WASG-Mitgliedern. 23,7% bewertet die Berliner Senatsarbeit der PDS mit der Schulnote 4. Zusammengenommen fast die Hälfte vergibt mit einem Mangelhaft (33,5%) oder Ungenügend (15,6%) eine noch schlechtere Note.



Diagramm 4.32: Bewertung der Regierungsbeteiligung in Berlin nach Parteiteilen



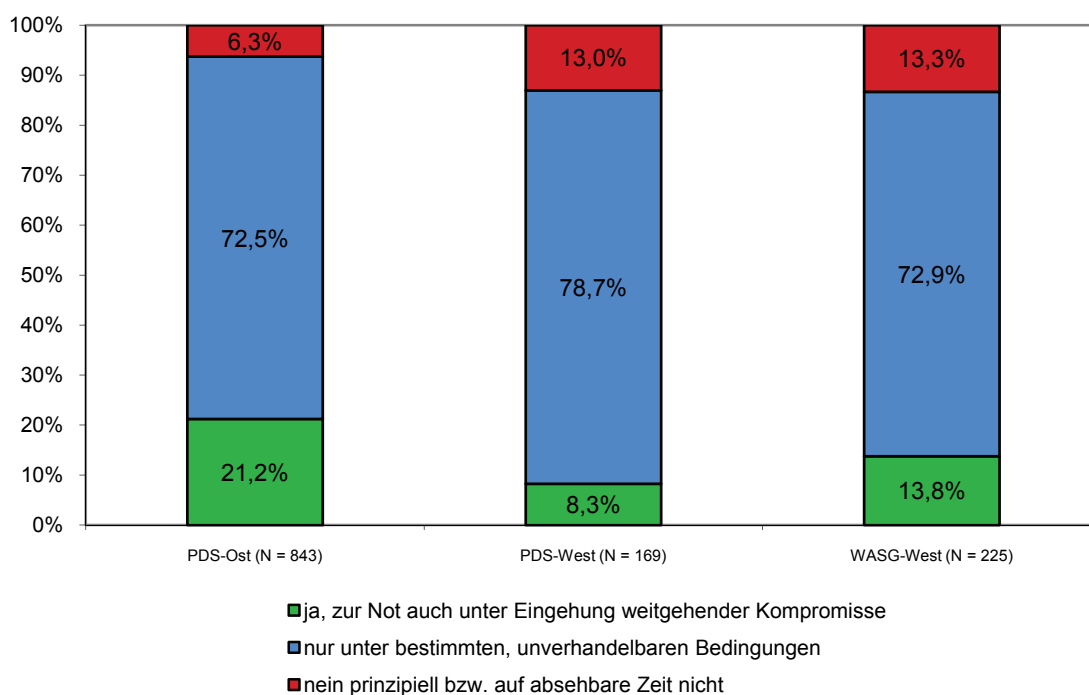
Abschließend zum Themenkomplex der Regierungsbeteiligungen sind die Parteimitglieder gefragt worden, wie sie gegenüber zukünftigen Regierungsbeteiligungen eingestellt sind<sup>183</sup>. Im Diagramm 4.33 zeigt sich den beiden vorigen Darstellungen entsprechend im Osten ein regierungsfreundlicheres Bild als im Westen. In den neuen Bundesländern ist ein gutes Fünftel auch bei weitgehenden Kompromissen koalitionswillig. 72,5% wollen nur unter bestimmten Voraussetzungen Regierungsverantwortung tragen. Nur 6,3% lehnen prinzipiell bzw. auf unbestimmte Zeit jede Regierungsteilnahme ab. Innerhalb der PDS-Mitgliedschaft im Westen kommt für doppelt so viele 13,0% keine Beteiligung an einer Koalition in Frage. Mit 78,7% ist aber auch hier für die überwiegende Mehrheit diese Option unter Umständen denkbar. Eine weitgehende Regierungsbereitschaft liegt bei 8,3% vor. Bei den WASG-Mitgliedern im Westen liegt der Anteil der totalen Ablehner auf dem gleichen Niveau (13,3%). Mit 72,9% ist auch in diesem Parteiteil ein Mitregieren unter gewissen Bedingungen vorstellbar. 13,8% und damit deutlich mehr als innerhalb der PDS-Mitgliedschaft in den alten Bundesländern würden hierfür auch weitgehende Kompromisse mittragen. Die in den vorigen Betracht-

<sup>183</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Sollte sich die Linkspartei zukünftig an Regierungen beteiligen?“. Als Antwortkategorien waren vorgegeben: „ja, zur Not auch unter Eingehung weitgehender Kompromisse“, „nur unter bestimmten, unverhandelbaren Bedingungen“ und „nein, prinzipiell bzw. auf absehbare Zeit nicht“.

tungen deutlich gewordenen größten Vorbehalte gegenüber den Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin scheinen für einen Teil nicht auf grundsätzlich ablehnender Haltung zu Koalitionen sondern an den konkreten Situationen zu beruhen.

Da die Linke aber wohl auf absehbare Zeit in den meisten Landesparlamenten und im Bundestag auf den Oppositionsbänken Platz nehmen wird<sup>184</sup>, ist des Weiteren auch nach dem Oppositionsverständnis gefragt worden.

Diagramm 4.33: Einstellung gegenüber zukünftigen Regierungsbeteiligungen



Der Opposition wird von der Politikwissenschaft eine ganze Reihe von Funktionen im politischen System zugeordnet. Je nach den politischen Zielvorstellungen der Parteien (siehe Lijphart 1994, Nohlen 2000, Sartori 1976 und Taagepera/Shugart 1989) können diese unterschiedlichen Aufgaben eine zentrale oder eine weniger wichtige Rolle in der Arbeit von Fraktionen spielen. In dieser Untersuchung ist die Parteibasis nach der Bedeutung, die sie diesen verschiedenen Aspekten einräumt, befragt worden. Im Diagramm 4.34 ist die diesbezügliche Verteilung zunächst für die gesamte neue Partei dargestellt<sup>185</sup>, bevor weiter unten für einzelne Themen eine Aufschlüsselung nach Par-

<sup>184</sup> Wie die Auseinandersetzungen des Jahres 2008 um eine Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung in Hessen gezeigt hat, stellt sich die Frage von möglichen direkten oder indirekten Regierungsbeteiligungen derzeit mehr auf Seiten der SPD.

<sup>185</sup> Im Diagramm sind die Oppositionsfunktionen nach der aufgrund eines nur zu Sortierungszwecken berechneten Mittelwertes („sehr wichtig“ = 5 bis „nicht wichtig“ = 1) sortiert. Im Fragebogen war die Reihenfolge folgende: „Interessenartikulation“, „Kritik an bestehenden Verhältnissen“,

teilen erfolgt.

Als wichtigstes wird die Kritik an bestehenden Verhältnissen gesehen. Fast drei Viertel der Linken halten diese für sehr wichtig. Annähernd das gesamte übrige Viertel kreuzt diesbezüglich die zweithöchste Kategorie an. Eine durchschnittliche Einschätzung kommt kaum vor (2,1%) und noch geringere Bedeutung wird dieser Funktion so gut wie gar nicht zugeschrieben.<sup>186</sup> Mit von 72,6% als sehr wichtig eingestufte Oppositionsfunktion folgt die „Entwicklung alternativer Lösungen“, die ebenso von fast einem Viertel als wichtig und nur vereinzelt als durchschnittlich wichtig (2,4%) oder weniger wichtig (0,3%) eingeschätzt wird. An dritter Stelle folgt die „Interessenartikulation“, die 62,7% als sehr wichtig und 31,4% als wichtig bewerten. Mit 5,2% ist die neutrale Einschätzung etwas höher als bei den ersten Aspekten, während eine geringere Bedeutungszuweisung (0,5% weniger, 0,1% nicht wichtig) auch bezüglich der Interessenartikulation kaum erfolgt. Die klassische Oppositionsfunktion der „Regierungskontrolle“ liegt mit 59,6% „sehr wichtig“, 26,9% „wichtig“, 7,6% durchschnittlich wichtig“, 2,1% „weniger wichtig“, 0,9% „nicht wichtig“ bis auf wenige Prozentpunkte auf demselben Niveau. Das erfolgreiche Abschneiden bei der nächsten Wahl wird von weniger als der Hälfte der Mitglieder (45,4%) als sehr wichtig bezeichnet. Bei weiteren 36,3%, die dieses Ziel als wichtig angeben, findet dieses mit 14,0% „durchschnittlich wichtig“, 3,2% „weniger wichtig“ und 1,1% „nicht wichtig“ bei einer nicht unerheblichen Minderheit keinen großen Zuspruch. Wie noch gezeigt werden wird, spielt die Stimmenmaximierung in den Parteiteilen eine unterschiedliche Bedeutung.

Die Kompromissuche mit anderen Fraktionen wird am seltensten (10,4%) als sehr wichtig, aber dafür am häufigsten (44,0%) für wichtig gehalten. Dieser zusammerechneten Mehrheit steht mit fast einem Drittel (32,3%) ein großer Anteil gegenüber, der dieses Zugehen auf andere Fraktionen nur als durchschnittlich bedeutend empfindet. Jedes zehnte Mitglied hält dies für weniger und 3,3% für nicht wichtig. Bezüglich der Bewertung dieser Oppositionsfunktion lassen sich, wie noch dargestellt werden wird, die mit Abstand erheblichsten Unterschiede zwischen den Parteiteilen ausmachen.

Entsprechend der Uneinigkeit bei der Frage nach Regierungsbeteiligungen ergibt sich auch beim dem Aspekt der Vorbereitung auf die Regierungsübernahme ein gemischtes

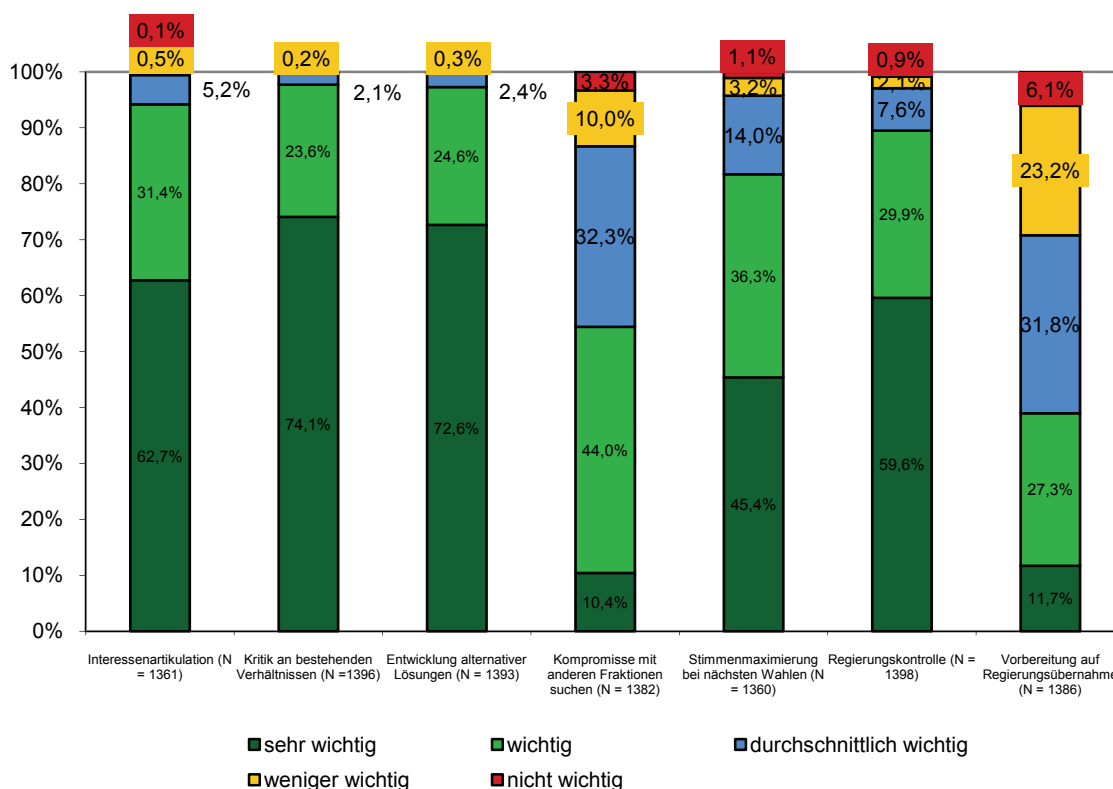
---

„Entwicklung alternativer Lösungen“, „Kompromisse mit anderen Fraktionen“, „Stimmenmaximierung bei nächsten Wahlen“, „Regierungskontrolle“ und als letztes „Vorbereitung auf Regierungsübernahme“.

<sup>186</sup> Aufgrund der primär zu diesem Zwecke (Agenda 2010-Kritik) gegründeten Wahlalternative hätte man bei dieser im Vergleich zur PDS eine noch höhere Bedeutungszuschreibung vermuten können. Es zeigt sich aber, dass die Kritikäußerung in beiden Parteiteilen nahezu identisch eingeschätzt wird.

Bild. Nur für 11,7% der Mitglieder erreicht diese bei der Bedeutungszuschreibung den Maximalwert, etwas über ein Viertel (27,3%) stuft diese als wichtig ein. Mit fast einem Drittel (31,8%) nennen die meisten Mitglieder die Oppositionszeit für spätere Regierungsjahre durchschnittlich wichtig. Mit 23,3% „weniger wichtig“ und 6,1% „nicht wichtig“ wird diese mit Abstand von allen hier aufgeführten Oppositionsfunktionen am häufigsten für nicht besonders notwendig erachtet.

Diagramm 4.34: Bedeutung unterschiedlicher Aufgaben und Zielsetzungen von Oppositionsfractionen

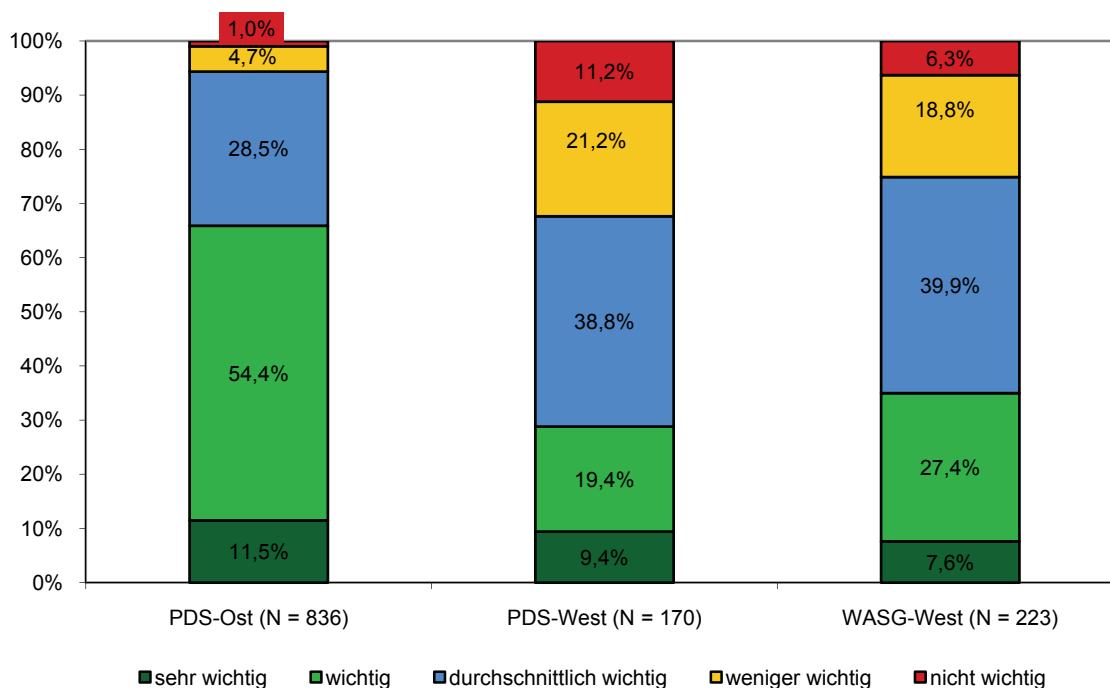


Drei Oppositionsaufgaben weisen bezüglich der Aufteilung nach Parteiteilen interessante Ergebnisse auf. Im Diagramm 4.35 ist die Kompromissfrage, die wie schon erwähnt von den Parteiteilen am unterschiedlichsten bewertet wird, dargestellt. Hierbei zeigt sich deutlich die Ost-PDS als im Selbstverständnis integrierter Teil des Parteiensystems. Fast zwei Drittel weisen innerhalb dieser nämlich der „Kompromissssuche mit anderen Fraktionen“ eine sehr wichtige (11,5%) oder wichtige (54,4%) Bedeutung zu. 28,5% sehen die Fraktionszusammenarbeit als durchschnittlich wichtig an. Nur ein kleiner Teil der PDS-Mitglieder in den neuen Bundesländern gesteht der Kompromissssuche eine weniger (4,7%) bzw. nicht wichtige (1,0%) Bedeutung zu. Dieser überwiegenden Kooperationsbereitschaft steht im Westen sowohl in der PDS als auch in der WASG eine isoliertere Haltung gegenüber. Innerhalb der PDS-Mitgliedschaft ist diese noch etwas ausgeprägter. Fast ein Drittel (11,2% „nicht wichtig“, 21,2% „weniger wichtig“)

tig“) sehen in der Kompromissfindung eine unterdurchschnittlich bedeutende Aufgabe. 38,8% positionieren sich bei dieser Frage in der mittleren Kategorie. Eine (sehr) große Bedeutung der Fraktionskompromisse kreuzen in der West-PDS nur 28,8% an.

Die WASG-Mitglieder in den westdeutschen Landesverbänden weisen ein ähnlich kompromisskritisches Bild auf. Der Anteil derer, die Kompromisse zwischen den Fraktionen für sehr wichtig halten, ist mit 7,6% in dieser Gruppe am niedrigsten. Auch zusammen mit dem guten Viertel (27,4%) der WASG-Mitglieder, die diese als wichtig einschätzen, ergibt sich keine Mehrheit. Am häufigsten wird mit 39,9% die Durchschnittsbewertung vorgenommen. Ein Viertel (18,8% „weniger wichtig“, 6,3% „nicht wichtig“) beurteilt die Kompromissssuche als unterdurchschnittlich bedeutend für die Oppositionsfraktionen.

Diagramm 4.35: Bedeutung der Kompromissssuche mit anderen Fraktionen nach Parteiteilen



Der Stimmenmaximierung bei nächsten Wahlen wird ebenfalls von der Ost-PDS die größte Bedeutung zugesprochen (Diagramm 4.36). Fast die Hälfte (47,8%) sehen den elektoralen Erfolg als sehr wichtig und weitere 38,8% als wichtig an. Eine durchschnittliche Einschätzung bezüglich der Wichtigkeit des Vergrößerns des Stimmenanteils für die Arbeit der Oppositionsfraktionen wird von ungefähr jedem zehnten Mitglied (10,9%) der östlichen Landesverbände der PDS vorgenommen. Als eine weniger (2,1%) oder nicht wichtige (0,5%) Funktion wird dieses Ziel kaum gesehen.

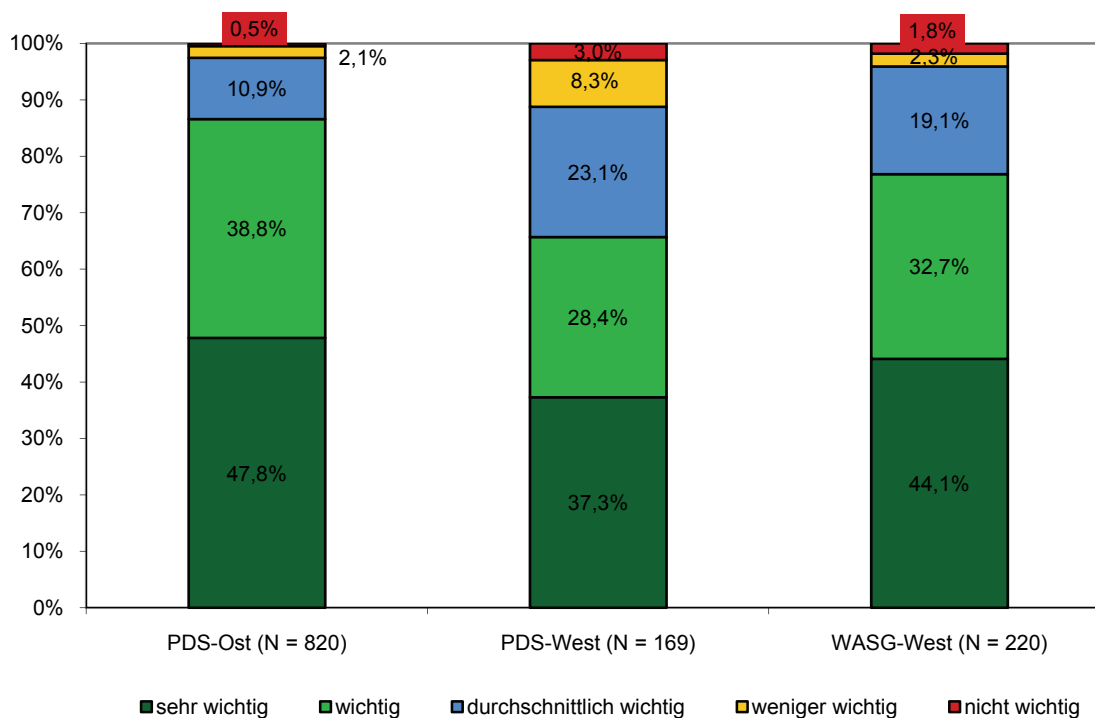
Innerhalb der West-PDS wird die Zustimmung beim Wahlvolk nicht in dem gleichen Maß, aber auch überwiegend als wichtig erachtet. Zwei Drittel (65,7%) sehen dieses

als sehr wichtig oder wichtig an. Ein knappes Viertel (23,1%) bewertet dies als durchschnittlich und eine nicht ganz kleine Minderheit von 11,3% sieht das Streben nach Wahlerfolgen als eine weniger bzw. nicht wichtige Aufgabe der Opposition an.

Bei den Wahlalternativlern ist diese ablehnende Haltung diesem Ziel gegenüber mit 1,8% „nicht wichtig“ und 2,3% „weniger wichtig“ deutlich seltener, eher auf dem Niveau der Ost-PDS, anzutreffen. Auch die durchschnittliche Bewertung bezüglich der Stimmenmaximierung wird im Westen von der WASG mit 19,1% im Vergleich zur PDS im gleichen Gebiet etwas seltener angegeben. Nahezu ein Drittel (32,7%) sieht die Stimmenmaximierung als wichtig und 44,1% als sehr wichtig an.

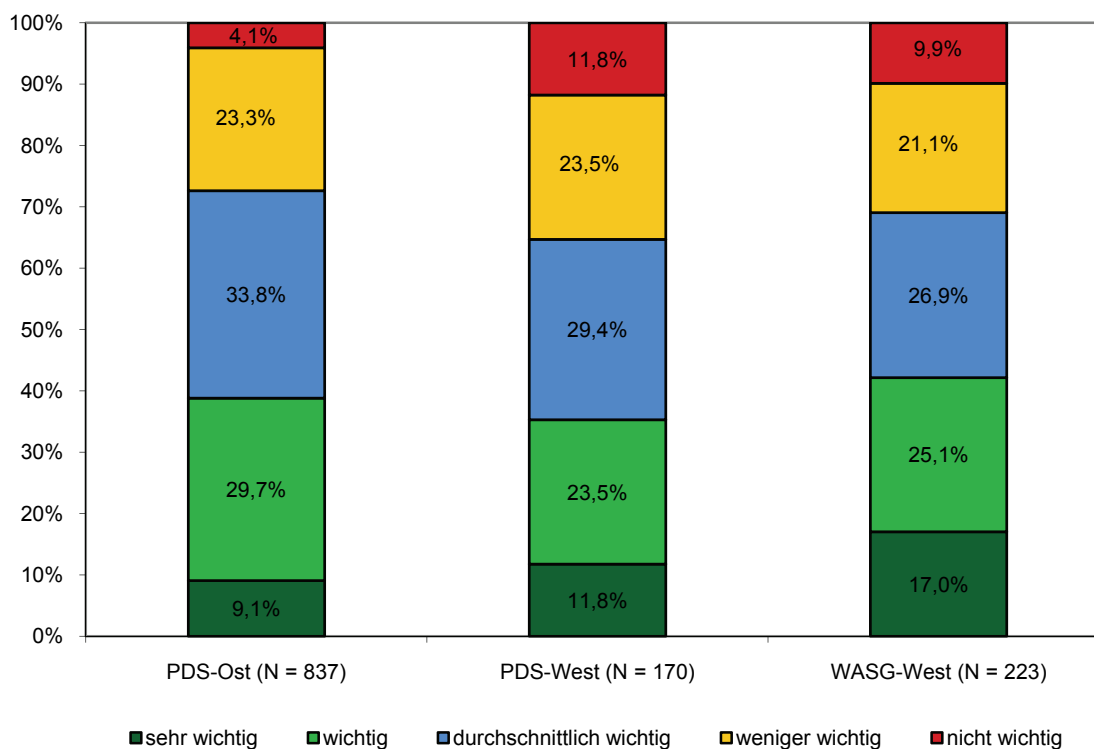
Interessanterweise wird der Wahlerfolg in dem Parteiteil, der bisher die mit Abstand geringsten Wahlergebnisse erzielen konnte (Kapitel 2.2) auch als am wenigsten bedeutend angesehen. Es kann vermutet werden, dass sich hier die jahre- (bzw. bei vorigen Erfahrungen in der DKP u.a.) jahrzehntelange Erfahrung mit der Arbeit in einer parlamentarisch nicht vertretenen Splitterpartei auch in der heutigen Ansicht noch bemerkbar macht. Inwieweit sich die Teile, die einer (primären) Ausrichtung der Partei am Ziel des Wahlerfolges neutral oder gar kritisch gegenüber stehen, in den nächsten Jahren verhalten, wird vor allem bei den zukünftig in allen Bundesländern mit realistischen Parlamentseinzugschancen zu bestreitenden Wahlkämpfen von besonderer Bedeutung sein.

Diagramm 4.36: Bedeutung der Stimmenmaximierung bei nächsten Wahlen nach Parteiteilen



Die Oppositionsfunktion der Vorbereitung auf eine Regierungsübernahme ist, wie schon für die gesamte Partei angesprochen, die am heterogensten eingeschätzte Aufgabe. Interessant ist hierbei, dass wie dem Diagramm 4.37 zu entnehmen ist, diese Differenziertheit ganz grob betrachtet in allen Parteiteilen in ähnlicher Weise besteht. Innerhalb der Ost-PDS werden im Vergleich zu den beiden anderen Parteiteilen hierbei die beiden Extremwerte „sehr wichtig“ (9,1%) und „nicht wichtig“ (4,1%) am seltensten vergeben. Mit fast einem Viertel (23,3%) „weniger wichtig“ und 29,7% „wichtig“ werden aber beide tendenziellen Einstellungen relativ häufig geäußert. Ein Drittel der PDS-Mitglieder in den neuen Bundesländern sieht die Regierungsvorbereitung als durchschnittlich wichtig an. Bei den PDS-Genossen im Westen ergibt sich eine absolut symmetrische Verteilung. Jeweils 11,8% kreuzen die Extremwerte an und ebenfalls identisch große Anteile (23,5%) sehen diese Oppositionsfunktion als wichtig bzw. weniger wichtig an. In der Mitte positionieren sich diesbezüglich 29,4% der West-PDS-Mitglieder. In den Reihen der WASG verschiebt sich die Verteilung um wenige Prozentpunkte in Richtung einer größeren Bedeutung. 17,0% sehen hier die Beendigung des Oppositionsstatus‘ als sehr wichtig und ein weiteres Viertel als wichtig an. 26,9% empfinden dies als durchschnittlich bedeutend. Zusammengenommen fast ein Drittel (21,1% „weniger wichtig“, 9,9% „nicht wichtig“) spricht der Regierungsvorbereitung eine (eher) unbedeutende Rolle zu.

Diagramm 4.37: Bedeutung der Vorbereitung auf Regierungsübernahme nach Parteiteilen



#### 4.9. Bedeutung einzelner Aspekte in der Parteiarbeit

Nach den Aufgaben der Oppositionsfraktionen ist auch nach der Einschätzung der Bedeutung von fünf Aspekten für die Parteiarbeit gefragt worden.<sup>187</sup> Hierbei lag der Fokus auf für die neue Partei spezifischen Elementen, die in anderen Parteien teilweise keine besondere Relevanz besitzen. Im Rahmen dieser Untersuchung ist aber gerade für diese Kernaspekte die Einstellung in den jeweiligen Parteiteilen interessant. Nach bekanntem Muster wird jedoch zuerst die Verteilung für die gesamte Partei im Überblick (Diagramm 4.38) und im Anschluss daran in einzelnen Graphiken aufgeschlüsselt nach Parteiteilen dargestellt.

Am wichtigsten werden in der gesamten Partei von den fünf hier abgefragten Aspekten die Beziehungen zu den Gewerkschaften bewertet. Über zwei Drittel (67,9%) halten diese für sehr wichtig, ein weiteres gutes Viertel (27,5%) für wichtig. Eine durchschnittliche Einschätzung kommt nur selten (4,2%) und eine noch geringere Bewertung so gut wie gar nicht (0,4% „weniger wichtig“) vor. Diese überaus positive Haltung gegenüber den Gewerkschaften ist vor dem Hintergrund, dass ein Teil der Partei maßgeblich von diesen – genauer von einem nicht unerheblichen Teil ihrer Funktionäre und Mitglieder – initiiert, mitbegründet und vor allem in der Anfangsphase massiv unterstützt wurde, (Kapitel 2.2.2) wenig erstaunlich.

Die Verbindungen mit den neuen sozialen Bewegungen, die ein weiteres – wenn auch nicht ganz so starkes – Reservoir für die WASG gewesen sind, rangieren auf dem zweiten Platz. Eine Geringschätzung der Bedeutung kommt dabei fast so selten (4,6% „durchschnittlich wichtig“, 0,6% „weniger wichtig“) wie bei den Gewerkschaftskontakten vor. Nur die Verteilung der Antwortoptionen „sehr wichtig“ (59,5%) und „wichtig“ (35,3%) ist im Vergleich zu dem wichtigsten Aspekt um einige Prozentpunkte verschoben. Bezüglich der Beziehungen zu den antifaschistischen Gruppen tauchen in dieser Betrachtung erstmals auch vereinzelt (0,6%) Mitglieder auf, die diese für nicht wichtig halten. 1,5% sehen diese Verbindungen als weniger und 8,2% als durchschnittlich wichtig an. Mit gut einem Drittel (34,2%), die diese als wichtig, und über die Hälfte (55,5%), die diese als sehr wichtig ansehen, erfährt auch diese Zusammenarbeit eine weitreichende Zustimmung. Wie noch gezeigt werden wird, trifft dies auf die Parteiteile in leicht unterschiedlichem Ausmaß zu.

Der „Demokratische Sozialismus“ wird am häufigsten aller fünf Themen als „nicht wichtig“ (2,5%) und „weniger wichtig“ (3,8%) eingeschätzt. Jedes achte Mitglied spricht die-

---

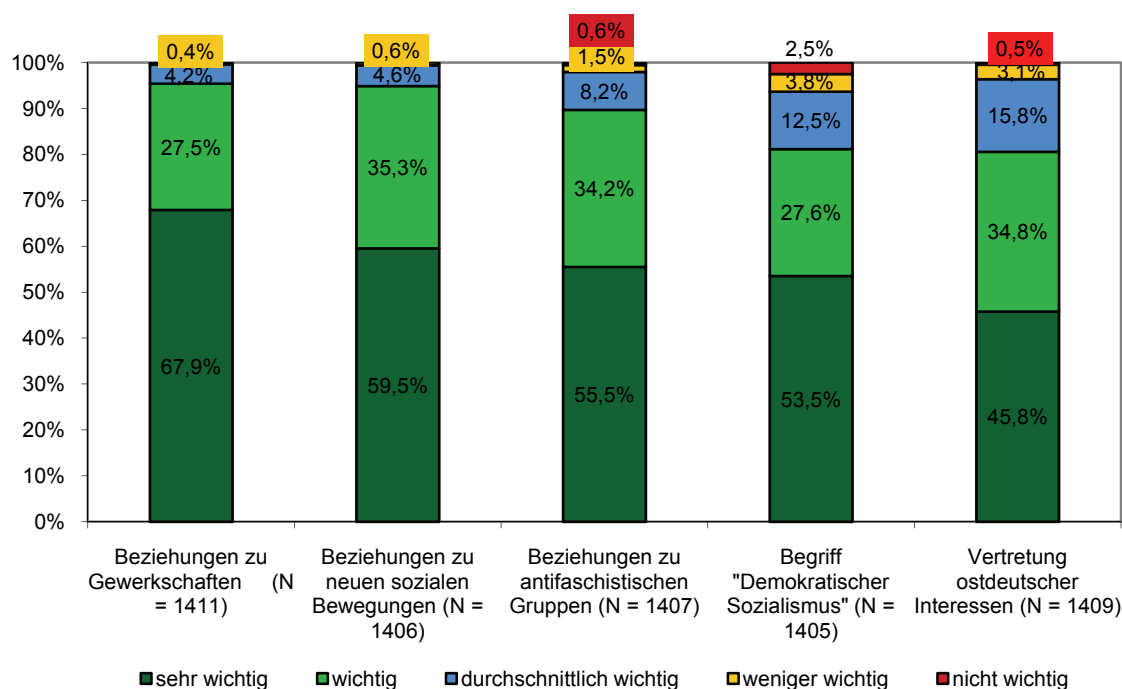
<sup>187</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Für wie wichtig halten Sie folgende Aspekte in der Parteiarbeit?“.



sem Begriff eine durchschnittlich wichtige Rolle für die Parteiarbeit zu. Mit über 80% (27,6% „wichtig“, 53,5% „sehr wichtig“) besitzt das einem Parteiteil früher namensgebende Ziel noch eine große Relevanz.

Die Vertretung ostdeutscher Interessen ist der einzige Aspekt, den weniger als die Hälfte der Mitglieder (45,8%) als sehr wichtig einstufen. Ein gutes Drittel (34,8%) bezeichnet diesen als wichtig. Für 15,8% haben ostdeutsche Belange eine durchschnittliche, für 3,1% eine weniger wichtige und für 0,5% eine nicht wichtige Bedeutung. Nicht nur bei dem letzten Aspekt, bei dem dies ortsgebunden erwartbar ist, lohnt es sich, die Aufschlüsselung nach Parteiteilen zu betrachten.

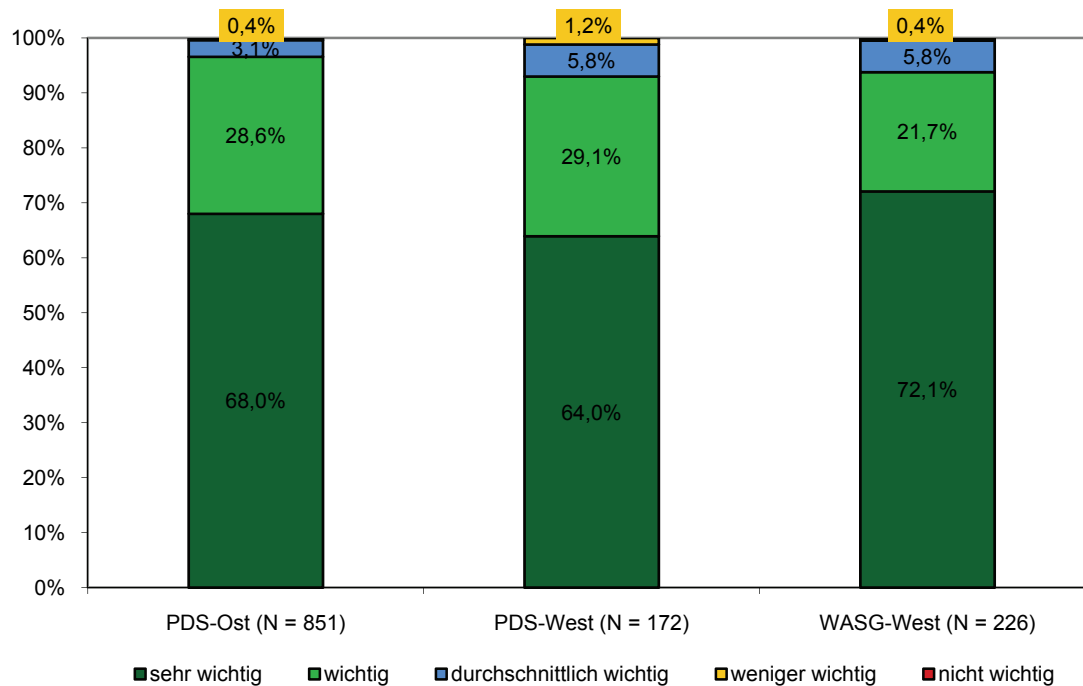
Diagramm 4.38: Bedeutung unterschiedlicher Aspekte in der Parteiarbeit



In allen drei Parteiteilen wird das Verhältnis zu den Gewerkschaften nur ganz vereinzelt (je 0,4% PDS-Ost und WASG-West, 1,2% PDS-West) als weniger wichtig angesehen. Eine durchschnittliche Bewertung erfolgt am seltensten bei der PDS in den neuen Bundesländern (3,1%) und nicht, wie man hätte erwarten können, in den Reihen der WASG. Bei dieser kreuzen ebenso wie in der PDS im Westen 5,8% diese Mittelkategorie an. Auf der anderen Seite ist bei den WASG-Mitgliedern die absolute Zustimmung zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften mit 72,1% am größten, während 21,7% die Gewerkschaftsbeziehungen als wichtig bezeichnen. Bei der PDS ist die Einschätzung um einige Prozentpunkte zugunsten der abgeschwächteren Aussage verschoben (im Osten 68,0% „sehr wichtig“, 28,6% „wichtig“; im Westen 64,0% „sehr wichtig“,

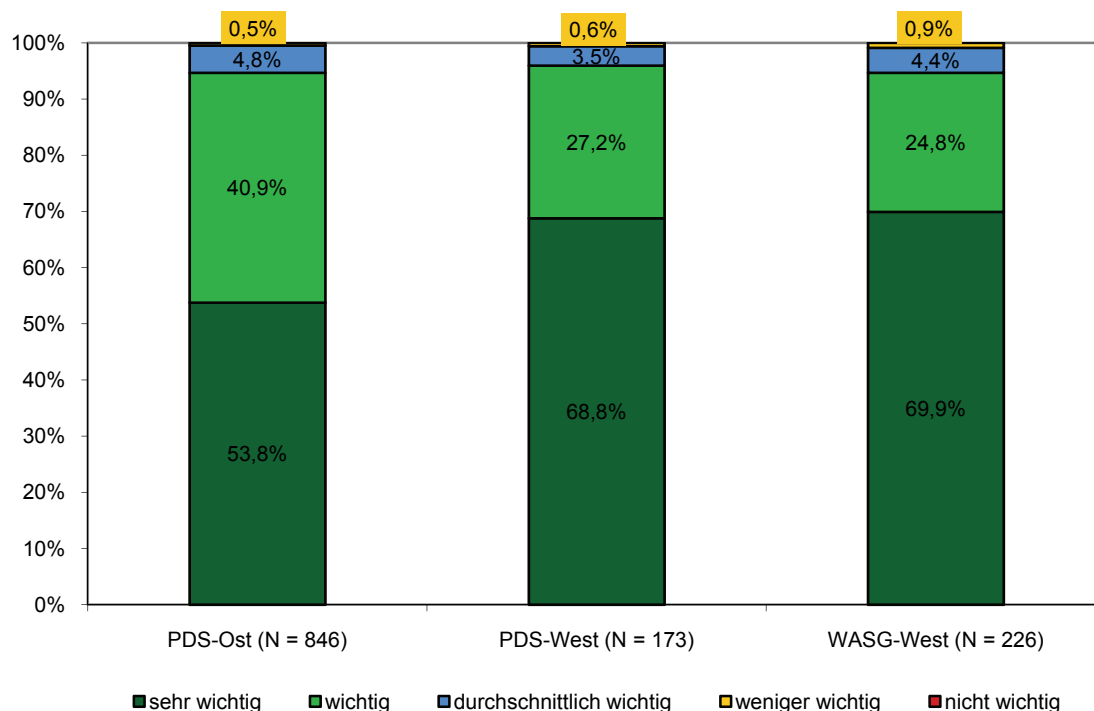
29,1% „wichtig“). Insgesamt ist zwar interessant, dass es in den westdeutschen Landesverbänden mit 6 bis 7% einen etwas größeren Vorbehalt gegenüber den Gewerkschaften gibt als im Osten. Der weitgehende oder in Zukunft eventuell noch ausbaubare Einfluss der Gewerkschaften auf die Partei erscheint bei dieser relativ geringen Absage an eine große Bedeutung der Beziehungen jedoch nicht gefährdet zu sein.

Diagramm 4.39: Bedeutung der Beziehungen zu den Gewerkschaften in der Parteiarbeit nach Parteiteilen



Den Beziehungen zu den neuen sozialen Bewegungen (Diagramm 4.40) wird in Ost und West eine leicht unterschiedlich starke Bedeutung zugeschrieben. Während bei der PDS im Osten knapp über die Hälfte der Mitglieder (53,8%) diesen Aspekt als sehr wichtig und 40,9% als wichtig einstufen, sind es im Westen fast 70% (PDS: 68,8%, WASG: 69,9%), die diesen als sehr wichtig einordnen. Jeweils um ein Viertel der Mitgliedschaft in den alten Bundesländern (PDS: 27,2%, WASG: 24,8%) empfinden diese Beziehungen als wichtig. Eine durchschnittliche Beurteilung bzw. weniger wichtige Einschätzung der Beziehungen zu den neuen sozialen Bewegungen wird mit Werten um die 4,5% und 0,6% in den Parteiteilen ungefähr gleich oft vorgenommen.

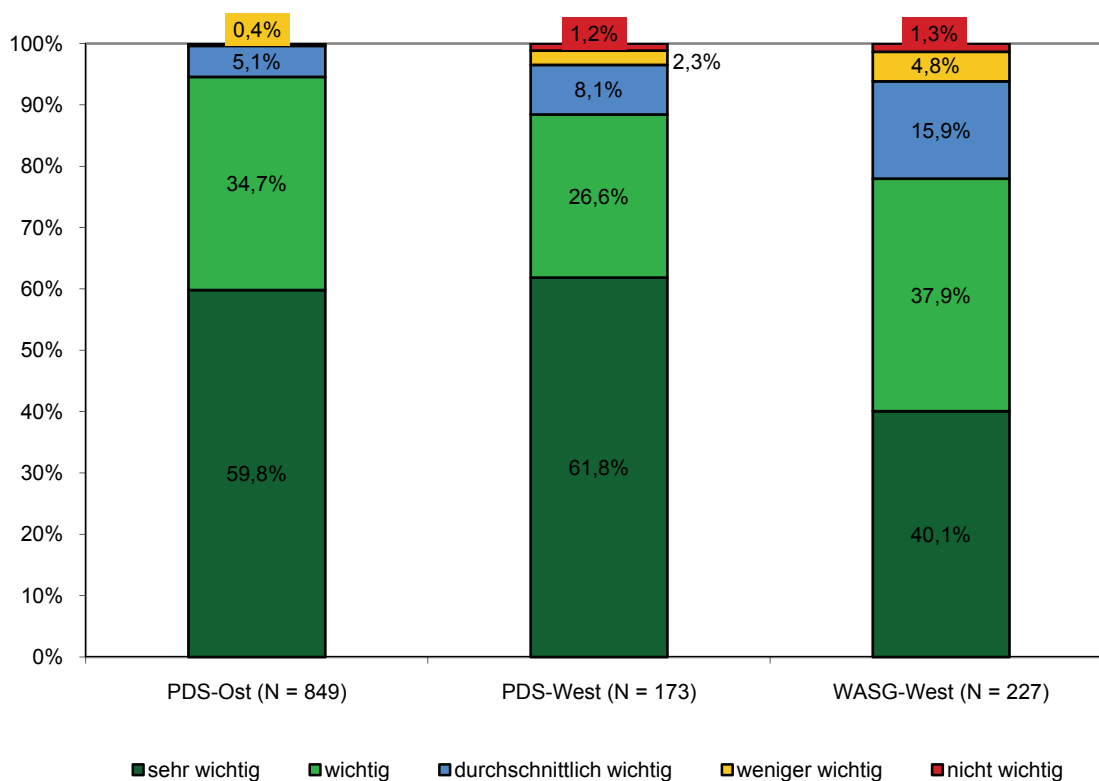
Diagramm 4.40: Bedeutung der Beziehung zu neuen sozialen Bewegungen in der Parteiarbeit nach Parteiteilen



Im Gegensatz zu den neuen sozialen Bewegungen macht sich bezüglich der Beziehungen zu den antifaschistischen Gruppen nicht primär der Ost-West- sondern der PDS-WASG-Cleavage bemerkbar (Diagramm 4.41). In der PDS halten um die sechs von zehn Mitgliedern (Ost: 59,8%, West: 61,8%) diese für sehr wichtig. Mit etwas mehr als einem Drittel (34,7%) wird dieses Thema im Osten noch etwas häufiger als wichtig eingeschätzt als im Westen (26,6%). Eine durchschnittliche (8,1% zu 5,1%) und eine weniger wichtige Einschätzung (2,3% zu 0,4%) erfolgt im Westen häufiger als im Osten. Für nicht wichtig wird diese Zusammenarbeit in der PDS nur vereinzelt (1,2%) im Westen angesehen. Dieser großen Zustimmung zu den Beziehungen zur antifaschistischen Arbeit steht der Fusionspartner deutlich weniger bejahend gegenüber. In den Reihen der WASG sind es nämlich nur 40,1%, die diese Beziehungen als sehr wichtig ansehen und damit kaum mehr als diejenigen (37,9%), die dieses Feld „nur“ als wichtig erachten. Eine durchschnittliche Einschätzung geben mit 15,9% wesentlich mehr als in der PDS ab. Mit zusammen 6,1% ist auch der Anteil derjenigen, die die Verbindungen zu antifaschistischen Gruppen als weniger bzw. nicht bedeutend einschätzt, ebenfalls etwas höher. Es kann vermutet werden, dass ein Teil der höheren Bedeutungszuschreibung innerhalb der PDS auch auf den in der DDR traditionell vor allem im rhetorischen Bereich stark beanspruchten Begriff des Antifaschismus zurückzuführen ist. Ein anderer Erklärungsansatz für die geringere Einstufung dieser Beziehungen in der

West-WASG könnte durch Vorbehalte gegenüber der teilweise weit im linksextremen Spektrum agierenden Gruppen gesucht werden.

Diagramm 4.41: Bedeutung der Beziehungen zu antifaschistischen Gruppen in der Parteiarbeit nach Parteiteilen



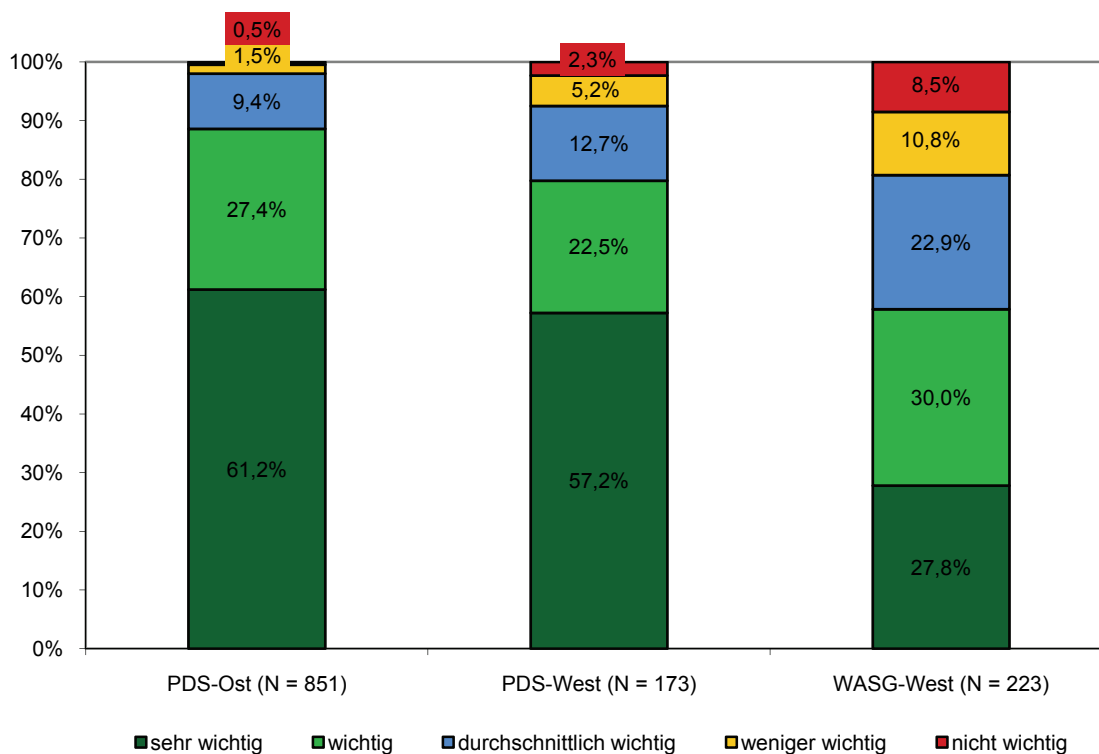
Neben den Beziehungen zu den drei für die Partei wichtigen Gruppen ist auch nach anderen speziell für die Linke relevanten Aspekten in der Parteiarbeit gefragt worden. Der Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ lag hierbei wegen der zu erwarteten starken Identifikation des Parteiteils, der sich als Partei 1989 mit diesem im ursprünglichen Sinne des Wortes anspruchsvollen Namen versehen hat, nahe.

Betrachtet man im Diagramm 4.42 die Einschätzung dieser Zielvorstellung in den drei Parteiteilen, so zeigt sich in der Tat die deutliche PDS-WASG-Trennungslinie. Sowohl im Osten (61,2%) als auch im Westen (57,2%) bewertet eine deutliche Mehrheit diesen Begriff auch nach (absehbarem) Verschwinden aus dem Parteinamen als sehr wichtig. In der WASG-Mitgliedschaft ist es nur knapp über ein Viertel (27,8%), das diese maximale Einschätzung teilt. Mit weiteren 27,4% („wichtig“) erreichen die beiden höchsten Zustimmungskategorien in der Ost-PDS fast 90%. Die bezüglich dieses Begriffs kritischeren Stimmen kreuzen fast alle (9,4%) „durchschnittlich wichtig“ an. Eindeutige Ablehnung ist im Osten (1,5% „weniger wichtig“, 0,5% „nicht wichtig“) so gut wie nicht vorhanden. Bei den Parteigenossen im Westen halten den „Demokratischen Sozialis-

mus“ 22,5% für wichtig. Zusammengenommen sprechen sich somit fast 80% deutlich für den Terminus aus. Mit 12,7% „durchschnittlich“, 5,2% „weniger wichtig“ und 2,3% „nicht wichtig“ sind die bezüglich der Bedeutung des alten Ziels kritischeren Mitglieder zwar deutlich in der Minderheit, aber fast doppelt so stark vertreten wie in den neuen Bundesländern.

Innerhalb der WASG im Westen bewerten die meisten Mitglieder (30,0%) den „Demokratischen Sozialismus“ als wichtig. Im Vergleich zu der PDS gibt es mit 57,8% eine knappere Mehrheit für diese Vision, die zudem leicht überwiegend nur tendenziell überzeugt ist. Neben 22,9%, die sich diesbezüglich neutral positionieren, gibt es insgesamt fast ein Fünftel (10,8% „weniger wichtig“, 8,5% „nicht wichtig“), das mit dem Ende der „alten PDS“ auch deren Namen für nicht mehr relevant erachtet.

Diagramm 4.42: Bedeutung des Begriffs „Demokratischer Sozialismus“ in der Parteilarbeit nach Parteiteilen

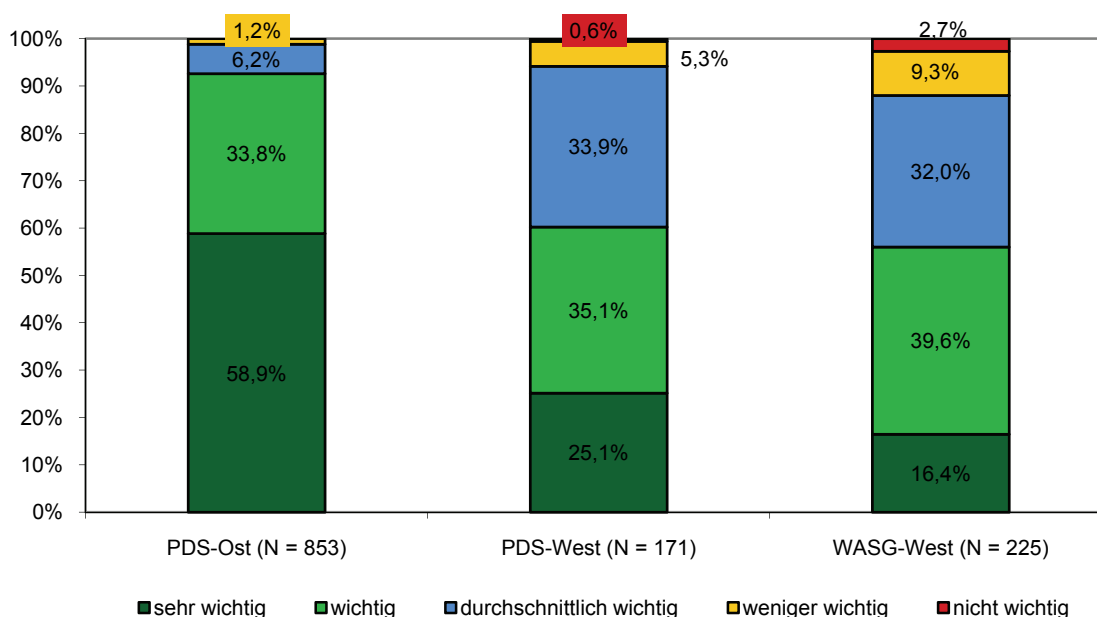


Der insgesamt am seltensten als sehr wichtig eingeschätzte Aspekt, die Vertretung ostdeutscher Interessen, weist wenig überraschend eine in den einzelnen Parteiteilen sehr unterschiedliche Bedeutungszuschreibung auf. Innerhalb der Ost-PDS halten weit über 90% (58,9% „sehr wichtig“, 33,8% „wichtig“) auch fast zwei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit diesen Aspekt noch für (sehr) bedeutend. Eine durchschnittliche Zuschreibung nehmen 6,2% und eine weniger wichtige Einschätzung nur 1,2% vor. Der Charakter der PDS als „Anwalt Ostdeutschlands“ spielt somit hier noch eine ganz

erhebliche Rolle. In den alten Bundesländern werden zwar innerhalb der PDS die ostdeutschen Belange etwas wichtiger eingeschätzt als in den Reihen der WASG, aber diese beiden Parteiteile liegen weit näher beieinander als der Ost- und Westteil der PDS. Im Gegensatz zum vorigen Aspekt dominiert eindeutig die Ost-West- und nicht der Partei-Cleavage.

In der West-PDS spricht der Ostvertretung nur ein Viertel (25,1%) eine sehr große Bedeutung zu. Für jeweils ein gutes Drittel ist diese Thematik wichtig (35,1%) oder nur durchschnittlich wichtig (33,9%). Mit 5,3% „weniger wichtig“ und 0,6% „nicht wichtig“ gibt es einen nicht vollkommen unerheblichen Teil, welcher der Ostfixierung der PDS offenbar kritisch gegenüber steht. In den Westdeutschen Landesverbänden der WASG ist dieser Anteil (2,7% „nicht wichtig“, 9,3% „weniger wichtig“) mit fast einem Achtel der Mitgliedschaft noch etwas größer. Ein weiteres knappes Drittel empfindet die Ostdeutsche Interessenvertretung nur als durchschnittlich wichtig. Mit 39,6% „wichtig“ und 16,4% „sehr wichtig“ spricht sich nur eine relativ knappe Mehrheit tendenziell für eine hohe Bedeutung der Ostdeutschenbelange aus. Betrachtet man die Tatsache, dass die PDS in den neuen Bundesländern als Volkspartei agiert und auch nach den Erfolgen im Westen bei bundesweiten Wahlen hier einen Großteil ihrer Gesamtstimmen erzielt, könnte eine Gegenwehr aus der WASG gegen die Dominanz von ostdeutschen Interessen und Themen noch zu problematischen Differenzen innerhalb der Partei und erheblichen Verlusten bei Wahlen in den neuen Bundesländern führen, bei denen nicht gesichert ist, dass diese durch größere Erfolge in den alten Bundesländern (über)kompensiert werden können.

Diagramm 4.43: Bedeutung der Vertretung ostdeutscher Interessen in der Parteiarbeit nach Parteiteilen



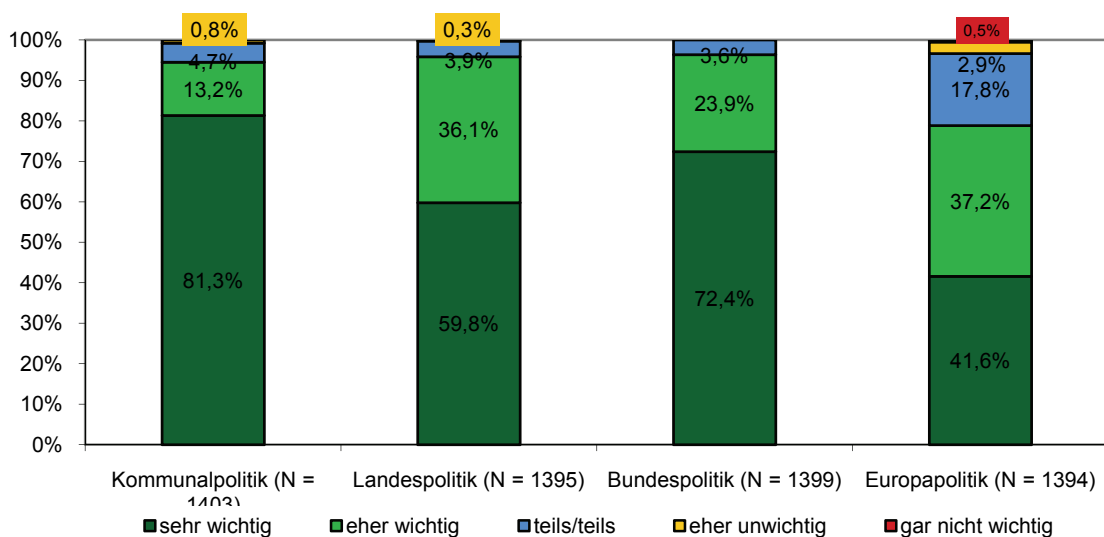
#### 4.10. Die Bedeutung der Politikebenen

Seit dem erstmaligen Erfolg der PDS bei den Europawahlen im Jahre 1999 (Kapitel 2.1.2) ist diese auf allen vier Politikebenen vertreten. Während die PDS im Osten flächendeckend auf der kommunalen Ebene präsent ist, gelang ihr dies im Westen aufgrund der geringen Organisationsdichte nur ganz vereinzelt. Die WASG, die sich als Reaktion auf die Agenda-2010-Gesetze der rot-grünen Regierung bundesweit gründete, legte ihren Schwerpunkt auf die Bundespolitik bzw. bei anstehenden Wahlen in den Bundesländern auf die Landespolitik. Vor diesem Hintergrund ist nach der Einschätzung der Bedeutung der vier Politikebenen gefragt worden.<sup>188</sup>

Im Diagramm 4.44 ist zu ersehen, dass die Kommunalpolitik von vier Fünfteln (81,3%) als sehr wichtig und weiteren 13,2% als eher wichtig eingeschätzt wird. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder misst der Kommunalpolitik eine geringere Bedeutung zu (4,7% „teils/teils“; 0,8% „eher unwichtig“). Die Landespolitik hat mit 59,8% „sehr wichtig“, 36,1% „eher wichtig“, 3,9% „teils/teils“ und 0,3% „eher unwichtig“ für die Mitglieder eine etwas geringere, aber immer noch hohe Relevanz. Die Bundespolitik wird zwar mit 72,4% seltener als die Kommunalpolitik für sehr wichtig erachtet, weist aber bei weiteren 23,9% „eher wichtig“ den geringsten Anteil mit 3,6% in der Mittelkategorie aus, und eine unwichtige Einschätzung gegenüber der Bundespolitik liegt gar nicht vor.

Bezüglich der Europapolitik ergibt sich ein etwas anderes Bild. Mit 41,6% liegt die höchste Kategorie nur knapp vor der tendenziellen Bedeutungszuschreibung (37,2%). Ein Fünftel (17,8% „teils/teils“; 2,9% „eher unwichtig“; 0,5% „gar nicht wichtig“) sieht die europäische Politikebene nicht als wichtig an.

Diagramm 4.44: Die Bedeutung der Politikebenen



<sup>188</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Für wie wichtig halten Sie die Politikebenen?“.

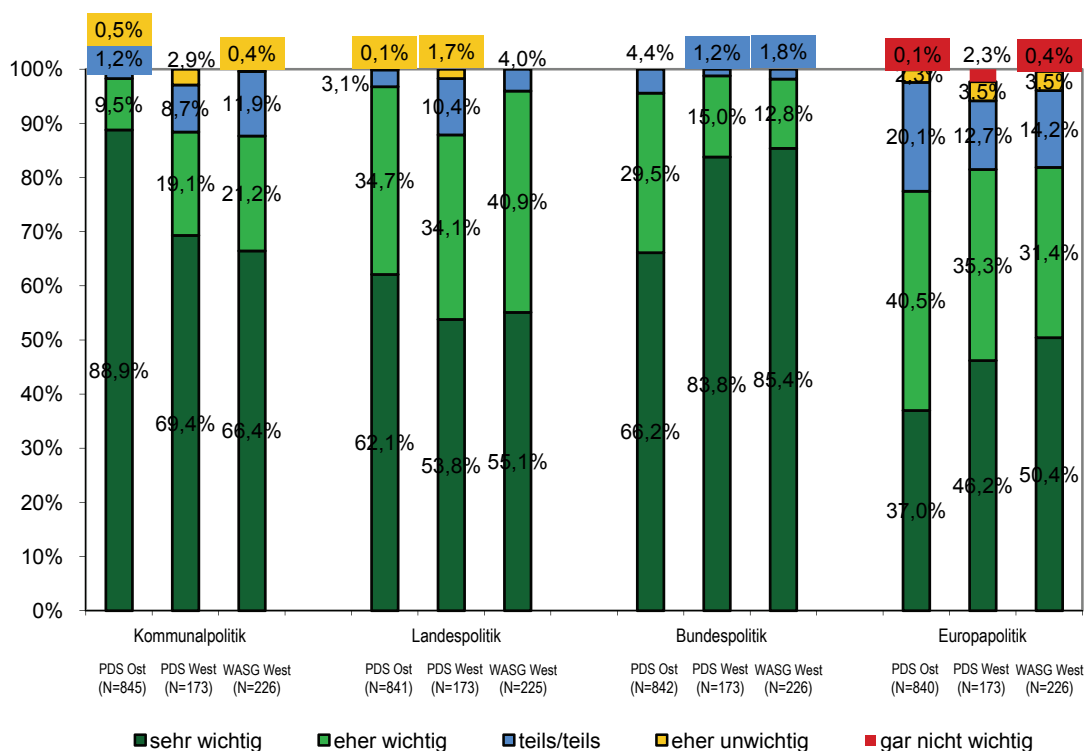
Bei der Einschätzung der Politikebenen lassen sich einige Unterschiede bei der Darstellung nach Parteiteilen ausmachen (Diagramm 4.45). Die Kommunalpolitik wird im Osten mit 88,9% um die 20%-Punkte öfter (PDS-West: 69,4%; WASG-West: 66,4%) als sehr wichtig eingestuft. Eine Geringschätzung („teils/teils“; „eher unwichtig“) dieser Politikebene kommt in den neuen Bundesländern mit zusammen 1,7% so gut wie nicht vor, macht im Westen aber 11,6% (PDS) bzw. 12,3% (WASG) aus. Die höhere Aktivität der Ostgenossen auf dieser Politikebene scheint auch zu einer größeren Bedeutungseinschätzung zu führen.

Die Landespolitik wird ebenfalls – wenn auch mit geringem Abstand – von der Ost-PDS (62,1% „sehr wichtig“; 34,7% „eher wichtig“; 3,1% „teils/teils“; 0,1% „eher unwichtig“) etwas höher eingeschätzt als von der PDS (53,8% „sehr wichtig“; 34,1% „eher wichtig“; 10,4% „teils/teils“; 1,7% „eher unwichtig“) und der WASG (55,1% „sehr wichtig“; 40,9% „eher wichtig“; 4,0% „teils/teils“) in den alten Bundesländern. Bezüglich der Bundespolitik ist es hingegen der westliche Parteiteil, der diese als bedeutender beurteilt. Um die 85% sehen diese hier als sehr wichtig (PDS: 83,8%; WASG: 85,4%), 15,0% (PDS) bzw. 12,8% (WASG) als eher wichtig und nur ganz vereinzelt als teils/teils wichtig (PDS: 1,2%; WASG: 1,8%) an. In der Ost-PDS wird die Bundespolitik nur von zwei Dritteln (66,2%) als sehr wichtig, von 29,5% als wichtig beurteilt und immerhin 4,4% kreuzen in den neuen Bundesländern die mittlere Kategorie an.

Der Europapolitik wird in allen drei Parteiteilen die geringste Bedeutung zugesprochen. In der Ost-PDS sehen diese sogar etwas mehr als eher wichtig (40,5%) denn als sehr wichtig (37,0%) an. Ein Fünftel (20,1%) bewertete diese im Osten als teils/teils, 2,3% als eher unwichtig und 0,1% als gar nicht wichtig. Im Westen wird die europäische Politikebene zwar etwas häufiger als sehr wichtig (PDS: 46,2%; WASG: 50,4%) und von ca. einem weiteren Drittel als eher wichtig (PDS: 35,3%; WASG: 31,4%) bewertet, aber auch in den alten Bundesländern erhält die europäische Ebene den jeweils höchsten Anteil aller Politikebenen in den weniger bedeutenden Kategorien teils/teils (PDS: 12,7%; WASG: 14,2%), eher unwichtig (PDS: 3,5%; WASG: 3,5%) und gar nicht wichtig (PDS: 2,3%; WASG: 0,4%).



Diagramm 4.45: Die Bedeutung der unterschiedlichen Politikebenen nach Parteiteilen



Die Dominanz der Kommunalpolitik in den neuen Bundesländern und der Bundespolitik in den alten Bundesländern weist eine klare Differenzierung in der Beurteilung der Politikebenen innerhalb der Partei auf. Bei ersterem dürfte der Charakter der PDS als Volkspartei eine wesentliche Rolle spielen. Auch wenn in den alten Bundesländern aufgrund der ansteigenden Mitgliederzahlen durch die Fusion auf vielen Kommunal-ebenen die Aktivitäten gerade erst am Anfang stehen, erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass diese Arbeit auf absehbare Zeit ein ähnlich hohes und intensives Niveau wie im Osten erreichen kann. Inwieweit der angesichts dieses Rückstands der westlichen Landesverbände noch relativ starke Zuspruch zur Kommunalpolitik als Zielsetzung einer in diesem Bereich zu erreichenden Position und/oder als Wertschätzung der, wie Wahlerfolge zeigen, diesbezüglich teilweise recht erfolgreichen Arbeit der Ostgenossen zu sehen ist, muss hier offen bleiben. Die je nach Betrachtung besonders hohe Einschätzung der Bundespolitik im Westen bzw. deren besonders niedrige Einschätzung im Osten kann wohl als Gegenpol zu der bestehenden/fehlenden Fokussierung auf die Kommunalebene gesehen werden.

#### 4.11. Motivation zur Mitgliedschaft in der Partei

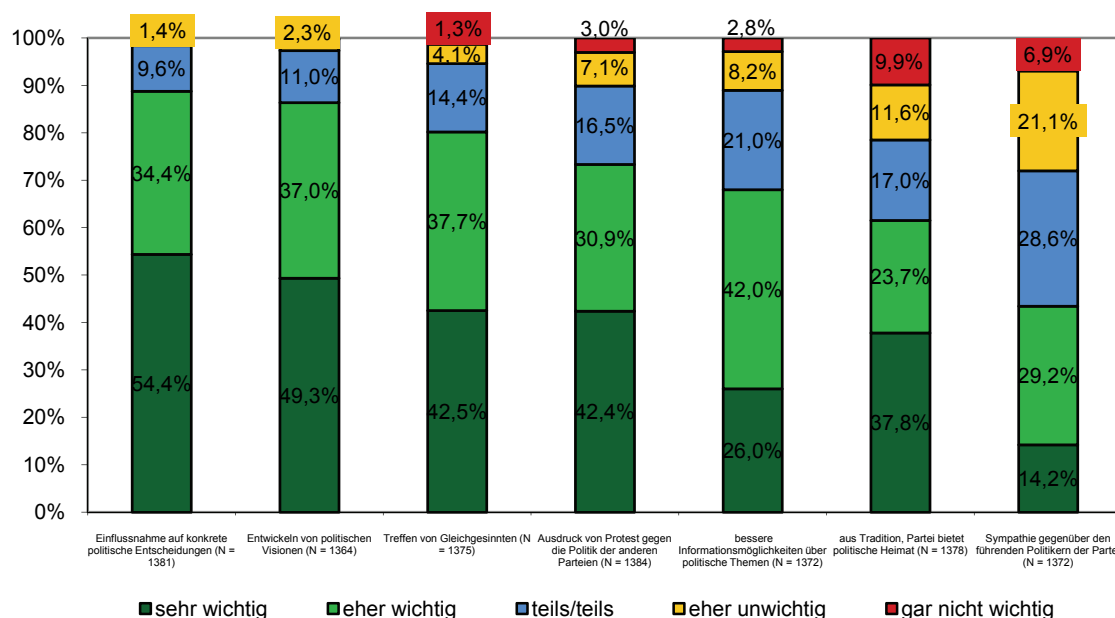
Im Diagramm 4.46 finden sich die Verteilungen aller Mitglieder auf die Frage<sup>189</sup> nach sieben vorgegebenen Motiven für die eigene Mitgliedschaft.<sup>190</sup> Die Einflussnahme auf konkrete politische Entscheidungen wird hierbei am bedeutendsten und als einziger Aspekt von über der Hälfte (54,4%) als sehr wichtig angesehen. Ein weiteres Drittel (34,4%) sieht diese als eher wichtig an. Nur für etwas mehr als jedes zehnte Mitglied (9,6% „teils/teils“, 1,4% „eher unwichtig“) hat dieser Aspekt für die eigene Parteimitgliedschaft keine große Bedeutung. Um nur wenige Prozentpunkte verschoben (49,3% „sehr wichtig“, 37,0% „eher wichtig“, 11,0% „teils/teils“, 2,3% „eher unwichtig“) stellt sich die Einschätzung des Entwickelns von politischen Visionen als zweitwichtigster Aspekt für die Mitgliedschaft dar. Das Treffen von Gleichgesinnten rangiert auf dem dritten Platz. Mit 42,5% „sehr wichtig“ und 37,7% „wichtig“ erfährt auch dieses Motiv bei der überwiegenden Mehrheit großen Zuspruch. Neben 14,4%, die dies nur als durchschnittlich, und 4,1%, die dies als eher unwichtig einschätzen, tauchen hier erstmals auch vereinzelt (1,3%) Mitglieder auf, für die dies gar keine Bedeutung besitzt. Der Ausdruck von Protest gegen die Politik der anderen Parteien wird von jeweils ca. doppelt so vielen als gar nicht wichtig (3,0%) und eher unwichtig (7,1%) angesehen. Bei 42,4% „sehr wichtig“, 30,9% „eher wichtig“ und 16,5% „teils/teils“ spielt aber auch dieser Aspekt für die meisten Mitglieder eine wichtige Rolle. Bezüglich der besseren Informationsmöglichkeiten über politische Themen geben erstmals mehr Mitglieder die abgeschwächte (42,0%) als die absolute Zustimmung (26,0%) zur Bedeutung an. Für zusammen fast ein Drittel (21,0% „teils/teils“, 8,2% „eher unwichtig“, 2,8% „gar nicht wichtig“) hat der Informationsaspekt nur eine untergeordnete Bedeutung. Das Traditionsmotiv (Partei bietet politische Heimat) halten 37,8% für sehr wichtig und ein knappes Viertel (23,7%) für wichtig. 17,0% positionieren sich diesbezüglich in der Mittelkategorie und für ein Fünftel (11,6% „eher unwichtig“, 9,9% „gar nicht wichtig“) spielt die Tradition/politische Heimat eine untergeordnete Rolle. Trotz der in Tabelle 4.3 aufgezeigten relativ hohen Bewertung der Spitzenpolitiker hat die Sympathie diesen gegenüber den geringsten positiven Einfluss auf die Mitgliedschaft. Nur 14,2% geben an,

<sup>189</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Für die Entscheidung in eine Partei einzutreten bzw. Mitglied zu bleiben, sind meist verschiedene Gründe verantwortlich. Wie wichtig sind für Ihre Mitgliedschaft folgende Aspekte?“.

<sup>190</sup> In dieser Darstellung sind die Kategorien nach angegebener Wichtigkeit (ermittelter Durchschnittswert sortiert). Die Reihenfolge im Fragebogen war: „aus Tradition, Partei, bietet politische Heimat“, „bessere Informationsmöglichkeiten über politische Themen“, „Treffen von Gleichgesinnten“, „Sympathie gegenüber den führenden Politikern der Partei“, „Einflussnahme auf konkrete politische Entscheidungen“, „Entwickeln von politischen Visionen“ und „Ausdruck von Protest gegen die Politik der anderen Parteien“.

dass dieses Motiv sehr wichtig sei. Bei weiteren 29,2%, für die dieser Aspekt wichtig ist, verbleibt eine Mehrheit, die diesen nur als teils/teils (28,6%), eher unwichtig (21,1%) oder gar nicht wichtig (6,9%) beurteilt.

Diagramm 4.46: Gründe für die Parteimitgliedschaft

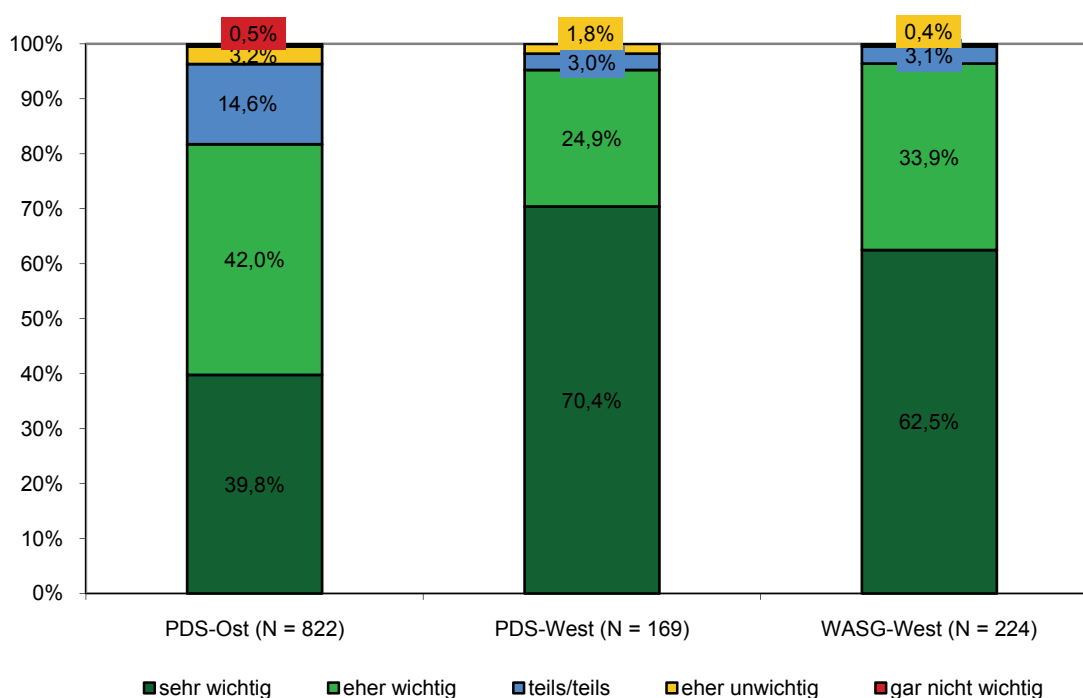


Besonders bei der Motivation zur Parteimitgliedschaft ist eine Aufschlüsselung nach Parteiherkunft interessant, da zu vermuten ist, dass die unterschiedlichen Sozialisierungshintergründe innerhalb und außerhalb der Partei sich in diesen Fragen deutlich widerspiegeln. Diese Darstellung erfolgt für die vier diesbezüglich aufschlussreichsten der sieben Fragen.

Während der am wichtigsten beurteilte Aspekt der Politikeinflussnahme aufgrund der relativ ähnlichen Verteilung („sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammengerechnet bei PDS-Ost: 87,3%, PDS-West: 90,6%, WASG-West: 93,3%) hier nicht nach Parteiherkunft dargestellt wird, zeigt sich beim zweitwichtigsten Aspekt der Visionsentwicklung im Diagramm 4.47 eine deutliche Ost-West-Trennung. Für die Mitglieder der PDS in den neuen Bundesländern ist dies nur für 39,8% sehr wichtig, während die meisten (42,0%) dies als eher wichtig bezeichnen. Mit 14,6% der Mitgliedschaft, die hier teils/teils oder eher unwichtig (3,2%) oder gar nicht wichtig (0,5%) angeben ist die Visionsentwicklung im Osten für einen gewissen Teil keine (große) Motivation mehr für die Parteizugehörigkeit. Im Westen spielt die Entwicklung von politischen Visionen nur für einen kleinen Teil (PDS-West 3,0% teils/teils, 1,8% weniger wichtig; WASG-West 3,1% teils/teils, 0,4% weniger wichtig) eine untergeordnete Rolle. Mit 70,4% sehr wichtig und 24,9% eher wichtig bei der PDS und 62,5% sehr wichtig und 33,9% eher wichtig bei der

WASG ist die Visionsentwicklung im Westen der wichtigste Grund für die Mitgliedschaft, während dieses Motiv bei der Ost-PDS, wie noch zu zeigen sein wird, hinter anderen Motiven zurücksteht. Die visionsvollere Mitgliedschaft der Westparteiteile lässt sich nicht, wie man hätte vermuten können, auf deren jüngere Mitgliedschaft zurückführen, da sich in den alten Bundesländern bei beiden Parteien durch alle Altersgruppen hinweg die Bedeutungszuschreibung der Visionsentwicklung auf einem ähnlich hohen, bei den höheren Altersgruppen sogar noch leicht ansteigenden, Niveau bewegt.<sup>191</sup>

Diagramm 4.47: Bedeutung des Entwickelns von politischen Visionen für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen



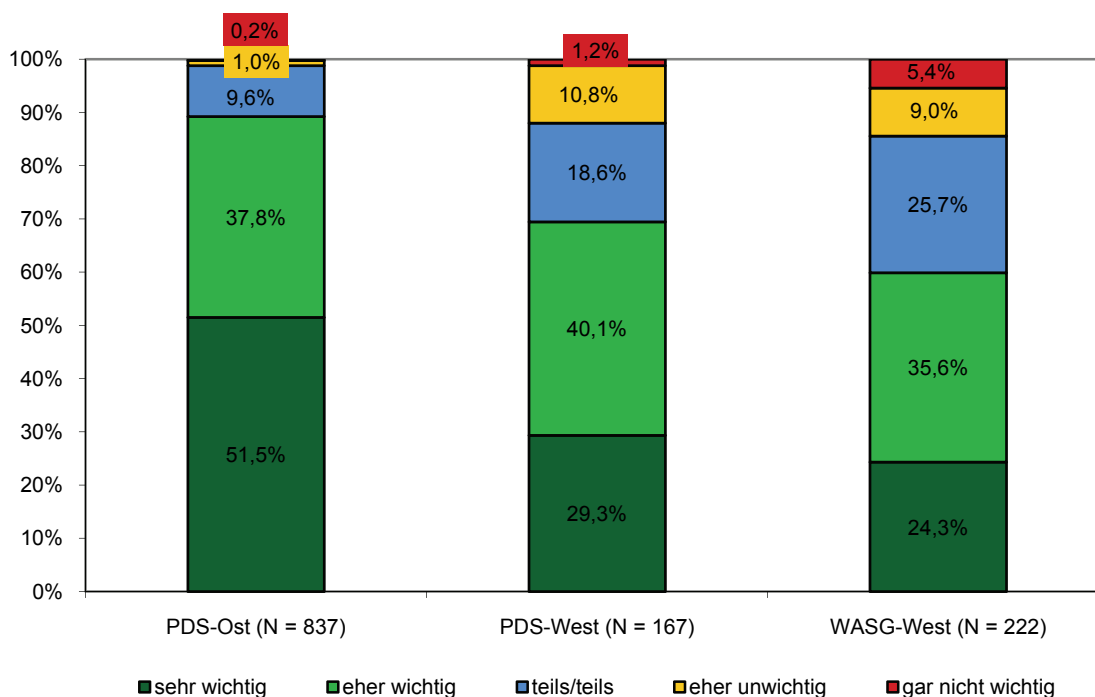
Auch bei dem drittwichtigsten Aspekt für die Parteimitgliedschaft, des Treffens von Gleichgesinnten ist ein erheblicher Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern feststellbar (Diagramm 4.48).

In der Ost-PDS sehen dies über die Hälfte (51,5%) als sehr wichtig und weitere 37,8% als wichtig an. Neben 9,8% der Mitglieder, die sich diesbezüglich in der Mitte positionieren gibt es nur ganz vereinzelt (1,0% „weniger wichtig“, 0,2% „gar nicht wichtig“) eine geringe Bewertung des Treffens von Gleichgesinnten. Im Vergleich mit den anderen Parteiteilen spielt dieser Aspekt damit im Osten eine besondere Bedeutung. Mit

<sup>191</sup> In der Ost-PDS schreiben tatsächlich die Jüngeren (bis 40 Jahre) der Visionsentwicklung mit 57,7% sehr wichtig eine etwas höhere Bedeutung zu als die mittleren Jahrgänge (41-60Jahre) 45,1% sehr wichtig und die älteren Mitglieder (ab 61 Jahre) 35,9% sehr wichtig.

Blick auf das hohe Durchschnittsalter der PDS-Mitglieder im Osten erscheint es nicht unplausibel, dies auf in den Kreis- und Ortsverbänden seit Jahrzehnten – teilweise seit SED-Zeiten – gewachsene soziale Räume zurückzuführen, in denen sich politisches Engagement mit Bekannt- und Freundschaften vermischen. Dieses Phänomen ist sicherlich auch in allen anderen Parteien und damit auch in der West-PDS sowie der WASG anzutreffen, aber deren kürzere Existenz dürfte diesbezüglich abschwächend wirken.<sup>192</sup> In den alten Bundesländern geben dementsprechend nur 29,3% an, dass ihnen das Treffen Gleichgesinnter sehr wichtig ist. Für vier von zehn PDS-Mitgliedern ist dies im Westen eher wichtig. Mit 18,6% „teils/teils“, 10,8% „weniger wichtig“ und 1,2% „gar nicht wichtig“ spielen die persönlichen Begegnungen dreimal so häufig eine untergeordnete Rolle wie bei den Ost-Genossen. Innerhalb der noch relativ neuen WASG-Kreise liegt der Anteil derer, für die der Treffpunktaspekt nur eine geringere Motivation bedeutet, zusammengerechnet (5,4% gar nicht wichtig, 9,0% weniger wichtig, 25,7% teils/teils) nochmal um ca. 10% über den West-PDS-Mitgliedern. Immerhin für ein knappes Viertel (24,3%) hat dieser Aspekt auch nach den wenigen Jahren schon eine sehr große und für ein weiteres gutes Drittel (35,6%) eine wichtige Bedeutung.

Diagramm 4.48: Bedeutung des Treffens von Gleichgesinnten für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen

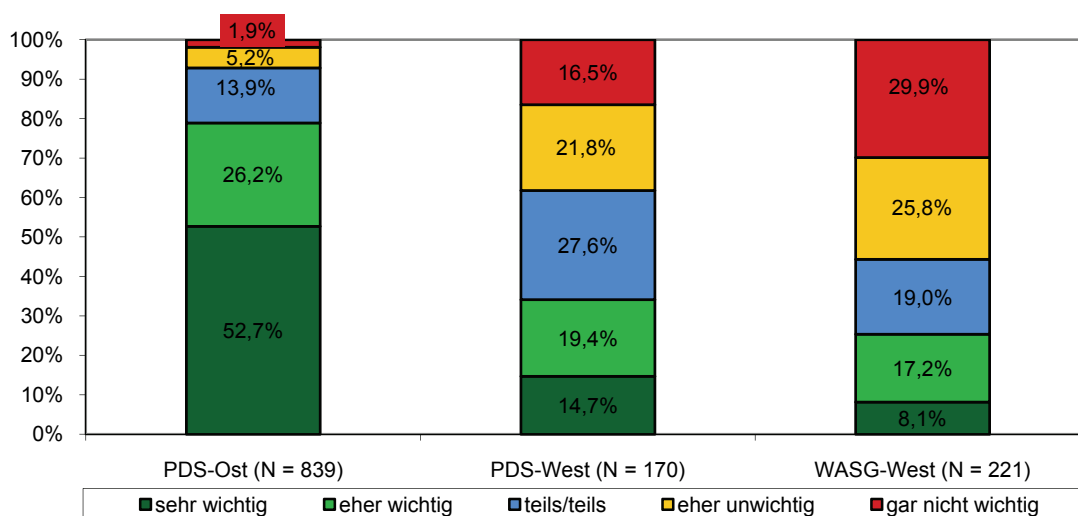


<sup>192</sup> Ein Teil der West-PDS- und WASG-Mitglieder wird sich zwar auch in der DKP, diversen K-Gruppen bzw. in Kreisen der SPD oder den Grünen auch schon vorher begegnet sein, aber eben nicht in einem über längere Zeiträume konstanten Personenkreis.

Bei der Frage nach der „Tradition – Partei bietet politische Heimat“ ergibt sich auf etwas geringerem Zustimmungsniveau ein ähnliches Bild (Diagramm 4.49).<sup>193</sup> Auch bei der Tradition sind es bei der Ost-PDS über die Hälfte (52,7%), die diese als sehr wichtig, und ein weiteres Viertel (26,2%), das diese für eher wichtig für ihre Mitgliedschaft einstufen. Neben 13,9%, die bei dieser Frage „teils/teils“ angegeben haben, wird nur von relativ wenigen (5,2% „eher unwichtig“; 1,9% „gar nicht wichtig“) die politische Heimat in ihrer Bedeutung gering eingeschätzt.

Im Westen ist es bei der PDS (14,7% „sehr wichtig“; 19,4% „eher wichtig“) und WASG (8,1% „sehr wichtig“; 17,2% „eher wichtig“) nur eine Minderheit, für die die Tradition eine entscheidende Rolle spielt. Während sich die diesbezüglich zurückhaltenden Mitglieder in der PDS am häufigsten in der Mitte befinden (16,5% „gar nicht wichtig“; 21,8% „eher unwichtig“; 27,6% „teils/teils“) kreuzen bei der WASG die meisten Mitglieder „gar nicht wichtig“ (29,9%), gefolgt von „weniger wichtig“ (25,8%) und nur zu 19% „teils/teils“ an. Der deutliche Gegensatz zwischen der westlichen WASG und der östlichen PDS lässt sich recht plausibel mit der kurzen Geschichte der Wahlalternativen erklären, da sich in dieser kurzen bewegten Phase noch keine politische Heimat auf der Parteebene herausbilden konnte. Bei Teilen der WASG-Mitglieder könnte darüber hinaus eine kritische Distanz zu dem Begriff „aus Tradition – Partei bietet politische Heimat“ bestehen, da sie diese bis vor einigen Jahren bei den Sozialdemokraten gesehen haben könnten. Erstaunlicher ist hingegen, dass die PDS-Mitglieder in den immerhin schon seit über anderthalb Jahrzehnten bestehenden westdeutschen Landesverbänden nur zu einem Drittel eine bedeutende politische Heimat sehen.

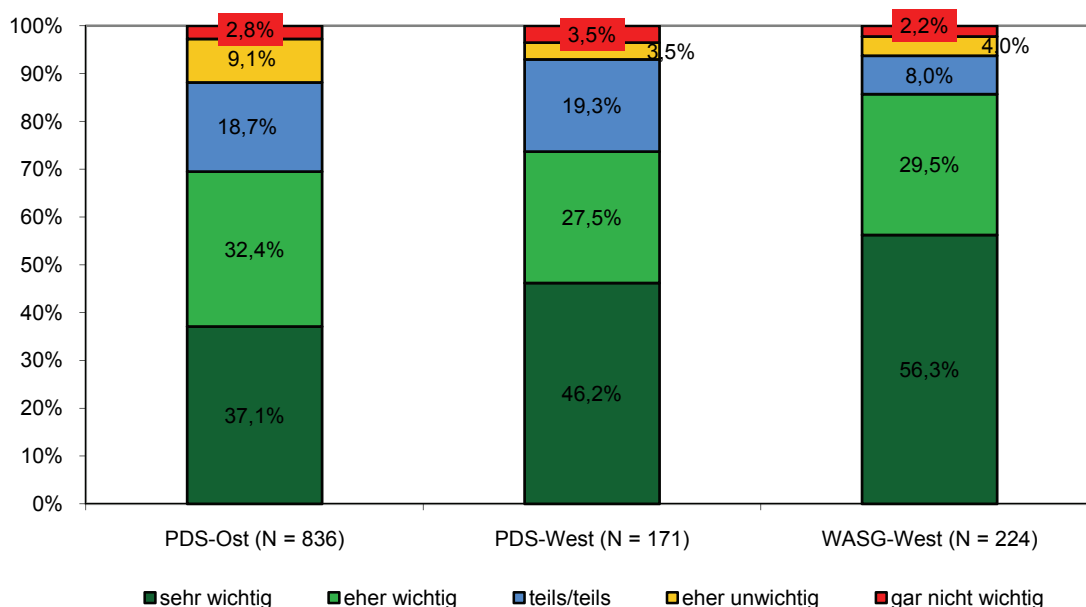
Diagramm 4.49: Bedeutung der Tradition – Partei bietet politische Heimat – für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen



<sup>193</sup> Korreliert man Gleichgesinntentreffen mit dem Traditionsaspekt, ergibt sich ein sehr hoher Wert von 0,512\*\* (Spearman).

Als letztes Motiv für die Parteimitgliedschaft ist der Ausdruck von Protest gegen die Politik der anderen Parteien aufgeschlüsselt nach Parteiteilen dargestellt (Diagramm 4.50). Entgegengesetzt zu den beiden vorigen Aspekten wird dies von der PDS im Osten am seltensten und von der WASG im Westen am häufigsten als bedeutend für die eigene Mitgliedschaft angegeben. In den östlichen Landesverbänden der PDS wird dies von guten zwei Dritteln (37,1% „sehr wichtig“; 32,4% „eher wichtig“) als relevantes Motiv genannt. Fast ein Fünftel (18,7%) kreuzt hier die mittlere Kategorie an und für ein gutes Zehntel (9,1% „eher unwichtig“; 2,8% „gar nicht wichtig“) sind es vorwiegend andere Gründe, die sie in der Partei Mitglied sein lassen. Mit 46,2% „sehr wichtig“ und 27,5% „eher wichtig“ hat die Protestfunktion für die Westmitglieder der PDS eine etwas größere Bedeutung. Ein Fünftel der West-PDS-Mitglieder (19,3%) positioniert sich diesbezüglich in der Mitte und für einen kleinen Teil (je 3,5% „eher unwichtig“ und „gar nicht wichtig“) ist dieser Aspekt nicht ausschlaggebend. Bei den WASG-Mitgliedern ist das Protestmotiv für über die Hälfte (56,3%) sehr wichtig und für fast ein weiteres Drittel (29,5%) eher wichtig. Bei 8,0% trifft dies nur zum Teil zu und für wenige (4,0% „eher unwichtig“, 2,2% „gar nicht wichtig“) Mitglieder der WASG spielt das Protestmotiv für die Mitgliedschaft (so gut wie) keine Rolle. Dass in dem Parteiteil, der aus den Protestbewegungen gegen die Agenda 2010 entstanden ist, dieses Motiv die größte Rolle spielt, stellt keine große Überraschung dar. Bemerkenswerter ist da schon, dass auch in den neuen Bundesländern die teilweise koalitionserfahrenen Mitglieder dem Protestmotiv gegenüber den anderen Parteien eine so große Relevanz für ihre Mitgliedschaft zuschreiben.

Diagramm 4.50: Bedeutung des Ausdrucks von Protest gegen die Politik der anderen Parteien für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen



#### 4.12. Aktivität der Mitgliedschaft

Nach der Betrachtung der Motivation für die eigene Mitgliedschaft wird in diesem Kapitel deren Intensität analysiert. Hierzu ist nach der Anzahl der innerhalb einer Jahresfrist besuchten Veranstaltungen und nach der pro Woche aufgewendeten Stunden für die Parteiarbeit gefragt worden. Im Diagramm 4.51 ist zunächst die Häufigkeit der Veranstaltungsbesuche<sup>194</sup> dargestellt. Diese offen (ohne Vorgabe von Ankreuzmöglichkeiten) abgefragte Anzahl ist zur besseren Übersichtlichkeit in fünf Kategorien gruppiert worden. Betrachtet man zunächst die Werte für die gesamte Partei in der linken Spalte, so zeigt sich, dass fast jedes fünfte Mitglied (18,8%) nur alle zwei Monate oder seltener einen Termin der Partei wahrnimmt. Ein gutes weiteres Fünftel (20,5%) besuchte in den letzten zwölf Monaten sieben bis elf Veranstaltungen. Ein knappes Drittel taucht im Durchschnitt ein- bis zweimal im Monat bei Parteiveranstaltungen auf. 21,3% tun dies im Schnitt alle ein bis zwei Wochen. Häufiger als wöchentlich treffen sich lediglich 7,6% der Mitglieder.<sup>195</sup>

Bei der Aufschlüsselung nach Parteiteilen im mittleren und rechten Bereich des Diagramms zeigen sich sowohl Parallelen als auch Unterschiede. Der Anteil der kaum präsenten Mitglieder liegt in allen drei Parteiteilen auf dem gleichen Niveau (PDS-Ost: 18,0%; PDS-West: 16,0%; WASG-West: 18,7%). Die Gruppe derer, die sich am zweitwenigsten auf Veranstaltungen aufhalten, ist in der Ost-PDS mit 22,2% etwas größer als im Westen (PDS: 18,4%; WASG: 19,6%). Die gebildete Mittelkategorie der ein- bis zweimal im Monat anwesenden Mitglieder ist in der Ost-PDS mit 36,2% fast doppelt so stark vertreten wie in der West-PDS (18,4%) und deutlich häufiger als in der WASG (26,8%). In der PDS im Westen bilden dafür die alle ein bis zwei Wochen auf Parteiveranstaltungen präsenten Mitglieder mit fast einem Drittel (31,9%) die größte Gruppe, wohingegen diese relativ Aktiven in der Ost-PDS nur ein knappes Fünftel (19,4%) und in der West-WASG nur ein knappes Viertel (23,4%) ausmachen. Auch die aktivste Mitgliedschaft, die häufiger als wöchentlich an Veranstaltungen oder Sitzungen teilnimmt, stellt bei den PDS-Mitgliedern in den alten Bundesländern mit 15,3% den größten Anteil. Während diese in der WASG mit 11,5% noch annähernd ähnlich zahlreich sind, machen diese in der Ost-PDS nur 4,2% aus. Die insgesamt zahlenmäßig geringere Mitgliedschaft im Westen ist somit je Person deutlich aktiver als deren Genossen im

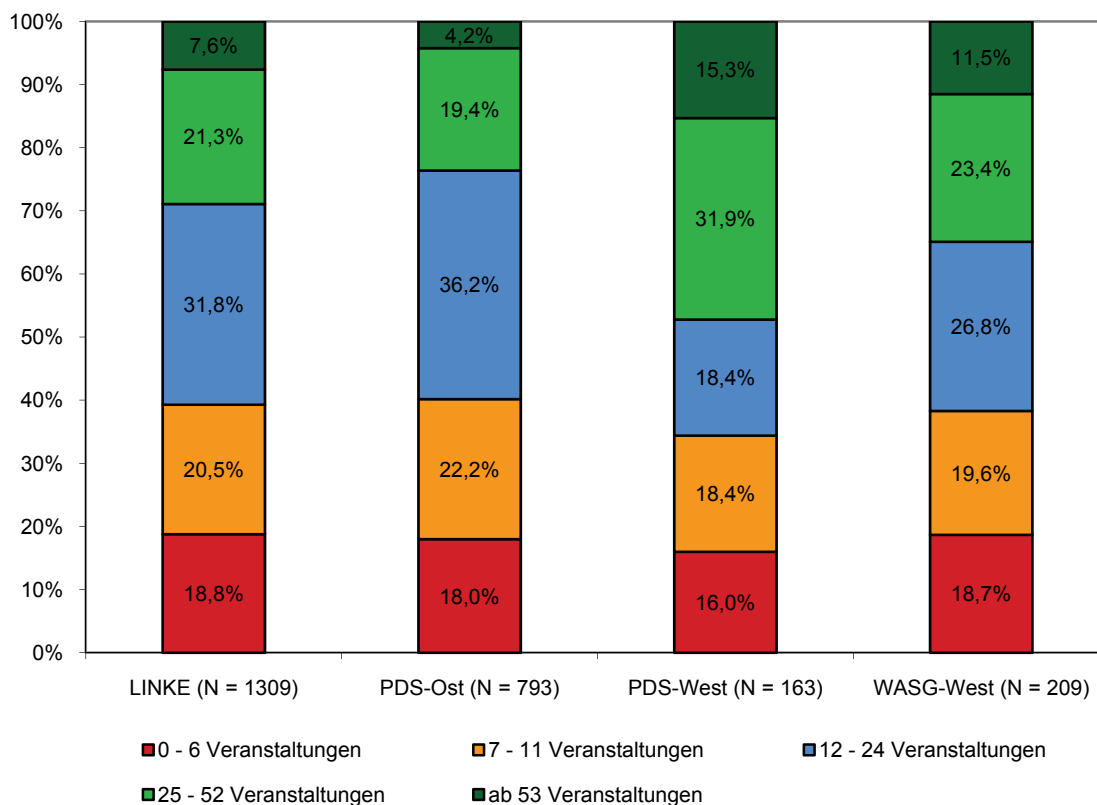
<sup>194</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Wie viele Veranstaltungen (incl. Sitzungen) haben Sie in den letzten 12 Monaten ca. besucht?“

<sup>195</sup> Wie im Methodenteil ausführlich argumentiert ist bei der Anlage der Untersuchung eine gewisse Verzerrung hin zur aktiven Mitgliedschaft durch die Tatsache der Befragung auf Parteiveranstaltungen gegeben. Anhand dieser Ergebnisse zeigt sich jedoch, dass keinesfalls nur „der harte Kern“ der Mitgliedschaft erreicht wurde.



Osten. Dieser anhand der gebildeten Kategorien näher beleuchtete Aspekt kann auch durch Mittelwerte beschrieben werden. Im Durchschnitt besuchten die PDS-Mitglieder in den letzten zwölf Monaten im Osten 18,5 Veranstaltungen (Standardabweichung = 16,5) im Westen 31,16 Veranstaltungen (Standardabweichung = 30,0) und die West-WASG-Mitglieder 28,5 Veranstaltungen (Standardabweichung = 33,3).<sup>196</sup>

Diagramm 4.51: Besuchte Veranstaltungen/Sitzungen der Partei in den letzten zwölf Monaten nach Parteiteilen



Da sich die Aktivität in einer Partei nicht nur durch die Anwesenheit auf Veranstaltungen bemessen lässt, ist auch nach der Arbeitszeit für die Partei gefragt worden.<sup>197</sup> Im Diagramm 4.52 sind die offenen Antworten in sechs Gruppen kategorisiert für die ganze Partei und die drei wesentlichen Parteiteile dargestellt.

Neben 7,0% ganz passiven Mitgliedern<sup>198</sup>, ist ein Drittel (34,0%) nur in relativ geringem

<sup>196</sup> Bei der Bildung dieser Mittelwerte wurden die Extremwerte 0 und über 180 Veranstaltungen als unplausible Angaben nicht berücksichtigt. Da es sich hierbei aber insgesamt bei allen Parteiteilen nur um 11 Angaben handelt, liegen die unbereinigten Mittelwerte auf demselben Niveau.

<sup>197</sup> Die exakte Formulierung lautete: „Wie viele Stunden wenden Sie ca. pro Woche für die Parteilarbeit auf?“.

<sup>198</sup> Es kann vermutet werden, dass ein relativ hoher Anteil derjenigen, die diese Frage offen gelassen haben, in die Kategorie der Passiven einsortiert werden könnte. Der Anteil der keine Zeit für die Partei aufbringenden Mitglieder würde sich bei Einschluss aller Nicht-Antwortenden dann von 7,0% auf 21,2% verdreifachen. Da es aber auch andere Gründe (z.B. die Uneinschätzbarkeit) für fehlende Antworten geben kann, ist diese Zurechnung hier nicht erfolgt.

Ausmaß (ein bis zwei Stunden pro Woche) für die Partei tätig. Ein Viertel wendet im Durchschnitt drei bis fünf Stunden und ein knappes Fünftel (18,3%) sechs bis zehn Stunden für die Parteiarbeit auf. 9,4% der Mitglieder arbeiten elf bis zwanzig Stunden und 5,7% sogar mindestens im Zeitumfang einer halben Stelle (mehr als 20 Stunden) für die Partei.<sup>199</sup>

Bei der Ost-PDS sind die Extremkategorien etwas seltener vertreten. Keine Parteiarbeit leisten 6,2% und besonders viel wird von ungefähr jedem zehnten Mitglied (6,4%: 11-20 Stunden; 3,3%: mehr als 20 Stunden) für die Partei getan. Die größte Gruppe bildet mit 40,8% die nur relativ wenig (ein bis zwei Stunden) Zeit aufbringende Mitgliedschaft. Mit einem guten Viertel (26,0%), das drei bis fünf Stunden und weiteren 17,3%, die sechs bis zehn Stunden pro Woche für die Partei aufbringen, besitzt aber auch die Ost-PDS eine erhebliche Motivation der Basis zur Mitarbeit.

Diese Motivation ist in der West-PDS noch etwas ausgeprägter. Jeder Fünfte wendet dort mehr als elf Stunden pro Woche auf, hiervon sogar 10,1% über 20 Stunden. Die Mittelkategorien sind mit 27,8% (sechs bis zehn Stunden) bzw. 26,6% (drei bis fünf Stunden) ungefähr gleich stark vertreten. Die passivsten Gruppen (20,3%: 1-2 Stunden; 4,4%: 0 Stunden) sind von allen Parteiteilen in der West-PDS mit Abstand am seltensten.

In der West-WASG verteilen sich die Mitglieder am gleichmäßigsten auf die sechs Kategorien. 9,2% verwenden keine Zeit für die Partei. Ein Viertel (25,7%) ist ein bis zwei Stunden und ein gutes Fünftel (22,3%) ist drei bis fünf Stunden pro Woche aktiv. Jeweils 16,5% der Mitglieder verbringen sechs bis zehn bzw. elf bis zwanzig Stunden mit Parteiarbeit. Mit 9,7% liegt der Anteil der Aktiven auf gleich hohem Niveau wie bei der West-PDS.

Analog zu den besuchten Veranstaltungen lässt sich auch bei den aufgewendeten Stunden durch Ermittlung der Mittelwerte die gleiche Reihenfolge bilden. Am meisten Zeit bringt im Durchschnitt die West-PDS-Mitgliedschaft mit 9,3 Stunden (Standardabweichung = 11,3) auf, dicht gefolgt von den West-WASG-Mitgliedern mit 8,7 Stunden (Standardabweichung = 10,9). Deren Genossen in den neuen Bundesländern sind mit im Schnitt 5,3 Stunden (Standardabweichung = 7,5) weitaus weniger aktiv.

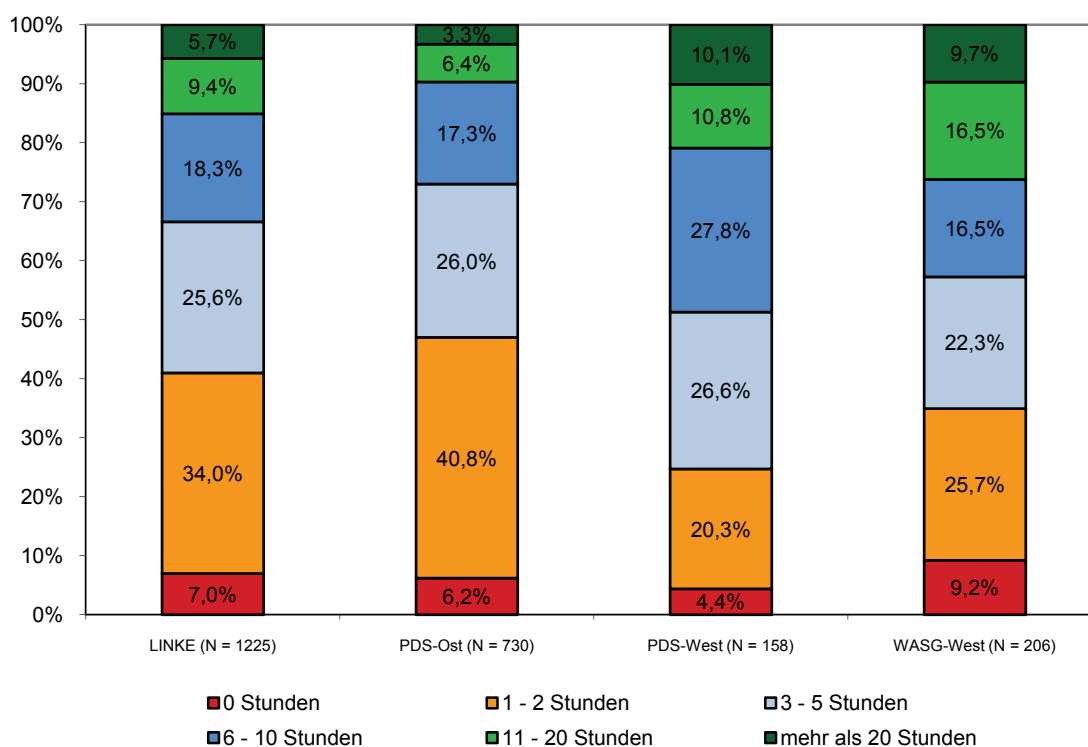
Angesichts der grundlegend verschiedenen Altersstruktur (s.o.) liegt die Vermutung nahe, dass die relative Passivität im Osten auf den großen Anteil der sehr alten Mitgliedschaft zurückgeführt werden kann. Betrachtet man nur die bis 60 Jahre alten Parteimitglieder ergibt sich in der Ost-PDS tatsächlich mit 23,7 Veranstaltungen pro Jahr

---

<sup>199</sup> Darüber, ob es sich bei diesen Angaben um ehrliche Aussagen oder um teilweise bewusst oder unbewusst aufgrund sozialer Erwünschtheit leicht angehobene Zahlen handelt kann nur spekuliert werden.

und 7,2 Stunden pro Woche ein aktiveres Bild. Bei der West-PDS (31,4 Veranstaltungen und 9,1 Stunden) und der West-WASG (29,4 Veranstaltungen und 8,8 Stunden) ergeben sich angesichts des geringen Anteils der Älteren kaum Veränderungen zu den Werten in der Gesamtgruppe. Ein Teil der Aktivitätsdifferenz kann somit auf Alterseffekte zurückgeführt werden. Aber auch bei der jüngeren Mitgliedschaft sind die Mitglieder im Westen etwas aktiver als im Osten. Dieses kann zwar nicht, wie eine nicht vorhandene Korrelation mit dem Beitrittsjahr offenbart, auf die besonders hohe Aktivität von neuen Mitgliedern zurückgeführt werden. Es ist aber denkbar, dass in den alten Bundesländern – zumindest bei den dabeigebiebenen Mitgliedern – die Fusion von PDS und WASG zu einer größeren Aufbruchsstimmung und damit Motivation zur Mitarbeit geführt hat als in den neuen Bundesländern, in denen strukturell und personell die alte PDS quasi die neue Linke wurde.

Diagramm 4.52: Für die Parteiarbeit aufgebrauchte Stunden pro Woche nach Parteiteilen



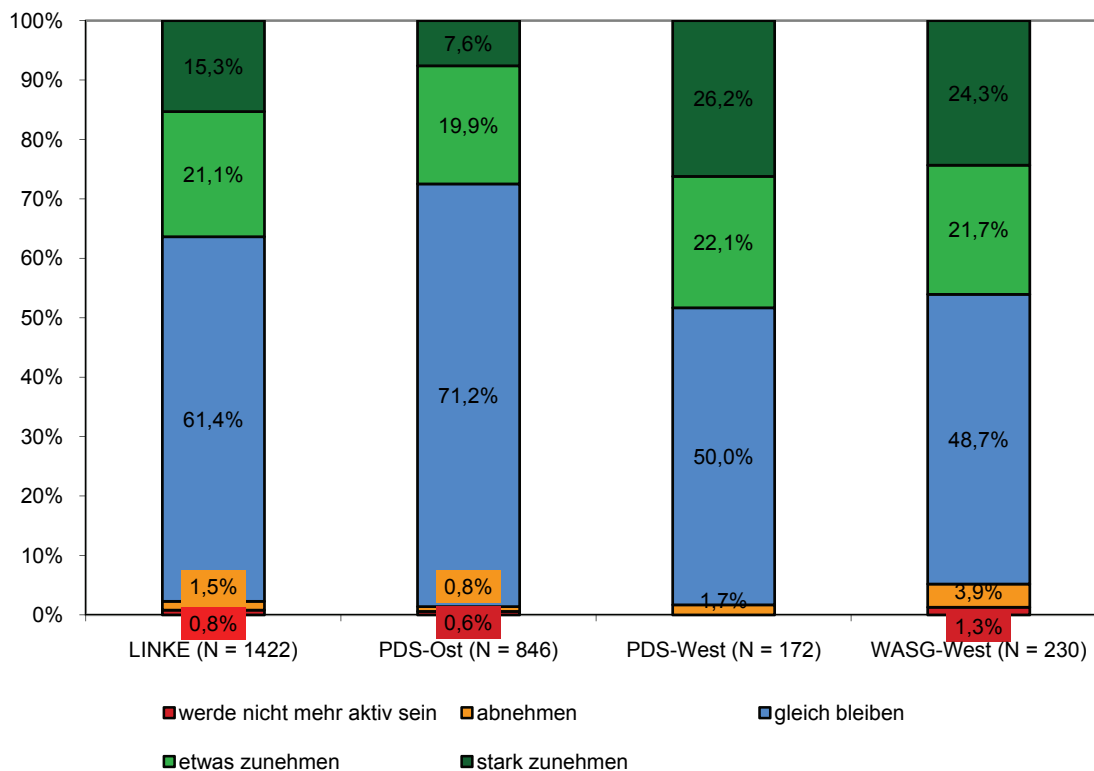
Die Angaben zu der derzeitigen bzw. der Aktivität der letzten 12 Monate lassen sich aber unter den neuen Bedingungen der fusionierten Partei nicht einfach fortschreiben. Die Mitglieder sind daher ebenfalls nach der Veränderung ihrer Motivation zur Mitarbeit in der neuen Partei gefragt worden.<sup>200</sup> Im Diagramm 4.52 zeigt sich, dass trotz der

<sup>200</sup> Die exakte Fragestellung lautete: „Wie wird sich Ihre Motivation für die Partei aktiv zu werden nach der Fusion ändern?“.

nach eigener Auskunft, wie gezeigt, schon recht hohen Aktivität in der gesamten Partei zusammengenommen über ein Drittel (15,3% stark; 21,1% etwas) von noch steigender Mitarbeit ausgeht. Die große Mehrheit (61,4%) erwartet hier keine Änderung und nur vereinzelt (2,3%) wird eine Abnahme oder Aufgabe der Aktivität angegeben. Bei der Aufschlüsselung nach Parteiteilen ergibt sich, wie bei den bisherigen Fragen nach der Aktivität, ein klares Ost-West-Gefälle. Während in der Ost-PDS 7,6% ankreuzen, dass ihre Motivation zur Parteilarbeit stark zunehmen wird, ist im Westen mit um ein Viertel (PDS: 26,2%; WASG: 24,3%) dieser Anteil dreimal so groß. Auch die Mitglieder, deren Arbeitsmotivation etwas zunehmen wird, sind in der Ost-PDS mit einem Fünftel (19,9%) etwas seltener als in den alten Bundesländern (PDS: 22,1%; WASG: 21,7%). Die restlichen Mitglieder geben fast alle (PDS-Ost: 71,2%; PDS-West: 50,0%; WASG-West: 48,7%) an, dass sich diesbezüglich nichts ändern wird. Während in der PDS nur 1,4% (neue Bundesländer) bzw. 1,7% (alte Bundesländer) von sinkender Motivation ausgehen, sind dies in der WASG immerhin über 5% (3,9% „abnehmen“; 1,3% „nicht mehr aktiv“).

Insgesamt kann Die Linke somit auf eine stark zur Mitarbeit motivierten Mitgliedschaft zählen. Wobei diese Werte ein Stück weit durch die sich sicherlich abschwächende aktuelle Aufbruchsstimmung und Effekte der sozialen Erwünschtheit „geschönt“ sein dürften. Im Innenverhältnis der Partei wird die westliche Mitgliedschaft vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse (und ansteigender Mitgliederzahlen; siehe Niedermeyer 2008) weiter an Bedeutung zunehmen bzw. ihre bezüglich der Mitgliederzahlen zum Zeitpunkt der Fusion privilegierte Situation stützen können. Relativ gesehen wird die Ost-PDS – allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung – in der Gesamtmitgliedschaft an Bedeutung verlieren. Angesichts der trotz des hohen Durchschnittsalters noch recht aktiven Mitgliedschaft, die – in etwas geringerem Ausmaß als die Westgenossen – einen Motivationsschub zur Mitarbeit durch die Fusion erhalten hat, dürfte dieser Aspekt aber eher mittel- als kurzfristig relevant werden.

Diagramm 4.53: Veränderung der Motivation zur Parteilarbeit nach der Fusion nach Parteiteilen



## 5. Fazit

Nach der unter 2.1. ausführlich geschilderten wechselvollen Geschichte der PDS und dem rasanten Aufstieg der WASG (Kapitel 2.2) stehen die beiden Parteien nun als fusionierte Partei Die Linke mit Vertretungen in zehn Landesparlamenten und relativ konstanten Umfragewerten um die 10% auf Bundesebene so gut da wie nie zuvor. Neben gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen ist dies auch zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Fusionsprozess nach der Bundestagswahl zwar nicht reibungslos (Kapitel 2.3), aber dennoch unproblematischer als von den meisten Beobachtern erwartet, verlief und auch in der Zeit danach – von einzelnen Ereignissen abgesehen – das große Zerwürfnis zwischen Parteiteilen oder wie oft prognostiziert zwischen den Spitzenpolitikern Gregor Gysi und Oskar Lafontaine ausgeblieben ist. Zur Arbeit der Bundestagsfraktion in der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode und zu den Einstellungen der Mitglieder an der Basis sind im Rahmen dieser Untersuchung erste empirische Studien erstellt worden. Ausgewählte Ergebnisse dieser Teile werden im Folgenden noch einmal in einer übergreifend zusammenfassenden Perspektive beleuchtet. Auf die Wiederholung der exakten Werte, die sich im Text und den Diagrammen in den angegebenen Kapiteln finden lassen, wird dabei zugunsten der Lesefreundlichkeit weitgehend verzichtet.

Im Vergleich zu anderen Fraktionen sind die Linken im Einbringen von Drucksachen in der ersten Hälfte der Wahlperiode überdurchschnittlich aktiv gewesen. Die Abgeordneten der WASG sind dabei weit seltener federführend als die PDS-Mitglieder oder die Parteilosen, beteiligen sich aber beim Einbringen entsprechend ihrem Anteil an der Fraktion (Kapitel 3.4). Das angesprochene Themenspektrum ist hierbei relativ breit ausdifferenziert. An erster Stelle rangieren insgesamt nicht etwa die Themenbereiche Arbeitsmarkt und Soziales, sondern die Innere Sicherheit und Internationales. Betrachtet man die Themensetzungen nach Parteiteilen, so zeigt sich unter anderem, dass die Anhänger der „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ deren beiden namensgebenden Themen eine um einige Prozentpunkte größere Bedeutung einräumen und sich dafür an Drucksachen zu den Themen Innere Sicherheit und Umwelt deutlich seltener beteiligen (Kapitel 3.5 und 3.6). Bei der (in)direkten Bezugnahme zu speziellen Interessenschwerpunkten zeigt sich erwartungsgemäß die häufigste Ansprache der Ost-West-Problematik durch die Mitglieder der PDS, die auf diesen Cleavage in jeder achten Drucksache Bezug nehmen. Aber auch die anderen Parteiteile – die WASG noch etwas mehr als die Parteilosen – tragen dem Charakter der Partei als

ostdeutsche Interessenvertretung Rechnung und spielen in einem Teil der von ihnen initiierten bzw. eingebrachten Drucksachen hierauf an. Bei der Bezugnahme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus fällt auf, dass die WASG-Abgeordneten diesen Interessenschwerpunkt nur selten thematisieren, während dieser bei den PDS-Mitgliedern und den Parteilosen in der Fraktion große Beachtung findet (Kapitel 3.7). Mit leichten Unterschieden im Detail lässt sich in allen drei Parteiteilen ein gewisser Anteil an Drucksachen mit populistischer Argumentation ausmachen. Hierbei muss jedoch eingeräumt werden, dass es sich beim Codieren der Populismuskategorie im Gegensatz zu den übrigen Codierungen um eine relativ subjektive Einschätzung des Verfassers handelt (Kapitel 3.1).

Eine zweifelsfreie Zuordnung war hingegen bei den jeweils an den Drucksachen beteiligten Abgeordneten möglich. Hierbei zeigt sich, dass nur jeder zehnte parlamentarische Vorgang von den zahlenmäßig die Fraktion dominierenden PDS-Abgeordneten alleine eingebracht wurde, alleinige Initiativen bei den Parteilosen nur selten und bei den WASG-Abgeordneten so gut wie gar nicht vorkommen. In fast 90% der Drucksachen sind dementsprechend mindestens zwei der drei Parteiteile involviert. Auch bei der detaillierten Betrachtung der Beteiligungsquote aller Abgeordneten an den von anderen Abgeordneten eingebrachten Drucksachen zeigt sich zumindest für die WASG-Mitglieder und Parteilosen keine höhere durchschnittliche Beteiligung bei Mitgliedern aus derselben Gruppe. Die PDS-Mitglieder arbeiten (noch) um wenige Prozentpunkte häufiger mit anderen PDS-Abgeordneten bei der Einbringung von Drucksachen zusammen als mit den neuen Parteigenossen aus der WASG oder den Parteilosen. Eine Lagerbildung oder auch nur in Teilen gespaltene Fraktion kann aber, zumindest entlang der früheren Parteigrenzen, als nicht gegeben angesehen werden (Kapitel 3.11).

Die Befragungen von 1446 Mitgliedern aus der Linkspartei.PDS und WASG liefern nicht nur einige überraschende, neue Erkenntnisse, sondern sichern auch einige oft vermutete bzw. unterstellte Eigenschaften empirisch ab bzw. lassen quantifiziertere diesbezügliche Aussagen zu. So zeigt sich erwartungsgemäß bei den Mitgliedern der PDS ein höheres formales Bildungsniveau, während die WASG-Mitglieder wesentlich häufiger gewerkschaftlich organisiert sind (Kapitel 4.2).

Bezüglich der Einstellungen zu der Fusion ergibt sich ein überwiegend positives Bild, welches von der Neuwahlankündigung im Mai 2005 bis zum Zeitpunkt der Befragung zwei Jahre später noch etwas zugenommen hat. Innerhalb der WASG fällt dieses geringfügig negativer aus. Eine deutlich skeptischere Bewertung erfolgt aber durch die Mitglieder der jüngeren Partei bezüglich der Frage auf welche Art und Weise die Fusion verlaufen ist. Immerhin ein Fünftel sieht diesbezüglich Probleme. Bei der Bewer-

tung einzelner Aspekte des Fusionsprozesses werden die Mitwirkungsmöglichkeiten der Basis am häufigsten als unzureichend und die Führungsspitze sowie die Bundestagsfraktion am positivsten gesehen (Kapitel 4.3). Dass die Parteiherkunft noch eine gewisse Rolle spielt, wird an der Bewertung der unterschiedlichen Parteiteile ersichtlich. Bei beiden Gruppen wird die eigene Landes- und Bundespartei positiver als die des Fusionspartners bewertet. Interessant ist in Bezug auf das Verhältnis der beiden Mitgliedschaften, dass innerhalb der PDS in den neuen Bundesländern ein Viertel noch nie persönlichen Kontakt zu WASG-Anhängern gehabt hat (Kapitel 4.4).

Bei der Abfrage der Wichtigkeit von zehn vorgegebenen Themenfeldern erreichen die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit einigem Abstand gefolgt von der Bildungspolitik die größte Bedeutungszuschreibung. Noch interessanter ist diesbezüglich, dass sich mit Ausnahme der Ost-West-Anpassung, die von den Mitgliedern der PDS als deutlich bedeutsamer eingeschätzt wird, ein relativ homogenes Bild (Diagramm 4.17) ergibt.

Das Duo Gysi/Lafontaine findet nicht nur bei den Wählern, sondern offenbar auch oder vielleicht gerade wegen der Wahlkampfkompetenz Zuspruch bei den Parteimitgliedern. Die beiden Fraktionsvorsitzenden erhalten nicht nur die höchsten Werte bei der Benotungsfrage, sondern würden in einer fiktiven Vorstandswahl der Basismitglieder auch von diesen gewählt werden. Der derzeitige Vorsitzende Bisky rangiert zwar insgesamt nur knapp auf dem dritten Platz, findet aber im Gegensatz zu den anderen beiden nur bei den Mitgliedern seiner alten Partei erheblichen Zuspruch. Interessant ist in Hinblick auf die Personenbewertungen, dass Sahra Wagenknecht relativ gut abschneidet. Nicht nur dass sie von einem Teil die Bestnote erhält, über 6% in beiden Parteiteilen würden sie in der offen gestellten Vorsitzendenwahl wählen. Die Positionen der Kommunistischen Plattform finden offenbar nach wie vor in einem kleinen Teil der Mitgliedschaft großen Zuspruch.

Während bei Aussagen zu aktuellen Einzelthemen tendenzielle Übereinstimmung in der Bewertung durch die Mitglieder der Parteiteile festzustellen ist, treten bei den Fragen zu historischen Ereignissen elementare Unterschiede zu Tage: insbesondere in Hinblick auf die Frage, ob die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte und ob der Bau der Mauer ein Fehler war. Interessant ist hierbei, dass die West-PDS im Mittelfeld zwischen beiden Extrempositionen von Ost-PDS und West-WASG steht (Kapitel 4.6). Offensichtlich spielen hier sowohl die Partei- als auch die Ost-West-Herkunft eine Rolle. Nicht nur die entsprechenden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, sondern auch die Differenzen zu den anderen Parteien könnten sich in Zukunft noch als problematisch herausstellen, zumindest dann, wenn die Partei bzw. ihre Führung in Zukunft weitere Beteiligungen an Landesregierungen anstrebt und „2009 plus X“ auch Interes-



se an einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene hat. Wie schon in der Präambel zur rot-roten Berliner Koalition (Kapitel 2.1) werden potenzielle Koalitionspartner diesen Tribut der historischen „Einsicht“ fordern, und sei es nur um dem Konkurrenten im Parteiensystem durch erwartbare innerparteiliche Auseinandersetzungen zu schaden. Wie sich bei der Einstellung der Mitglieder zu den bisherigen Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und zu neuen Bündnissen zeigt, bestehen vor allem in den alten Bundesländern bei der PDS und WASG erhebliche Widerstände gegen die Kompromisse, die bei Koalitionen mit der SPD einzugehen sind.

Die Linke wird sich – zu ihrem Glück wohl auf Bundesebene noch nicht 2009 – zwischen radikalem Oppositionskurs und kompromissbarem Regierungskurs entscheiden müssen. Die im Rahmen dieser Arbeit erhobenen Daten lassen zum Ausgang dieser Entscheidung keine sichere Prognose zu.

Auf die Frage „Was gelingt der PDS?“ kann vor dem Hintergrund des oft prognostizierten Scheiterns zuletzt auch die Antwort gegeben werden: Die Politikwissenschaft stets aufs Neue zu überraschen.

## 6. Literaturverzeichnis

- Allertz, Robert, 2007: Was will die rote Lucy? Ein Gespräch mit der Rebellin Redler, Berlin, Das Neue Berlin.
- Behrend, Manfred, 2003: Abkehr vom Geraer Parteitag. Frieden mit der Gesellschaft, in: SoZ – Sozialistische Zeitung, Nr. 1, 18.
- Behrend, Manfred, 2006: Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei, Köln, Neuer ISP Verlag.
- Behrend, Manfred / Meier, Helmut (Hrsg.), 1991: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin, Dietz Verlag.
- Bergmann, Knut, 2002: Der Bundestagswahlkampf 1998. Geschichte, Strategien, Ergebnis, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von, 1997: Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von, 1999: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von, 2000: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von, 2001: Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Anmerkung zur Weiterentwicklung politologischer Parteien-Typologien, in: Gegenwartskunde, Nr. 1, 57–65.
- Bisky, Lothar, 1995: Wut im Bauch. Kampf um die PDS. 29. November bis 7. Dezember 1994. Erlebnisse – Dokumente – Chronologie, Berlin, Dietz Verlag.
- Bisky, Lothar, 2003: „Ich bin eine Notlösung“, interviewt von Andrea Beyerlein und Jörg Michel, in: Berliner Zeitung vom 10.05.2003, 6.
- Bortfeldt, Heinrich, 1992: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn, Berlin, Bouvier Verlag.
- Bortfeldt, Heinrich, 1993: 3. Parteitag der PDS: Eine Trendwende?, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Nr. 3, 279–282.
- Bortfeldt, Heinrich, 2003a: Die PDS am Ende?, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Nr. 5, 737–751.
- Bortfeldt, Heinrich, 2003b: Von Karl-Marx-Stadt nach Chemnitz. Programmparteitag der PDS in Chemnitz am 25./26. Oktober 2003, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Nr. 6, 936–944.
- Boy, Ann-Dorit, 2008: Anfang einer Welle, in: Der Spiegel, Nr. 46, 51.
- Brie: André, 2005: Die Linke hat kein Recht mehr auf Misserfolg, in: Sozialismus, Nr. 4, 11-15.

- Brie, Michael, 1995: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Brie, Michael / Herzig, Martin / Koch, Thomas (Hrsg.), Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln, PapyRossa Verlag, 9–38.
- Brie, Michael, 2003: Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven, in: rls standpunkte, Nr. 3, 1–41.
- Brombacher, Ellen / Schulz, Carsten, 2005: 2006 erneut Rot-Rot in Berlin? Rückblicke, in: Felfe, Edeltraut / Kischel, Erwin / Kroh, Peter (Hrsg.), Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz, GNN Verlag, 261–278.
- Butzlaff, Felix, 2007: Als David gegen Goliaths? Der Wahlkampf der Linkspartei zwischen Protest und Alternative, in: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 239–274.
- Decker, Frank (Hrsg.), 2006: Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- DIE LINKE, 2007: Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund.
- Ditfurth, Christian von, 1998: Ostalgie oder linke Alternative? Meine Reise durch die PDS, Köln, Kiepenheuer & Witsch.
- Eckhoff, Heinrich, 2005: Was war die Linke Liste/PDS? Über einen 15-jährigen Versuch der Vereinigung von Ost- und Westlinken, in: Disput, Nr. 7, 8–10.
- Everts, Carmen, 2000: Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin, Weißensee Verlag.
- Falkner, Thomas / Gysi, Gregor, 1990: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin, Edition Fischerinsel.
- Falkner, Thomas / Huber, Dietmar, 1994: Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht?, München, Knauer Verlag.
- Falter, Jürgen W. / Klein, Markus, 1994: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B51-52, 22–34.
- Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald / Caballero, Claudio, 2000: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts „Parteiidentifikation“ in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 235–271.
- Feist, Ursula / Hoffmann, Hans-Jürgen, 2006: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl

- vom 22. Mai 2005: Schwarz-Gelb löst Rot-Grün ab, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 163–182.
- Feldkamp, Michael F., 2003: Parlaments- und Wahlstatistik des Deutschen Bundestages 1949–2002/03, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Berlin.
- Felfe, Edeltraut / Friedrich, Gerd, 2005: Bedingungen, unter denen die PDS in Mecklenburg-Vorpommern mitregiert, in: Felfe, Edeltraut / Kroh, Peter / Kischel, Erwin (Hrsg.), Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz, GNN Verlag, 46–83.
- Fraude, Andreas, 2002: Die PDS als dritte Kraft? Die 3. Tagung des 7. Bundesparteitages der PDS, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Nr. 3, 376–379.
- Frielinghaus, Jana, 2003: Biskys Dreamteam am Start. PDS-Sonderparteitag wählte neuen Bundesvorstand und beschloss Einsatz für „Agenda Sozial“, in: Junge Welt vom 30.06.2003, 5.
- Fröhlich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (Hrsg.), 2005: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien, Braumüller.
- Funke, Hajo, 1999: „Shareholder Partei Deutschlands“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10, 1163–1165.
- Gabriel, Oscar, 1997: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, in: Gabriel, Oscar (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen, Westdeutscher Verlag, 233–254.
- Gerner, Manfred, 1994: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München, Verlag Thomas Tilsner.
- Gerritzen, Nana, 2009: Ideologie des Entzugs, in: Der Spiegel, Nr. 12, 28.
- Gerth, Michael, 2003: Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten, Hamburg, Verlag Dr. Kovac.
- Geyer, Matthias / Kurbjuweit, Dirk / Schnibben, Cordt, 2005: Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers, München, Deutsche Verlags-Anstalt.
- Gohde, Claudia, 2006: Was bewegt die Partei? Erfahrungen mit Fusion und Parteiform, in: Brie, Michael / Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.), Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin, Karl Dietz Verlag, 137–142.
- Greven, Michael Th., 1987: Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewusstsein in Parteien, Opladen, Leske + Budrich.
- Grieffenhagen, Martin, 1980: Polarisierung statt Sachdiskussion, in: Frankfurter Hefte, Nr. 2, 141–146.
- Gysi, Gregor, 1990: Rede von Gregor Gysi auf dem ersten Parteitag der PDS, in: Neues Deutschland vom 26.02.1990, 3.

- Gysi, Gregor, 1994: Ingolstädter Manifest. Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, unter: [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/allg\\_Texte/Gysi\\_Gregor/Ingolst\\_dter\\_Manifest.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Gysi_Gregor/Ingolst_dter_Manifest.pdf), zuletzt: 18.12.2008.
- Gysi, Gregor, 2002: Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg, Rowohlt Verlag.
- Gysi, Gregor, 2005: „Die PDS kommt im Westen nicht an.“ Interview mit Gregor Gysi, in: Tagesspiegel vom 17.05.2005, 4.
- Hartleb, Florian, 2004: Rechts- und Linkspopulismus: eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heinrich, Roberto / Lübker, Malte / Biehl, Heiko, 2002: Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation, Potsdam, Universität Potsdam.
- Helms, Ludger, 2002: Politische Opposition: Theorie und Praxis in wesentlichen Regierungssystemen, Opladen, Leske + Budrich.
- Herbst, Andreas / Stephan, Gerd-Rüdiger / Winkler, Jürgen (Hrsg.), 1997: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin, Dietz Verlag.
- Heunemann, Falk, 2006: Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Magisterarbeit an der Universität Jena.
- Hiller, Philipp, 2005: Protestparteien in Parlamenten. Eine Analyse von Arbeitsweisen, Themenspektren und Strategien sowie Ursachen des Scheiterns der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive in der Hamburger Bürgerschaft, Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Universität Hamburg.
- Hoecker, Beate, 2008: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 13.05.2007. Neustart für Rot-Grün und Fünf- statt Dreiparteiensystem, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 2, 270–282.
- Hohlt, Andreas / Bortfeldt, Heinrich, 2004: „Jei“ zu Europa. Der Europa-Parteitag der PDS, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Nr. 3, 190–198.
- Holtmann, Everhard / Krappidel, Adrienne / Rehse, Sebastian, 2006: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hornbogen, Lothar / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), 1999: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin, Karl Dietz Verlag.
- Hübner, Wolfgang / Strohschneider, Tom, 2007: Lafontaines Linke. Ein Rettungsboot für den Sozialismus? Das Buch zur Fusion, Berlin, Karl Dietz Verlag.
- Hüttner, Bernd / Schepers, Norbert, 2007: Die Bürgerschaftswahlen in Bremen 2007: DIE LINKE im Westen angekommen?, in: rls standpunkte, Nr. 11, 1–8.
- Infratest dimap, 2002: Deutschland hat gewählt. Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. 22. September 2002, Berlin, Infratest dimap.

- Infratest dimap, 2005: Deutschland hat gewählt. Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. 18. September 2005, Berlin, Infratest dimap.
- Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, 2004: Erklärung. Die letzten Jahre, insbesondere aber die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in den letzten Monaten haben gezeigt: Die SPD hat sich von ihren Grundsätzen verabschiedet, Kopie unter <http://www.sopos.org/aufsaeetze/408ab4991c289/1.phtml>., zuletzt: 06.04.2009.
- Jäger, Wolfgang / Walter, Michael, 1998: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln, Böhlau Verlag.
- Jagodzinski, Wolfgang / Kühnel, Steffen M., 1990: Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenzen und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: Schmitt, Karl (Hrsg.), Wahlen, Partieliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse, Frankfurt am Main, Peter Lang Verlag, 5–63.
- Jesse, Eckhard, 1994: Die institutionellen Rahmenbedingungen der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990, in: Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990, Opladen, Westdeutscher Verlag, 15–41.
- Jesse, Eckhard, 2005: Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004: Debatte für CDU und SPD gleichermaßen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 80–100.
- Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P., 2008: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München, Olzog Verlag.
- Kaase, Max, 1994: Is there Personalization in Politics? Candidates and Voting Behaviour in Germany, in: International Political Science Review, Nr. 15, 211–230.
- Kaiser, Carl-Christian, 1990: Lauter Rock und kesse Sprüche, in: Die Zeit vom 16.11.1990, 4.
- Kalke, Jens, 2001: Innovative Landtage. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Drogenpolitik, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Kalke, Jens / Raschke, Peter, 2004: Regierungsmehrheit und Opposition in den bundesdeutschen Landtagen – eine quantitative Auswertung von Plenarprotokollen, in: Holtmann, Everhard / Patzelt, Werner J. (Hrsg.), Kampf der Gewalten? Parlamentarische Regierungskontrolle – gouvernementale Parlamentskontrolle. Theorie und Empirie, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 85–106.
- Kapferer, Norbert, 2005: Populism and Anti-Semitism. The Debate on the Statements of the FDP Politician Jürgen Möllemann during the Election Year 2002, in: Ociepa, Beata (Hrsg.), Populism and Media Democracy, Wrocław, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, 109–124.
- Katz, Richard S. / Mair, Peter, 1993: The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization, in: The American Review of Politics, Nr. 14, 593–617.

- Katz, Richard S. / Mair, Peter (Hrsg.), 1994: *How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies*, London, Sage.
- Katz, Richard S. / Mair, Peter, 1996: *Cadre, Catch-all or Cartel? A Rejoinder*, in: *Party Politics*, Nr. 2, 525–534.
- Klein, Markus / Caballero, Claudio, 1996: *Rückwärtsgewandt in die Zukunft. Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 2, 229–247.
- Kleinsteuber, Hans J., 2008: *Mediendemokratie – kritisch betrachtet*, in: *merz. medien + erziehung. Zeitschrift für Medienpädagogik*, Nr. 4, 13–22.
- Knabe, Hubertus, 2007: *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, Berlin, Ullstein.
- Knabe, Hubertus, 2009: *Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE*, Berlin, Ullstein.
- Küchenmeister, Daniel, 2002: *Linkssozialistisch oder ostdeutsch? Die PDS am Scheideweg*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Nr. 6, 926–930.
- Lang, Jürgen P., 2003: *Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung*, Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Lang, Jürgen P., 2006: *Die doppelte Linke. Ein Analyse der Kooperation von PDS und WASG*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Nr. 2, 208–216.
- Lijphart, Arend, 1994: *Electoral Systems and Party Systems. A Study of Twenty-Seven Democracies 1945–1990*, Oxford, Oxford UP.
- Limpert, Martin, 2009: *Das rechtliche Ende politischer Parteien: Auflösung und Verschmelzung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Nr. 1, 140–154.
- Linkspartei.PDS, 2005: *Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005*.
- Linkspartei.PDS / WASG, 2005: *Kooperationsabkommen III. Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG vom 06.12.2005*, unter: [http://archiv2007.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/abkommen/view\\_html?zid=31506&bs=1&n=0](http://archiv2007.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/abkommen/view_html?zid=31506&bs=1&n=0), zuletzt: 07.02.2009.
- Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein, 1967: *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*, in: Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments – Cross-national Perspectives*, New York, Free Press, 1–64.
- Lorenz, Robert, 2007: *Techniker der „kalten Fusion“*. Das Führungspersonal der Linkspartei, in: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias /Walter, Franz (Hrsg.), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 275–323.
- Lovens, Sebastian, 2008: *Der Bundestag zwischen Wahl und Entsendung zu seinem*

- Präsidium: die Causa Bisky, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 18–29.
- Löwenstein, Stephan / Soldt, Rüdiger, 2004: SPD verliert weiter in der Wählergunst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.03.2004, 1.
- Mair, Peter / Katz, Richard S., 1995: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, Nr. 1, 5–28.
- Meuche-Mäker, Meinhard, 2005: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin, Karl Dietz Verlag.
- Meuche-Mäker, Meinhard, 2006: Die PDS im Westen, in: Brie, Michael / Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.), Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin, Karl Dietz Verlag, 123–136.
- Meuche-Mäker, Meinhard, 2007: Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE. Studie auf Grundlage leitfadengestützter Interviews mit Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG, in: Brie, Michael / Hildebrandt, Cornelia / Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.), DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin, Karl Dietz Verlag, 46–89.
- Meves, Helge, 2005: Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS, in: Brie, Michael (Hrsg.), Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin, Karl Dietz Verlag, 31–32.
- Meyer-Wellmann, Jens, 2001: Gysi bei Regenbogen. Berliner PDS-Kandidat leistet Wahlkampfunterstützung, in: Hamburger Abendblatt vom 21.08.2001, 14.
- Micus, Matthias, 2005: Die Quadratur des Kreises. Parteiführung in der PDS, in: Forkmann, Daniela / Schlieben, Michael (Hrsg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 263–302.
- Micus, Matthias, 2007: Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG, in: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185–237.
- Modrow, Hans, 1998: Für eine kompetente und mutige Fraktion im Bundestag, in: Disput, Nr. 4, 2–5.
- Möller, Barbara, 1997: Zum „Mojito“ an die Cuba-Bar, in: Hamburger Abendblatt vom 20.01.1997, 3.
- Moreau, Patrick, 1992: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn, Berlin, Bouvier Verlag.
- Moreau, Patrick / Lang, Jürgen / Neu, Viola, 1994: Was will die PDS?, Berlin, Ullstein.
- Moreau, Patrick / Schorpp-Grabiak, Rita, 2002: „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Morgenstern, Andreas, 2006: Extremistische und radikale Parteien 1990–2005: DVU, REP, DKP und PDS im Vergleich, Berlin, Wissenschaftlicher Verlag.



- Morlock, Martin, 2006: Gutachten zu Fragen einer Fusion zwischen WASG und Linkspartei, Düsseldorf, Manuskript.
- Myritz, Reinhard, 1990: Die Partei und ihre Polizei. „Linie 2000“ – Der Transformationsprozeß von SED und MfS zur PDS, in: Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Nr. 9, 7–67.
- Nachtwey, Oliver, 2007: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, in: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 155–184.
- Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger, 2004: Vor 15 Jahren: Bruch mit dem „Stalinismus als System“ Kollektiver Rücktritt der SED-Führung – Zeitweiliger Arbeitsausschuss – Sonderparteitag, in: UTOPIE kreativ, Nr. 170, 1063–1071.
- Neller, Katja / Thaidigsmann, S. Isabell, 2007: Gelungene Identitätserweiterung durch Namensänderung? Treue Wähler, Zu- und Abwanderer der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, in: Brettschneider, Frank / Niedermayer, Oskar / Wessels, Bernhard (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 412–448.
- Neu, Viola, 2004: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard, 1996: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen, Leske und Budrich.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard, 1999: Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen, Leske und Budrich, 119–140.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard, 2003: Die PDS in Not, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen, Leske + Budrich, 125–158.
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard, 2008: Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 151–199.
- Niedermayer, Oskar, 2005a: Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 13. Juni 2004 in Deutschland: Ein schwarzer Tag für die SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 3–19.
- Niedermayer, Oskar, 2005b: Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004: Reaktion der Wähler auf Hartz IV, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 64–80.
- Niedermayer, Oskar, 2008: Parteimitgliedschaften im Jahre 2007, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 2, 379–386.

- Nohlen, Dieter, 2000: Wahlrecht und Parteiensysteme, Opladen, Leske + Budrich.
- Ohr, Dieter, 2000: Wird das Wählerverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen in Deutschland von 1961 bis 1998, in: Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 272–308.
- Ostrowski, Christine / Weckesser, Ronald, 1996: Brief aus Sachsen, in: Junge Welt vom 08.05.1996, 10.
- Pappi, Franz U. / Shikano, Susumu, 2001: Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980, in: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 3, 355–385.
- PDS, 2004: PDS-Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament.
- Priester, Karin, 2007: Populismus: historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main, Campus-Verlag.
- Raschke, Joachim, 2004: Rot-grüne Zwischenbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40, 25–31.
- Raschke, Peter, 1992: Quantitative Analyse von Tätigkeiten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Forschungsbericht, Hamburg.
- Raschke, Peter / Kalke, Jens, 1994: Quantitative Analyse parlamentarischer Tätigkeiten der Landtage, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 32–60.
- Reißig, Rolf, 2005: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Berlin, Karl Dietz Verlag.
- Renken, Kai / Jenke, Werner, 2001: Wirtschaftskriminalität im Einigungsprozess, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B32-33, 23–29.
- Roth, Dieter / Jung, Matthias, 2002: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestageswahl 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B49-50, 3–17.
- Roth, Reinhold, 1996: Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 14. Mai 1995. Machtparität von SPD und CDU, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 2, 272–283.
- Sartori, Giovanni, 1976: Party and Party Systems. A Framework for Analysis, Cambridge, Cambridge UP.
- Schindler, Peter, 2000: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. Eine Veröffentlichung der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Schmidt, Manfred G., 1989: Allerweltparteien und der Verfall der Opposition. Ein Beitrag zu Kirchheimers Analysen westeuropäischer Parteiensysteme, in: Luthart, Wolfgang / Söllner, Alfons (Hrsg.), Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, Opladen, Westdeutscher Verlag, 173–181.

- Schmitt, Hermann, 1992: So dicht war die Mauer nicht! Über Parteibindungen und Cleavages im Osten Deutschlands, in: Eisenmann, Peter / Hirscher, Gerhard (Hrsg.), Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München, 229–252.
- Schmitt, Hermann / Ohr, Dieter, 2000: Are Partyleaders Becoming More Important in German Elections? Leader Effects on the Vote in Germany, Washington DC., Aufsatz.
- Schnirch, Carina, 2008: Die PDS als Kommunalpartei. Ein ost- westdeutscher Vergleich, Marburg, Tectum Verlag.
- Schütze, Christian / Hiller, Philipp / Kalke, Jens, 2008: Glücksspielpolitik, in: Suchttherapie, Nr. 3, 119–129.
- Schulz, Wilfried, 2000: „Für Gabi tun wir alles“. Vom Cottbuser Bundesparteitag und dem Doppelcharakter der PDS, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Nr. 6, 882–886.
- Schulze, Andreas, 2007: Deutsche Soziale Union (DSU), in: Decker, Frank / Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 248–250.
- Schumann, Frank / Schwertner, Edwin / Zessin, Helmut (Hrsg.), 2000: Ankunft in Deutschland. Zehn Jahre Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Briefe und Meinungsäußerungen von 1989 bis 1999, Berlin, Edition Ost.
- Schwebs, Birgit, 2005: Auf dem Weg in die Koalition, in: Felfe, Edeltraut / Kischel, Erwin / Kroh, Peter (Hrsg.), Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz, GNN Verlag, 84–110.
- Segall, Peter Christian / Schorpp-Grobiak, Rita, 2000: Der 7. PDS-Parteitag. Die erste Tagung in Cottbus: Weg in die Mitte?, in: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Nr. 6, 90–114.
- SPD / PDS, 2002: Präambel zur Koalitionsvereinbarung vom 07.01.2002, Berlin.
- Spier, Tim / Nachtwey, Oliver, 2007: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13–69.
- Steffani, Winfried (Hrsg.), 1991: Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG, Opladen, Leske + Budrich.
- Stern, Eva / Graner, Jürgen, 2000: It's the Candidate, Stupid? Personalisierung der bundesdeutschen Wahlkämpfe, in: Berg, Thomas (Hrsg.), Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen, Opladen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 145–170.
- Sturm, Eva, 2000: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen, Leske + Budrich.
- Taagepera, Rein / Shugart, Matthew, 1989: Seats and Votes. The Effects and Determi-

- nants of Electoral Systems, New Haven/London, Yale UP.
- Verthein, Uwe / Haasen, Christian / Degkwitz, Peter, 2008: Das bundesdeutsche Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger, Bd. 1: Die Wirksamkeit der Diamorphinbehandlung im Vergleich zur Methadonsubstitution, Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Vetter, Angelika / Gabriel, Oscar, 1998: Candidate Evaluations and Party Choice in Germany 1972–1994: Do Candidates Matter?, in: Anderson, Christopher / Zelle, Carsten (Hrsg.), Stability and Change in German Elections: How Electorates Merge, Converge or Collide, New York, Praeger, 71–98.
- Wagenknecht, Sahra, 1992: Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der Sozialistischen Bewegung gestern und heute, in: Weißenseer Blätter Nr. 4, 12–26.
- Wahlalternative, 2004: Newsletter Nr.1. Für eine wahlpolitische Alternative 2006, Kopie unter <http://forum.politik.de/forum/showthread.php?t=53115&page=12&pp=2#result>, zuletzt: 06.04.2009.
- WASG, 2005: Gründungsprogramm der WASG. Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Die Wahlalternative, unter: [http://archiv.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm\\_20050531.pdf](http://archiv.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050531.pdf), zuletzt: 07.03.2009.
- WASG, 2006a: WASG Bundesparteitag am 29. und 30. April in Ludwigshafen, unter: <http://asg-bayern1.de/wp2/>, zuletzt: 07.03.2009.
- WASG, 2006b: Keine konkurrierenden Wahlantritte in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Pressemitteilung des Bundesvorstandes vom 14.05.2006, unter: <http://archiv.w-asg.de/28+M5a5cfb8a48b.html>, zuletzt: 07.03.2009.
- Weizel, Christian, 1992: Von der SED zur PDS. Eine doktringebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt am Main, Peter Lang Verlag.
- Werz, Nikolaus / Schmidt, Jochen, 2003: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1, 60–79.
- Wiesendahl, Elmar, 2004: Parteien und die Politik der Zumutungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40, 19–24.
- Wogawa, Stefan, 2007: Die Akte Ramelow. Ein Abgeordneter im Visier der Geheimdienste, Berlin, Karl Dietz Verlag.
- Wolff, Friedrich, 2005: Die Linkspartei in der Berliner Demokratie, in: Maurer, Ulrich / Modrow, Hans (Hrsg.), Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei?, Berlin, Edition Ost, 15–30.
- Zessin, Helmut / Schwertner, Edwin / Schumann, Frank, 1998: Chronik der PDS. 1989 bis 1997, Berlin, Dietz Verlag.

## 7. Drucksachenverzeichnis

Die folgende Darstellung bietet eine Übersicht aller in Kapitel 3 zitierten Drucksachen (Zugriff jeweils zuletzt am 03.04.09). Dabei handelt es sich um eine näher behandelte Auswahl der insgesamt 1221 untersuchten Drucksachen.

- 12/2348 Bundestagsdrucksache vom 25.03.1992: Ausländerfeindliche und rechtsex-  
tremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Monat  
Februar 1992 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/023/1202348.pdf>).
- 12/2357 Bundestagsdrucksache vom 27.03.1992: Ausländerfeindliche und rechtsex-  
tremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Monat  
Januar 1992 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/023/1202357.pdf>).
- 13/11312 Bundestagsdrucksache vom 29.07.1998: Ausländerfeindliche und rechtsex-  
tremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Monat  
Juni 1998 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/113/1311312.pdf>).
- 14/9925 Bundestagsdrucksache vom 03.09.2002: Ausländerfeindliche und rechtsex-  
tremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Au-  
gust 2002 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/099/1409925.pdf>).
- 16/12 Bundestagsdrucksache vom 18.10.2005: Ausländerfeindliche und rechtsex-  
tremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Sep-  
tember 2005 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/000/1600012.pdf>).
- 16/13 Bundestagsdrucksache vom 18.10.2005: Rechtsextreme Skinhead-Musik  
im Jahr 2003 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/000/1600013.pdf>).
- 16/16 Bundestagsdrucksache vom 18.10.2005: Antisemitische Straftaten im zwei-  
ten Quartal 2005 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/000/1600016.pdf>).
- 16/78 Bundestagsdrucksache vom 22.11.2005: Kosten des Einsatzes der Bun-  
despolizei zum „Tag der Demokraten“ in Halbe ([http://dip21.bundes-  
tag.de/dip21/btd/16/000/1600078.pdf](http://dip21.bundes-<br/>tag.de/dip21/btd/16/000/1600078.pdf)).
- 16/102 Bundestagsdrucksache vom 29.11.2005: Ausländerfeindliche und rechtsex-  
tremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Okto-  
ber 2005 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/001/1600102.pdf>).
- 16/103 Bundestagsdrucksache vom 29.11.2005: Antisemitische Straftaten im drit-  
ten Quartal 2005 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/001/1600103.pdf>).
- 16/121 Bundestagsdrucksache vom 30.11.2005: Das Mandat für die Operation  
Enduring Freedom beenden Einsätze des Kommandos Spezialkräfte in  
Afghanistan einstellen ([http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/001/1600  
121.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/001/1600<br/>121.pdf)).

- 16/122 Bundestagsdrucksache vom 30.11.2005: Statt Ausbildungspakt – Für eine umlagefinanzierte berufliche Erstausbildung (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/001/1600122.pdf>).
- 16/130 Bundestagsdrucksache vom 01.12.2005: Einsetzung eines Ausschusses des Deutschen Bundestages für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/001/1600130.pdf>).
- 16/197 Bundestagsdrucksache vom 14.02.2005 Existenzrecht Israels ist deutsche Verpflichtung (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/001/1600197.pdf>).
- 16/398 Bundestagsdrucksache vom 18.01.2006: Mindestlohnregelung einführen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/003/1600398.pdf>).
- 16/463 Bundestagsdrucksache vom 25.01.2006: Telefonabfragen zur Überprüfung der aktuellen Lebenssituation der Bezieherinnen und Bezieher von Grundversicherung für Arbeitsuchende (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/004/1600463.pdf>).
- 16/487 Bundestagsdrucksache vom 27.01.2006: Angleichung des Arbeitslosengeldes II in Ostdeutschland auf Westniveau (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/004/1600487.pdf>).
- 16/692 Bundestagsdrucksache vom 15.02.2006: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/006/1600692.pdf>).
- 16/718 Bundestagsdrucksache vom 16.02.2006: Perspektiven der Länderfinanzen im Rahmen der Föderalismusreform und des EU-Finanzkompromisses (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/007/1600718.pdf>).
- 16/857 Bundestagsdrucksache vom 08.03.2006: Dauergenehmigungen für Militärflüge aufheben (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/008/1600857.pdf>).
- 16/997 Bundestagsdrucksache vom 16.03.2006: Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – Strategie zur Überwindung von Hartz IV (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/009/1600997.pdf>).
- 16/1223 Bundestagsdrucksache vom 07.04.2006: Wiedereinreise von Murat Kurnaz nach Deutschland (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/012/1601223.pdf>).
- 16/1390 Bundestagsdrucksache vom 04.05.2006: Stand der Freilassungsbemühungen der Bundeskanzlerin im Fall Murat Kurnaz (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/013/1601390.pdf>).
- 16/1397 Bundestagsdrucksache vom 04.05.2006: Überwachung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages durch den Verfassungsschutz (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/013/1601397.pdf>).
- 16/1520 Bundestagsdrucksache vom 17.05.2006: Überwachung von Bundestags-

- abgeordneten durch Geheimdienste (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/015/1601520.pdf>).
- 16/1551 Bundestagsdrucksache vom 18.05.2006: Die Finanzierung militärischer Einsätze der Europäischen Union über den ATHENA-Mechanismus (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/015/1601551.pdf>).
- 16/1595 Bundestagsdrucksache vom 22.05.2006: Ungewollte Schwangerschaften (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/015/1601595.pdf>).
- 16/1622 Bundestagsdrucksache vom 26. 05. 2006: Richtlinien zur Vorratsdatenspeicherung durch den Europäischen Gerichtshof prüfen lassen (<http://dip21.bundestag.de:80/dip21/btd/16/016/1601622.pdf>).
- 16/1770 Bundestagsdrucksache vom 31.05.2006: Einbürgerungen erleichtern – Ausgrenzungen ausschließen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/017/1601770.pdf>).
- 16/1866 Bundestagsdrucksache vom 20.06.2006: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/018/1601866.pdf>).
- 16/1878 Bundestagsdrucksache vom 20.06.2006: Für einen sozial gerechten Mindestlohn in Deutschland (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/018/1601878.pdf>).
- 16/1960 Bundestagsdrucksache vom 23.0.2006: Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/019/1601960.pdf>).
- 16/2029 Bundestagsdrucksache vom 27.06.2006: Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durch Bürokratieabbau (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/020/1602029.pdf>).
- 16/2164 Bundestagsdrucksache vom 06.07.2006: Rechtsextreme Skinhead-Musik im Jahr 2005 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/021/1602164.pdf>).
- 16/2206 Bundestagsdrucksache vom 12.07.2006: Musikveranstaltungen der extremen Rechten im ersten Quartal 2006 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/022/1602206.pdf>).
- 16/2211 Bundestagsdrucksache vom 07.07.2006: Resultate und gesellschaftliche Auswirkungen der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Hartz-Gesetze –, insbesondere von Hartz IV (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/022/1602211.pdf>).
- 16/2217 Bundestagsdrucksache vom 13.07.2006: Grünbuch Energie (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/022/1602217.pdf>).
- 16/2307 Bundestagsdrucksache vom 25.07.2006: Nichtigerklärung des Erbgesundheitsgesetzes (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/023/1602307.pdf>).

- 16/2378 Bundestagsdrucksache vom 08.08.2006: Aufnahme libanesischer Flüchtlinge durch die Bundesrepublik Deutschland (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/023/1602378.pdf>).
- 16/2540 Bundestagsdrucksache vom 07.09.2006: Entwurf eines Achtundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/025/1602540.pdf>).
- 16/2602 Bundestagsdrucksache vom 18.09.2006: Nach dem Wiener Gipfel – die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika solidarisch gestalten (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/026/1602602.pdf>).
- 16/2730 Bundestagsdrucksache vom 25.09.2006 Effektiven Schutz vor Passivrauchen zügig gesetzlich verankern (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/027/1602730.pdf>).
- 16/2747 Bundestagsdrucksache vom 26.09.2006: Nein zur Rente ab 67 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/027/1602747.pdf>).
- 16/2899 Bundestagsdrucksache vom 10.10.2006: Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der „Operation ENDURING FREEDOM“ (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/028/1602899.pdf>).
- 16/3117 Bundestagsdrucksache vom 26.10.2006: Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Staatsterrorismus (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/031/1603117.pdf>).
- 16/3235 Bundestagsdrucksache vom 02.11.2006: Musikveranstaltungen der extremen Rechten im zweiten Quartal 2006 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/032/1603235.pdf>).
- 16/3402 Bundestagsdrucksache vom 08.11.2006: Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Verfassung der Europäischen Union (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/034/1603402.pdf>).
- 16/3468 Bundestagsdrucksache vom 20.11.2006: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/034/1603468.pdf>).
- 16/3536 Bundestagsdrucksache vom 21.11.2006: Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/035/1603536.pdf>).
- 16/3581 Bundestagsdrucksache vom 27.11.2006: Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis zum Jahr 2020 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/035/1603581.pdf>).
- 16/3786 Bundestagsdrucksache vom 11.12.2006: Berichte über Planung und Durchführung von Gefangennahmen und Verschleppungen von Menschen auf deutschem Territorium (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/037/1603786.pdf>).



- 16/3796 Bundestagsdrucksache vom 13.12.2006: Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2006 in Brüssel und zur bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/037/1603796.pdf>).
- 16/4115 Bundestagsdrucksache vom 19.01.2007: Saisonarbeit und Bezug von Arbeitslosengeld II (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/041/1604115.pdf>).
- 16/4201 Bundestagsdrucksache vom 31.01.2007: Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus erstellen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/042/1604201.pdf>).
- 16/4504 Bundestagsdrucksache vom 02.03.2007: Erarbeitung einer Strategie der Europäischen Union gegenüber Kuba im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/045/1604504.pdf>).
- 16/4534 Bundestagsdrucksache vom 02.03.2007: Umgang der Bundeswehr mit Angriffskriegsverweigerern (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/045/1604534.pdf>).
- 16/4623 Bundestagsdrucksache vom 07.03.2007 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/046/1604623.pdf>).
- 16/4628 Bundestagsdrucksache vom 08.03.2007: Für die Beendigung des Pachtvertrages zwischen Kuba und den USA über Guantánamo Bay (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/046/1604628.pdf>).
- 16/4696 Bundestagsdrucksache vom 15.03.2007: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und anderer Vorschriften (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/046/1604696.pdf>).
- 16/4774 Bundestagsdrucksache vom 21.03.2007: Resultate und gesellschaftliche Auswirkungen der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Hartz-Gesetze –, insbesondere von Hartz IV (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/047/1604774.pdf>).
- 16/4821 Bundestagsdrucksache vom 23.03.2007: Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung auch für ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/048/1604821.pdf>).
- 16/4825 Bundestagsdrucksache vom 23.03.2007: Angeblicher Leistungsmissbrauch bei Leistungsbezug gemäß dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/048/1604825.pdf>).
- 16/4845 Bundestagsdrucksache vom 27.03.2007: Deutschland braucht Mindestlöhne (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/048/1604845.pdf>).
- 16/4858 Bundestagsdrucksache vom 28.03.2007: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (<http://dip21.bundestag.de/dip>

- 21/btd/16/048/1604858.pdf).
- 16/4982 Bundestagsdrucksache vom 04.04.2007: Anrechnung von Konfirmations- und Jugendweihegeschenken auf das Arbeitslosengeld II (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/049/1604982.pdf>).
- 16/4986 Bundestagsdrucksache vom 04.04.2007: Haltung der Bundesregierung zu Kuba und zur Konferenz „Demokratie auf Kuba“ in Berlin (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/049/1604986.pdf>).
- 16/5045 Bundestagsdrucksache vom 19.04.2007: Für solidarische Assoziierungsabkommen der EU mit den zentralamerikanischen Staaten und den Staaten der Andengemeinschaft (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/050/1605045.pdf>).
- 16/5082 Bundestagsdrucksache vom 20.04.2007: Verbrecherische Wehrmachtsdivision als mögliche Traditionsgeberin für das Kommando Spezialkräfte und die GSG 9 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/050/1605082.pdf>).
- 16/5115 Bundestagsdrucksache vom 25.04.2007: Eintreten für die Beendigung der von den USA auferlegten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/051/1605115.pdf>).
- 16/5141 Bundestagsdrucksache vom 25.04.2007: Abschiebestopp und Schutz für Flüchtlinge aus Afghanistan (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/051/1605141.pdf>).
- 16/5393 Bundestagsdrucksache vom 21.05.2007: Hungertod eines Hartz-IV-Empfängers und Verantwortung des Gesetzgebers (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/053/1605393.pdf>).
- 16/5537 Bundestagsdrucksache vom 01.06.2007: Straf- und Ermittlungsverfahren nach § 129, § 129a und § 129b StGB im Jahr 2006 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/055/1605537.pdf>).
- 16/5697 Bundestagsdrucksache vom 14.06.2007: Verletzte, Festnahmen und Grundrechtseingriffe während des G8-Gipfels in Heiligendamm (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/056/1605697.pdf>).
- 16/5979 Bundestagsdrucksache vom 04.07.2007: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Verbesserung der Qualifizierung und der Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/059/1605979.pdf>).
- 16/5989 Bundestagsdrucksache vom 03.07.2007: Auswirkungen der fiktiven Berechnung von ALG I auf die Existenzsicherung von Frauen nach einer Elternzeit (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/059/1605989.pdf>).
- 16/6025 Bundestagsdrucksache vom 06.07.2007: 6. Staatenbericht zum Abkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/060/1606025.pdf>).

- 16/6215 Bundestagsdrucksache vom 06.08.2007: Leistungen der Bundeswehr im Innern anlässlich des G8-Gipfels (Nachfrage zur Bundestagsdrucksache 16/5148) (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/062/1606215.pdf>).
- 16/6280 Bundestagsdrucksache vom 27.08.2007: Zusammenarbeit deutscher und US-Behörden im Irak (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/062/1606280.pdf>).
- 16/6379 Bundestagsdrucksache vom 14.09.2007: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606379.pdf>).
- 16/6392 Bundestagsdrucksache vom 19.09.2007: Ruhrkohle AG in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführen – Börsengang verhindern (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606392.pdf>).
- 16/6395 Bundestagsdrucksache vom 19.09.2007: Initiative Frankreichs aufgreifen – EADS durch Kapitalerhöhung stärken und staatliche Sperrminorität sichern (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606395.pdf>).
- 16/6440 Bundestagsdrucksache vom 19.09.2007: Die gesetzliche Rentenversicherung zur solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausbauen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/064/1606440.pdf>).

## 8. Abbildungsverzeichnis

- Diagramm 3.1: Aktivität der Parteiteile nach Initiatoren und Einbringern der Drucksachen
- Diagramm 3.2: Drucksachentyp der von den Bundestagsfraktionen eingebrachten Initiativen
- Diagramm 3.3: Drucksachentyp nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.4: Politikebene nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.5: Themen der gesamten Fraktion nach Kategorien
- Diagramm 3.6: Themen der Kategorie Innere Sicherheit nach Untergruppen
- Diagramm 3.7: Themen der Kategorie Internationales nach Untergruppen
- Diagramm 3.8: Themen der Kategorie Arbeitsmarktpolitik nach Untergruppen
- Diagramm 3.9: Themen der Kategorie Soziales nach Untergruppen
- Diagramm 3.10: Drucksachen mit Bezugnahme zur Ost-West-Problematik nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.11: Drucksachen mit Bezugnahme zum Rechtsextremismus nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.12: Drucksachen mit Bezugnahme zum Bewegungscharakter der Partei nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.13: Drucksachen mit Bezugnahme zum Pazifismus und Friedensaspekten nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.14: Drucksachen mit Bezugnahme zur Diskriminierung/Verfolgung der Partei nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.15: Drucksachen mit besonderer Zielgruppe nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.16: Drucksachen mit populistischer Argumentation nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.17: Politische Intention nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.18: Politische Intention zusammengefasst in zwei Kategorien nach Parteiteilen jeweils nach Initiatoren und Einbringern
- Diagramm 3.19: Beteiligung von Abgeordneten der drei Parteiteile an der Einbringung von Drucksachen
- Diagramm 4.1: Herkunft der Parteimitglieder
- Diagramm 4.2: Geschlechterverteilung

- Diagramm 4.3: Alter der Mitglieder
- Diagramm 4.4: Formaler Bildungsabschluss
- Diagramm 4.5: Aktueller Berufsstand (ohne Rentner)
- Diagramm 4.6: Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft
- Diagramm 4.7: Einstellungen zum gemeinsamen Wahlantritt nach der Neuwahlankündigung 2005
- Diagramm 4.8: Gegenwärtige Einstellung zur Fusion von WASG und Linkspartei.PDS
- Diagramm 4.9: Zufriedenheit mit der Art und Weise des bisherigen Fusionsprozesses
- Diagramm 4.10: Bewertung des Verlaufs der Fusion (N=1406)
- Diagramm 4.11: Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten des Parteibildungsprozesses
- Diagramm 4.12: Offene Fragen nach besonders positiven Aspekten des Fusionsprozesses nach Kategorien (Mehrfachantworten möglich)
- Diagramm 4.13: Offene Frage nach besonders negativen Aspekten des Fusionsprozesses nach Kategorien (Mehrfachantworten möglich)
- Diagramm 4.14: Häufigkeit des Kontaktes zu Mitgliedern der anderen Parteihälfte in den alten und neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin)
- Diagramm 4.15: Vertrauen in die Mitglieder der anderen Parteihälfte in den alten und neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin)
- Diagramm 4.16: Bewertung der Wichtigkeit von Politikbereichen
- Diagramm 4.17: Bewertung der Wichtigkeit von Politikbereichen nach Parteiherkunft (linke Säule aus der PDS, rechte Säule aus der WASG)
- Diagramm 4.18: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – 1. Priorität
- Diagramm 4.19: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – 2. Priorität
- Diagramm 4.20: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – 3. Priorität
- Diagramm 4.21: Gewünschte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – alle Prioritäten nach Parteien
- Diagramm 4.22: Ausgewählte programmatische Schwerpunkte (offene Frage gruppiert) – alle Prioritäten nach Ost und West (jeweils ohne Berlin)
- Diagramm 4.23: Einstellung gegenüber Aussagen zu aktuellen Themen
- Diagramm 4.24: Einstellung gegenüber Aussagen zu aktuellen Themen nach Parteien
- Diagramm 4.25: Einstellung gegenüber Aussagen zu historischen Themen

- Diagramm 4.26: Einstellung gegenüber Aussagen zu historischen Themen nach Parteiteilen
- Diagramm 4.27: Einschätzung der aktuellen Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost- und Westdeutschland nach Parteien
- Diagramm 4.28: Einschätzung der Entwicklung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland in den letzten fünf Jahren nach Parteiteilen
- Diagramm 4.29: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nach Parteiteilen
- Diagramm 4.30: Einschätzung der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin nach Parteiteilen
- Diagramm 4.31: Bewertung der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern nach Parteiteilen
- Diagramm 4.32: Bewertung der Regierungsbeteiligung in Berlin nach Parteiteilen
- Diagramm 4.33: Einstellung gegenüber zukünftigen Regierungsbeteiligungen
- Diagramm 4.34: Bedeutung unterschiedlicher Aufgaben und Zielsetzungen von Oppositionsfraktionen
- Diagramm 4.35: Bedeutung der Kompromissuche mit anderen Fraktionen nach Parteien
- Diagramm 4.36: Bedeutung der Stimmenmaximierung bei nächsten Wahlen nach Parteien
- Diagramm 4.37: Bedeutung der Vorbereitung auf Regierungsübernahme nach Parteiteilen
- Diagramm 4.38: Bedeutung unterschiedlicher Aspekte in der Parteiarbeit
- Diagramm 4.39: Bedeutung der Beziehungen zu den Gewerkschaften in der Parteiarbeit nach Parteiteilen
- Diagramm 4.40: Bedeutung der Beziehung zu neuen sozialen Bewegungen in der Parteiarbeit nach Parteiteilen
- Diagramm 4.41: Bedeutung der Beziehungen zu antifaschistischen Gruppen in der Parteiarbeit nach Parteiteilen
- Diagramm 4.42: Bedeutung des Begriffs „Demokratischer Sozialismus“ in der Parteiarbeit nach Parteiteilen
- Diagramm 4.43: Bedeutung der Vertretung ostdeutscher Interessen in der Parteiarbeit nach Parteiteilen
- Diagramm 4.44: Die Bedeutung der Politikebenen
- Diagramm 4.45: Die Bedeutung der unterschiedlichen Politikebenen nach Parteiteilen
- Diagramm 4.46: Gründe für die Parteimitgliedschaft
- Diagramm 4.47: Bedeutung des Entwickelns von politischen Visionen für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen

- Diagramm 4.48: Bedeutung des Treffens von Gleichgesinnten für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen
- Diagramm 4.49: Bedeutung der Tradition – Partei bietet politische Heimat – für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen
- Diagramm 4.50: Bedeutung des Ausdrucks von Protest gegen die Politik der anderen Parteien für die eigene Mitgliedschaft nach Parteiteilen
- Diagramm 4.51: Besuchte Veranstaltungen/Sitzungen der Partei in den letzten zwölf Monaten nach Parteiteilen
- Diagramm 4.52: Für die Parteiarbeit aufgebrauchte Stunden pro Woche nach Parteiteilen
- Diagramm 4.53: Veränderung der Motivation zur Parteiarbeit nach der Fusion nach Parteiteilen
- Tabelle 3.1: Themenkategorien nach Parteiteilen auf Einbringerebene
- Tabelle 3.2: Aktivität der Abgeordneten beim Einbringen von Drucksachen
- Tabelle 3.3: Durchschnittliche Beteiligung von Abgeordneten an Einbringungen anderer Fraktionsmitglieder nach Parteiteilen
- Tabelle 4.1: Verteilung der Mitglieder und der Stichprobe auf die Bundesländer
- Tabelle 4.2: Bewertungen der Parteihälften nach Ebenen – Durchschnittswerte (von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend); N jeweils in Klammern
- Tabelle 4.3: Bewertung (von +5 bis -5) von Spitzenpolitikern der Linken – Durchschnittsnote insgesamt und nach Parteien
- Tabelle 4.4: Fiktive Wahl von zwei Vorsitzenden der Linken – insgesamt und nach Parteien

## 9. Anhang







**Ihre Unterstützung eines Forschungsvorhabens**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen meiner Promotion an der Universität Hamburg beschäftige ich mich mit dem Parteibildungsprozess der Linkspartei. Diesbezüglich interessiert mich besonders die Einstellung an der Basis. Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie sich für die Beantwortung der folgenden Fragen einige Minuten Zeit nehmen würden. Ihre Angaben werden selbstverständlich absolut anonym behandelt und der Fragebogen nach der Auswertung vernichtet. Für Anregungen und Kritik erreichen Sie mich unter [hiller@sozialwiss.uni-hamburg.de](mailto:hiller@sozialwiss.uni-hamburg.de).

Mit freundlichen Grüßen

*Philipp Hiller*

1 Wie war Ihre Einstellung zu einem geplanten gemeinsamen Wahlantritt von WASG und PDS in den ersten Wochen nach den NRW-Wahlen und der Neuwahlankündigung für 2005?

absolut positiv       eher positiv       eher negativ       absolut negativ

---

2 Wie ist heute Ihre Einstellung zu der geplanten Fusion von WASG und Linkspartei.PDS?

absolut positiv       eher positiv       eher negativ       absolut negativ

---

3 Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise wie der bisherige Fusionsprozess verlaufen ist?

sehr zufrieden       eher zufrieden       eher unzufrieden       sehr unzufrieden

---

4 Von den Spitzenpolitikern beider Parteien ist stets betont worden, dass die Fusion auf gleicher Augenhöhe stattfinden soll. Ist dies Ihrer Meinung nach geschehen?

ja  
 nein, die PDS wurde benachteiligt  
 nein, die WASG wurde benachteiligt

---

5 Wie bewerten Sie den bisherigen Fusionsprozess in seiner Umsetzung?  
 Ich bewerte (bitte jeweils in Stichworten aufführen; bei Platzmangel bitte auf letzter Seite fortsetzen)

als besonders positiv \_\_\_\_\_

als besonders negativ \_\_\_\_\_

---

6 Wie zufrieden sind Sie derzeit mit der sich bildenden Linkspartei im einzelnen?

	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher nicht zufrieden	überhaupt nicht zufrieden
bezüglich des bisherigen Programmkompromisses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bezüglich der momentanen Führungsspitze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bezüglich der Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteibasis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bezüglich der Arbeit der Bundestagsfraktion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bezüglich der Positionierung im Parteienspektrum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7 Welche Schulnote würden Sie den beiden Parteien für ihre Arbeit der letzten Jahre erteilen?

	sehr gut	gut	befriedigend	ausreichend	mangelhaft	ungenügend
Bundes-(Linkspartei.)PDS	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landes-(Linkspartei.)PDS	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundes-WASG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landes-WASG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8 Wie oft haben Sie Kontakt zu Mitgliedern der anderen Partei(hälfte)?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sehr häufig	häufig	ab und zu	selten	noch nie gehabt

9 Wie hoch ist Ihr Vertrauen in die Mitglieder der anderen Partei(hälfte)?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	nicht vorhanden

10 Wie wird sich Ihre Motivation für die Partei aktiv zu werden nach der Fusion ändern?

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
stark zunehmen	etwas zunehmen	gleich bleiben	abnehmen	werde nicht mehr aktiv sein

11 Welche programmatischen Schwerpunkte sollte die Partei setzen? Nennen Sie der Priorität nach die drei wichtigsten:

1. \_\_\_\_\_ 2. \_\_\_\_\_ 3. \_\_\_\_\_

12 Für wie wichtig halten Sie folgende Politikbereiche?

	sehr wichtig	wichtig	durchschnittlich wichtig	weniger wichtig	nicht wichtig
Arbeitsmarktpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausländerpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwicklungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gleichstellungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Innere Sicherheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ost-West-Angleichung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Pazifismus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13 Bitte geben Sie für die Politikbereiche auch jeweils an, ob diese in der Parteiarbeit eine größere oder geringere Bedeutung spielen sollten.

	weitaus größere Bedeutung	etwas größere Bedeutung	gleich große Bedeutung	etwas geringere Bedeutung	weitaus geringere Bedeutung
Arbeitsmarktpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausländerpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwicklungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gleichstellungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Innere Sicherheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ost-West-Angleichung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Pazifismus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



20 Wenn Sie zwei Personen direkt als Vorsitzende der Linkspartei wählen könnten, welche wären dies?  
 1. \_\_\_\_\_ 2. \_\_\_\_\_

21 Der Versuch der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin durch Beteiligung an den Landesregierungen etwas positiv zu bewirken war:

absolut richtig       eher richtig       eher falsch       absolut falsch

22 Welche Schulnote würden Sie den Landesverbänden für ihre Arbeit in der Regierung erteilen?

	sehr gut	gut	befriedigend	ausreichend	mangelhaft	ungenügend
Mecklenburg-Vorpommern (98-02)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berlin (seit 2001)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23 Sollte sich die Linkspartei zukünftig an Regierungen beteiligen?

ja, zur Not auch unter Eingehung weitgehender Kompromisse

nur unter bestimmten, unverhandelbaren Bedingungen

nein, prinzipiell bzw. auf absehbare Zeit nicht

24 Die Linkspartei befindet sich in den meisten Parlamenten in der Opposition. Für wie wichtig halten Sie die aufgeführten möglichen Aufgaben für die Oppositionsfraktionen?

	sehr wichtig	wichtig	durchsch. wichtig	weniger wichtig	nicht wichtig
Interessenartikulation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kritik an bestehenden Verhältnissen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwicklung alternativer Lösungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kompromisse mit anderen Fraktionen suchen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stimmenmaximierung bei nächsten Wahlen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Regierungskontrolle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorbereitung auf Regierungsübernahme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25 Für wie wichtig halten Sie folgende Aspekte in der Parteiarbeit?

	sehr wichtig	wichtig	durchsch. wichtig	weniger wichtig	nicht wichtig
Die Beziehungen zu neuen sozialen Bewegungen (z.B. Attac)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Beziehungen zu Gewerkschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Beziehungen zu antifaschistischen Gruppen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Vertretung Ostdeutscher Interessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Den Begriff „Demokratischer Sozialismus“	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26 Für wie wichtig halten Sie die Politikebenen?

	sehr wichtig	eher wichtig	teils/teils	eher unwichtig	gar nicht wichtig
Kommunalpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landespolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundespolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Europapolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27 Für die Entscheidung in eine Partei einzutreten bzw. Mitglied zu bleiben, sind meist verschiedene Gründe verantwortlich. Wie wichtig sind für Ihre Mitgliedschaft folgende Aspekte?

	sehr wichtig	eher wichtig	teils/teils	eher unwichtig	gar nicht wichtig
aus Tradition, Partei bietet politische Heimat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bessere Informationsmöglichkeiten über politische Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Treffen von Gleichgesinnten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sympathie gegenüber den führenden Politikern der Partei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einflussnahme auf konkrete politische Entscheidungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwickeln von politischen Visionen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausdruck von Protest gegen die Politik der anderen Parteien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte beantworten Sie zum Schluss noch einige Fragen zu Ihrer Person:

28 Aus welcher Partei(hälfte) kommen Sie?

PDS       WASG       keiner der beiden Parteien

29 Seit welchem Jahr sind Sie Mitglied in dieser Partei (bzw. deren Vorgängern)? \_\_\_\_\_

30 Welcher Altersgruppe gehören Sie an?

unter 18 Jahre     18-30 Jahre     31-40 Jahre     41-50 Jahre     51-60 Jahre     61-70 Jahre     über 70 Jahre

31 Ich bin:       weiblich       männlich

32 Mein höchster formaler Bildungsabschluss:

kein Abschluss     Volks-/Hauptschulabschluss     Mittlere Reife/POS     (Fach-)Abitur     Hochschulabschluss

33 Sind Sie derzeit?

Arbeiter     Angestellter     Beamter     Selbständiger     Rentner     Student     Auszubildender     arbeitslos

34 Sind Sie in den

	aufgewachsen	überwiegend gelebt	derzeit wohnhaft
neuen Bundesländern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
alten Bundesländern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35 Gehören Sie einer Gewerkschaft an?       ja       nein

36 Wie viele Veranstaltungen (incl. Sitzungen) Ihrer Partei haben Sie in den letzten 12 Monaten ca. besucht? \_\_\_\_\_

37 Wie viele Stunden wenden Sie ca. pro Woche für die Parteiarbeit auf? \_\_\_\_\_

38 Haben Sie für Ihre Partei schon Ämter oder Mandate ausgeübt?  ja  nein

39 Waren Sie in der Vergangenheit Mitglied einer anderen Partei?  ja  nein  
Wenn ja, in welcher? \_\_\_\_\_

40 Wenn Sie aus der PDS kommen, wo würden Sie sich im Spannungsfeld zwischen den Erneuerern um die „Modernen Sozialisten“ und den Orthodoxen um die „Kommunistische Plattform“ verorten?

Moderne Sozialisten         Kommunistische Plattform

41 Wenn Sie aus der WASG kommen, in welcher Initiative waren Sie vor dem Zusammenschluss?

- Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit
- Wahlalternative
- erst nach Zusammenschluss eingetreten

**Vielen Dank für Ihre Mithilfe!**

Platz für Ergänzungen/Kritik/Kommentare:

## Danksagung

Ich bedanke mich bei Prof. Dr. Peter Raschke für ein spannendes Studium, die jahrelange lehrreiche und gute Zusammenarbeit sowie die Betreuung und Begutachtung dieser Arbeit. Letzteres gilt auch für den Zweitgutachter Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber, dem ich zudem aktuell für die Unterstützung bei dem Aufbau des Vereins Alumni der Politikwissenschaft in Hamburg e.V. sehr dankbar bin.

Ein großer Dank gebührt den Vorsitzenden und anderen Aktiven der untersuchten Partei(en) in über 100 Kreisverbänden. Ohne deren tatkräftige Unterstützung bei der Verteilung und Einsammlung der Fragebögen wäre eine Erhebung in dieser Größenordnung überhaupt nicht möglich gewesen. Das gilt selbstverständlich auch für die Parteimitglieder, die sich die Zeit zum Ausfüllen der Fragebögen genommen haben.

Im Rahmen der Promotion sind einige private Beziehungen von mir bis zur Schmerzgrenze vernachlässigt worden. Für das Verständnis dafür und manche Unterstützung und motivierende Worte bin ich der gesamten Familie und dem Freundeskreis zu Dank verpflichtet. Konkret zu erwähnen sind meine Schwester Elisabeth, die mich wesentlich bei der Erstellung des Literaturverzeichnisses unterstützt hat und mein Vater Jürgen, der das Korrekturlesen übernommen hat.

Meinen guten Freunden Daniel Dechandt und Kai Franke bin ich für die inhaltlichen Diskussionen und die logistische Unterstützung zu sehr großem Dank verpflichtet.

Meinen Arbeitskollegen im Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung und in der Hausgemeinschaft Friedensallee von Leben mit Behinderung Hamburg danke ich für die gute Zusammenarbeit und die flexiblen Arbeitszeiten, die mir überhaupt erst die Anfertigung der Dissertation ermöglicht haben.

Vielen der oben Genannten hätte diese Arbeit gewidmet sein können. Widmen möchte ich die Arbeit aber meinen Großeltern, die mich in den letzten Jahrzehnten in vielfacher und im Rahmen dieser kurzen Danksagung nicht ausreichend zu schildernder Form unterstützt haben.